DIE GEFÄHRLICHSTE ALLER RELIGIONEN

- VORWORT
- LIEBE LESER!
- TEIL 1 DIE GEFÄHRLICHSTE ALLER RELIGIONEN
- „Regierung“
- „Gesetz“
- „Verbrechen“ und „Kriminalität“
- „Gesetzgeber“
- „Gesetzeshüter“
- „Länder“ und „Nationen“
- Versuche, das Irrationale zu rationalisieren
- Das „Einverständnis der Regierten“
- „Wir sind die Regierung“
- „Die Regierung dient uns“
- „Die Regierung repräsentiert uns“
- „Rechtsstaat“
- Die Notwendigkeitsausrede
- TEIL II DIE WIDERLEGUNG DER AUTORITÄT
- Warum der Mythos verführerisch ist
- Die Religion des „Staates“
- „Autorität“ ist unmoralische Gewalt
- Wer gab ihnen das Recht?
- Verwandlung moralischer Prinzipien
- Die Unvermeidbarkeit der Wertung
- TEIL III DIE FOLGEN DES RELIGIÖSEN ABERGLAUBENS
- TEIL III A) DIE FOLGEN FÜR DIE HERREN

- TEIL III B) DIE FOLGEN FÜR DIE VOLLSTRECKER
- TEIL III C) DIE FOLGEN FÜR DIE OPFER
- TEIL III D) DIE FOLGEN FÜR DIE ZUSCHAUER
- TEIL III E) DIE FOLGEN FÜR DIE UNTERSTÜTZER
- TEIL IV EIN LEBEN OHNE DEN RELIGIÖSEN GLAUBEN
- ÜBER DEN AUTOR

VORWORT

Menschlichkeit bedeutet Freiwilligkeit. Alles Freiwillige macht das Leben lebenswerter. Alles was hingegen durch Zwangs und der Gewalt geschieht, bewirkt im Großen wie im Kleinen großes Unheil. Für mich persönlich war das einst keine philosophische Erkenntnis, sondern ein Ergebnis unzähliger praktischer Erfahrungen, beruflich wie privat. Ich durfte diese Erfahrungen machen, weil ich ein Kind schon immer äußerst selbständiger und unabhängig denkender und handelnder Eltern bin. Sie haben mir immer die Zeit und den Raum gelassen, meine eigenen Ziele und Wertvorstellungen zu entwickeln, entsprechend zu handeln und Fehler zu machen. Wer eigenständig denkt, eckt an. Und irgendwann stand die Frage im Raum, ob ich mit meiner einfachen, persönlichen, aus der Praxis geborenen Philosophie alleine auf der Welt bin, oder ob es noch andere gibt, die die gleiche Ansicht vertreten: Alles Freiwillige ist gut, alles Unfreiwillige ist schlecht.

Auf der Suche nach Antworten stieß ich auf Larken Rose, dem Autor dieses Buches und stellte fest: Nein, ich bin nicht allein! Spätestens seit dem Video „Nachricht an das Stimmvieh" war mir das klar. Ich produzierte dieses Video auf der Grundlage einer Rede einer fiktiven freiheitlichen Romanfigur aus „The Iron Web" von Larken Rose. Zufällig fand ich einen Podcast von ihm, in dem er die Rede selbst vorträgt. So kam es zur englischsprachigen Version „Message To The Voting Cattle". Dieses Video entwickelte sich inklusive aller Remakes, Reuploads und Übersetzungen in andere Sprachen mit weit mehr als einer Million Videoaufrufen zum bis heute weltweit möglicherweise populärsten und bekanntesten konsequent pro Freiheit argumentierenden Video.

Larken Roses Bekanntheitsgrad und seine Popularität legten daraufhin deutlich zu. Die erste Auflage des im Eigenverlag publizierten englischsprachigen Originals, die zuvor in Kisten wie Blei bei ihm zu Hause herumlag, war schnell ausverkauft. Larken Rose ist mittlerweile auf allen Veranstaltungen, bei denen es um individuelle Freiheit geht, einer der gefragtesten Redner. Er hat unzählige Menschen auf den Weg zur Freiheit gebracht, unter ihnen auch aus den sogenannten „alternativen Medien" sehr bekannte Persönlichkeiten und schließlich auch meine Wenigkeit.

Gemeinsam mit dem JUWELEN-Verlag gelang es mir im Jahr 2016, sein Buch „The Most Dangerous Superstition" in deutscher Sprache unter dem Titel „Die gefährlichste aller Religionen" erstzuveröffentlichen. Nur wenige Exemplare wurden verkauft, da Susanne Kablitz, die Inhaberin des JUWELEN-Verlages kurze Zeit später verstarb.

Dieses Buch - hier in der zweiten überarbeiteten Auflage - ist das Hauptwerk von Larken Rose. Der deutsche Titel mag dazu verleiten, sofort an eine oder mehrere der „großen Weltreligionen" zu denken. Bei der Übersetzung dieses Buches war dieses von Anfang an gewollt. Der Autor spricht in diesem Buch etwas an, was auch die Grundlage aller Religionen einschließlich der großen Weltreligionen darstellt. Es geht also um etwas sehr viel Fundamentaleres als „nur" um irgendwelche Symptome. Es geht um den Kern jeder Religion und insbesondere um den Kern der gefährlichsten aller Religionen, den Glauben an die „Autorität", den „Staat", die „Regierung". Diese Religion ist so gefährlich, weil sie nicht als solche erkannt wird und längst die gesamte

Weltbevölkerung infiziert hat.

„Die gefährlichste aller Religionen" gibt eine klare Antwort auf die Frage, warum es so viel menschliches Leid auf dieser Welt gibt. Larken Rose begnügt sich nicht mit der Problembeschreibung, sondern konzentriert sich auf Lösungen, die jedem Einzelnen dazu verhelfen, nicht nur noch in diesem Leben, sondern jetzt sofort ein freier Mensch zu sein und jetzt sofort von allen wunderbaren Dingen zu profitieren, die sich daraus ergeben.

Ein Leben nach den richtigen, will heißen, tatsächlich menschlichen Prinzipien wirkt auf der persönlichen Ebene unmittelbar befreiend. Wer es geschafft hat, seinen eigenen religiösen Glauben an die „Autorität" loszuwerden, traut sich Dinge zu, die er sich nie zuvor zugetraut hätte. Der Autoritätsungläubige setzt sich persönliche Ziele und erreicht diese spielerisch mit einem Gefühl der Leichtigkeit. Er hat mehr Zeit für sich und seine Lieben. Er lässt negative Nachrichten und negative Menschen nicht mehr so einfach und unbedacht wie bisher an sich heran. Er lernt den richtigen Umgang mit Menschen. Falls er welche hat, lernt er vor allem den richtigen Umgang mit seinen eigenen Kindern.

Kurz gesagt: Wer sich vom religiösen Glauben an die Autorität befreit hat geht gelassen und aufrecht durch die Welt und lebt ein glückliches und erfülltes Leben. Er ist ein freier Mensch.

Berlin, im Dezember 2018

Peter Müller

LIEBE LESER!

Was in diesem Buch steht, widerspricht höchstwahrscheinlich direkt dem, was Ihnen Ihre Eltern, Ihre Lehrer, die Kirche, die Medien und die Regierung erzählt haben. Es widerspricht auch vielem, woran Sie, Ihre Familie und Ihre Freunde glauben. Bei wirklich objektiver Betrachtung, handelt es sich um die Wahrheit. Nicht nur um irgendeine Wahrheit, sondern um die wichtigste Wahrheit in Ihrem Leben.

Immer mehr Menschen entdecken diese Wahrheit. Sie zu erkennen, ist nicht leicht. Tief verankerte Glaubenssätze stehen ihnen im Weg. Um die Wahrheit zu sehen, müssen sie eine lebenslang andauernde Indoktrination überwinden und neue Gedanken fair und ehrlich beurteilen.

Wenn Sie dieses tun, wird sich Ihre Wahrnehmung der Welt grundlegend verändern. Zu Beginn wird sich das unangenehm anfühlen, aber langfristig gesehen lohnt sich die Anstrengung. Wenn sich genug Menschen dazu entschließen, diese Wahrheit zu sehen und offen auf sie zugehen, wird sich nicht nur die Wahrnehmung der Welt umfassend ändern, sondern auch die Welt selbst.

Wenn das stimmt, warum kennen wir diese Wahrheit nicht und warum haben wir die Welt nicht schön längst zum Positiven verändert? Weil die Menschen mehrheitlich nicht vernünftig und objektiv sind. Die Geschichte zeigt, dass die meisten tatsächlich lieber sterben würden als die eigenen Glaubenssysteme, mit denen sie aufgewachsen sind, objektiv zu hinterfragen. Der Durchschnittsmensch informiert sich aus Zeitung und Fernsehen über Kriege, Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Er wundert sich über den Schmerz und das viele Leid auf der Welt und fragt sich, woher das alles kommt. Wenn ihm aber jemand sagt, dass seine eigenen Überzeugungen sind, die zu diesem Elend führen, wird er sich von ihm abwenden. Er wird nicht weiter darüber nachdenken und jene sogar angreifen, die seine Fragen beantworten.

Liebe Leser, viele Ihrer Vorstellungen und Überzeugungen haben Sie sich nicht selbst ausgesucht. Sie haben sie nur übernommen, ohne sie zu hinterfragen. Wenn Ihnen diese Vorstellungen und Überzeugungen wichtiger sind als Wahrheit und Gerechtigkeit, dann lesen Sie bitte nicht weiter und geben Sie dieses Buch weiter. Wenn Sie aber dazu bereit sind, Ihre Auffassungen in Frage zu stellen, um das Leid anderer zu reduzieren, dann lesen Sie dieses Buch. Und geben Sie es anschließend weiter.

Larken Rose, im Jahr 2011

TEIL 1 DIE GEFÄHRLICHSTE ALLER RELIGIONEN

Das Wichtigste am Anfang

Die gesamte Menschheitsgeschichte ist bis zum heutigen Tag von unzähligen menschenverachtenden Gräueltaten durchzogen. Millionen Menschen fragen sich, warum. Die meisten von ihnen wollen es aber nicht wirklich wissen. Sie glauben, dass dieses Wissen dazu führt, dass alles erneut geschieht.

Viele denken, dass es hauptsächlich Gier, Hass oder andere negative menschliche Eigenschaften sind, die für die Gewalt, die Diebstähle, Überfälle und Morde auf der Welt verantwortlich sind. Für den Großteil des Leids gibt es aber nur eine einzige Ursache: Einen allgegenwärtigen irrationalen religiösen Glauben. Die Gläubigen sehen das natürlich völlig anders. Die meisten werden die Inhalte dieses Buches kaum akzeptieren und erst recht nicht vernünftig und in Ruhe darüber nachdenken. Die Kernaussage dieses Buches ist einfach:

Der religiöse Glaube an die „Autorität" einschließlich aller Vorstellungen von „Staat" und „Regierung" ist irrational und voll von Widersprüchen. Er ist unvereinbar mit Zivilisation und Moral. Er ist der gefährlichste, zerstörerischste religiöse Glaube, der jemals existiert hat. Der religiöse Glaube an die „Autorität" ist der größte Feind der Menschheit. Und er ist sehr viel stärker und mächtiger als der bloße Zwang zu Ordnung und Gerechtigkeit.

Nahezu jeder Mensch ist im Glauben daran aufgewachsen, dass es anständig sei, einer „Autorität" zu gehorchen - zumindest in den allermeisten Fällen. Die „Gesetze" seien die Grundlage der Zivilisation und daher habe man sie zu respektieren und einzuhalten. Die Menschen sind sehr sorgfältig darauf konditioniert, Gehorsam mit „gut" gleichzusetzen. Deshalb klingt allein das Hinterfragen der „Autorität" für die meisten Leute so, als würde man den Unterschied zwischen „gut" und „böse" aufheben wollen. Als solle man sämtliche Verhaltensstandards, ja sogar jede Moral über Bord werfen. Das ist es nicht, worum es hier geht. Im Gegenteil.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" muss ein Ende finden, weil es so etwas wie „richtig" und „falsch" gibt. Der Umgang mit anderen Menschen sollte sich nach dem Ziel richten, ein moralisches Leben zu leben. Respekt vor der „Autorität" und Menschlichkeit schließen sich gegenseitig aus, auch wenn ständig das Gegenteil behauptet wird. Erst wenn die „Autorität" nicht mehr respektiert wird, kann Menschlichkeit entstehen.

Angeblich sei die „Autorität" notwendig, um eine friedliche zivilisierte Welt zu ermöglichen. In der realen Welt entsprechen aber die Folgen des religiösen Glaubens an die „Autorität" dem genauen Gegenteil. In jedem beliebigen Geschichtsbuch ist nachzulesen, dass die größten Ungerechtigkeiten und Zerstörungen nicht durch Menschen hervorgerufen wurden, die sich „gegen

Gesetze verstoßen haben". Zu den Katastrophen kam es, weil die Menschen Gesetzen der „Regierungen" gehorcht und sie durchgesetzt haben. Das Ausmaß und die Brutalität der Verbrechen, die im Namen der „Autorität" begangen wurden, sind um ein Vielfaches schlimmer als die Verbrechen, die trotz der „Autorität" begangen wurden.

Die Gräueltaten, die autoritäre Regimes weltweit im Verlauf der gesamten Geschichte begangen haben, sind offensichtlich. Trotzdem wird Kindern beigebracht, dass Frieden und Gerechtigkeit durch autoritäre Kontrolle entstehen und dass sie moralisch dazu verpflichtet seien, die „Regierung" ihres Landes zu respektieren und ihr zu gehorchen. „Zu tun, was einem gesagt wird" und „sich an die Spielregeln zu halten" wird damit gleichgesetzt, ein guter und anständiger Mensch zu sein, obwohl das genaue Gegenteil davon richtig ist: Ein guter Mensch zu sein bedeutet, seinem eigenen Gewissen zu folgen, selbst zwischen richtig und falsch zu unterscheiden und die persönliche Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen,.

Es ist so wichtig, dass die Leute das verstehen, weil die größte Gefahr des religiösen Glaubens an die „Autorität" nicht von den Machthabern der „Regierung" ausgeht, sondern von denjenigen, die von diesen beherrscht werden. Ein Einzelner, der andere beherrschen will, ist keine Bedrohung für die Menschheit. Das ändert sich, wenn viele andere glauben, dass die Herrschaft durch diesen Einzelnen rechtmäßig sei, weil „Gesetze" oder eine „Regierung" den Anschein der Rechtmäßigkeit erwecken.

Der kranke Geist eines Adolf Hitler war für sich gesehen keine Bedrohung für die Menschheit. Es waren Millionen von Anhängern, die Hitler als „Autorität" gesehen haben und sich deswegen verpflichtet fühlten, seinen Befehlen zu gehorchen und sie umzusetzen. Das katastrophale Ergebnis des Dritten Reichs spricht für sich. **Das Problem ist also nicht, dass schlechte Menschen an die „Autorität" glauben. Das Problem ist, dass gute Menschen an sie glauben und am Ende Gewalt, Ungerechtigkeit, Unterdrückung oder Mord befürworten oder sich sogar selbst daran aktiv beteiligen.**

Der Autoritätsgläubige beschwert sich oft darüber, dass die „Autorität" immer wieder außerhalb und innerhalb seines eigenen Landes großes Leid verursacht. Aber er besteht weiterhin auf einen „Staat" bzw. eine „Regierung", die Gutes bewirken soll. Er bleibt weiter bei seiner Vorstellung, dass die „Autorität" das Einzige sei, was Frieden und Gerechtigkeit herstellen kann.

Der „Staat" sei die Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft - so die weitverbreitete Annahme. Er organisiere eine gemeinschaftliche Verteidigung und garantiere ein friedliches, zivilisiertes Miteinander bei dem sich alle gegenseitig unterstützen. Diese Annahme ist falsch, weil der „Staat" das alles nicht garantiert, sondern verhindert und zerstört. „Regierungen" behaupten ständig, sie würden im Interesse der Menschen und des Allgemeinwohls handeln, aber in der Realität passiert das genaue Gegenteil. „Regierungen" haben immer gegen die Interessen der Menschheit gehandelt. Die „Autorität" ist alles andere als eine gute Idee, die manchmal nicht funktioniert. Das Konzept der „Autorität" an sich ist durch und durch unmenschlich und ausgesprochen zerstörerisch.

Für die meisten Menschen ist so eine Behauptung schwer zu verkraften. Sind die „Regierung" und der „Staat" nicht ein essenzieller Bestandteil der menschlichen Gesellschaft? Sind sie nicht die

Voraussetzung für die Zivilisation, weil sie uns unperfekte Menschen dazu zwingen, uns friedlich und ordentlich zu verhalten? Sind es nicht die allgemeingültigen „Regeln" und „Gesetze", durch die wir Konflikte auf zivilisierte Art und Weise lösen, miteinander Handel treiben und generell auf faire gewaltfreie Art und Weise miteinander interagieren? Sind wir ohne die „herrschenden Gesetze" und ohne den allgemeinen Respekt vor der „Autorität" nicht doch nur ein Haufen dumme gewalttätige Monster, die in ewigen Konflikten und im Chaos leben würden?

Ja, das wurde uns ständig erzählt. Und nein, nichts davon ist wahr. Es ist aber außerordentlich schwierig und unbequem, seinen eigenen Geist von Lügen zu befreien, die unendlich oft wiederholt werden, und die Wahrheit aus dem schier undurchdringlichen Dickicht aus Unwahrheiten wieder ans Licht zu holen.

Überblick

Um vollständig zu verstehen, warum der religiöse Glaube an die „Autorität" tastsächlich die gefährlichste Religion der Menschheitsgeschichte ist, führt Sie dieses Buch durch verschiedene Phasen:

In Teil I geht es um den Begriff der „Autorität". Dieser muss zu Beginn klar definiert werden, um die „Autorität" anschließend objektiv analysieren zu können.

In Teil II wird gezeigt, dass das Konzept der „Autorität" verhängnisvoll falsch ist. Das was jeglicher „Regierung" zugrunde liegt, ist vollkommen unvereinbar mit Vernunft und Moral. Es wird deutlich, dass eine „Regierung" in Wirklichkeit ein rein religiöser Glaube ist - ein Glaube an ein übermenschliches, übernatürliches Wesen, das niemals existiert hat und niemals existieren wird. Diese Behauptung ist gewagt
und Sie werden sie nicht sofort akzeptieren. Die umfangreichen Beweise und logischen Argumente folgen.

In Teil III geht es um die Zerstörungskraft und Gefährlichkeit des Glaubens an die „Autorität" einschließlich des Glaubens an den „Staat" und an die „Regierung". Ein Schwerpunkt sind die schlimmen Folgen des religiösen Glaubens an die „Autorität" für die Wahrnehmungen und die Handlungen verschiedener Gruppen. Folgen, die wiederum buchstäblich zu Milliarden von aggressiven und unmoralischen Gewalttaten führen, begangen durch Menschen, die im Grunde genommen gutmütig und friedlich sind. Tatsächlich begeht jeder, der an „Regierungen" glaubt, diese Taten. Die große Mehrheit erkennt das allerdings nicht und stellt sich deshalb nicht dagegen.

Zum Schluss, in Teil IV, geht es um einen Einblick in ein Leben ohne den Glauben an die „Autorität". Die Annahme, dass es ohne eine „Regierung" zu Chaos und Zerstörung kommt, wird widerlegt. Es würde sich zwar einiges ändern, vieles würde aber auch gleich bleiben. Der religiöse Glauben an die „Autorität", den „Staat" und die „Regierung" trägt weder zu einer friedlichen Gesellschaft bei, noch ist er eine notwendige Voraussetzung. Stattdessen ist er bei weitem die größte Hürde für Gemeinschaft, Kooperation und friedliche Koexistenz. Wahre Zivilisation kann nur ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" existieren.

Identifikation des Feindes

Um einen Zugang zum Begriff der „Autorität" zu bekommen und diesen zu bewerten, beginnen wir mit einer klaren Definition.

Von früher Kindheit an wird uns gelehrt, uns dem Willen der „Autorität" unterzuordnen. Wir müssen den Anordnungen jener folgen, die in Positionen der Macht und Kontrolle sind. Von Beginn an wird ein Kind - implizit oder explizit - danach beurteilt, wie gut es gehorcht. Zuerst seinen Eltern, dann seinen Lehrern und dann den „Gesetzen" der „Regierung". In der Gesellschaft gilt deshalb, dass ein gehorsamer Mensch gleichzeitig ein anständiger Mensch sei.

„Gute" Menschen tun, was ihnen die „Autorität" anordnet. Dadurch geraten die Vorstellungen von Moral und Gehorsam in den Köpfen vollkommen durcheinander. Jeder Angriff auf die Vorstellung von „Autorität" entspricht auf einmal einem Angriff auf die Moral. Jede Andeutung, dass „Regierungen" nicht rechtmäßig sind, führt zur Unterstellung, dass sich jeder sich wie ein skrupelloses wildes Tier verhalten solle, für das nur das Recht des Stärkeren gilt.

Das Glaubenssystems des Durchschnittsmenschen besteht aus einem Durcheinander aus vagen, oft in sich widersprüchlichen Konzepten und Annahmen. Begriffe wie Moral und Gehorsam, Gesetz und Gesetzgebung, Führer und Bürger werden zwar gerne benutzt, wurden aber niemals vernünftig untersucht. Der erste Schritt, das Wesen der „Autorität", der „Regierung" oder des „Staates" zu verstehen ist, zu definieren, was das alles bedeutet. Was ist eine „Regierung"? Was sind ihre Merkmale?

Eine „Regierung" sagt den Leuten zunächst, was sie tun sollen. Das alleine reicht aber noch nicht aus, um sie zu definieren. Alle möglichen Menschen und Organisationen sagen anderen, was sie tun sollen. In der Werbung heißt es oft: „Tu dies!" und „Tu das!". Ein Pfarrer sagt das gleiche zu seiner Gemeinde.

Eine „Regierung" befiehlt. Sie macht nicht einfach nur Vorschläge oder gibt Empfehlungen. Anders als in der Werbung und in den Predigten eines Pfarrers steht hinter den Befehlen der „Regierung" eine Strafandrohung. Wird nicht gehorcht, indem zum Beispiel gegen „das Gesetz verstoßen" wird, wird gewaltsam bestraft.

Räuber, Erpresser und andere Verbrecher tun zwar genau das gleiche und setzen ihre Befehle auch mit Gewalt durch. Sie werden aber trotzdem nicht als „Regierung" bezeichnet, weil ihnen eine weitere Eigenschaft fehlt: Die (scheinbare) Rechtmäßigkeit. Eine „Regierung" beruft sich auf ein Recht, Befehle zu erteilen und diese gewaltsam durchzusetzen. Diese Befehle werden „Gesetze" genannt und sich nicht an
diese „Gesetze" zu halten, wird als „Verbrechen" bezeichnet.

„Regierungen", „Staaten" und alle anderen Erscheinungsformen der „Autorität" können also mit dem Begriff „Herrschaftsrecht" umschrieben werden. Das entspricht nicht nur der Möglichkeit, andere gewaltsam zu beherrschen. Diese Möglichkeit hat bis zu einem gewissen Grad fast jeder. Sie ist das angebliche moralische Recht, andere gewaltsam zu beherrschen.

Der Unterschied zwischen einer Verbrecherbande und einer „Regierung" liegt in der Wahrnehmung durch die Menschen, die beherrscht werden. Hausfriedensbrüche, Diebstähle, Erpressungen,

Überfälle und Morde, die von gewöhnlichen Verbrechern begangen werden, hält fast jeder Mensch für unmoralisch, ungerechtfertigt und kriminell. Die Opfer gehorchen zwar den Tätern, aber sie tun das nicht aus dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung heraus, sondern aus reiner Angst. Wenn die Opfer der Verbrecherbande das Gefühl hätten, dass sie sich wehren können, ohne sich dadurch in Gefahr zu bringen, dann würden sie es tun. Und zwar ohne das geringste Schuldgefühl. Der gewöhnliche Verbrecher ist für sie kein rechtmäßiger Machthaber. In ihrer Wahrnehmung sind sie keine „Autorität". Die Beute der Verbrecher wird nicht als „Steuer" bezeichnet und seine Befehle sind keine „Gesetze".

Die Anordnungen und Befehle der Menschen in der „Regierung" werden hingegen von den meisten Adressaten dieser Befehle ganz anders wahrgenommen. Das Verhalten des „Gesetzgebers" und der „Regierung" wird als gültig und legitim, „legal" und gut angesehen. Die meisten folgen diesen Befehlen, indem sie „sich an das Gesetz halten" und ihr Geld abgeben, indem sie „Steuern bezahlen". Sie tun das aber nicht nur, weil sie Angst vor einer Bestrafung bei Zuwiderhandlung haben, sondern sie tun es vor allem aus dem Gefühl heraus, zu diesem Gehorsam verpflichtet zu sein.

Niemand ist stolz darauf, sich von einer Verbrecherbande ausrauben zu lassen. Aber viele sehen es als anständig und rechtschaffen an, wenn sie sich als „gesetzestreue Steuerzahler" bezeichnen können. Es kommt ausschließlich darauf an, wie derjenige, der gehorcht bzw. gehorchen muss, diejenigen wahrnimmt, die ihnen die Befehle erteilen. Wenn sie als „Autorität" wahrgenommen werden, also als rechtmäßige Herren, dann haben sie folgerichtig auch das moralische Recht dazu, diese Befehle zu erteilen. Im Gegenzug sind die Adressaten der Befehle moralisch dazu verpflichtet, diesen Befehlen zu gehorchen. Sich mit Stolz als „gesetzestreuen Steuerzahler" zu bezeichnen ist das gleiche, als würde man damit angeben, der „Regierung" treu ergeben zu gehorchen.

Damals haben manche Kirchen das Recht beansprucht, Ketzer und andere Sünder zu bestrafen. In der heutigen westlichen Welt entspricht das Konzept der „Autorität" und der „Regierung" der Rolle der damaligen Kirchen einschließlich ihrer Würdenträger. Die Begriffe „Autorität" und „Regierung" können als Synonyme verwendet werden, da der eine Begriff stets den anderen impliziert: Die „Autorität" leitet sich aus den „Gesetzen" ab, die von der „Regierung" geschaffen wurden und die „Regierung" ist die Organisation, der man als „Autorität" das Recht auf Herrschaft zuschreibt.

Es ist wichtig, zwischen einer Handlung zu unterscheiden, die sich aus einer Situation ergibt und einer Handlung, die einem Befehl entspricht, dessen Verbindlichkeit davon abhängt, wer ihn erteilt hat. Nur letzteres ist die „Autorität", um die es in diesem Buch geht. Bei der Verwendung des Begriffs der „Autorität" wird hier oft nicht klar genug unterschieden.

Wenn beispielsweise jemand behauptet, dass er dazu „autorisiert" sei, einen Straßenräuber davon abzuhalten, eine alte Frau zu überfallen oder einen Einbrecher von seinem Grundstück zu vertreiben, dann nimmt er für sich keine speziellen Rechte in Anspruch, die andere nicht haben. Er sagt einfach, dass er glaubt, dass bestimmte Situationen es rechtfertigen, Befehle zu erteilen oder Gewalt anzuwenden.

Im Gegensatz dazu geht es bei einer „Regierung" darum, dass bestimmte Leute einige spezielle

Rechte auf Herrschaft haben. Es geht um die weit verbreitete Ansicht, dass manche Leute das moralische Recht dazu haben, andere zu beherrschen, und zwar in Situationen, in denen die meisten anderen Leute dieses Recht
nicht hätten. Dieses Recht wird aus Wahlen oder anderen politischen Ritualen hergeleitet. Nur der „Regierung" und den Menschen, die diese „Regierung" bilden wird das Recht zugestanden, „Gesetze" zu beschließen. Nur sie ist dazu ermächtigt, „Steuern" einzutreiben. Nur sie darf Kriege führen, bestimmte Angelegenheiten regeln, Lizenzen für verschiedene Aktivitäten vergeben usw.

Mit dem „Glauben an die Autorität" ist in diesem Buch Folgendes gemeint: Die Vorstellung davon, dass manche Menschen das moralische Recht dazu haben, andere gewaltsam zu beherrschen und die logische Konsequenz daraus, dass alle anderen moralisch dazu verpflichtet sind, zu gehorchen.

Ob es sich um „Autorität" handelt, hängt immer von der Wahrnehmung ab. Wenn der Befehlsempfänger glaubt, dass der Befehlsgeber das Recht dazu hat, Befehle zu erteilen, dann sieht der Befehlsempfänger den Befehlsgeber als „Autorität". Wenn der Befehlsempfänger die Befehle nicht für rechtmäßig hält, dann wird der Befehlsgeber nicht als „Autorität" angesehen, sondern einfach nur als Tyrann oder Verbrecher. Der Glaube an die „Autorität" betrifft zwar alle möglichen Lebensbereiche. Der gemeinsame Nenner ist aber immer die wahrgenommene Rechtmäßigkeit der Herrschaft.

Jedes „Gesetz" und jede „Steuer" (auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene), jede Wahl, jeder Wahlkampf, jede Lizenz und Erlaubnis, jede politische Debatte oder Bewegung - also alles, was mit der „Regierung" und dem „Staat" zu tun hat beruht auf der Annahme, dass bestimmte Leute das moralische Recht haben über andere zu herrschen. Es spielt keine Rolle, auf welche Art und Weise diese Annahme entstanden ist und in welchem Ausmaß die Herrschaft stattfindet - von den Verordnungen in einer Kleinstadt bis hin zu einem „Weltkrieg".

Es geht hier nicht um den Missbrauch der „Autorität" oder um die Beschreibung einer „guten Regierung" als Gegenteil einer „schlechten Regierung". Es geht vor allem um eine Untersuchung des Grundprinzips der „Autorität". Eine „Autorität" kann absolut, bedingt oder limitiert sein und sie kann unterschiedlich große Schäden anrichten. Das aber ändert nichts am dahinterliegenden Grundprinzip.

Der US-Verfassung liegt beispielsweise die Vorstellung zugrunde, zumindest theoretisch eine „Autorität" zu erschaffen, deren Recht auf Herrschaft eng begrenzt ist. Trotzdem begründet sie eine „Autorität", die das Recht hat, Dinge zu tun, die dem Durchschnittsbürger nicht gestattet sind. Dazu zählt zum Beispiel, „Steuern" zu erheben und bestimmte Dinge zu „regulieren". Obwohl die US-Verfassung nur das Recht auf Herrschaft in bestimmten Bereichen erteilt, ist auch in ihr eine „Autorität" durch eine herrschende Klasse vorgesehen. Wenn die „Autorität" kritisiert wird, muss die „Autorität" der US-Verfassung ebenso Gegenstand der Kritik sein, wie die „Autorität" eines totalitären Diktators.

(Der Begriff „Autorität" wird manchmal in Zusammenhängen verwendet, die nichts mit dem Thema des Buches zu tun haben. Ein Experte gilt zum Beispiel oft als „Autorität". Auch in zwischenmenschlichen Beziehungen gibt es oft eine „Autorität", allerdings ohne dass irgendein Recht auf Herrschaft im Spiel ist. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Angestellten wird

ebenfalls häufig so gesehen als gäbe es einen „Boss" und einen „Untergebenen". Ein Arbeitgeber kann zwar seine Angestellten stark dominieren und sie mit harter Hand führen, aber das bedeutet noch lange nicht, dass er sie zur Arbeit zwingen oder sie bei Ungehorsam einsperren kann. Die Zusammenarbeit zu beenden, indem er den Angestellten feuert, ist im Grunde genommen die einzige Möglichkeit, die er hat. Der Angestellte hat seinerseits die gleiche Möglichkeit durch die Kündigung. Das gleiche gilt für andere Beziehungen, bei denen eine „Autorität" akzeptiert wird. Für das Verhältnis zwischen Handwerksmeister und seinem Lehrling, zwischen einem Kampfsport-Meister und seinem Schüler oder zwischen einem Trainer und dem Athleten, den er trainiert. Solche Beziehungen entstehen aus gegenseitigen freiwilligen Vereinbarungen, bei denen beide Seiten die Möglichkeit haben, die Vereinbarung wieder aufzulösen. In solchen Situationen gestattet es ein Mensch einem anderen, ihn zu leiten, um von seinem Wissen und Können zu profitieren. Solche Formen der „Autorität" - wenn sie überhaupt als „Autorität" bezeichnet werden können - sind in diesem Buch nicht
gemeint, wenn von der gefährlichsten aller Religionen die Rede ist.)

Es gibt keine Regierung

Die meisten Leute glauben, dass „Staaten" und „Regierungen" notwendig seien. Gleichzeitig geben sie aber selbst zu, dass es oft zu Korruption und Missbrauch kommt. Sie wissen, dass die „Regierung" häufig ineffizient, unfair, unvernünftig und repressiv ist, aber sie glauben trotzdem, dass die sie Macht für Gutes einsetzen kann. Das Problem ist nicht, dass schlechte „Regierungen" die „Autorität" missbrauchen. Das Problem ist, dass das Konzept der „Autorität" selbst vollkommen irrational ist und sich selbst widerspricht. Aber das verstehen sie nicht.

Die „Autorität" ist nur ein religiöser Glaube, ohne jegliche Logik und Vernunft. Ein Glaube, der durch ständige sektenhafte Indoktrination erzeugt wurde. Unabhängig von Ausmaß und Verwendung der „Autorität" existiert diese nicht und sie kann auch nicht existieren. Milliarden von Menschen können dieses nicht realisieren und diese fehlende Einsicht hat sie dazu gebracht, Dinge zu glauben und zu tun, die vollkommen zerstörerisch sind. So etwas wie eine gute „Autorität" kann es nicht geben. Tatsächlich gibt es die „Autorität" selbst ebenfalls nicht. Das klingt seltsam, lässt sich aber sehr einfach beweisen.

So etwas wie eine „Regierung" oder einen „Staat" gibt es nicht. Sie haben niemals existiert und sie werden auch niemals existieren. Die Politiker sind real. Die Soldaten und Polizisten, die den Willen der Politiker durchsetzen, sind ebenso real. Die Gebäude, in denen sie sich aufhalten, sind real und auch die Waffen, die sie einsetzen, sind sehr real. Aber ihre angebliche „Autorität" ist es nicht. Und ohne diese „Autorität", also ohne das Recht zu tun, was sie tun, sind sie nichts anderes als eine Verbrecherbande. Der Begriff der „Regierung" beinhaltet Legitimität - er bedeutet die Ausübung von „Autorität" gegenüber bestimmten Menschen oder an bestimmten Orten. Die Menschen nennen die Befehle der „Regierung" „Gesetze", und sich nicht an diese „Gesetze" zu halten, nennen sie „Verbrechen" usw.

Durch die Sprache und die Begrifflichkeiten manifestiert sich das Recht der „Regierung" auf Herrschaft und umgekehrt resultiert daraus eine Verpflichtung der Beherrschten, zu gehorchen. Ohne das Recht auf Herrschaft, also ohne „Autorität", gibt es keinen Grund eine bestimmte Gruppe als „Regierung" zu bezeichnen. Alle Politiker und ihre Söldner wären genau das gleiche wie ein

riesiges organisiertes Verbrechersyndikat. Ihre „Gesetze" wären genauso „rechtmäßig" wie die Drohungen von Räubern und Erpressern. Und genau das ist es, was im Kern jede „Regierung" darstellt: Eine unrechtmäßige Bande aus Räubern, Erpressern und Mördern, die sich als rechtmäßige „öffentliche" Institution tarnt.

(Die Begriffe „Regierung" und „Autorität" werden in diesem Buch in Anführungszeichen gesetzt, weil es kein tatsächliches Recht auf Herrschaft geben kann und Regierungen und Autoritäten deshalb eigentlich nicht existieren. Innerhalb dieses Buches beziehen sich diese Begriffe nur auf die Menschen und die Gruppen von Menschen, bei denen gemeinhin die Illusion besteht, dass sie ein Recht auf Herrschaft haben.)

Jede Diskussion um „legal" und „illegal", wer die Macht haben sollte, welche „Innenpolitik" gemacht werden sollte, wie die „Regierung" mit verschiedenen Themen umgehen sollte und jede andere beliebige politische Diskussion ist vollkommen irrational und reine Zeitverschwendung. Alles ist aus der falschen Grundannahme abgeleitet, dass ein Mensch das Recht dazu hat, einen anderen zu beherrschen und dass „Autorität" deshalb existieren kann. Die ganzen Auseinandersetzungen über die Art und Weise, wie die „Autorität" eingesetzt werden sollte und was „Regierungen" tun sollten, sind ebenso nützlich wie eine Diskussion darüber, welche Rolle der Weihnachtsmann für Weihnachten spielen soll. Nur ist die „Autorität" sehr viel gefährlicher als der Weihnachtsmann. Tatsächlich handelt es sich bei der „Autorität" um die größte Bedrohung, mit der die Menschheit jemals konfrontiert wurde. Um diese Gefahr zu bannen ist es nicht notwendig, die Natur des Menschen zu ändern, Hass in Liebe zu verwandeln oder irgendwelche anderen grundsätzlichen Veränderungen im Universum vorzunehmen. Stattdessen reicht es, nur eine einzige irrationale Lüge, an die nahezu jeder glaubt, als Lüge zu erkennen und anschließend loszuwerden. Im übertragenen Sinn wären die meisten Probleme auf dieser Welt über Nacht verschwunden, wenn jeder im übertragenen Sinn den Glauben an den Weihnachtsmann aufgibt.

Jede Idee und jeder Lösungsvorschlag, der von der Existenz einer „Regierung" abhängt, ist von vorneherein ungültig. Das schließt alles ein, was in irgendeiner Form mit Politik zu tun hat. Es ist so, als wenn zwei Menschen sachlich über die Frage diskutieren, ob Atomenergie oder Wasserkraft besser für die Energieversorgung ihrer Stadt geeignet seien und plötzlich jemand vorschlägt, Energie mit einem Zauberspruch zu generieren. Alle würden ihn auslachen, weil reale Probleme nicht durch Zauberei gelöst werden können. Und trotzdem konzentrieren sich heutzutage alle Diskussionen über soziale Probleme darauf, welcher Zauberspruch die Menschheit retten wird. Alle politischen Diskussionen beinhalten als falsche Grundannahme die Vorstellung, dass es so etwas wie eine rechtmäßige „Regierung" geben soll. Diese Vorstellung wird nicht hinterfragt, weil sie so oft von allen wiederholt wurde, dass jeder an sie glaubt.

Das Problem mit weit verbreiteten falschen Annahmen ist, dass sie weit verbreitet sind. Sobald die überwiegende Mehrheit an etwas glaubt, erscheint es vernünftig. Wie lächerlich und unlogisch es eigentlich ist, spielt keine Rolle. Weiterhin daran zu glauben ist einfach und sicher, während das Hinterfragen unbequem und sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist. Für die unglaublich zerstörerische Kraft des religiösen Glaubens an die „Autorität" gibt es unzählige Beweise, die die Menschheitsgeschichte überdeutlich geprägt haben. Und trotzdem haben es bis heute nur wenige Leute geschafft, die Grundannahme auch nur im Ansatz in Frage zu stellen. Und auch wenn sie davon überzeugt sind, erleuchtet und weise zu sein, stolpern die Menschen von einer Katastrophe

in die nächste. Wegen ihrer Unfähigkeit, die gefährlichste aller Religionen loszuwerden: den religiösen Glauben an „Autorität".

Ableger des Aberglaubens

Im religiösen Glauben an die „Autorität" gibt es viele Begriffe, die den Anschein erwecken sollen, dass es rechtmäßig sei, dass eine Gruppe eine andere gewaltsam beherrscht. Hier einige Beispiele:

„Regierung“

„Regierung" ist der Begriff für eine Organisation oder Gruppe von Menschen, über die gemeinhin die Vorstellung besteht, dass sie das Recht auf Herrschaft hätte. Viele andere Begriffe bezeichnen Teile der „Regierung", die die angebliche Rechtmäßigkeit der herrschenden Klasse verstärken. Beispiele sind „Präsident", „Kongressabgeordneter", „Richter" und „Gesetzgebung"

„Gesetz“

Die Wahrnehmung der Begriffe „Gesetz" und „Gesetzgebung" ist eine andere wie ihre eigentliche Bedeutung. „Drohungen" und „Befehle" sind treffendere Ausdrücke. Die Wahrnehmung hängt davon ab, ob diejenigen, die die „Gesetze" machen und durchsetzen, auch das Recht dazu haben.

Wenn eine Verbrecherbande ein Stadtviertel beherrscht und andere schikaniert, dann werden ihre Befehle nicht als „Gesetze" bezeichnet. Aber wenn eine „Regierung" Befehle durch die „Gesetzgebung" erteilt, werden diese Befehle im Allgemeinen als „Gesetze" bezeichnet. In Wirklichkeit ist jedes autoritäre „Gesetz" ein Befehl, der unter Androhung und Anwendung von Gewalt durchgesetzt wird. Es ist egal, ob es sich dabei um „Gesetze" gegen Mord oder gegen Bauen ohne Baugenehmigung handelt. Sie sind keine Vorschläge oder Empfehlungen, sondern Befehle, die gewaltsam durchgesetzt werden. Übliche Drohungen sind die Enteignung (Strafzahlungen) oder Entführung (Verhaftung) und Freiheitsberaubung (Gefängnisstrafe).

Was bei normalen Bürgern als „Erpressung" bezeichnet wird, heißt „Besteuerung", wenn es von Menschen durchgeführt wird, bei denen die Vorstellung besteht, dass sie das Recht auf Herrschaft hätten. Was normalerweise als Erpressung, Raub, Entführung und andere Übergriffe angesehen wird, wird zu „Regulierung" und „Strafverfolgung", sobald die Täter im Namen einer „Autorität" handeln.

Der Begriff „Gesetz" im Sinne allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Universums ist etwas völlig anderes. Gesetze der Physik oder Mathematik haben zum Beispiel nichts mit dem Konzept der „Autorität" zu tun. Diese Gesetze entsprechen dem „Naturgesetz", das nicht durch eine „Gesetzgebung" gesetzt werden muss. Ausgangspunkt des Naturgesetzes ist, dass es Standards für richtig und falsch gibt, die dem Wesen der Menschheit innewohnen. Sie hängen nicht von irgendeiner menschlichen „Autorität" ab. Diese Standards haben faktischen Vorrang gegenüber jeder menschlichen „Autorität". Dieses Konzept wird inzwischen in vielen Diskussionen häufiger thematisiert, aber in den USA wird der Begriff „Gesetz" nicht in diesem Kontext verwendet. Und auch in diesem Buch ist mit „Gesetz" etwas anderes gemeint.

„Verbrechen“ und „Kriminalität“

Die Begriffe „Verbrechen" und „Kriminalität" beschreiben ein Verhalten, das davon abweicht, was im „Gesetz" steht. Der Satz „ein Verbrechen begehen" hat eine negative Bedeutung. „Das Gesetz zu brechen" erweckt den Eindruck, dass „Gesetzesverstöße" moralisch falsch sind. Das setzt die Rechtmäßigkeit des Befehls voraus, dem anschließend nicht gehorcht wird.

Wenn Schutzgelderpresser einen Ladeninhaber bedrohen, würde ihn niemand als „Verbrecher" ansehen, wenn er sich dagegen wehrt. Aber wenn das gleiche im Namen der „Regierung" geschieht und die Schutzgelderpressung mit „Gesetz" und „Besteuerung" umschrieben wird, dann wären die Opfer, die sich gegen die Erpressung wehren in den Augen der meisten Menschen „Verbrecher".

Die Begriffe „Verbrechen" und „Verbrecher" geben für sich gesehen keine Auskunft darüber, welches „Gesetz" nicht beachtet wurde. Es ist ein „Verbrechen" langsam an einer leeren Kreuzung über Rot zu fahren und es ist gleichermaßen ein „Verbrechen", seinen Nachbarn umzubringen. Vor hundert Jahren war es ein „Verbrechen", einem Sklaven das Lesen beizubringen, im Deutschland der 40er Jahre war es ein „Verbrechen", Juden vor der SS zu verstecken, in Pennsylvania ist es ein „Verbrechen", in oder auf einem Kühlschrank im Freien zu schlafen.

Ein „Verbrechen zu begehen" und ein „Verbrecher" zu sein bedeutet, den Befehlen von Politikern nicht zu gehorchen. Diese Begriffe klingen offensichtlich negativ, weshalb die meisten Menschen nicht als „Verbrecher" bezeichnet werden wollen. Und wenn sie andere Menschen so nennen, dann tun sie das, um sie herabzuwürdigen.

„Gesetzgeber“

Der Begriff „Gesetzgeber" ist ein seltsames Paradoxon. Die „Gesetzgeber" werden als etwas wahrgenommen, was das Recht hat, Befehle zu erteilen, „Steuern" zu erheben, bestimmte Verhaltensweisen zu vorzuschreiben und bei Zuwiderhandlung Gewalt anzuwenden. Dieses Recht existiert aber nur dann, wenn zuvor ein „Gesetzgebungsverfahren" stattgefunden hat. Dem „Gesetzgeber" wird das Recht zu herrschen zugestanden, aber nur nachdem er bestimmte politische Rituale durchgeführt hat. Nur dann hat der „Gesetzgeber" das angebliche Recht, Befehle zu erteilen und andere dafür zu bezahlen, diese Befehle zu vollstrecken. Das geschieht in Situationen, in denen normale Einzelpersonen kein solches Recht haben. Man stellt sich also ernsthaft vor, dass Moral für die „Gesetzgeber" etwas anderes ist als für jeden anderen Menschen.

Normale Menschen finden es unmoralisch, Geld unter Androhung von Gewalt von anderen zu erpressen. Wird aber genau das gleiche von „Politikern" getan, die die Erpressung als „Besteuerung" bezeichnen, ist Erpressung auf einmal vollkommen in Ordnung. Andere zu beherrschen und sie zu bestimmten Handlungen zu zwingen, gilt unter normalen Menschen als Bedrohung, Nötigung und Körperverletzung. Wenn diese Taten von Politikern begangen werden, heißen sie auf einmal aber „Regulierung" und „Strafverfolgung". Die Politiker werden „Gesetzgeber" genannt anstatt „Verbrecher" und „Täter", weil ihren Befehle ein „Gesetzgebungsprozesses" vorangegangen ist und diese Befehle deshalb als rechtmäßig angesehen werden. Sie werden als „Autorität" betrachtet und ihre „gesetzgeberischen" Befehle zu befolgen, gilt als moralischer Imperativ.

„Gesetzeshüter“

Eine der häufigen Erscheinungsformen der „Autorität" sind die „Gesetzeshüter" oder „Polizisten". Diese sind keine normalen Menschen, sondern Repräsentanten der „Autorität". Das Verhalten der „Gesetzeshüter" und die Reaktionen von Menschen, die mit ihnen zu tun haben zeigen, dass die üblichen moralischen Maßstäbe für sie nicht gelten.

Angenommen, ein normaler Bürger könnte einen Autofahrer wegen eines kaputten Bremslichts zum Anhalten zwingen und einen Haufen Geld von ihm erpressen. Der Fahrer würde ausrasten. Er würde das als Erpressung, Schikanierung und möglicherweise auch als Überfall und Freiheitsberaubung ansehen. Wenn jemand aber genau das gleiche tut und sagt, dass er im „staatlichen" Auftrag handelt, wenn er das Auto mit Blaulicht verfolgt, den Fahrer stellt und ein „Bußgeld" wegen des kaputten Bremslichts von ihm kassiert, dann halten die meisten das für vollkommen rechtmäßig.

Menschen mit Dienstausweisen und Uniformen werden von anderen nicht als normale Menschen wahrgenommen. Sie sind der bewaffnete Arm der „Autorität". Die Qualität ihrer „polizeilichen Maßnahmen" und die Rechtmäßigkeit ihrer Handlungen werden nach anderen Maßstäben beurteilt als das Verhalten ganz normaler Menschen. Für sie zählt nur, wie gut sie „das Gesetz" vollstrecken. Es spielt keine Rolle, ob ihr Verhalten den allgemein üblichen Maßstäben für richtig und falsch entspricht. Mit Sätzen wie: „Ich habe das Gesetz nicht gemacht. Ich sorge nur dafür, dass es eingehalten wird." geben sie das auch offen zu. Sie erwarten, dass ihr Verhalten nur danach beurteilt wird, wie gut sie den Willen des „Gesetzgebers" durchsetzen. Ob sie sich generell wie zivilisierte vernünftige Menschen verhalten, ist egal.

„Länder“ und „Nationen“

Die Begriffe „Gesetz" und „Verbrechen" sind Derivate der „Regierung" und der „Autorität". Zahlreiche weitere Begriffe existieren ebenfalls nur durch den religiösen Glauben an die „Autorität" oder sie wurden vollkommen verzerrt. Die Begriffe „Land" und „Nation" sind weitere Beispiele für solche Begriffe. Die Grenze, die um ein „Land" herum gezogen ist, definiert das geografische Gebiet, in dem eine spezielle „Autorität" das Recht auf Herrschaft beansprucht. Andere Gebiete unterscheiden sich davon nur dadurch, dass andere Autoritäten die Herrschaft beanspruchen.

Geografisch abgegrenzte Gebiete sind real. Aber der Begriff „Land" bezieht sich nicht nur darauf. Er bezieht sich immer auf eine politische „Jurisdiktion" (ein weiterer Begriff aus der Welt des Glaubens an die „Autorität"). Leute, die „ihr Land lieben", können nicht beschreiben, was das bedeutet. Mit „Land" ist objektiv betrachtet nicht ein Ort oder die Leute oder irgendein abstraktes Prinzip oder Konzept gemeint. Ein „Land" ist nur ein Gebiet, auf dem eine bestimmte Verbrecherbande das Recht auf Herrschaft beansprucht. „Ein Land zu lieben" ist daher ein ziemlich seltsamer Ausdruck. Er beschreibt eigentlich nur eine psychologische Abhängigkeit von den Untertanen, die von der gleichen herrschenden Klasse beherrscht werden. Das entspricht ganz und gar nicht dem, was die meisten Leute sich unter nationaler Loyalität und Patriotismus vorstellen. Die Leute identifizieren sich vielleicht einer bestimmten Kultur oder einem bestimmten Ort und fühlen sich hingezogen zu den Menschen, die dort leben. Der Begriff „Land" beschreibt allerdings einfach nur den Bereich, in dem eine bestimmte „Regierung" das Recht auf Herrschaft beansprucht. Dadurch sind auch die „Grenzen" definiert und es sind wiederum diese „Grenzen", die ein „Land" definieren.

Versuche, das Irrationale zu rationalisieren

Menschen, die sich selbst für gebildet, geistig offen und fortschrittlich halten, möchten sich nicht eingestehen, dass sie Sklaven eines Herren oder die Unterdrückten einer herrschenden Klasse sind. Deshalb wird viel Aufwand betrieben, um das eigentliche Wesen der „Regierung" zu verschleiern und zu rationalisieren. Unmengen an Wortakrobatik und irreführenden Begriffen und Mythen wurden erschaffen, um die Herrschaftsbeziehung zwischen den „Regierungen" und ihren Untertanen zu verstecken. Diese Mythen werden bereits den Kindern gelehrt, um sie zu „Staatsbürgern" zu machen. Das meiste davon ist vollkommen unlogisch und widersprüchlich. Nachfolgend sind einige der am weitesten verbreiteten Mythen beschrieben, die durch allgegenwärtige Propaganda das Wesen der „Autorität" verschleiern sollen.

Das „Einverständnis der Regierten“

In der modernen Welt wird die Sklaverei fast überall verurteilt. Dennoch ist die Beziehung zwischen einer als solchen empfundenen „Autorität" und dessen Untertan der Beziehung zwischen einem Herren (Besitzer) und einem Sklaven (Besitz) sehr ähnlich. Diejenigen, die an eine „Autorität" glauben, wollen das nicht zugeben und sind darauf konditioniert, falsche Zusammenhänge auswendig zu lernen und immer wieder zu wiederholen. Diese wurden dazu geschaffen, die tatsächliche Situation zu verbergen. Ein Beispiel hierfür ist der Ausdruck „Einverständnis der Regierten".

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, wie Menschen interagieren können: freiwillig in gegenseitigem Einverständnis oder unfreiwillig durch Ausübung von Gewalt und Zwang durch eine Einzelperson oder durch eine Gruppe von Menschen. Diese beiden Möglichkeiten - freiwilliges Einverständnis und Herrschaft - schließen sich gegenseitig aus. Wenn jemand einen Menschen gegen dessen Willen mit Gewalt zu etwas zwingt, kann keine „Zustimmung" und kein „Einverständnis" des Betroffenen vorliegen. Die eine Seite beherrscht oder „regiert" die andere. Wenn „regiert" wird, gibt es kein Einverständnis.

Manche behaupten, dass ein Einverständnis dadurch vorliegt, dass eine Mehrheit oder „das Volk", sein Einverständnis dazu gegeben hat, „regiert" zu werden. Ob Einzelpersonen einverstanden sind oder nicht, soll keine Rolle spielen. Das aber stellt das Konzept des Einverständnisses auf den Kopf. Niemand kann sich im Namen eines anderen ohne dessen ausdrückliche Zustimmung mit etwas einverstanden erklären. Egal ob es sich dabei um Einzelpersonen, Gruppen oder die „Mehrheit" handelt. Wenn A im Namen von B ohne dessen Zustimmung C das Recht einräumt, B zu berauben, so gibt es kein Einverständnis von B.

Genau diese in sich vollkommen widersprüchliche Vorstellung ist die Grundlage des religiösen Glaubens an die „Demokratie": Eine Mehrheit kann angeblich ihr Einverständnis im Namen einer Minderheit geben, beherrscht zu werden. Die Betroffenen sind alles andere als „einverstanden". Auch wenn jemand dumm genug ist, zu sagen: „Ich bin einverstanden damit, dass du mich gewaltsam beherrschst", gibt es in dem Moment, wenn ein Befehl erteilt wird, offensichtlich kein „Einverständnis" mehr. Vor diesem Zeitpunkt gab es kein „Regieren" - nur freiwillige Kooperation. Die Widersprüchlichkeit wird offensichtlich, wenn man es wie folgt ausdrückt: „Ich bin damit einverstanden, dass du mich zu etwas zwingst, egal, ob ich damit einverstanden bin oder nicht."

In Wirklichkeit gibt es niemanden, der denjenigen an der „Regierung" wirklich alles erlauben würde. Deshalb fügen die Autoritätsgläubigen mit dem „impliziten Einverständnis" ein weiteres Element hinzu, um ein „Einverständnis" herzustellen, wo es gar keines gibt: Sie behaupten, dass allein die Tatsache, in einer Stadt, einem Bundesland oder einem Land zu leben, dafür ausreicht, dass man mit allen Regeln „einverstanden" ist, die darin gelten. Mit den Regeln, die von den

Menschen festgelegt wurden, die behaupten, das Recht dazu zu haben, über diese Stadt, das Bundesland oder das Land zu herrschen. Autoritätsgläubige empfehlen Menschen, die diesem angeblichen impliziten Einverständnis widersprechen, die Stadt, das Bundesland oder das Land zu verlassen. Wer bleibt, stimme zu, von den Herrschern auf dem Gebiet innerhalb des Geltungsbereichs ihrer Regeln beherrscht zu werden.

Obwohl dieses ununterbrochen wiederholt wird, widerspricht es jedem gesunden Menschenverstand. Es ist genauso absurd wie wenn ein Fahrraddieb einen Fahrradfahrer an einem Dienstag anhält und zu ihm sagt: „Weil du an einem Dienstag hier in diesem Stadtviertel herumfährst, erklärst du dich damit einverstanden, dass du mir dein Fahrrad geben musst."

Ein Mensch kann für einen anderen nicht entscheiden, womit dieser einverstanden ist oder nicht. Eine Vereinbarung und ein Einverständnis gibt es nur dann, wenn zwei oder mehr Menschen freiwillig einander zustimmen, einen Sachverhalt gemeinsam zu regeln. Einfach nur irgendwo geboren zu sein bedeutet nicht, sich mit irgendetwas einverstanden erklärt zu haben. In seinem eigenen Haus zu leben, das in irgendeinem Gebiet steht, das irgendein König oder Politiker zu seinem Reich erklärt hat, hat nichts mit Einverständniserklärung zu tun.

Jemand, der das Recht dazu hat, die Regeln festzulegen und durchzusetzen, die für eine bestimmte Sache oder einen bestimmten Ort gelten, ist definitionsgemäß der Eigentümer dieser Sache oder des Ortes. Dieser Eigentümer hat das exklusive Recht, zu entscheiden, was mit seinem Eigentum geschieht. Der Eigentümer eines Hauses hat das Recht dazu, andere nicht hineinzulassen. Er hat auch das Recht, Besuchern zu sagen, was sie tun dürfen und was sie zu unterlassen haben, wenn sie sich im Haus aufhalten. Wenn jemand sagt: „wenn du in meinem Auto mitfahren willst, dann darfst du nicht rauchen" oder „du kannst nur reinkommen, wenn du deine Schuhe ausziehst", dann ist das eine vollkommen andere Angelegenheit als zu versuchen, anderen Leuten vorzuschreiben, was sie mit ihrem Eigentum tun dürfen.

Wenn also ein Autoritätsgläubiger einem anderem, der den Befehlen der Politiker nicht gehorchen will, nahelegt, das Land zu verlassen, dann steckt dahinter die Annahme, dass alles innerhalb des „Landes" Eigentum der Politiker sei. Ein Hauseigentümer ist nicht Eigentümer seines Hauses, wenn er vor der Wahl steht, den Politikern zu gehorchen oder zu verschwinden. Auch nicht wenn er das Haus aus eigener Kraft errichtet oder über Jahre hinweg abbezahlt hat. Sein Haus ist einschließlich der Zeit und Lebensenergie, die er in das Haus investiert hat, Eigentum der Politiker. Wenn die Zeit und Lebensenergie eines Menschen einem anderen gehört, dann ist er definitionsgemäß Sklave dieses anderen Menschen. Das „implizite Einverständnis" bedeutet demnach, dass jedes „Land" eine riesige Sklavenplantage ist und dass alles darin einschließlich der Menschen das Eigentum der Politiker ist. Und diese benötigen selbstverständlich keinerlei Einverständnis der Sklaven, um mit ihnen zu machen, was sie wollen.

Kein Staatsgläubiger kann erklären, woher Politiker das Recht haben, sich einseitig und exklusiv zu Eigentümern an tausenden von Quadratkilometern Land einschließlich der darauf bereits lebenden Menschen zu erklären und dementsprechend das Recht auf Herrschaft und Ausbeutung zu beanspruchen. Das wäre ebenso verrückt wie zu sagen: „Ich erkläre hiermit, dass Nordamerika mein rechtmäßiges Eigentum ist, also muss jeder, der hier lebt, das tun, was ich sage. Verschwinde, wenn dir das nicht passt!"

Es gibt auch ein praktisches Problem mit dieser „gehorche oder verschwinde"-Einstellung. Zu verschwinden würde einfach nur bedeuten, dass der Einzelne sich in einem anderen „Land", also auf einer anderen Sklavenplantage wiederfinden würde. Am Ende ist jeder auf der Erde ein Sklave, der sich nur noch aussuchen darf, welchen Herren er dienen soll. Demnach gibt es keine Freiheit. Mit dem immer wieder unterstellten „Einverständnis" hat das überhaupt nichts zu tun.

Der Glaube daran, dass die Politiker Eigentümer von allem und jedem sind, zeigt sich besonders deutlich bei den „Einwanderungsgesetzen". Wenn Menschen eine Erlaubnis eines Politikers dafür benötigen, einen Fuß ins Land zu setzen und das Übertreten einer unsichtbaren Linie zwischen verschiedenen Besitztümern als „Verbrechen" gilt, dann bedeutet das im Umkehrschluss, dass das gesamte Land Eigentum der Politiker ist. Wenn es Menschen nicht gestattet ist, einen „illegalen Einwanderer" zu beschäftigen und mit ihm Handel zu treiben, wenn ihm nicht einmal erlaubt ist, ihn nach Hause zu sich einzuladen, dann hat dieser Bürger Eigentum an nichts und den Politikern gehört alles.

Das „implizite Einverständnis" steht auch im Widerspruch zur Realität. Wenn jemand mit bestimmten Regeln einverstanden ist, müssen ihm diese nicht durch „Vollstrecker" gewaltsam aufgezwungen werden. Vollstreckt wird nur, wenn jemand nicht mit etwas einverstanden ist. Jeder, der Augen im Kopf hat, kann deutlich sehen, dass eine „Regierung" ständig gegen den Willen vieler Menschen handelt. Angesichts der unzähligen Polizisten, Kommissare, Regulierer, Grenzschützer, Drogenpolizisten, Staatsanwälte, Richter, Soldaten und die ganzen anderen „Vollstrecker" des „Staates" und seiner „Regierung" ist es vollkommen lächerlich zu behaupten, dass die „Regierung" mit dem „Einverständnis" der „Regierten" handelt. Den Machthabern ist es egal, ob die Betroffenen mit deren „Gesetzen" einverstanden sind oder nicht. Die Befehle der Politiker werden durchgesetzt. Wenn nötig mit roher Gewalt und mit oder ohne Einverständnis des Einzelnen.

„Wir sind die Regierung“

Eine der bizarrsten und wahnsinnigsten, aber sehr weit verbreiteten Behauptungen ist, dass „wir das Volk die Regierung sind". Bereits Kindern wird beigebracht, diesen Unsinn zu verinnerlichen, obwohl jedem vollkommen klar ist, dass die Politiker Befehle erteilen und Regeln aufstellen und jeder andere unter Strafandrohung gehorchen muss. Es gibt eine herrschende Klasse und eine Klasse der Untertanen, die sich überdeutlich voneinander unterscheiden: Die eine Gruppe verlangt riesige Geldsummen, die andere Gruppe zahlt. Die eine Gruppe sagt der anderen, wo sie leben und arbeiten darf, was sie essen und trinken darf, welche Fahrzeuge sie fahren darf, für wen sie arbeiten darf, welchen Beruf sie ausüben darf usw. Die eine Gruppe nimmt sich Billionenbeträge von dem, was die andere Gruppe verdient. Die eine Gruppe besteht vollständig aus Parasiten, während die andere Gruppe so gut sie kann den gesamten wirtschaftlichen Wohlstand produziert. Es ist vollkommen offensichtlich, wer die Befehle erteilt und wer zu gehorchen hat. Wer gehorchen muss, ist beim besten Willen nicht die „Regierung" und man benötigt eine ordentliche Portion Selbstbetrug, um irgendetwas anderes zu glauben.

„Die Regierung dient uns“

Weit verbreitet ist auch die Behauptung, dass die „Regierung" für uns „arbeitet". Sie „dient uns" angeblich. Das hat nicht das Geringste mit der Realität zu tun. Es handelt sich nur um ein Mantra, das in sektenhafter Verblendung bis zur Besinnungslosigkeit wiederholt wird. Eine Lüge, die absichtlich in die Menschheit einprogrammiert wurde, um ihre Wahrnehmung zu verzerren. Die meisten Menschen hinterfragen diesen offensichtlichen Unsinn nicht einmal. Kaum jemand fragt sich, warum „die Regierung" für uns arbeitet und wir gleichzeitig nicht entscheiden dürfen, wieviel wir unseren Angestellten bezahlen. Warum entscheidet unser „Angestellter" darüber, was er für uns tut? Warum bestimmt unser „Angestellter" wie wir zu leben haben? Warum verlangt unser „Angestellter", dass wir ihm gehorchen, und zwar unabhängig davon, wie willkürlich seine Befehle sind und warum schickt er Bewaffnete zu uns nach Hause, wenn wir nicht gehorchen?

Eine „Regierung" kann uns unmöglich dienen, sonst wäre sie keine „Regierung". Wer andere herumkommandiert und ihnen ihr Geld wegnehmen kann, ist nicht deren Diener. Und wenn er das nicht tut, dann handelt es sich nicht um eine „Regierung". Die „Regierung" ist eine Organisation, die das Recht dazu hat, die Untertanen gewaltsam durch „Gesetze" zu beherrschen und dadurch ist der weit verbreitete Ausdruck, dass sie „dem Volk dient", vollkommen lächerlich. Es ist absurd zu glauben, dass ein Herrscher der Diener der Beherrschten ist. Trotzdem gilt dieser unauflösbare Widerspruch in der „Staatslehre" als nicht zu hinterfragendes Dogma.

„Die Regierung repräsentiert uns“

Die sogenannte „repräsentative Regierung" ist eine Lüge, die noch weiter verbreitet ist. Sie dient dazu, das Herrschaftsverhältnis zwischen der „Regierung" und dem Volk zu verschleiern. Dahinter steckt die Behauptung, dass die Menschen durch die Wahl in Machtpositionen, „ihre Anführer wählen" und dass die „Amtsinhaber" ausschließlich den Willen des Volkes repräsentieren. Auch das ist in sich widersprüchlich und hat nichts mit der Realität zu tun. Die sogenannten „repräsentativen Regierungen" handeln ständig gegen den Willen ihrer Untertanen. Sie erhöhen die „Steuern", führen Kriege, lassen sich bestechen usw.

Jedem Steuerzahler fallen sofort viele Beispiele für Dinge ein, die gegen seinen Willen von seinem Geld bezahlt werden: Geschenke an große Konzerne, Zahlungen an bestimmte Einzelpersonen, „Regierungshandeln", das individuelle Rechte verletzt oder das verschwenderische, korrupte, ineffiziente Bürokratiemonster der „Regierung". Die Behauptung, dass das alles würde dem Willen des Steuerzahlers entsprechen, ist absurd.

Auch rein theoretisch ist so etwas wie eine „repräsentative Regierung" gar nicht möglich, weil „die Regierung" nicht das Volk als Ganzes repräsentieren kann, so lange sich nicht jeder Einzelne genau damit einverstanden erklärt. Die Menschen und ihre Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich. Egal was die „Regierung" tut, sie wird deshalb immer gegen den Willen von zumindest ein paar Menschen handeln. Selbst wenn die „Regierung" genau das tun würde, was eine Mehrheit ihrer Untertanen will (was ohnehin niemals vorkommt), würde sie nicht allen Menschen dienen. Sie würde Minderheiten den Willen von Mehrheiten aufzwingen.

Darüber hinaus kann jemand, der einen anderen repräsentiert nicht mehr Rechte haben als derjenige, den er repräsentiert. Wenn zum Beispiel jemand kein Recht dazu hat in das Haus seines Nachbarn einzubrechen und ihm seine Wertsachen zu stehlen, dann hat er auch nicht das Recht dazu, einen Repräsentanten hinzuschicken, der das gleiche für ihn tut. Jemanden zu repräsentieren bedeutet, in dessen Namen an seiner Stelle zu handeln. Ein echter Repräsentant kann nur das tun, wozu derjenige, den er repräsentiert, berechtigt ist. Im Fall der „Regierung" sind die Menschen, die angeblich repräsentiert werden, zu nichts berechtigt, was die Politiker tun: „Steuern" erheben, „Gesetze" erlassen, usw. Ein normaler Mensch hat kein Recht, seine Entscheidungen seinem Nachbarn aufzuzwingen, ihm zu sagen, wie er sein Leben zu leben hat und ihn zu bestrafen, wenn er nicht gehorcht. Wenn demnach eine „Regierung" so etwas tut, dann repräsentiert sie niemanden außer sich selbst.

Interessanterweise berufen sich viele Menschen ständig auf eine „repräsentative Funktion" der „Regierung", die sie durch Wählerstimmen erhalten haben soll. Obwohl sie aber gewählt haben, verweigern sie jede persönliche Verantwortung für das, was die von ihnen gewählten „Repräsentanten" tun. Wenn die von ihnen gewählte Person, ein „Gesetz" erlässt, das Schaden

anrichtet oder zur Erhöhung der „Steuern" führt oder einen Krieg nach sich zieht, empfinden die Wähler nie die gleiche Schuld oder Scham, die sie empfinden würden, wenn sie persönlich solche Dinge getan oder jemanden damit beauftragt hätten. Diese Tatsache zeigt, dass nicht einmal der überzeugteste Wähler an das Konzept einer „repräsentativen Regierung" glaubt und dass er Politiker nicht als seine Repräsentanten ansieht. Die Begrifflichkeit stimmt nicht mit dem überein, was real passiert.

Das einzige Ziel solcher Wortspiele ist es, die Tatsache zu verschleiern, dass die Beziehung zwischen der „Regierung" und ihren Untertanen genau die gleiche ist wie die zwischen einem Herren und seiner Sklaven. Der eine Herr mag seine Sklaven weniger brutal schlagen als der andere. Der andere erlaubt seinen Sklaven, etwas mehr von dem zu behalten, was sie produzieren. Wieder ein anderer versorgt sie vielleicht besser. Aber nichts davon stellt das Verhältnis von Herren und Sklaven in Frage. Derjenige mit dem Recht zu herrschen, ist der Herr und derjenige mit der Pflicht zu gehorchen, ist der Sklave. Und an dieser Tatsache ändert sich nichts, auch nicht wenn das mit noch so viel rhetorischen Tricks umschrieben wird. Zum Beispiel durch Euphemismen wie „repräsentative Regierung", „Einverständnis der Regierten" und „Wille des Volkes".

Eine „Regierung des Volkes, vom Volk und für das Volk" kann es nicht geben, auch wenn sich das durch die politische Rhetorik noch so toll anhört. Eine Herrscherklasse kann die Beherrschten weder repräsentieren, noch ihnen dienen. Genauso wenig wie ein Herr seine Sklaven repräsentieren oder ihnen dienen kann. Seine einzige Möglichkeit wäre, damit aufzuhören, ihr Sklavenhalter zu sein und sie freizulassen. Eine Herrscherklasse kann nur zum Diener der Beherrschten werden, indem sie damit aufhört, eine Herrscherklasse zu sein und indem sie von jeder Herrschaft die Finger lässt. Eine „Regierung" kann Menschen nicht dienen, solange sie eine „Regierung" ist.

„Rechtsstaat“

Ein weiteres Beispiel für eine irrationale Annahme der Staatsgläubigen ist die Vorstellung von einem „Rechtsstaat". Dahinter steckt die Annahme, dass das Recht einfacher Menschen schlecht sei, weil es jenen dient, die mit niederen Absichten nach Macht streben. Der „Rechtsstaat", so heißt es in der Theorie, garantiere hingegen ausschließlich objektive, vernünftige und für alle gleichermaßen geltende Regeln. Einmal wirklich objektiv und vernünftig darüber nachgedacht, ist schnell klar, wie absurd diese Vorstellung ist. Obwohl das „Gesetz" oft als eine Art heiliges, unfehlbares, natürliches und universelles Regelwerk wahrgenommen wird, ist das „Gesetz" in Wirklichkeit nur eine Ansammlung von Befehlen, die von den Menschen in der „Regierung" geschaffen und durchgesetzt werden. Einen Unterschied zwischen „Rechtsstaat" und „Rechtsmensch" würde es nur geben, wenn die „Gesetze" des „Rechtsstaates" von etwas anderem als Menschen geschaffen worden wären.

Die geheime Zutat

Staatgläubige versuchen, die Existenz einer herrschenden Klasse namens „Regierung" mit vernünftigen, legitimen, nützlichen Dingen zu rechtfertigen. Sie erklären diese Dinge dann zur Grundlage des „Staates". Sie behaupten: „Wenn die Menschen sich organisieren, um ein gemeinsames Verteidigungssystem zu errichten, dann nennt man das Staat." Oder es heißt: „Ein Staat entsteht, wenn Menschen gemeinsam entscheiden, wie Dinge wie Straßen, Handel und Eigentumsrechte funktionieren sollen." Oder sie sagen: „Wenn die Menschen ihre Ressourcen bündeln, um Dinge gemeinsam zu tun, anstatt dass jeder Einzelne alles für sich alleine macht, dann ist das ein Staat."

Nichts davon entspricht der Realität. Solche Annahmen dienen dazu, den „Staat" als natürlichen, rechtmäßigen und nützlichen Teil der Menschheit darzustellen. Aber alle diese Annahmen ignorieren den wahren Kern des „Staates". Der „Staat" hat nichts mit Organisation, Kooperation oder gemeinsamen Übereinkünften zu tun. Unzählige Gruppen und Organisationen - Supermärkte, Fußballmannschaften, Autohersteller, Bogenschützenvereine usw. - handeln kooperativ und zum gemeinsamen Vorteil. Sie werden aber nicht „Staat" genannt, weil sie kein Recht auf Herrschaft beanspruchen und auch nicht von sich behaupten, dass sie ein solches Recht hätten. Das ist die geheime Zutat, die die „Autorität" ausmacht: das angebliche Recht dazu, andere gewaltsam zu beherrschen.

„Regierungen" entstehen nicht einfach so aus Supermärkten oder Fußballmannschaften und auch nicht aus Menschen, die sich organisieren, um sich gemeinsam und gegenseitig zu verteidigen. Es gibt einen großen Unterschied zwischen „Wie können wir uns effektiv verteidigen?" und „Ich habe das Recht, dich zu beherrschen!"

In der Staatslehre wird behauptet, dass der „Staat" und die „Regierung" Ergebnisse zivilisierter und organisierter Menschen sind. Tatsächlich aber sind sie ausschließlich Ergebnisse des Märchens, dass es jemanden geben muss, der „das Sagen hat". Ohne den religiösen Glauben an die

„Autorität" würde keine Kooperations- oder Organisationform jemals zu einer „Regierung" werden. Zu einem rechtmäßigen Herrscher zu werden, setzt eine drastisch verzerrte allgemeine Wahrnehmung von Dienstleistungen voraus. Dabei ist es egal, um welche Art der Dienstleistung es sich handelt - Lebensmittelversorgung, Wohnungsbau, Information, Schutz oder sonst etwas. Eine Organisationsform kann nicht wundersamerweise zu einer „Regierung" werden, ebenso wenig wie ein Angestellter eines Sicherheitsdienstes wundersamerweise zum König werden kann.

Diese falschen Vorstellungen von einer Dienstleistung führt zu einer weiteren Behauptung der Staatsgläubigen: Dass eine Beseitigung der „Regierung" dazu führen wird, dass Verbrecherbanden die Herrschaft übernehmen würden und dadurch eine neue Form von „Regierung" entstehen würde. Die gewaltsame Ausübung von Herrschaft wird aber nicht automatisch als das Handeln einer „Regierung" angesehen. So lange der neuen Verbrecherbande nicht das Recht zu herrschen zugeschrieben wird, so lange wird sie auch nicht als „Regierung" betrachtet. Eine moderne Bevölkerung zu unterwerfen - vor allem wenn sie bewaffnet ist - setzt tatsächlich einzig und allein voraus, dass die Herrschaft als rechtmäßig wahrgenommen wird.

Heutzutage würde die Herrschaft mittels bloßer Gewalt über eine größere Menge an Menschen ungeheure Ressourcen erfordern (Waffen, Spitzel, Söldner usw.) - so viele, dass das es aussichtslos wäre. Die Horrorvorstellung von brutalen Verbrecherbanden, die ein Land unterwerfen, passt zwar in die Kinos, aber in einem Land mit einem Kommunikationsnetz und Waffen wird es nicht dazu kommen. Die einzige Möglichkeit, eine größere Bevölkerung heutzutage zu unterwerfen, besteht darin, dass die Herrschaftsanwärter die Bevölkerung davon überzeugen, dass sie das moralische Recht dazu hätten, sie zu beherrschen. Das gelingt nur, wenn die Vorstellung von einer „rechtmäßigen Autorität" in die Köpfe der Opfer eingehämmert wird und diese daraufhin davon überzeugt sind, es mit einer rechtmäßigen und korrekten „Regierung" zu tun zu haben. Sobald das gelingt, ist kaum noch Gewalt nötig, um an die Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten. Wenn das Regime dagegen jemals den Anschein der Rechtmäßigkeit in den Augen seiner Opfer verliert, oder wenn es diesen Anschein nie erreicht, wird rohe Gewalt nicht dazu ausreichen, die Macht zu erhalten und zu sichern.

Verbrecherbanden und beliebige andere Organisationen können nicht zu „Regierungen" werden, so lange die Menschen nicht glauben, dass irgendwer das Recht hätte, sie zu beherrschen. Wenn sich die Menschen vom religiösen Glauben an die „Autorität" befreien, dann brauchen sie dementsprechend keine Revolution, um frei zu sein. „Regierungen" werden daraufhin einfach verschwinden, weil der einzige Grund, warum sie überhaupt existieren, der religiöse Glaube an die „Autorität" im Kopf der Staatsgläubigen ist. Die Politiker und ihre Söldner, die ihre Drohungen wahr machen, sind zwar sehr real. Aber ohne den Anschein der Rechtmäßigkeit werden sie als machtbesessene Verbrecherbande angesehen und nicht als „Regierung".

Manche, unter ihnen auch Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung, behaupten, dass es möglich und wünschenswert sei, eine „Regierung" zu haben, die nichts anderes tut als die Rechte des Individuums zu schützen. Aber eine Organisation, die sich nur darauf beschränkt, wäre keine „Regierung". Jeder Einzelne hat das Recht, sich und andere gegen Angriffe zu verteidigen. Auch wenn das im Rahmen einer sehr großen und gut organisierten Form geschieht, so wäre das ebenso wenig ein „Staat" wie ein großer Lebensmittelhersteller ein „Staat" wäre. Damit eine Organisation ein „Staat" ist, muss sie per Definition etwas tun dürfen, wozu andere Menschen nicht das Recht

haben. Eine „Regierung" mit den gleichen Rechten wie jeder andere ist keine „Regierung", genauso wenig wie der Durchschnittsmensch auf der Straße eine „Regierung" ist.

Die Notwendigkeitsausrede

Eine häufige Ausrede der Staatsgläubigen ist, dass die Menschheit eine „Regierung" brauchen würde. Die Gesellschaft benötigt angeblich einen Anführer. Irgendwer müsse verantwortlich sein, sonst gäbe es Chaos und blutige Auseinandersetzungen. Aber eine bloße Notwendigkeit, egal ob real oder nur in der Vorstellung, kann kein Fabelwesen real werden lassen. Ein Recht zu herrschen wird nicht Realität, nur weil es angeblich für eine friedliche Gesellschaft gebraucht wird. Niemand würde behaupten, dass der Weihnachtsmann real ist, weil wir ihn dazu brauchen, damit Weihnachten funktioniert.

Wenn die „Autorität" nicht existiert und nicht existieren kann, wie im Folgenden noch belegt wird, dann ist die Aussage, dass wir sie „bräuchten", nicht nur sinnlos, sondern offensichtlich auch unwahr. Wir können nicht einfach etwas durch die Kraft der Gedanken herbeizaubern, das dann tatsächlich real ist. Wenn man ohne Fallschirm aus dem Flugzeug springt, wird die Tatsache, dass ein Fallschirm „notwendig" ist, nicht dazu führen, dass plötzlich ein Fallschirm entsteht. Ebenso wenig ist es möglich, dass ein Mensch auf diese Weise das Recht erhält, über einen anderen zu herrschen. Auf der anderen Seite kann dadurch unmöglich die Pflicht entstehen, sich unterwerfen zu müssen. Die Behauptung, dass die Notwendigkeit dazu führt, dass etwas real entsteht, ist schlicht und einfach falsch.

TEIL II DIE WIDERLEGUNG DER AUTORITÄT

Das Ende des Mythos

Immer mehr Menschen glauben heute, dass eine „Regierung" nicht notwendig sei und dass die Gesellschaft in der Praxis sehr viel besser ohne sie zurecht kommen würde. Andere sagen, dass die Gesellschaft ohne eine Staatsgewalt die einzige moralische Option ist, weil dadurch die Initiierung von Gewalt gegen unschuldige Menschen nicht unterstützt wird - und zwar unabhängig davon, was besser „funktioniert". Diese Argumente haben beide ihre Berechtigung und beides ist erstrebenswert.

Es gibt aber einen grundsätzlicheren Punkt, der solche Diskussionen in Frage stellt: Eine „Autorität" kann nicht existieren. Unabhängig davon, ob sie moralisch ist oder nicht und ob sie „funktioniert oder nicht". Das ist keine Wunschvorstellung, sondern es ist die Beschreibung der Realität. Wenn eine „Autorität" nicht existieren kann - so wie später noch logisch hergeleitet wird - ist jede Debatte darüber sinnlos, ob wir sie „brauchen" oder wie gut sie funktioniert.

Dementsprechend ist der Gegenstand dieses Buches nicht, dass die „Regierung" abgeschafft werden sollte, sondern dass eine „Regierung" im Sinne einer rechtmäßigen herrschenden Klasse nicht existiert und nicht existieren kann. Die Unfähigkeit, dieses zu erkennen, führt zu unermesslichem Leid und zu großer Ungerechtigkeit. Selbst die meisten, die „Staat" und „Regierung" als riesige Bedrohungen der Menschheit ansehen, sprechen von ihnen, als würden sie tatsächlich existieren. Sie erwecken den Eindruck, als gäbe es eine Wahl zwischen einem „Staat" oder der Abwesenheit eines „Staats". Diese Wahl gibt es nicht. Der „Staat" ist logisch unmöglich.

Das Problem ist nicht der „Staat", sondern der Glaube an den „Staat". Jemand, der beispielsweise realisiert, dass es keinen Weihnachtsmann gibt, würde nicht in den Krieg ziehen, um ihn abzuschaffen oder vom Nordpol zu vertreiben. Er hört einfach nur damit auf, an ihn zu glauben. Der Unterschied ist nur, dass der Glaube an den Weihnachtsmann keinen größeren Schaden anrichtet, während der Glaube an das mystische Monster namens „Autorität" zu unvorstellbarem Leid, zu Unterdrückung und Ungerechtigkeit führt.

Die Kernbotschaft ist nicht, dass eine Welt ohne eine „Autorität" erschaffen werden soll. Sie lautet, dass Menschen gewöhnlich die Tatsache nicht akzeptieren, dass es die „Autorität" nicht gibt. Eine Welt ohne „Autorität" ist das, was schon immer existiert. Den Menschen würde es wesentlich besser gehen und sie würden sich sehr viel rationaler, moralischer und zivilisierter verhalten, wenn sie diese Tatsache verstehen würden.

Warum der Mythos verführerisch ist

Warum sollte eigentlich irgendjemand wollen, dass so etwas wie ein „Staat" und eine „Regierung" existiert? Die Motive machtbesessener Menschen sind klar: Es gibt ihnen einen einfachen, angeblich legitimen Mechanismus an die Hand, durch den sie andere gewaltsam beherrschen können. Aber warum wollen alle anderen, die beherrscht werden, dass es eine „Regierung" und einen „Staat" gibt?

Die Gedankengänge der Staatsgläubigen beginnen mit normalen, nachvollziehbaren Sorgen und sie enden mit einer irrsinnigen „Lösung". Für den Durchschnittsmenschen befinden sich Milliarden von Menschen auf der Welt, von denen viele dumm oder feindselig sind. Natürlich wollen sie vor diesen Menschen und den vielen bösen Dingen, die sie ihnen möglicherweise antun, geschützt werden. Die meisten Staatsgläubigen begründen damit ganz offen die Notwendigkeit eines „Staats". Man könne den Menschen nicht vertrauen, weil es in der Natur des Menschen liegt, zu stehlen, andere anzugreifen, etc. Staatsgläubige behaupten oft, dass die Gesellschaft ohne eine herrschende Autorität zusammenbricht. Der „Staat" muss Regeln aufstellen und durchsetzen, um das zu verhindern. Konflikte würden auf Blutvergießen hinauslaufen, es würde nur wenig bis gar keine Zusammenarbeit mehr geben, der Handel würde vollkommen zum Erliegen kommen, es ginge nach dem Prinzip „jeder ist sich selbst der Nächste" und die Menschheit würde sich zurückentwickeln bis hin zum Höhlenmenschen oder es entsteht eine Art Endzeit-Szenario.

Staatsgläubige und Anarchisten diskutieren zwar gerne über die Frage, ob der Mensch an sich gut und vertrauenswürdig ist und deshalb keine Herrscher benötigt oder ob er an sich schlecht und nicht vertrauenswürdig ist und dass man deswegen einen „Staat" braucht, um ihn unter Kontrolle zu halten. Das eigentliche Problem ist aber, dass der Glaube an die „Autorität" vollkommen irrational ist. Ob der Mensch gut oder schlecht ist, spielt keine Rolle.

Die häufigste Begründung dafür, warum ein „Staat" notwendig sein soll - dass Menschen schlecht sind und deshalb unter Kontrolle gehalten werden müssen -, macht sozusagen zufällig den Irrsinn des Staatsglaubens deutlich. Angenommen die Menschen sind tatsächlich so einfältig, dumm und bösartig sind, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass sie selbständig das Richtige tun. Wie soll sich dann die Situation durch eine Teilmenge genau dieser einfältigen, dummen und bösartigen Menschen verbessern? Einer Teilmenge, der die gesellschaftliche Erlaubnis erteilt wird, alle anderen gewaltsam zu beherrschen? Warum sollte irgendjemand auf die Idee kommen, aus einer Gruppe gefährlicher Monster zivilisierte Menschen zu machen, indem er sie neu organisiert?

Die Antwort macht die religiöse Natur des Glaubens an die „Autorität" deutlich. Autoritätsgläubige wollen nicht nur eine andere Organisationsweise der Menschen, sondern die Beteiligung irgendeines übermenschlichen Wesens. Dieses Wesen soll Rechte und Fähigkeiten haben, die menschliche Wesen nicht haben. Diese sollen dazu verwendet werden, die ganzen nicht

vertrauenswürdigen Menschen auf Linie zu halten. Die Staatsgläubigen behaupten ständig, dass die Menschen so fehlerbehaftet sind, dass sie beherrscht werden müssen. Wenn das so ist, dann muss ihrer Meinung nach irgendetwas anderes als Menschen die Herrschaft ausüben. Unabhängig davon, aus welcher Perspektive man die Phänomene „Regierung" und „Staat" untersucht, bestehen diese am Ende immer und ausschließlich aus Menschen. Zu sagen, dass ein „Staat" und eine „Regierung" nötig seien, weil Menschen nicht vertrauenswürdig sind, ist irrational und unsinnig.

Was die Gläubigen wirklich von einer „Regierung" wollen, ist eine riesige unüberwindbare Macht, die dazu eingesetzt wird, Gutes zu tun. Aber es gibt keinen politischen oder irgendeinen anderen Zaubertrick, der Gerechtigkeit für alle herstellen kann. Nichts und niemand kann garantieren, dass die „Guten" gewinnen oder dass die Unschuldigen respektiert und geschützt werden. Die Staatsgläubigen bestehen auf einen übermenschlich mächtigen magischen Erlöser, der die Menschheit vor sich selbst retten soll - aber dieser existiert nicht. Zumindest auf diesem Planeten sind es die Menschen, die an der Spitze stehen. Es gibt nichts über ihnen, das sie beherrscht und aus ihnen Eigentum macht. Und sich so ein übermenschliches Wesen einzubilden, bedeutet weder, dass es real ist, noch dass es dazu beiträgt, die Situation zu verbessern.

Die Religion des „Staates“

Der „Staat" ist weder ein wissenschaftliches Konzept noch ein rationales soziologisches Konstrukt. Er ist erst recht keine logische und praktische Methode der gesellschaftlichen Organisation und Kooperation. Der Glaube an den „Staat" baut nicht auf rationalen Gründen auf. Er baut auf Gläubigkeit auf. In Wirklichkeit ist der Glaube an den „Staat" eine Religion, die aus einer Reihe dogmatischer Lehren besteht. Irrationale Doktrine, die auf dem Gegenteil von Beweisen und Logik basieren und die von den Gläubigen systematisch auswendig gelernt und ständig wiederholt werden.

Ebenso wie in anderen Religionen gibt es bei der Religion des „Staates" einen Gott, der als übermenschliches, übernatürliches Wesen, das über den Sterblichen steht und Gebote für die Gefolgschaft erlässt. Die Gebote niemals in Frage zu stellen, ist höchste moralische Verpflichtung. Die Gebote zu brechen, wird als Sünde betrachtet und „sich nicht an die Gesetze halten" genannt. Pflichtbewusst und selbstgerecht werden die Untreuen und Sünder, die „Kriminellen", bestraft. Dabei werden mit großem Stolz der Kadavergehorsam und die Unterwürfigkeit gegenüber ihres Gottes (als „gesetzestreuer Steuerzahler") zur Schau gestellt. Die Sterblichen betteln bescheiden ihre Herren um Gefälligkeiten an und fragen sie um Erlaubnis, bestimmte Dinge zu tun. Empörende Gotteslästerung ist es, wenn ein Vertreter des niederen Fußvolks selbst entscheidet, an welche der „Staats"-Gott-„Gesetze" er sich hält und welche er ignoriert. Die Doktrin lautet: „Du kannst versuchen, die Gesetze zu ändern, aber so lange es Gesetze sind, müssen wir uns alle an sie halten!"

Das Religiöse des Glaubens an die „Autorität" wird in bestimmten Situationen besonders deutlich sichtbar. Zum Beispiel wenn sich die Menschen versammeln, voller Stolz ihre Hände auf die Brust legen und in religiöser Art und Weise ihr Vertrauen und ihre ewige Treue auf eine Fahne schwören. Kaum jemand merkt, dass der Treueschwur auf ein System der Unterdrückung und autoritären Kontrolle erfolgt. Im übertragenen Sinn wird dadurch versprochen, blind zu gehorchen und sich wie loyale Untergebene ihrer Herren zu verhalten, anstatt das moralisch Richtige zu tun. Der Treueschwur besteht ausschließlich aus Unterwerfungsgesten. Als wäre es ein ehrenvolles und großartiges Ziel, sich unter die Knute des „Staats" und der „Regierung" zwingen zu lassen.

Der Schwur, die Geisteshaltung und die Emotionen, passen universell zu jedem tyrannischen Regime der Geschichte. In den USA wird die Treue zur „Republik" geschworen. Hinzu kommen viele andere patriotische Rituale, Lieder und die religiöse Verehrung von zwei Pergamentpapieren namens „Unabhängigkeitserklärung" und „US-Verfassung". Das alles zeigt, dass der „Staat" nicht als praktische Notwendigkeit betrachtet wird. Er hat die Funktion eines Gottes, der zu ehren und zu preisen ist und dem gehorcht werden muss.

Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen dem Glauben an den „Staat" und dem Glauben an andere Götter ist heutzutage, dass die Menschen tatsächlich an den Gott namens „Staat" glauben. Der Glaube an die anderen angeblichen Götter besteht im Vergleich dazu nur noch aus hohlen Ritualen und halbherzig nachgeplapperten Bekenntnissen. In ihrem Alltag ist der „Staat" der

Gott, den sie wirklich anbeten, um sie vor Unglück zu bewahren, um ihre Feinde zu bestrafen und sie mit allerlei Wohltätigkeiten zu bedenken.

Die Gebote des „Staats"-Gottes sind es, die von den Menschen am meisten respektiert und beachtet werden. Die Gebote des „Staates" stehen stets über den Lehren der niederen Götter. Beispiele sind „bezahle deinen Anteil" (Besteuerung) im Vergleich zu „du sollst nicht stehlen" oder „vaterländische Pflicht" (Militärdienst) im Vergleich zu „du sollst nicht töten".

Die Politiker sind die Hohepriester der Religion des „Staates", die Sprecher und Repräsentanten der „Regierung", die das heilige „Gesetz" von oben herab verkünden. Diese sagen sogar ganz offen, dass es den Leuten gestattet ist, die Religion auszuüben, die sie möchten, so lange das nicht gegen die „Gesetze" der obersten Religion verstößt, also gegen die Diktate der sogenannten „Regierung".

Der durchschnittliche Mensch wird sich vielleicht etwas darüber aufregen, wenn jemand die Existenz des Gottes, an den er glaubt, in Frage stellt. Regelrecht aggressiv und feindselig wird er hingegen reagieren, wenn jemand eine Gesellschaft ohne „Staat" vorschlägt. Das zeigt, welcher Religion die Menschen tiefer emotional verbunden sind und an welche Religion sie tatsächlich stärker glauben. Der Glaube an den „Staat" sitzt sogar so tief, dass sie nicht einmal erkennen, dass es ein Glaube ist. Ein Glaube ist das genaue Gegenteil von einer sorgfältigen rationalen Betrachtung unter Einbezug von Logik und Beweisen. Deshalb reagieren Staatsgläubige auf die Idee einer staatenlosen Gesellschaft („Anarchie") mit Beleidigungen, Weltuntergangsszenarien und emotionalen Wutausbrüchen, anstatt den „Staat" ruhig und vernünftig mit sachlichen Argumenten zu verteidigen. Der Glaube an den „Staat" ist durch und durch eine religiöse Überzeugung, die nur durch ständige Indoktrination erzeugt werden kann. Für die Staatsgläubigen ist ihr Gott, der „Staat", ihr Erlöser und Beschützer, Lehrer und Meister. Die Nachricht, dass er eigentlich gar nicht existiert und niemals existiert hat, sehen sie als existenzielle Bedrohung.

Politik hat einen offensichtlichen religiösen Charakter. Die Gebäude der „Regierung" und ihrer „Ministerien" gleichen häufig Kathedralen oder Tempeln, die traditionellen Kostüme und Rituale, der Luxus und Pomp bei Eröffnungen und anderen „staatlichen" Zeremonien, die Art und Weise, wie die Mitglieder der Herrscherkaste behandelt und beschrieben werden (z.B. als „Herr Bundesminister" oder „euer Ehren") - das alles verleiht dem „Staat" eine Aura der göttlichen Heiligkeit. Die vielen religiösen Symbole und Rituale weisen sehr viel stärker auf eine Religion hin als auf eine praktikable Methode, um Gesellschaften zu organisieren. Die Staatsgläubigen erhoffen sich vom „Staat", ein weiser, neutraler, allwissender und allmächtiger „Entscheider der letzten Instanz" zu sein, der die falschen, kurzsichtigen und selbstsüchtigen Launen der Menschen überwindet und ersetzt. Unfehlbar, gerecht und fair. Die Vorstellung mag zwar angenehm sein, irgendeine moralisch überlegene, allmächtige Gottheit zu haben, die die Unschuldigen schützt und Ungerechtigkeit verhindert. Aber so etwas gibt es nicht und kann es nicht geben. Es gibt hingegen viele Gründe, warum es vollkommen dämlich ist, den „Staat" als Lösung für menschliche Unzulänglichkeiten zu betrachten.

Ein Beispiel: Der Staatsgläubige will, dass der „Staat" objektive Regeln für zivilisiertes Verhalten durchsetzt. Genauer betrachtet will er aber seine eigene Auffassung von Gerechtigkeit und Moral durch die „Autorität" durchsetzen lassen. Dabei erkennt er nicht, dass der Einzelne nicht mehr entscheiden kann, was als moralisch oder gerecht gilt, sobald eine „Autorität" ins Spiel kommt. Die

„Autorität" wird das Recht beanspruchen, das an seiner Stelle zu tun. Staatsgläubige haben schon unzählige Versuche unternommen, etwas Allmächtiges für das Gute zu schaffen, indem sie irgendwelche Menschen zu Herrschern gemacht haben. Und immer wieder passiert das gleiche: Kurz nachdem der Herrscher seinen Thron bestiegen hat, sinkt sein Interesse an den Sklaven auf Null.

Das ist mit allen Staatsgläubigen passiert, egal, wie verschieden ihre Überzeugungen und Pläne waren. Die Sozialisten behaupten, der „Staat" sei notwendig, um Vermögen „gerecht" zu verteilen. Objektivisten behaupten, der „Staat" sei unverzichtbar, um die Rechte des Individuums zu schützen. Konstitutionalisten behaupten, dass der „Staat" notwendig sei, um die in der Verfassung festgelegten Aufgaben umzusetzen. Menschen, die an die Demokratie glauben behaupten, dass der „Staat" dazu nötig sei, den Willen der Mehrheit zu realisieren. Viele Christen behaupten, dass der „Staat" dazu nötig sei, die Gebote Gottes durchzusetzen usw. Und jedes Mal werden sie alle enttäuscht, weil die „Autorität" ihren Plan immer wieder ändert und nur den Interessen der Menschen an der Macht dient. Sobald die Machthaber „im Amt" sind, interessiert sich keiner mehr dafür, wofür die Machthaber „ins Amt" gebracht wurden. Das war bisher bei jeder „Regierung" in der Geschichte so.

Sobald die Menschen einen Herrscher erschaffen, haben sie per Definition nicht mehr das Sagen. Etwas anderes zu erwarten, ist absurd. Auch ohne die vielen historischen Beispiele. Zu erwarten, dass der Herr dem Sklaven dient - zu erwarten, dass Macht einzig und allein nur zum Wohl der Beherrschten eingesetzt wird und nicht zum Wohl der Herrscher - ist vollkommen lächerlich.

Noch verrückter ist, dass die Staatsgläubigen behaupten, dass die Ernennung von Herrschern der einzige Weg ist, der Unvollkommenheit des Menschen zu begegnen. Für Staatsgläubige ist die Welt voll von Fremden mit fragwürdigen Motive und einer dubiosen Moral und sie haben Angst vor dem, was diese Menschen tun könnten. Das ist zwar für sich gesehen eine sehr gut nachvollziehbare Sorge. Aber daraufhin einer Auswahl exakt dieser Menschen mit fragwürdigen Motiven, unglaublich viel Macht zu geben und ihnen zu erlauben, alle anderen zu beherrschen, ist Wahnsinn. Das alles in der Hoffnung, dass irgendein Wunder dazu führt, dass diese Leute ihre Macht nur für das Gute verwenden. Staatsgläubige vertrauen anderen demnach nicht, gute Nachbarn zu sein, aber sie vertrauen ihnen gleichzeitig darin Herrscher mit unbegrenzter Macht zu sein.

Komischerweise glaubt fast jeder Staatsgläubige, dass Politiker unehrlicher, korrupter, hinterhältiger und egoistischer sind als die meisten anderen. Gleichzeitig behauptet er aber steif und fest, dass die Zivilisation nur fortbestehen kann, wenn diesen hinterhältigen Leuten sowohl die Macht als auch das Recht gegeben wird, alle anderen zu beherrschen. Die einzige Chance, sich vor den Fehlern der menschlichen Natur zu schützen, sei, manche dieser fehlerbehafteten Menschen zu Göttern zu machen, die das Recht haben, über die Menschheit zu herrschen. Meist sind es auch noch die allerschlimmsten von ihnen, in die sie die Hoffnung setzen. Unbegrenzte Macht nur für Gutes zu nutzen und für friedliche Gesellschaft, ist aber noch nie in der Menschheitsgeschichte passiert.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Ich sage alles das als ehemals tief religiöser Staatsgläubiger. Die meiste Zeit meines Lebens habe ich selbst die in sich widersprüchlichen und irrsinnigen Rationalisierungen des Staatsglaubens nicht nur akzeptiert, sondern sogar selbst verbreitet. Ich

selbst konnte aus meiner eigenen autoritären Indoktrination nicht einfach und schnell ausbrechen. Es ging nur sehr langsam, in kleinen Schritten und mit großem intellektuellem Wehgeschrei. Ich sage das nur, damit klar ist, dass ich meine eigenen ehemaligen Glaubenssätze genauso angreife wie die anderer Leute, wenn ich von der „Autorität" als etwas vollkommen Irrationales und Irrsinniges spreche.)

Eine weitere große Sorge von Staatsgläubigen ist, dass verschiedene Menschen verschiedene Überzeugungen, Sichtweisen und moralische Prinzipien haben. Sie fragen deshalb zum Beispiel: „Was ist, wenn es keine Regierung gibt und jemand denkt, dass es in Ordnung ist, mich umzubringen und mir meine Sachen zu stehlen?" Richtig, wenn es unterschiedliche Sichtweisen gibt - so wie das schon immer war und wie das immer sein wird -, dann führt das zu Konflikten. Die autoritäre „Lösung" besteht darin, ein paar Regeln zu erlassen, die ausnahmslos jedem aufgezwungen werden. Stattdessen könnte jeder für sich selbst entscheiden, was richtig ist und was er tun sollte. Die Staatsgläubigen hoffen, dass die „Autorität" die richtigen Regeln erlassen und durchsetzen wird, aber sie erklären nie, wie und warum das geschehen soll. Die Dekrete der „Regierung" werden auch nur von Menschen niedergeschrieben. Normalerweise auch noch von ausgesprochen machtgierigen und korrupten Menschen. Warum sollen ihre „Regeln" besser sein als die „Regeln", die jeder Einzelne für sich selbst festlegen würde?

Der Glaube an den „Staat" führt nicht dazu, dass sich alle einigen. Er schafft nur die Voraussetzungen dafür, dass persönliche Differenzen extrem eskalieren können, indem sie zu Kriegen und zu massenhafter Unterdrückung ausgeweitet werden. Ebenso wenig ist es garantiert, dass eine „Autorität" einen Streit so schlichtet, dass die „richtige" Seite gewinnt. Staatsgläubige behaupten, dass der „Staat" fair, vernünftig und rational in Situationen entscheidet, in denen Individuen nicht dazu in der Lage sind. Sie sind der Illusion verfallen, dass die „Autorität" übermenschliche Fähigkeiten habe und deswegen vertrauenswürdiger sei als normale Sterbliche.

Die Geschichte beweist das genaue Gegenteil. Eine falsche Moralvorstellung einer Einzelperson oder einer kleinen Gruppe führt möglicherweise zur Ermordung eines Menschen oder vielleicht von einem Dutzend. Die gleiche falsche moralische Überzeugung einiger weniger Menschen kann aber zur Ermordung von Millionen von Menschen führen, wenn diese eine Person oder die kleine Gruppe die Maschine namens „Staat" kontrolliert. Die Staatsgläubigen wollen zwar, dass ihre eigenen Vorstellungen von „guten Regeln" des Zusammenlebens durch eine zentrale „Autorität" allen anderen aufgezwungen werden, aber das erkennen sie nicht. Sie können es sich nicht vorstellen, dass das auch von selbst passieren kann. Durch ihr Streben nach dem allmächtigen „guten Menschen", der alle retten soll, erschaffen die Staatsgläubigen einen allmächtigen schlechten Menschen nach dem anderen. Immer und immer wieder bauen sie ein gigantisches und unaufhaltsames Staatsmonster auf und hoffen, dass dieses die Unschuldigen beschützt. Nur um am Ende festzustellen, dass dieses Monster eine weitaus größere Bedrohung für die Unschuldigen darstellt, als die Bedrohungen, gegen die es sie ursprünglich schützen sollte.

Paradoxerweise sprechen sich Staatsgläubige tatsächlich für die Legitimation des Bösen aus, wenn sie versuchen, Gerechtigkeit zu garantieren. Tatsächlich führt der Glaube an die „Autorität" ausschließlich zum Anstieg unmoralischer Gewalt innerhalb einer Gesellschaft. Das ist kein bedauerlicher Zufall oder Nebeneffekt einer grundsätzlich guten Idee. Es ist eine sehr einfach logisch nachvollziehbare Folge des Glaubens an die „Autorität".

„Autorität“ ist unmoralische Gewalt

Manchmal ist physische Gewalt gerechtfertigt und manchmal nicht. Über die konkreten Situationen kann man diskutieren. Trotzdem wird es generell anerkannt, dass aggressive Gewalt, also die Initiierung von Gewalt gegen einen anderen Menschen oder auch angreifende Gewalt

unmoralisches Unrecht ist. Zu dieser Form von Gewalt zählen neben Diebstahl, Raub und Mord auch indirektere Formen von Aggressionen, wie Vandalismus und Betrug.

Gewaltanwendung zur Verteidigung Unschuldiger gilt dagegen gemeinhin als gerechtfertigt und ist moralisch akzeptiert. Sie gilt sogar als anständig und rechtschaffen. Die Rechtmäßigkeit solcher Gewalt ist durch die Situation definiert, in der sie angewendet wird und nicht durch die Person, die sie anwendet. Anders ausgedrückt kann Gewalt, die von jedermann rechtmäßig ausgeübt werden kann, als „gute Gewalt" bezeichnet werden. Jede Gewalt, die nicht jedermann rechtmäßig anwenden kann gilt als „schlechte Gewalt". (Der Leser kann an dieser Stelle seine eigenen Maßstäbe anlegen. Die Schlussfolgerungen bleiben unverändert.)

Die Handlanger der „Autorität" haben scheinbar das Recht, Gewalt in beliebigen Situationen anzuwenden und sich dabei nicht nur auf Situationen zu beschränken, in denen jeder das Recht dazu hätte. Wenn also jeder das Recht auf Anwendung „guter Gewalt" in den entsprechenden Situationen hat und „das Gesetz" die Handlanger von „Regierungen" dazu ermächtigt, Gewalt zusätzlich in allen anderen Situationen anzuwenden, dann legitimiert das „Gesetz" schlechte Gewalt. Die „Autorität" entspricht demnach der Erlaubnis, Schlechtes zu tun. Sie darf Dinge tun, die dann als unmoralisch und ungerechtfertigt gelten, wenn irgendjemand anderes als die „Autorität" und ihre Handlanger sie tun.

Diese Zusammenhänge verstehen nur wenige. Auch nicht der engagierte Wähler, der stolz ein Wahlplakat in seinem Garten aufstellt oder der gutmeinende Bürger, der „sich für ein politisches Amt zur Wahl stellt". Wenn sie sie verstehen würden, wäre ihnen klar, dass „Demokratie" unmoralische Gewalt ist, die von einer Mehrheit gebilligt wird. Unmoralische Gewalt kann keine gesellschaftlichen Probleme lösen. Sie kann auch nicht zu Freiheit oder Gerechtigkeit führen.

In einer „Demokratie" sei die Wahlstimme die Stimme eines Menschen und das Wahlrecht gebe den Menschen Freiheit - so der weit verbreitete Glaube. „Demokratie" ist aber einfach nur die Legitimation von Aggression und ungerechtfertigter Gewalt. Das ist so einfach und offensichtlich, dass ein riesiger Haufen Propaganda notwendig ist, um es erfolgreich vor den Menschen zu verbergen. Wenn jeder das Recht hätte, rechtmäßige Gewalt anzuwenden und es den Handlangern der „Regierung" gestattet ist, Gewalt zusätzlich in anderen Situationen anzuwenden, dann liegt es in der Natur der Sache, dass der „Staat" unmoralische Gewalt anwendet.

Unmoralische Gewalt verwandelt sich in der Wahrnehmung der meisten Menschen unter zwei Voraussetzungen in „rechtmäßige Durchsetzung der Gesetze": Wenn die Gewalt „legal" ist und wenn sie durch die „Autorität" und ihre Handlanger angewendet wird. Das ist das Grundprinzip jeder „Regierung". Es impliziert, dass menschliche moralische Verhaltensstandards nicht für die Handlanger der „Regierung" gelten. Das Ding namens „Regierung" muss also etwas Übermenschliches sein.

Als rechtmäßig angesehen wird Gewalt dann, wenn sie sich auf die Verteidigung beschränkt. Dafür ist kein „Gesetz" und keine spezielle „Autorität" nötig. „Gesetze" und „Regierungen" werden nur dann benötigt, wenn unmoralische Gewalt auf dem Weg einer „Legitimierung" zu moralischer Gewalt umdefiniert werden soll. Das ist der Beitrag einer „Regierung" zu einer Gesellschaft - der einzige Beitrag. Niemand, der diese einfachen Zusammenhänge versteht, würde jemals behaupten, dass die „Regierung" für die menschliche Zivilisation notwendig sei.

Der Glaube, dass ein von Menschenhand geschaffene „Gesetz" die üblichen Regeln zivilisierten Verhaltens aushebeln kann, hat schreckliche Konsequenzen. Der Glaube an die „Autorität" beinhaltet die Annahme, dass die „Regierung" nicht durch ein eine einfache menschliche Moral begrenzt ist. Aber welche Standards oder Prinzipien begrenzen die „Regierung" dann? Wenn 30 Prozent „Besteuerung" in Ordnung ist, warum sollen dann 100 Prozent „Besteuerung" nicht in Ordnung sein? Wenn „legaler" Diebstahl rechtmäßig und gerecht ist, warum sollten dann „legale" Folter und „legaler" Mord nicht legitim und gerecht sein? Wenn irgendein „Gemeinwohl" eine Institution voraussetzt, die von der Moral ausgenommen ist, warum sollte diese dann irgendwelchen Grenzen unterliegen? Wenn die Ausrottung einer ganzen Ethnie oder einer Glaubensgemeinschaft oder die gewaltsame Versklavung von Millionen von Menschen für das „Gemeinwohl" für notwendig befunden wird, über welche moralischen Verfehlungen kann sich jemand beschweren, der zuvor akzeptiert hat, dass es eine „Autorität" gibt?

Jeder Glaube an den „Staat" beruht auf der Vorstellung, dass das „Gemeinwohl" die „gesetzliche" Initiierung von Gewalt gegen Unschuldige rechtfertigt. Und wenn diese Linie überschritten ist, gibt es keinen objektiven moralischen Standard, um dem Verhalten des „Staates" Grenzen zu setzen. Die Geschichte hat das klar und deutlich gezeigt.

Die meisten denken, dass menschliche Wesen nicht vertrauenswürdig, moralisch und weise genug sind, um in Frieden ohne einen „Staat", der sie ständig in Schach hält, leben zu können. Das gilt auch für die meisten, die meinen, dass es in einer idealen Gesellschaft keine Herrscher geben sollte. Die Menschheit sei für so eine Gesellschaft noch nicht „bereit". Das beruht oft auf einem grundsätzlichen Missverständnis. Die Vorstellung von einer „Regierung" als „notwendiges Übel" (wie es Patrick Henry beschrieb) impliziert, dass die „Regierung" der gewalttätigen aggressiven Natur menschlicher Wesen Grenzen setzt. Tatsächlich aber geschieht das genaue Gegenteil: Der Glaube an die „Autorität" legitimiert und „legalisiert" aggressive Gewalt. Die Menschen sind also angeblich nicht für eine staatenlose Gesellschaft „bereit". Man könne ihnen nicht „vertrauen", zusammenzuleben, wenn sie sich keiner „Autorität" unterwerfen. Das bedeutet, dass friedliche Zivilisation angeblich nur dann möglich ist, wenn es eine riesige Machtmaschine gibt, die unmoralische Gewalt in ungeheurem Ausmaß in eine Gesellschaft bringt. Dabei spielt es keine Rolle, wie einfältig oder weise die Menschen sind oder wie bösartig oder anständig sie sind.

Die Gewalt der „Autorität" wird von den Staatsgläubigen natürlich nicht als unmoralisch angesehen. Schließlich sind die Anwender der Gewalt keine gewöhnlichen Sterblichen, sondern Repräsentanten des Gottes namens „Staat". Und Götter haben schließlich Rechte, die Normalsterbliche nicht haben. Wie absurd das ist, wird deutlich, wenn dieser nahezu überall verbreitete Glaube als das beschrieben wird, was er ist: Es ist notwendig, unmoralische Gewalt in eine Gesellschaft einzuführen, um Menschen daran zu hindern, unmoralische Gewalt auszuüben. Jeder, der an eine „Regierung" glaubt, glaubt genau das. Der Glaube ist kein Ergebnis logischer und rationaler Überlegungen. Er wird akzeptiert, weil er Teil einer Doktrin der Religion namens „Staat" und „Regierung" ist, die nicht hinterfragt werden darf.

Wer gab ihnen das Recht?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Widersprüchlichkeit und Irrationalität der „Regierung" offenzulegen. Eine der einfachsten Methoden ist, zu fragen: Woher kommt das Recht, jemanden anderen zu beherrschen? In alten Sagen heißt es, dass bestimmte Menschen von Gott oder einer Gruppe von Göttern gesandt wurden, um über die anderen herrschen. Viele Legenden sprechen von übernatürlichen Erscheinungen, wie die Herrin vom See oder das Schwert aus dem Stein aus der Artussage. Diese Erscheinungen haben bestimmt, wer das Recht hat, über andere zu herrschen. Zum Glück fällt die Menschheit größtenteils nicht mehr auf solche Geschichten herein. Leider wurden sie aber durch neue Geschichten ersetzt, die noch absurder sind als die alten.

In den alten Legenden haben mysteriöse „höheren Mächte" die Aufgabe bestimmte Individuen zu Herrschern über andere zu machen. Zumindest theoretisch ist das eine Fähigkeit, für die nur göttliche Wesen in Frage kommen. In den neueren Begründungen für die „Autorität" wird das gleiche behauptet, aber ohne Bezug zu etwas Übernatürlichem. Trotz der komplizierten Rituale und wirren Erklärungen bleibt es aber dabei, dass jeder moderne Glaube an den „Staat" aus der Vorstellung resultiert, dass gewöhnliche Sterbliche durch bestimmte politische Prozeduren Rechte bekommen, die keiner der Menschen ursprünglich hatte. Wie irrsinnig das ist, sollte offensichtlich sein. Es gibt kein Ritual oder Dokument, durch das irgendeine Gruppe von Menschen anderen ein Recht übertragen kann, das keines der Gruppenmitglieder hat. Und diese offensichtliche Tatsache entzieht schon für sich gesehen jeder „Regierung" die Rechtmäßigkeit.

Der Durchschnittsmensch glaubt, dass der „Staat" Rechte hat, die der Einzelne nicht hat. Die Frage ist, wie und von wem die Menschen, die die „Regierung" darstellen, diese Rechte bekommen haben. Nehmen wir als Beispiel die „Besteuerung". Wie sollen die Mitglieder der „Regierung" das Recht erhalten haben, anderen gewaltsam ihr Eigentum wegzunehmen, das sie zuvor erarbeitet haben? Kein Wähler hat so ein Recht. Also wie ist es möglich, dass Wähler so ein Recht an die Politiker übertragen haben?

Die gesamte Staatsgläubigkeit ist vollständig auf der Annahme aufgebaut, dass die Menschen Rechte delegieren können, die sie nicht haben. Auch die US-Verfassung räumt dem „Kongress" das Recht auf „Besteuerung" und „Regulierung" ein, obwohl die Autoren diese Rechte selbst gar nicht hatten und sie deshalb auch nicht irgendwem anderes hätten geben können.

Jeder Mensch hat das Recht dazu, sich selbst zu „beherrschen" - auch wenn das erst einmal schizophren klingt. Dieses Recht kann er auch, zumindest theoretisch, jemand anderen übertragen. Aber ein Recht, einen anderen Menschen zu beherrschen, hat er nicht. Dementsprechend kann er so ein nicht existierendes Recht auch nicht an andere übertragen. Wenn der „Staat" nun ausschließlich jene beherrschen würde, die ihr Recht, selbst über sich zu herrschen an ihn abgeben, dann wäre er kein „Staat".

Die Anzahl der beteiligten Menschen hat keinen Einfluss auf diese logische Schlussfolgerung. Zu behaupten, dass eine Mehrheit ein Recht, das kein einziges Mitglied dieser Mehrheit hat, auf

irgendjemand anderen übertragen kann, ist irrational. Wenn von drei Leuten keiner ein Auto hat, dann kann auch keiner jemand anderem ein Auto geben. Man kann jemandem nicht etwas geben, was man selbst gar nicht hat.

Diese einfache Tatsache schließt alleine schon aus, dass es eine „Regierung" geben kann. Wenn die „Regierung" nur die Rechte hat, die ihnen von den Wählern übertragen wurden, dann verliert die „Regierung" das einzige, was sie zu einer „Regierung" macht: das Recht, über andere zu herrschen, also die „Autorität". Wenn sie die gleichen Rechte wie jeder andere hat, dann gibt es keinen Grund, sie „Regierung" zu nennen. Wenn die Politiker nicht mehr Rechte haben alle anderen, dann sind alle ihre Forderungen und Befehle, ihre gesamten politischen Rituale, „Gesetze", Gerichte usw. nichts weiter als die Symptome einer tiefgehenden wahnhaften Psychose. Nichts von dem, was sie tun, kann rechtmäßiger sein als das, was auch alle anderen in eigener Verantwortung tun können. Zumindest solange Politiker nicht irgendwelche Rechte erworben haben, die andere nicht haben. Und das ist unmöglich, weil kein Mensch auf dieser Welt und auch keine Gruppe von Menschen ihnen übermenschliche Rechte geben kann.

Kein politisches Ritual kann Moral verändern. Keine Wahl kann aus einer falschen Handlung eine richtige Handlung machen. Wenn eine Handlung für einen Menschen unmoralisch ist, so ist sie ebenfalls unmoralisch, wenn sie von einer „Regierung" ausgeführt wird. Wenn die moralischen Prinzipien, die für normale Menschen gelten, auch für Menschen gelten, die die „Regierung" bilden, dann kann die „Regierung" nicht etwas anderes sein als normale Menschen. Würde man die Mitglieder einer „Regierung" mit dem gleichen Maßstab messen wie alle anderen Menschen, dann wären sie nichts anderes als eine Gruppe von Verbrechern, Terroristen und Mördern. Ihre Handlungen hätten keinerlei Rechtmäßigkeit, Gültigkeit und „Autorität". Sie wären nur eine Verbrecherbande, die behauptet, dass ihnen ein paar Dokumente und Rituale das Recht gegeben haben, Verbrechen zu begehen. Traurigerweise glauben ihnen das die meisten ihrer Opfer.

Verwandlung moralischer Prinzipien

Wie die „Autorität" wahrgenommen wird, hängt von der Einschätzung ab, ob etwas richtig oder falsch ist, also von der Moral. „Autorität" bedeutet mehr als nur die Fähigkeit, andere Menschen gewaltsam zu beherrschen. Verbrecher, Diebe und Gangs haben zwar diese Fähigkeit, werden aber nicht als „Autorität" bezeichnet. „Autorität" bedeutet, zusätzlich zur Fähigkeit auch das Recht dazu zu haben, andere Menschen zu beherrschen.

Aus diesem Recht folgt eine moralische Verpflichtung der Beherrschten, zu gehorchen. Nicht nur, um eine Bestrafung zu vermeiden, sondern auch, weil Gehorsam und „Gesetzestreue" als moralisch gut angesehen werden und Ungehorsam, also „das Gesetz zu brechen", als moralisch schlecht. Die „Autorität" setzt voraus, dass es so etwas wie richtig und falsch gibt.

(Wie nun richtig und falsch definiert werden oder was die Quelle von Moral ist, ist im Einzelnen nicht weiter relevant für die weitere Diskussion. Verwenden Sie Ihre eigenen Definitionen; die logischen Konsequenzen bleiben unverändert.)

Die Voraussetzung für die „Autorität" ist die Existenz von richtig und falsch. Gleichzeitig wird die „Autorität" ausschließlich von der Existenz von richtig und falsch gesteuert. Eine einfache Analogie veranschaulicht dieses scheinbar seltsame Phänomen:

Die mathematischen Gesetze sind ein objektiver und unveränderbarer Teil der Realität. Zwei Äpfel plus zwei Äpfel ergeben vier Äpfel. Menschen, die sich näher mit Mathematik beschäftigen, versuchen mehr über die Realität herauszufinden. Sie wollen das lernen, was bereits Realität ist. Wenn jemand versuchen würde, die mathematischen Gesetze verändern, würde man ihn vollkommen zu Recht für verrückt erklären. Irgendeinen Mathematikprofessor, der offiziell erklärt, das zwei plus zwei fünf ergibt, würde niemand ernstnehmen. Der gleiche Schwachsinn passiert jedes Mal, wenn Politiker „Gesetze" erlassen.

Jeder Einzelne ist bemüht, die Welt zu beobachten und sein Bestes zu geben, um herauszufinden, was moralisch richtig und was falsch ist. Politiker behaupten dagegen, die Moral zu verändern, indem sie irgendein neues Dekret erlassen. Genauso wie der verrückte Mathematikprofessor, der glaubt, dass er einfach nur durch Proklamation festlegen kann, dass zwei plus zwei fünf ist. Die Politiker reden und handeln so, als seien sie die Quelle der Moral, als hätten sie die Macht, (per „Gesetz") festzulegen, was richtig und was falsch ist. Eine Handlung wird einfach nur dadurch, dass sie sie für „illegal" erklären, zur moralisch falschen Handlung erklärt.

Herauszufinden, was wahr ist und der Versuch zu diktieren, was wahr ist, sind zwei grundverschiedene Dinge. Das gilt für die Mathematik, die Moral und alles andere. Die Suche nach Wahrheit ist nützlich, aber das gewaltsame Festlegen von Wahrheit, wie es die „Regierung" ständig versucht, ist Irrsinn. Jeder hat zwar das Recht zu sagen, dass er diese Handlungen gut und jene

Handlungen schlecht findet. Niemand würde aber solche Meinungsäußerungen als „Gesetze" bezeichnen. In ihren „Gesetzen" äußern die Politiker demnach nicht einfach nur ihre Vorstellungen über universelle moralische Standards, nach denen sich das Verhalten von Menschen richten soll. Sie machen das eine zu etwas Gutem und sie machen das andere zu etwas Schlechtem. Jeder „Gesetzgeber" leidet unter einem tiefgehenden wahnhaften Gott-Komplex, der ihn in den Glauben versetzt, dass er tatsächlich gemeinsam mit seinen „Gesetzgeber"-Kollegen die Macht hat, durch ein bloßes Dekret zu verändern, was moralisch richtig und was falsch ist.

Normalsterbliche können die Moral genauso wenig verändern wie sie die Gesetze der Mathematik verändern können. Ihr Verständnis von etwas mag sich verändern, aber sie können nicht per Dekret die Natur des Universums verändern. Niemand würde das normalerweise versuchen. Trotzdem stellt jedes neue „Gesetz", das durch die Politiker erlassen wird, eine Veränderung dessen dar, was moralisches Verhalten definiert. Diese Vorstellung ist zwar ausgesprochen idiotisch, aber gleichzeitig ein unverzichtbarer Teil des Glaubens an eine „Regierung". Sie führt dazu, dass die Massen sich moralisch dazu verpflichtet fühlen, den „Gesetzgebern" zu gehorchen. Sie erzeugt das Gefühl, dass Ungehorsam durch den „Verstoß gegen das Gesetz" moralisch falsch ist. Nicht weil die Befehle der Politiker zufällig mit den tatsächlichen moralischen Prinzipien übereinstimmen, sondern weil ihre Befehle diktieren und bestimmen, was moralisch ist und was nicht.

Gewöhnliche Sterbliche können nicht willkürlich Gutes zu Schlechtem oder Schlechtes zu Gutem umdefinieren. Wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt, bricht die „Regierung" in sich zusammen. Wer diese einfache Wahrheit verstanden hat, kann nicht weiter an den „Staat" glauben. Wenn den Politikern keine übernatürliche Macht zugestanden wird und ihre Befehle den Anschein der Rechtmäßigkeit verlieren, ist es vorbei mit der „Autorität" der Politiker. Wenn richtig und falsch als Willkür der Politiker-Götter gesehen werden, fühlt sich niemand mehr moralisch dazu verpflichtet, die Befehle der Politiker zu respektieren oder ihnen zu gehorchen. Ihre „Gesetze" werden als ungültig betrachtet und ignoriert.

Wenn es überhaupt so etwas wie richtig und falsch gibt, egal wie man diese Begriffe auch definieren mag, dann sind die „Gesetze" der „Regierung" immer unrechtmäßig und wertlos. Jeder Mensch ist per Definition moralisch dazu verpflichtet, das zu tun, was er für richtig hält. Wenn ihm ein „Gesetz" vorschreibt, etwas anderes zu tun, dann ist dieses „Gesetz" von Natur aus unrechtmäßig und sollte ignoriert werden. Und wenn ein „Gesetz" zufällig mit dem, was richtig ist, übereinstimmt, dann ist dieses „Gesetz" überflüssig.

Es ist beispielsweise falsch, jemanden zu ermorden, weil Mord an sich moralisch falsch ist. Am moralischen Aspekt von Mord ändert sich nichts, auch wenn irgendwelche Politiker per „Gesetz" festgelegt haben, dass Mord falsch ist und auch wenn sie Mord für „ungesetzlich" erklärt haben. „Gesetze" sind unabhängig von ihren Inhalten niemals der Grund dafür, dass etwas gut oder schlecht ist. Im Ergebnis sind sogar „Gesetze", die schlechte Handlungen wie Überfälle, Mord und Diebstähle untersagen, nicht rechtmäßig. Die Menschen sollten von solchen Taten Abstand nehmen, weil die Taten für sich gesehen schlecht sind und nicht, weil in irgendwelchen menschgemachten „Gesetzen" steht, dass sie falsch sind. Wenn es keine Verpflichtung gibt, den „Gesetzen" der Politiker zu gehorchen, dann haben diese per Definition keine „Autorität".

Zurück zur Analogie mit dem Mathematikprofessor: Wenn der Professor proklamiert, dass zwei plus zwei fünf ergibt, würde jeder geistig gesunde Mensch sagen, dass das falsch und irrsinnig ist. Wenn der Professor erklärt, dass er festlegt, dass zwei plus zwei vier ergibt, dann wäre eine solche Festlegung dumm und überflüssig, obwohl zwei plus zwei tatsächlich vier ergibt. Die Erklärung des Professors ist nicht der Grund dafür, dass das Ergebnis vier ist. Unabhängig davon würde und sollte es keine Auswirkung auf die Fähigkeit der Menschen haben, zwei und zwei zusammenzuzählen. Das gleiche gilt für die „Gesetze" der Politiker: Unabhängig davon ob sie tatsächlich mit dem übereinstimmen, was richtig und was falsch ist, haben sie niemals die „Autorität", weil sie niemals die Quelle für das sind, was richtig und was falsch ist. Sie erschaffen niemals eine Pflicht für irgendwen, sich in einer bestimmten Art und Weise zu verhalten und sollten keinen Einfluss darauf haben, was der Einzelne als moralisch oder unmoralisch ansieht.

Nehmen wir zum Beispiel die Drogen-„Gesetze". Nach diesen ist es schlecht, Gewalt gegen jemanden anzuwenden, der ein Bier trinkt. Das ist schließlich „legal". Gleichzeitig ist es aber gut, wenn die „Gesetzesvollstrecker" Gewalt gegen jemanden anwenden, der Marihuana raucht. Weil das „illegal" ist. Dahinter steckt logischerweise die Annahme, dass die Politiker die Fähigkeit haben, zu verändern, was moralisch ist. Bei zwei weitgehend identischen Verhaltensweisen erklären sie eine der beiden zu einer unmoralischen Handlung, die sogar eine gewaltsame Reaktion rechtfertigt.

Wenn jemand annimmt, dass die „Gesetze", also die Befehle der Politiker moralisch seien, dann müsste er auch damit einverstanden sein, dass der Alkoholkonsum heute moralisch ist und morgen wieder unmoralisch ist. Das passierte am Tag des Inkrafttretens der „Prohibition". Nur wenige Jahre später war der Alkoholkonsum heute unmoralisch und morgen wieder moralisch, und zwar an dem Tag, an dem die „Prohibition" aufgehoben wurde. Nicht einmal die Götter der meisten Religionen erheben den Anspruch, ständig ihre Gebote zu ergänzen und zu überarbeiten und dadurch ständig zu verändern, was gut und was schlecht ist. Nur Politiker beanspruchen so eine Macht. Jede „Gesetzgebung" beinhaltet so einen Irrsinn. An einem Tag soll eine Handlung erlaubt sein und am nächsten Tag gilt sie plötzlich als „ungesetzlich" und unmoralisch.

Die Unvermeidbarkeit der Wertung

Sich an die „Gesetze" zu halten, also den Befehlen der Regierung zu gehorchen, gilt als Schlüssel für eine zivilisierte Gesellschaft. Nur Menschen, die „sich an die Regeln halten", sind gute Menschen. So wird es einem ständig eingeimpft. Tatsächlich aber sind Moral und Gehorsam meist direkte Gegensätze. Irgendeiner „Autorität" blind zu gehorchen ist der größte Verrat an der Menschheit, den es geben kann. Der freie Wille und die Wertmaßstäbe des Einzelnen sind es, was uns zu Menschen macht und uns die Fähigkeit verleiht, zu beurteilen, was moralisch ist. Blinder Gehorsam reduziert den Menschen dagegen auf einen unverantwortlichen Roboter. Der religiöse Glaube an die „Autorität" führt zur Vorstellung, dass das Individuum dazu verpflichtet sei, seine eigenen Wertungen und Entscheidungsfindungen zu ignorieren und den Gehorsam über alles andere zu stellen. Das ist in sich widersprüchlich und absurd. Dieser Wahnsinn kann wie folgt auf den Punkt gebracht werden:

„Ich glaube, dass es gut ist, dem Gesetz zu gehorchen. Ich sollte mich so verhalten, wie es mir der Gesetzgeber befiehlt. Anstatt selbst zu entscheiden, was ich tue, sollte ich mich der Regierung unterwerfen. Ich sollte keine eigenen Entscheidungen treffen. Es ist besser, wenn mir alles was ich tun soll von Menschen in Machtpositionen diktiert wird. Es ist richtig für mich, den Entscheidungen anderer zu folgen und es ist falsch für mich, meinen eigenen Entscheidungen zu folgen. Ich entscheide, dass ich nicht entscheiden sollte."

Immer wenn das eigene Gewissen dem widerspricht, was das „Gesetz" anordnet, gibt es zwei Wahlmöglichkeiten: Entweder folgt die betreffende Person dem eigenen Gewissen und ignoriert das sogenannte „Gesetz", oder sie fühlt sich dazu verpflichtet, sich an das „Gesetz" zu halten, auch wenn dieses als falsch angesehen wird. Es ist schizophrener Irrsinn, wenn ein Mensch glaubt, dass es gut für ihn sei, das zu tun, was er für schlecht hält. Ob das individuelle Urteil falsch ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Wenn klar ist, dass jeder Einzelne dazu verpflichtet ist, immer und überall das zu tun, was auch immer er für richtig hält, dann kann er keinerlei moralische Verpflichtung haben, irgendeiner außenstehenden „Autorität" zu gehorchen.

Nochmal: Wenn ein „Gesetz" mit dem individuellen Urteil übereinstimmt, dann ist das „Gesetz" irrelevant. Wenn das „Gesetz" dagegen dem individuellen Urteil widerspricht, dann ist das „Gesetz" nicht rechtmäßig, sondern Unrecht. In beiden Fällen hat das „Gesetz" keine „Autorität".

(Eine Pflicht, einer „Autorität" zu gehorchen ist nicht das gleiche wie Menschen, die freiwillig ihr Verhalten ändern, um friedlich zusammenzuleben. Beispiel: Wenn jemand zwar denkt, dass er das Recht dazu hat, laute Musik in seinem eigenen Garten zu spielen, er es aber trotzdem auf Bitten seines Nachbarn nicht tut. Oder jemand kleidet sich anders, redet und verhält sich anders, wenn er eine fremde Kultur besucht oder wenn er sich in einem Umfeld befindet, in dem sein gewöhnliches Verhalten andere beleidigt. Es gibt viele Faktoren, die beeinflussen, was wann und wo als

angemessen gilt und was nicht. Den religiösen Glauben an die „Autorität" als solchen zu erkennen, ist nicht das gleiche, wie einfach nicht zu beachten, was andere denken. Sich an Traditionen und andere Verhaltensnormen zu halten, um Konflikte zu vermeiden, ist meist sehr rational und nützlich. Es ist allerdings nicht vernünftig, sich moralisch zu etwas verpflichtet zu fühlen, was man selbst unter den gegebenen Umständen als falsch bewertet.)

Verantwortung entsteht aus der Tatsache, dass der Mensch ein denkfähiges Wesen ist. Der religiöse Glaube an die „Autorität" dient Menschen, die vor dieser Verantwortung davonlaufen wollen, als geistige Prothese. Sich auf den Glauben an die „Autorität" zu berufen, ist der Versuch, die Verantwortung für Entscheidungen an jene zu übertragen, die behaupten, die „Autorität" zu sein. Die typische Ausrede lautet: „Ich mache die Gesetze nicht." Auf diese Weise vor der eigenen Verantwortung davonzulaufen, ist widersprüchlich, weil die Voraussetzung dafür ist, sich dafür entschieden zu haben, zu tun, was einem gesagt wird. Sogar das, was als blinder Gehorsam erscheint, ist nur das Ergebnis der persönlichen Entscheidung zu gehorchen. Sich nicht für irgendetwas zu entscheiden ist nicht möglich. Oder wie es im Song „Free Will" von Rush heißt: „Wenn du dich entscheidest, dich nicht zu entscheiden, hast du dich trotzdem entschieden."

Die Ausrede „ich halte mich nur an die Gesetze" lenkt geschickt von der Tatsache ab, dass man sich dazu entschieden hat, der „Autorität" zu gehorchen. Auch wenn eine „Autorität" festlegt: „Du musst mir gehorchen", so wie es unzählige „Autoritäten" verlangt haben, die untereinander im Konflikt standen, muss sich der Einzelne immer noch, für eine entscheiden. Dass die meisten Menschen kaum einen Gedanken an solche Dinge verschwenden, ändert nichts daran, dass sie die Wahl hatten, nicht zu gehorchen und dass sie deshalb voll verantwortlich für ihre Handlungen sind. Konkret sind sie dafür verantwortlich, dass sie sich durch eine „Autorität" entlasten. Es ist unmöglich, nicht selbst zu urteilen und keine Entscheidung zu treffen. Zu behaupten, dass irgendwer oder irgendwas stellvertretend die Entscheidungen trifft und dass man vollkommen unbeteiligt ist und deswegen keinerlei Verantwortung für die Konsequenzen hat, ist vollkommen irrsinnig. Loyaler Gehorsam gegenüber einer „Autorität" ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein krankhafter Versuch, vor der Verantwortung, ein Mensch zu sein, davonzulaufen und sich selbst auf eine stupide, moralfreie, programmierbare Maschine zu reduzieren.

Jeder Einzelne trifft jederzeit seine eigenen Entscheidungen, für die er persönlich verantwortlich ist. Auch die Autoritätsgläubigen entscheiden sich, an die „Autorität" zu glauben und sie sind dafür verantwortlich, dieses zu tun. Die „Autorität" ist eine reine Wahnvorstellung, von der die Menschen glauben, dass sie sie von der Verantwortung befreit, indem sie einfach nur das tun, was ihnen gesagt wird. Etwas persönlicher ausgedrückt:

Deine Handlungen unterliegen vollständig deinen eigenen Werturteilen und deinen eigenen Entscheidungen. Irgendeinen externen Faktor, zum Beispiel die „Autorität", für dein Verhalten verantwortlich zu machen, ist feige und unehrlich. Du hast die Entscheidung getroffen und du bist verantwortlich. Auch wenn du blind irgendeiner selbsternannten „Autorität" gehorchst, tust du das aus deiner eigenen Entscheidung. Die Behauptung, dass es etwas außerhalb von dir selbst gibt, das dir deine Entscheidungen abnimmt - die Behauptung, dass du keine andere Wahl hättest als der „Autorität" zu gehorchen - ist eine feige Lüge.

Auf dem Weg zu Wahrheit und Moral gibt es keine Abkürzung. Glaubenssysteme bedeuten nur: „Um herauszufinden, was wahr ist, muss ich nur meine unfehlbare ‚Autorität' fragen. Und ich weiß, dass meine ‚Autorität' immer recht hat, weil sie mir erzählt, dass sie immer recht hat." Es gibt unzählige konkurrierende, widersprüchliche „Autoritäten" und jede einzelne von ihnen hält sich selbst für die Quelle der Wahrheit. Deshalb ist es nicht nur irgendein guter Gedanke, selbst für sich zu entscheiden, was gut und was schlecht ist. Es ist schlicht und einfach unvermeidbar. Nur das Individuum kann entscheiden, woran es glaubt. Wer sich für anständig hält, weil er ein politisches, religiöses oder sonstiges Wertesystem hat, das auf dem Glauben an die „Autorität" aufbaut, realisiert das nicht. Das Individuum ist immer die letzte Entscheidungsinstanz. Es greift immer auf sein eigenes Urteil zurück, um zu entscheiden, woran es glaubt und was es zu tun hat.

TEIL III DIE FOLGEN DES RELIGIÖSEN ABERGLAUBENS

Auswirkungen des Mythos

In der gesamten Geschichte sind die Menschen immer wieder auf alles mögliche hereingefallen. Das meiste davon war relativ harmlos. Als die meisten zum Beispiel glaubten, dass die Erde flach sei, hatte dieses kaum Auswirkungen auf das alltägliche Leben oder auf den Umgang miteinander. Der Glaube an die Zahnfee oder den Storch, der die Kinder bringt, macht aus Kindern keine bösen Menschen. Es gibt aber auch einiges, was sehr gefährlich werden kann. Ein einfaches Missverständnis unter Ärzten kann beispielsweise dazu führen, dass die Therapie zur größeren Gefahr wird als die Krankheit, die dadurch behandelt werden soll. Die Opferrituale mancher Kulturen, die wegen imaginären Göttern durchgeführt werden, sind ein weiteres tragisches Beispiel.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" stellt aber alles andere in den Schatten. Nichts hat weltweit und in der gesamten Geschichtsschreibung auch nur annähernd zu so einem riesigen Ausmaß an geistiger, emotionaler und physikalischer Zerstörung geführt. Der Glaube an die Rechtmäßigkeit einer herrschenden Klasse bringt Menschen dazu, schlechte Handlungen zu billigen oder selbst durchzuführen, ohne zu merken, dass sie schlecht sind. Jeder Demokrat, jeder Republikaner, jeder Wähler und jeder andere, der die „Regierung" in irgendeiner Form unterstützt, befürwortet Gewalt und Ungerechtigkeit. Natürlich sehen die Betroffenen das ganz anders. Der Glaube an die „Autorität" verzerrt und pervertiert die Wahrnehmung der Realität. Kaum jemand bemerkt es, wenn sich die Wahrnehmung der Realität verändert. Mit farbigen Kontaktlinsen sieht die Welt anders aus, obwohl die Kontaktlinsen selbst unsichtbar sind. Das gleiche gilt für „geistige" Kontaktlinsen. Jeder Mensch denkt, dass die Welt wirklich so ist, wie er sie sieht. Jeder kann mit dem Finger auf andere zeigen und behaupten, dass sie den Bezug zur Realität verloren haben. Gleichzeitig denkt kaum jemand, dass seine eigene Wahrnehmung verzerrt ist, auch wenn es ihm andere sagen. Das Ergebnis sind Milliarden von Menschen, die gegenseitig mit dem Finger auf sich zeigen und sich gegenseitig erklären, wie irre sie sind und wie falsch sie liegen. Gleichzeitig ist niemand dazu bereit, die „Kontaktlinsen", die seine eigene Wahrnehmung verzerren, offen und ehrlich zu untersuchen.

Jede einzelne Erfahrung, die ein Mensch macht, beeinflusst seine Weltsicht. Was ihm seine Eltern beigebracht haben, was er in der Schule gelernt hat, das Verhalten der Menschen innerhalb der Kultur, in der er aufgewachsen ist, die Religion, mit der er zu tun hatte - das alles erzeugt äußerst stabile geistige „Kontaktlinsen", die darüber entscheiden wie er die Welt wahrnimmt.

Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie bloße Unterschiede in der Wahrnehmung zu fürchterlichen Konsequenzen geführt haben. Ein Selbstmordattentäter, der Dutzende ihm unbekannter Zivilisten tötet, glaubt, das richtige zu tun. Auch in Kriegen glaubt jeder Beteiligte, dass er jeweils auf der

richtigen Seite steht. Niemand glaubt von sich, dass er der Böse ist. Militärische Konflikte sind ausschließlich eine Konsequenz unterschiedlicher Wahrnehmungen, die durch die geistigen „Kontaktlinsen" zustande kommen. Diese wurden den Soldaten beider Seiten verpasst. Wenn tausende von Menschen mit guten Absichten die Welt tatsächlich so sehen würden, wie sie ist, so ist es offensichtlich, dass sie nicht versuchen würden, sich gegenseitig umzubringen. In den meisten Fällen besteht das Problem nicht in wirklicher Bösartigkeit, sondern einfach nur in der Unfähigkeit, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind.

Nehmen wir zum Beispiel jemanden, der eine starke Droge genommen hat und deswegen davon überzeugt ist, dass sein bester Freund, der ohne Drogeneinfluss ganz normal aussieht, ein böses außerirdisches Monster ist. Aus der Perspektive dessen, der unter Drogen steht, ist es vollkommen gerechtfertigt, den Freund anzugreifen. Das Problem ist hier nicht, dass der Betroffene unmoralisch oder dumm oder bösartig ist. Das Problem ist, dass er die Dinge nicht so sieht, wie sie tatsächlich sind. Als Ergebnis erscheint es ihm vollkommen angemessen, sich gewalttätig und zerstörerisch zu verhalten. Wenn es viele Menschen sind, die unter solchen Halluzinationen leiden, sind die Folgen noch weitaus schlimmer.

Was offensichtlich falsch und unlogisch ist, fühlt sich richtig an, wenn nahezu jeder andere unter der gleichen verzerrten Realitätswahrnehmung leidet. Wenn eine falsche oder unlogische Idee immer wieder von nahezu allen anderen ständig wiederholt und verstärkt wird, kommt niemand mehr auf die Idee, diese zu hinterfragen. Nicht einmal im Ansatz. Tatsächlich verlieren die meisten buchstäblich die Fähigkeit, Falsches zu hinterfragen, weil es in den Köpfen als unbestreitbare Wahrheit erscheint. Alle anderen können einfach nicht falsch liegen. Einschließlich der allseits bekannten und gebildeten Persönlichkeiten im Radio und TV. Was bringt es auch, wenn ein einzelner Durchschnittsmensch etwas anzweifelt, das alle anderen als unbestreitbare Tatsache betrachten?

Ein einzelner Zweifler ist für alle unsichtbar, die fest von etwas überzeugt sind. Wenn jemand schon immer an etwas geglaubt hat, ist es für ihn die Wahrheit. Vor rund 1000 Jahren hat man behauptet, dass es bewiesen sei, dass die Erde eine Scheibe ist. Das wurde mit der gleichen Sicherheit und Aufrichtigkeit behauptet, wie wir heute sagen, dass die Erde eine Kugel ist. Damals erschien die Vorstellung vollkommen lächerlich, dass die Erde ein riesiges rundes Ding sei, was frei im Raum herumschwebt. Die Überzeugung, dass die Erde flach sei, erschien als offensichtliche und wissenschaftlich belegte Tatsache.

Genauso ist es mit dem religiösen Glauben an die „Autorität" und an die „Regierung". Die „Regierung" fühlt sich für die meisten Menschen absolut real an. Sie ist für sie ebenso rational und offensichtlich wie die Schwerkraft. Es gibt nur wenige Menschen, die dieses Konzept objektiv untersucht haben, weil es dafür nie einen Anlass gab. „Jeder weiß", dass die „Regierung" real, notwendig, rechtmäßig und unvermeidbar ist. Jeder glaubt das, also warum sollte man es in Frage stellen?

Zusätzlich gibt es auch einen sehr starken psychologischen Anreiz, das Konzept der „Regierung" nicht genauer zu untersuchen: Es ist außerordentlich unbequem und irritierend. Das gilt vor allem für Annahmen, auf die die gesamte Wahrnehmung der Realität und die Moralvorstellungen aufbauen und nach denen das eigene Leben ausgerichtet wird. Eine in Stein gemeißelte Annahme

in Frage zu stellen, erscheint deshalb für viele sogar als existenzielle Bedrohung. Die Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit wurde bei den meisten Menschen durch den Glauben an die „Autorität" vollkommen verzerrt. Und so ist es auch nicht einfach und angenehm für die meisten, zu prüfen, ob das eigene Glaubenssystem auf einer Lüge aufbaut. Besonders schmerzhaft wird es, wenn die eigenen bisherigen Handlungen am Glauben an diese Lüge ausgerichtet waren und diese Handlungen Freunden, Familie oder der gesamten Menschheit geschadet haben.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" und die „Regierung" zerstört die Urteilsfähigkeit. Er bringt Menschen dazu, Dinge zu sagen und zu tun, die oft irrational, unbedeutend, kontraproduktiv, heuchlerisch oder sogar furchtbar zerstörerisch und abscheulich bösartig sind. Natürlich sehen die Gläubigen das völlig anders, weil sie ihren religiösen Glauben nicht als solchen wahrnehmen. Sie sind felsenfest davon überzeugt, dass die „Autorität" real sei. Daraus schlussfolgern sie, dass ihre Wahrnehmungen, Gedanken, Meinungen und Handlungen vollkommen vernünftig, gerechtfertigt und in Ordnung seien. So wie die Azteken einst glaubten, dass ihre Opferrituale vollkommen vernünftig, gerechtfertigt und in Ordnung seien. Ihr religiöser Glaube bringt sie dazu, Gutes als schlecht zu betrachten und Schlechtes als gut. Das ist die größte Gefahr für die Menschheit.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" beeinflusst die Wahrnehmungen und Handlungen unterschiedlicher Menschen auf unterschiedliche Art und Weise. Die „Gesetzgeber" bilden sich das Recht ein, herrschen zu dürfen. Die „Gesetzesvollstrecker" bilden sich das Recht und die Pflicht ein, die Befehle der „Gesetzgeber" durchsetzen zu dürfen und zu müssen. Die Untergebenen bilden sich die moralische Verpflichtung ein, gehorchen zu müssen, ebenso Außenstehende, die das Ganze als neutral von außen beobachten. Die Folgen sind Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Diebstahl und Mord. Dinge, ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" in diesem Ausmaß gar nicht existieren könnten.

TEIL III A) DIE FOLGEN FÜR DIE HERREN

Politiker als Götter

In den Vereinigten Staaten befinden sich die „Kongressmitglieder", „Präsidenten" und „Richter" an der Spitze der Verbrecherorganisation, die sich „Regierung" nennt. In anderen Ländern sind es die „Könige", „Kaiser" oder „Parlamentsmitglieder". Obwohl diese Menschen die autoritären Organisation anführen, werden sie nicht als „Autorität" wahrgenommen. Sie handeln nicht auf eigene Rechnung, sondern im Namen eines abstrakten Wesens namens „Regierung". Ihnen wird deshalb das Recht zugestanden, Dinge im Namen der „Regierung" zu tun, zu denen niemand von ihnen in der Rolle als Privatperson das Recht hätte.

Die Rechtmäßigkeit ihrer Handlungen hängt nicht von den Handlungen selbst ab, sondern vom Kontext dieser Handlungen. Was in „amtlicher Funktion" infolge einer „Gesetzgebung", also nach einem anerkanntem politischen Ritual geschieht, wird nach vollkommen anders beurteilt wie das, was private Individuen in eigenem Namen und in eigener Verantwortung tun.

Wenn ein Kongressmitglied mit vorgehaltener Waffe in das Haus seines Nachbarn eindringt und ihm 1.000 Dollar abknöpft, gilt er als Verbrecher. Wenn er aber mit seinen politischen Mitstreitern eine „Steuer" in Höhe genau der gleichen 1.000 Dollar erhebt, dann wird das als rechtmäßig angesehen. Ein bewaffneter Raubüberfall ist dann eine „rechtmäßige Besteuerung". Das Kongressmitglied ist kein Verbrecher sondern jeder, der sich vor der Erpresser schützt, ist ein „Steuerhinterzieher" und „Verbrecher".

Der religiöse Glaube an die „Autorität" verzerrt auch die Eigenwahrnehmung der „Gesetzgeber". Wenn ein Mensch davon überzeugt ist, dass er das moralische Recht hat, andere zu beherrschen, so wirkt sich dieser Glaube entscheidend auf sein Verhalten aus. Wenn er glaubt, dass er das Recht dazu hat, einen Teil der Einkommen unter Strafandrohung von anderen zu erpressen, dann wird er das mit Sicherheit ohne weiteres tun. Hauptsache er befolgt die dazu nötigen „gesetzlichen" Vorschriften. Wenn er davon überzeugt ist, dass er das Recht dazu hat und dass es moralisch und legitim sei, gewaltsam in die Entscheidungsfreiheit seiner Nachbarn einzugreifen, dann wird er auch dieses mit großer Sicherheit tun. Zumindest am Anfang wird er es sogar mit den besten Absichten tun.

Ein einfaches Gedankenexperiment gibt einen Einblick in das typische Verhalten von Politikern: Was würden Sie tun, wenn Sie der König der Welt wären? Wenn Sie verantwortlich wären, wie würden Sie die Verhältnisse verbessern? Denken Sie sorgfältig über diese Frage nach, bevor Sie weiterlesen.

Wenn man jemandem diese Frage stellt, so antwortet kaum jemand: „Ich würde die Menschen einfach in Ruhe lassen." Stattdessen fangen die meisten damit an, zu überlegen, wie sie die

Herrschaft über Menschen als Werkzeug für Gutes einsetzen können. Wer denkt, dass Herrschaft rechtmäßig und gut sei, kommt auf unendlich viele Ideen. Man könnte die Gesundheit fördern, indem man die Menschen dazu zwingt, gesündere Lebensmittel zu essen und täglich Sport zu treiben. Man könnte den Armen helfen, indem man die Reichen dazu zwingt, ihnen Geld zu geben. Man könnte mehr Sicherheit für die Menschen bieten, indem man sie dazu zwingt, für ein mächtiges Verteidigungssystem zu bezahlen. Man könnte die Gesellschaft gerechter machen und für mehr Mitgefühl sorgen, indem man die Menschen zu entsprechendem Verhalten zwingt.

Wenn die Macht einer Regierung ausschließlich für Gutes eingesetzt wird, sind positive gesellschaftliche Entwicklungen vorstellbar. Leider ist Herrschaft untrennbar mit potenzieller Tyrannei und Unterdrückung verbunden - auch und vor allem wenn sie für gute Zwecke ausgeübt werden soll. Tyrannei und Unterdrückung sind dann sogar unvermeidbar.

Wenn jemand glaubt, dass er das Recht hat, andere zu beherrschen, dann ist es unwahrscheinlich, dass er diese Macht nicht benutzen wird. Auch wenn er anfangs noch so gute Absichten hat, wird er anderen letztendlich Gewalt androhen und sie auch gegen sie anwenden, um seinen Willen durchzusetzen. Sogar vordergründig wohlwollende Motive, wie „den Armen zu helfen" setzen voraus, dass die „Regierung" anderen gewaltsam Teile ihres Vermögens wegnimmt. Sobald „legale" Aggression als rechtmäßig gilt und jemand an den Hebeln der Macht sitzt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass er auf die gewaltsame Beherrschung seiner Mitmenschen verzichtet, gleich Null. Er wird zum Tyrannen, und zwar unabhängig vom Ausmaß, das seine Unterdrückung und Gewalt erreichen wird.

Wenn jemand wirklich glaubt, dass er das Recht hat, andere zu beherrschen, dann sieht er andere nicht als Gleiche und behandelt sie auch nicht als solche. Die anderen sind für ihn Untergebene, auch wenn alles mit guten Absichten angefangen hat. Der Wunsch, nach „höheren Ämtern" zu streben, mag am Anfang aus guten Absichten entstehen. Am Ende geht es aber nur um Wohlstand und Macht für sich selbst und um die Freude daran, andere Menschen zu unterwerfen. Ein „höheres Amt" verleiht eine enorme Macht, die Menschen sonst nicht hätten. Die gesamte Weltgeschichte ist voll von Größenwahnsinnigen, die die „Autorität" für abscheuliche Grausamkeiten genutzt haben.

Leute wie Stalin, Lenin, Mao, Hitler, Mussolini und Pol Pot mit autoritärer Macht auszustatten, führte zu Raub, Überfall, Unterdrückung, Terrorisierung, Folter und Morden von unfassbar großem Ausmaß. Schlechten Menschen Macht zu geben, führt zur Gefährdung der gesamten Menschheit. Guten Menschen Macht zu geben - Menschen, die, zumindest am Anfang versuchen, ihre Macht für Gutes einzusetzen - ist aber mindestens genauso gefährlich.

Jemand, der glaubt, dass er das Recht auf Herrschaft hat, glaubt zwangsläufig auch, dass er von der menschlichen Moral ausgenommen ist. Wer sich als rechtmäßiger „Gesetzgeber" sieht, wird versuchen, die Macht des „Gesetzes" dazu einzusetzen, seine Mitmenschen zu beherrschen. Wenn er ihnen dabei Leid zufügt, wird er keine persönliche Schuld empfinden.

Die „Gesetzgeber" an der Spitze der autoritären Hierarchie weisen die persönliche Verantwortung für das, was sie tun von sich. Sie tun sogar so, als sei „das Gesetz" etwas anderes als ihre Befehle. Wenn der Nachbar Marihuana raucht, würde kein Politiker bewaffnete Verbrecher dafür bezahlen, in sein Haus einzudringen, ihn zu entführen und in einen Käfig zu sperren. Auf dem Weg der Anti-

Drogen-„Gesetzgebung" befürworten sie aber genau das. Sie scheinen sich nicht dafür zu schämen oder sich schuldig zu fühlen, dass ihre „Gesetzgebung" millionenfach dazu führt, dass friedliche Menschen gewaltsam von ihren Freunden und Familien getrennt werden, um sie einen Teil und manchmal auch den gesamten Rest ihres Lebens in Käfige einzusperren.

Wenn sie über die gewaltsamen Handlungen sprechen, für die sie direkt verantwortlich sind, verwenden die „Gesetzgeber" Begriffe wie „geltendes Recht". Als wären sie selbst nur unbeteiligte Dritte und „Land", die „Nation" oder das „Volk" hätten die Gewalt herbeigeführt. Wenn jemand anderen persönlich und unmittelbar Gewalt androht und antut und anschließend seine Verantwortung hierfür, so weit von sich weist, wie es die Politiker tun, dann ist das normalerweise ein Symptom einer schweren Geisteskrankheit.

Sie befehlen Armeen aus „Steuereintreibern", den Wohlstand hunderter Millionen von Menschen gewaltsam an sich zu reißen. Sie erlassen eine „gesetzliche" Schikane nach der anderen. Sie greifen unter Androhung von Gewalt in jeden einzelnen Lebensbereich von Millionen von Menschen ein, die sie nie persönlich getroffen haben und über die sie gar nichts wissen. Sie sind direkt verantwortlich für regelmäßige gewaltsame Angriffe auf nahezu jeden, der sich im Umkreis von hunderten oder tausenden Meilen um sie herum befindet. Trotzdem sind sie regelrecht schockiert und beleidigt, wenn ihnen eines ihrer Opfer sich mit Gewalt gegen sie wehren will. Sie betrachten es als verabscheuungswürdig, wenn das Fußvolk ihnen genau das, was Politiker jeden Tag Millionen von Menschen antun, auch nur androht. Millionen von Menschen werden in Gefängnisse eingesperrt, ihr Eigentum wird gestohlen, sie werden finanziell ruiniert, ihre Freiheit und Menschenwürde wird mit Füßen getreten, sie werden gedemütigt, gewaltsam angegriffen und oft genug ermordet.

Das alles sind direkte Folgen der „Gesetze", die die Verbrecher der „Regierung" geschaffen haben. Die Politiker sind direkt verantwortlich, aber sie realisieren das nicht einmal. Wenn tausende Menschen in einem Krieg sterben, der durch die Politiker verursacht wurde, sagen sie, dass das ein „Opfer für die Freiheit" sei, obwohl das mit Freiheit nichts zu tun hat. Bilder von Soldaten in Särgen sind ursächlich auf die Taten von Politikern zurückzuführen. Und dennoch benutzen genau die gleichen Politiker diese Bilder, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie betroffen und mitfühlend sie seien. Die gleichen Leute, die junge Menschen zu Mördern oder Ermordeten machen, tun anschließend so, als seien sie Unbeteiligte. Sie sagen Dinge wie „sie ließen ihr Leben für unser Land" und „das sind die Opfer in jedem Krieg", als ob Kriege irgendwie von selbst ausbrechen würden.

In den Kriegen, die von den Politikern verursacht wurden, finden die Opfer auf der anderen Seite natürlich kaum Beachtung. Die vielen tausenden von Menschen der „anderen Seite", die Unterdrückten irgendeiner anderen „Autorität", die Bürger eines anderen „Landes", die in den Kriegen getötet wurden. Ab und zu werden sie nebenbei in den Abendnachrichten erwähnt. Die Politiker akzeptieren niemals auch nur ein winziges Stück Verantwortung für das unfassbare psychische und körperliche Leid von Millionen von Menschen, das ihre Kriegstreiberei hinterlassen hat.

Wenn eines der Opfer der politischen Kriegsspiele es wagt, die Befehlshaber anzugreifen, behaupten alle Politiker, gegen den Krieg zu sein. Sie zeigen sich mitsamt ihren TV-Sprechern

schockiert und entsetzt darüber, wie jemand nur so etwas Abscheuliches tun kann. Das ist pure Selbstverleugnung und vollständige Verweigerung der Übernahme persönlicher Verantwortung. Die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" verzerrt die Wahrnehmung der Realität so stark, dass der Tod von tausenden von Unschuldigen als „bedauernswerte Kollateralschäden des Krieges" bezeichnet werden. Wenn sich die Opfer aber gegen die Kriegsverursacher wehren, so wird das als „Terrorismus" bezeichnet.

Es ist schlimm genug einfach nur Befehlen zu gehorchen, um die persönliche Verantwortung für die eigenen Handlungen loszuwerden. Aber Befehle zu erteilen und anschließend jegliche Verantwortung für die Konsequenzen dieser Befehle weit von sich zu weisen, ist reiner Irrsinn.

Die „Gesetzgeber" tun genau dieses. In Kriegen und sonst wo und egal, ob es sich um die Bundesregierung oder irgendeine Kommunalregierung handelt. Jedes Mal, wenn eine „Gesetzgebung" zu einer „Besteuerung" oder zu einer neuen „gesetzlichen" Einschränkung führt, drohen die Politiker den Menschen Gewalt an, um sie gefügig zu machen. Aber wegen des religiösen Glaubens an die „Autorität" nehmen sie das nicht wahr und sie übernehmen niemals persönliche Verantwortung für die Erpressung und Nötigung ihrer Mitmenschen.

TEIL III B) DIE FOLGEN FÜR DIE VOLLSTRECKER

Befehl und Gehorsam

Die „Gesetzgeber" erteilen die Befehle und andere führen sie aus. Abermillionen von normalerweise anständigen und zivilisierten Menschen verbringen den ganzen Tag damit, andere zu schikanieren, zu bedrohen, zu belästigen, sie herumzukommandieren, zu drangsalieren und auf andere Weise zu unterdrücken. Ihre Opfer haben niemandem etwas getan. Aber weil die Handlungen der „Gesetzeshüter" als „legal" angesehen werden und weil sie glauben, dass sie im Namen der „Autorität" handeln, glauben sie auch, keinerlei Verantwortung für ihre eigenen Handlungen übernehmen zu müssen.

Es ist sogar noch schlimmer: Sie sehen nicht einmal, dass ihre eigenen Handlungen ihre eigenen Handlungen sind. Sie reden und handeln, als hätte irgendein unsichtbares Wesen, das „Gesetz" oder „Regierung" heißt, Macht von ihrem Körper und ihrem Geist ergriffen. Sie sagen Dinge wie: „Hey, ich mache die Gesetze nicht. Ich sorge nur dafür, dass sie eingehalten werden. Ich habe nichts damit zu tun."

Sie reden und handeln als wäre es für sie unmöglich, irgendetwas anderes zu tun, als sich hilflos dem Willen einer Macht namens „Autorität" unterzuordnen. Für ihre Handlungen sind sie daraufhin genauso wenig verantwortlich wie eine Puppe für das verantwortlich ist, was der Puppenspieler mit ihr macht. Bei der Ausübung ihres „Amtes", also wenn sie willenlos und vollkommen besessen vom übernatürlichen Wesen namens „Autorität" sind, verhalten sich die „Gesetzeshüter" so, wie sie sich als Privatpersonen niemals verhalten würden. Sie tun Dinge, die sie selbst als Privatperson ohne eine „Autorität" als unzivilisiert, gewalttätig und bösartig betrachten würden. Es gibt unterschiedlichste Beispiele überall auf der Welt, zu jeder Zeit. Hier einige davon:

Ein Soldat erschießt einen vollkommen Unbekannten. Dessen einziges Vergehen war es, in einer militärisch besetzten Zone die Ausgangssperre zu missachten. Eine Gruppe schwer bewaffneter Männer tritt die Haustür von jemandem ein, zerrt ihn davon oder erschießt ihn vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder. Sein Vergehen: Er hat Pflanze angepflanzt, die die Politiker verboten haben. Ein Bürokrat ordnet ein paar Akten, die eine Finanzinstitution anweist, im Rahmen einer „Besteuerung", tausende von Dollars von einem Bankkonto abzubuchen. Ein anderer Bürokrat schickt bewaffnete Schlägertruppen, weil er herausgefunden hat, dass jemand auf seinem eigenen Grund und Boden mit Einverständnis seiner Nachbarn, aber ohne Zustimmung der „Regierung" durch eine „Baugenehmigung" auf sein Haus um ein zusätzliches Geschoss aufgestockt hat. Ein Verkehrspolizist stoppt einen Autofahrer und erpresst ihn zur Zahlung einer „Geldbuße", weil er nicht angeschnallt war. Ein Sicherheitsbediensteter des Flughafens wühlt grundlos in den persönlichen Gegenständen eines Passagiers herum. Ein „Richter" schickt bewaffnete Schlägertypen los, um jemanden wochen-, monate- oder jahrelang in einen Käfig einzusperren, weil

er ohne eine schriftliche Erlaubnis der Politiker, die sie „Führerschein" nennen, herumgefahren ist oder weil er als Erwachsener eine kurzfristige freiwillige sexuelle Beziehung mit einem anderen erwachsenen Menschen ohne die Erlaubnis der Politiker eingegangen ist.

Es gibt Millionen weiterer Beispiele dafür wie Menschen aggressive Handlungen begehen, zu denen es ohne eine angebliche „Autorität" nicht kommen würde. Die meisten Fälle von Diebstahl, Überfall und Mord geschehen nur, weil die „Autorität" irgendwen dazu angewiesen hat, jemanden zu bestehlen, anzugreifen oder zu töten. Die Menschen, die solche Befehle umsetzen, würden solche Verbrechen niemals in eigenem Namen begehen. Für das Finanzamt arbeiten zum Beispiel 100.000 Leute. Wie viele von ihnen haben andere Menschen schikaniert, erpresst und bestohlen, bevor sie Mitarbeiter des Finanzamts wurden? Wenn überhaupt welche, dann nur sehr wenige. Wie viele Soldaten sind herumgelaufen und haben Menschen drangsaliert, bedroht oder ermordet, die sie nicht einmal kannten, bevor sie zum Militär gegangen sind? Wenn überhaupt welche, dann nur sehr wenige. Wie viele Polizeibeamte sind regelmäßig herumgefahren, um friedliche Menschen anzuhalten, zu verhören und zu entführen, bevor sie Polizeibeamte wurden? Sehr wenige. Wie viele „Richter" haben Menschen, die niemandem etwas getan haben, in Käfige stecken lassen, bevor sie angefangen haben, beim „Gericht" zu arbeiten? Wahrscheinlich kein einziger.

Wenn solche aggressiven Handlungen „legal" werden und im Namen der „gesetzlichen Vollstreckung" stattfinden, dann betrachten die Ausführenden sie als rechtmäßig und legitim. Auch wenn sie klar sehen, dass genau die gleichen Taten unmoralische Verbrechen sind, sobald sie in eigenem Namen begangen werden. Manche Rädchen im Getriebe der „Regierungs"- Maschine sind kleiner, so wie die Bürokraten auf den untersten Ebenen und manche sind größer, so wie die bewaffneten Söldner. Sie haben aber zwei Dinge gemeinsam. Einerseits tun sie anderen Dinge an, die sie in eigenem Namen niemals tun würden und andererseits weisen sie jede Verantwortung von sich, solange sie in der Rolle des „Gesetzeshüters" sind. Das wird vor allem dann deutlich, wenn die Korrektheit und Anständigkeit ihrer Handlungen in Frage gestellt wird und sie daraufhin antworten: „Ich mache nur meinen Job". Übersetzt heißt das: „Ich bin nicht persönlich für meine Handlungen verantwortlich, weil das Anordnungen der „Autorität" sind."

Die betroffenen Personen sind buchstäblich nicht dazu in der Lage, den Anordnungen der „Autorität" nicht zu gehorchen. Als Folge ihrer autoritären Indoktrination lässt das ihre Psyche einfach nicht zu. Die meisten Menschen wissen zwar, was richtig und was falsch ist, aber wenn die Anordnung von einer „Autorität" kommt, Falsches zu tun, dann tun sie es auch. Die Ergebnisse der psychologischen Experimente von Dr. Stanley Milgram in den 1960er Jahren zeigen dieses überdeutlich.

Die Milgram-Experimente

Die Milgram-Experimente wurden durchgeführt, um die Bereitschaft einfacher Menschen zu ermitteln, unbekannten Menschen auf Anordnung einer „Autorität" Schmerzen zuzufügen. In Dr. Milgrams Buch „Das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität" sind die Experimente und die daraus gezogenen Erkenntnisse vollständig beschrieben. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Die Probanden wurden gefragt, ob sie an einem Test zur menschlichen Erinnerungsfähigkeit teilnehmen wollten. Unter Aufsicht eines Wissenschaftlers, in der Rolle der „Autorität", wurde der Proband, genannt „Schüler", an einen Stuhl geschnallt und mit Elektroden verkabelt. Eine weitere Person, genannt „Lehrer" und der eigentliche Proband, wurde vor eine Schalttafel gesetzt, mit der dem Schüler Elektroschocks verabreicht werden konnten. Dem Lehrer wurde gesagt, dass das Ziel des Versuchs sei, anhand von einfachen Fragen zu prüfen, ob die Bestrafung durch Elektroschocks bei falschen Antworten das Erinnerungsvermögen des Schülers beeinflusst. Das eigentliche Ziel war aber, die Bereitschaft des Lehrers auszuloten, unschuldigen unbekannten Menschen Schmerzen zuzufügen, nur weil eine „Autorität" ihn dazu aufforderte, den Test durchzuführen. Die Schalter am Elektroschockgerät waren mit Spannungswerten bis 450 Volt beschriftet. Die Lehrer sollten bei falschen Antworten die Spannung der Elektroschocks schrittweise erhöhen. In Wirklichkeit erhielten die Schüler aber keine Elektroschocks. Sie waren Schauspieler. Ab bestimmten Spannungswerten begannen sie vor Schmerzen zu schreien und zu protestieren, klagten über Herzbeschwerden, forderten, den Test abzubrechen und riefen um Gnade. Schließlich reagierten sie überhaupt nicht mehr, um Bewusstlosigkeit oder den Tod vorzutäuschen. Zusätzlich waren an den Schaltern der oberen Spannungswerte entsprechende Warnhinweise angebracht.

Die Ergebnisse des Experiments schockierten selbst Dr. Milgram: Eine deutliche Mehrheit von fast zwei Dritteln der Probanden steigerte die Stärke der Elektroschocks bis zum maximal möglichen Wert. Obwohl sie davon ausgehen mussten, diesen ihnen vollkommen unbekannten Menschen unerträgliche Schmerzen zuzufügen und ihnen möglicherweise tödliche Stromschläge zu verabreichen. Trotz der Schmerzensschreie, trotz der Rufe um Gnade, trotz der vorgespielten Bewusstlosigkeit oder dem vermutlichen Tod der Opfer. Dr. Milgram fasste die Ergebnisse wie folgt zusammen:

„Mit betäubender Regelmäßigkeit unterwarfen sich gute Menschen der Autorität und führten Handlungen aus, die gefühllos und hart waren... Ein beträchtlicher Anteil der Menschen tut, was ihnen gesagt wird. Unabhängig vom Inhalt und ohne Gewissensbisse, so lange die Anordnungen von einer rechtmäßigen Autorität kommen."

Besonders bemerkenswert ist, dass den „Lehrern" bei den Experimenten weder Strafen angedroht noch Belohnungen versprochen wurden. So zeigten die Experimente nicht, dass eine gewöhnliche Person jemandem Schmerzen zufügen würde, nur um „seinen eigenen Hals zu retten" oder um irgendeinen Vorteil daraus zu schlagen. Stattdessen zeigten die Ergebnisse, dass die meisten Menschen Unschuldigen unerträgliche Schmerzen zufügen oder sogar ihren Tod ausschließlich deshalb in Kauf nehmen, weil die Anweisung weiterzumachen von jemandem kommt, den sie als „Autorität" sehen. Dieser Punkt kann nicht oft genug betont werden: Es gibt einen speziellen Glauben, der gute Menschen dazu bringt, schlechte Dinge zu tun, sogar erschreckend üble Dinge. Auch die Grausamkeiten in Hitlers Drittem Reich waren nicht das Ergebnis von Millionen von schlechten Menschen, sondern von einer sehr kleinen Gruppe wirklich bösartiger Menschen, die die Position der „Autorität" erhalten hatten. Millionen gehorsamer Menschen, setzten ihre Pläne um, weil ihnen das dieses Ding namens „Autorität" so angeordnet hatte. Hannah Arendt schrieb ein Buch über Adolf Eichmann, dem höchsten Bürokraten Hitlers, der gelegentlich als Architekt des Holocaust bezeichnet wird. Über ihn schrieb sie den Satz „die Banalität des Bösen" und meinte damit, dass das meiste Böse nicht das Ergebnis von persönlicher Bösartigkeit oder von persönlichem Hass ist, sondern nur das Ergebnis von blindem Gehorsam. Von Individuen, die ihren

eigenen freien Willen und ihr Urteilsvermögen zugunsten einer blinden Unterwerfung unter eine imaginäre „Autorität" aufgeben.

Interessanterweise fühlten sich viele Leute von Ahrendts Buch und von Dr. Milgrams Experimenten angegriffen. Der Grund dafür ist einfach: Menschen, die darauf konditioniert wurden, die „Autorität" zu respektieren, wollen die Wahrheit nicht hören. Sie halten blinden Gehorsam für eine Tugend und sehen in der Kooperation mit der „Autorität" eine Voraussetzung für die Zivilisation. Dass tatsächlich bösartige und hasserfüllte Menschen eine weitaus geringere Bedrohung der Menschheit darstellen als die Menschen, die im Grunde genommen gut sind, aber an die „Autorität" glauben, ist für sie kaum nachvollziehbar. Jeder, der sich ernsthaft mit den Ergebnissen von Dr. Milgrams Experimenten auseinandersetzt, kann die Fakten nicht ignorieren. Die zusammenfassende Schlussfolgerung, die man aus den Milgram-Experimenten ziehen kann ist, dass die meisten Menschen dazu bereit sind, absichtlich anderen Menschen Schmerzen zuzufügen, wenn ihnen das durch etwas angeordnet wird, was von ihnen als „Autorität" wahrgenommen wird. Daneben aber gibt es eine Reihe weiterer bemerkenswerter Erkenntnisse aus Milgrams Arbeit:

Viele der Probanden litten unter Stress, Schuldgefühlen und seelischen Qualen, während sie den anderen Schmerzen zufügten. Trotzdem machten sie weiter. Das zeigt, dass sie nicht einfach nur gemeine Sadisten waren, die nur auf die nächstbeste Gelegenheit warteten, um anderen wehtun zu können. Es bereitete ihnen keinerlei Freude. Das zeigt vielmehr, dass die Leute wussten, dass sie etwas Falsches taten und sie taten es trotzdem, weil es ihnen die „Autorität" so sagte. Manche Probanden protestierten, flehten um die Erlaubnis, damit aufhören zu dürfen, zitterten unkontrolliert, weinten sogar und trotzdem machten die meisten weiter bis zum Ende des Experiments. Die Schlussfolgerung könnte nicht offensichtlicher sein: Der Glaube an die „Autorität" bringt gute Menschen dazu, üble Dinge zu tun.

Einkommen, Bildung, Alter, Geschlecht und andere demografische Merkmale hatten scheinbar keinerlei Einfluss auf die Ergebnisse. Statistisch gesehen gehorchte eine reiche, gebildete, junge Frau genauso bereitwillig der autoritären Anordnung, jemand anderen zu verletzen, wie ein armer männlicher Arbeiter, der weder lesen noch schreiben konnte. Die einzige Gemeinsamkeit aller, die bis zum Ende des Experiments weitermachten war offensichtlich, an die „Autorität" zu glauben. Die Schlussfolgerung ist logisch unausweichlich: Unabhängig von allen anderen Faktoren, macht der Glaube an die Autorität aus guten Menschen Handlanger des Bösen.

Wenn dieses Experiment einem durchschnittlichen Menschen beschrieben wird, ohne ihm vorab die Ergebnisse zu sagen, schätzt er, dass das Mitleid und das Gewissen der meisten Menschen sie daran hindern wird, bis zum Ende des Experiments fortzufahren. Professionelle Psychiater prognostizierten, dass nur ungefähr einer von 1.000 bis zum Ende des Experiments gehen würden. In der Realität waren es ungefähr 65 Prozent. Wenn ein durchschnittlicher Mensch befragt wird, ob er bis zum Ende des Experiments gegangen wäre, dann besteht er normalerweise darauf, dass er das nicht getan hätte. Trotzdem tut es die Mehrheit. Das Ergebnis ist beunruhigend, aber unbestreitbar: Nahezu jeder unterschätzt das Ausmaß, in dem der Glaube an die „Autorität" dazu benutzt werden kann, gute Menschen dazu zu bringen, Böses zu tun. Nicht nur andere Menschen werden in dieser Hinsicht unterschätzt, sondern auch die eigene Person.

Dr. Milgram stellte weiterhin fest, dass manche Testpersonen ausgerechnet ihre Elektroschock-Opfer für ihren eigenen blinden Gehorsam verantwortlich machten. Sie glaubten also, dass sie an ihrem Leid selbst schuld waren. Eine vollkommen verdrehte Logik. Immer wieder greifen Polizeibeamte unschuldige Zivilisten tätlich an, Soldaten terrorisieren oder ermorden Zivilisten, Gefängniswärter foltern Gefangene. Die Ergebnisse der Milgram- Experimente im Hinterkopf, ist es nicht weiter verwunderlich, dass anschließend dem Opfer die Schuld gegeben wird. Dabei spielt es keine Rolle, wie sehr die autoritären Aggressoren die Wahrheit und Logik verdrehen müssen, um das zu erreichen.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen rechtfertigten die Nazis ihre Verbrechen damit, „nur Befehle ausgeführt zu haben". Sie wurden trotzdem verurteilt. Viele Soldaten, Polizisten, Steuereintreiber, Bürokraten und andere Repräsentanten der „Autorität" benutzen aber immer noch genau diese Rechtfertigung. Wenn die Moral ihrer Handlungen in Frage gestellt wird, heißt es „Ich habe die Gesetze nicht gemacht. Ich führe sie nur aus." Menschen verletzen andere absichtlich und behaupten, dass sie nicht persönlich verantwortlich seien, nur weil sie Befehle ausführen.

In Milgrams Experimenten passierte das ebenso wie bis heute in unzähligen Fällen des Machtmissbrauchs. In den Milgram-Experimenten fragten verschiedene Probanden sogar wortwörtlich, ob die Versuchsleiter für das, was passierte verantwortlich seien oder sie selbst als Ausführende. Wenn die Versuchsleiter die Verantwortung übernahmen, setzten die meisten von ihnen das Experiment ohne weitere Diskussion fort. Sie glaubten, für alles, was ab diesem Zeitpunkt passieren würde, nicht mehr persönlich verantwortlich zu sein. Das reichte dazu aus, ihr Gewissen zu beruhigen. Der Glaube an die „Autorität" ermöglicht guten Menschen demnach, moralisches Denken von unmoralischem Handeln zu trennen und sie von jedem Gefühl der persönlichen Verantwortung für ihr Handeln zu befreien.

Als die Testpersonen selbst über die Stärke der Stromstöße entscheiden mussten, die sie zur „Bestrafung" falscher Antworten einsetzten, gingen sie nur sehr selten über 150 Volt hinaus. Das war der Punkt, an dem der angebliche Empfänger der Elektroschocks behauptete, dass er nicht mehr weiter mitmachen wollte. Fast alle Probanden gingen bis zu diesem Spannungswert. Es muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass sich die Schockempfänger zwar beschwerten, sie aber nicht verlangten, das Experiment abzubrechen. Die logische Schlussfolgerung der Schockgeber lautete bis zu diesem Zeitpunkt: Der Schockempfänger war mit der Situation und mit seiner Teilnahme am Experiment einverstanden. Von den wenigen Schockgebern, die das Experiment vorzeitig beendeten, brachen viele ab, als der Schockempfänger sagte, dass er aufhören wolle. Das ab nicht mehr vorhandene Einverständnis mit der Situation kann als „Grenze der Freiheit" gesehen werden. Hätte der Schockgeber ohne Einverständnis des Schockempfängers das Experiment fortgesetzt, so hätte es sich um initiierende Gewalt gehandelt. Exakt das ist es, was Libertäre ablehnen.

Unglücklicherweise hält sich nur eine kleine Minderheit in der Bevölkerung an die „Grenze der Freiheit". Auch diese Erkenntnis aus den Experimenten ist erschreckend deutlich: Die meisten, die im Namen einer „Autorität" anderen Elektroschocks verabreichen, obwohl die Schockempfänger sagen: „Ich will das nicht mehr", würden ihnen weitere Schmerzen zuzufügen, auch wenn die Schockempfänger im Todeskampf schreien. Weil die meisten Menschen böse sind? Nein. Weil sie dazu konditioniert wurden, das zu tun, was ihnen gesagt wird und weil sie die gefährlichste aller

Religionen verinnerlicht haben: den religiösen Glauben an die „Autorität".

Es ist bemerkenswert, dass nicht einmal Dr. Milgram selbst seinem eigenen religiösen Glauben an die „Autorität" entfliehen konnte. In einem Nebensatz und ohne weiteren Kommentar meinte er: „Wir können keine Gesellschaft ohne irgendeine Form der Autorität haben." Einer seiner schwachen Verteidigungsversuche, anderen Gehorsam gegenüber einer „Autorität" vermitteln zu müssen lautete: „Gehorsam ist oft rational. Es ist sinnvoll, den Anweisungen des Arztes zu befolgen, Verkehrsschilder zu beachten und das Gebäude zu verlassen, wenn die Polizei vor einer Bombendrohung warnt." Keines dieser Beispiele benötigt oder rechtfertigt tatsächlich einen Glauben an die „Autorität". Ärzte erteilen keine „Befehle". Sie sind „Autoritäten" weil sie sich in der Medizin auskennen, aber nicht weil sie das Recht haben, andere zu beherrschen. Ebenso wie bei den anderen Beispielen ist der Hauptgrund, auf die Verkehrsschilder zu achten oder ein Gebäude bei einer Bombendrohung zu verlassen nicht, dass es eine gute Sache ist, einer „Autorität" zu gehorchen, sondern weil anderenfalls Verletzung oder Tod drohen. Wenn irgendjemand, der nichts mit einer „Autorität" zu tun hat, in einem Theater eine Bombe unter seinem Sitz hervorziehen würde, sie hochhält, so dass alle sie sehen können und sagt: „Eine Bombe! Schnell raus hier!", würden alle anderen einfach ruhig sitzenbleiben, weil diese Person nicht als „Autorität" gilt? Natürlich nicht. Wenn die „Regierung" das Gesetz abschaffen würde, das regelt, welche Straßenseite zu befahren ist, würden die Leute anfangen, wild durcheinander zu fahren? Natürlich nicht. Sie würden weiterhin auf der rechten Seite fahren, weil sie keine Unfälle verursachen wollen. Auch wenn sogar Dr. Milgram denkt, dass der Glaube an die „Autorität" manchmal notwendig und gut sei, kann er diese Behauptung nicht mit vernünftigen Argumenten belegen. Wenn jemand das erlebt, was Dr. Milgram miterlebt hat und immer noch unfähig dazu ist, seinen religiösen Glauben an die „Autorität" aufzugeben, dann verdeutlicht das die Macht der „Autorität".

Nachdem Dr. Milgram seine Forschungsergebnisse veröffentlichte, reagierten viele bestürzt und schockiert beim Anblick des Ausmaßes, in dem normale Menschen dazu bereit sind, Schmerzen und den Tod unschuldiger fremder Menschen in Kauf zu nehmen, wenn ihnen durch eine als solche wahrgenommene „Autorität" angeordnet wird. Ähnliche Tests, die seit Dr. Milgrams Experimenten durchgeführt wurden, führten zu ähnlichen Ergebnissen, was manche Leute immer noch schockiert. Für jeden, der sich einmal genauer angesehen hat, was menschliche Wesen in ihrer Kindheit erleben, sollten die Ergebnisse aber nicht weiter überraschend sein.

Die Erziehung zu blindem Gehorsam

Das angebliche Ziel von Schulen ist, Lesen, Schreiben, Mathematik und andere Fähigkeiten zu vermitteln. Aber die tatsächliche Lektion der „Bildungs"-Einrichtungen ist weitaus effektiver als jedes nützliche Wissen oder jede nützliche Fähigkeit. Sie ist die Vorstellung davon, dass Unterordnung und blinder Gehorsam gegenüber einer „Autorität" eine gute Sache sei. Allein die Umgebung, in der die Mehrheit der Menschen die Jahre verbringen, in denen ihr Gehirn sich am stärksten verändert, spricht schon Bände. Als Schüler verbringen sie die meiste Zeit ihres Lebens in einer Welt, in der...

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen dafür erhalten, dort zu sein, wo sie die „Autorität" haben will und dann dort zu sein, wenn ihnen die „Autorität" sagt, dort zu sein. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie woanders sind. Das betrifft an erster Stelle den

Zwang, in die Schule gehen zu müssen.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie das tun, was ihnen die „Autorität" sagt. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie etwas anderes tun oder das, was die „Autorität" ihnen sagt, nicht schaffen.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie dann reden, wenn ihnen die „Autorität" ihnen sagt, zu reden und genau das sagen, was ihnen die „Autorität" sagt. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie zu anderen Zeitpunkten reden oder anders bzw. gar nicht über ein Thema reden, das die „Autorität" ihnen vorschreibt oder wenn sie es nicht schaffen.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie das wiederholen, was die „Autorität" für wahr und wichtig erklärt - auch wenn es falsch und unwichtig ist. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie verbal oder in einem schriftlichen Test den Meinungen jener, die behaupten, die „Autorität" zu sein, widersprechen oder auf andere Art und Weise über das Thema zu denken oder zu schreiben als die, die ihnen die „Autorität" vorschreibt.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie der „Autorität" sofort alle Probleme oder persönliche Konflikte erzählen und ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie diese Probleme oder Konflikte eigenständig lösen.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie die Regeln der „Autorität" befolgen, unabhängig davon, wie willkürlich diese sind. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie gegen die Regeln verstoßen. Diese können alles Mögliche beinhalten: welche Kleidung anzuziehen ist, wie die Haare geschnitten sein müssen, welchen Gesichtsausdruck man haben soll, wie man auf einem Stuhl zu sitzen hat, was auf dem Tisch zu sein hat, in welche Richtung man zu sehen hat und welche Worte zu benutzen sind.

... sie Bestätigung, Lob und Belohnungen bekommen, wenn sie andere Schüler, die die „Regeln" missachtet haben, bei der „Autorität" anschwärzen. Ihnen drohen Missbilligung, Vorwürfe und Bestrafung, wenn sie das nicht tun.

Die Schüler sehen klar und deutlich, dass es in ihrer Welt zwei verschiedene Klassen von Menschen gibt: die Herren („Lehrer") und die Untergebenen („Schüler"). Sie sehen, dass sich die Regeln für anständiges Verhalten der einen Gruppe drastisch von den Regeln für die andere Gruppe unterscheiden. Die Herren tun ständig Dinge, die sie ihren Untergebenen nicht erlauben: Andere herumkommandieren, durch Bedrohung beherrschen, ihnen das Eigentum wegnehmen usw. Dieser andauernde und offensichtliche Widerspruch zeigt den Untergebenen, dass die Herren einen anderen moralischen Standard haben als die Untergebenen. Die Untergebenen müssen alles genau das tun, was ihnen die Herren sagen und nichts anderes, während die Herren so gut wie alles tun dürfen.

Dass die Herren ihren Untergebenen regelmäßig (durch die sogenannte „Prügelstrafe") körperliche Schmerzen zugefügt haben, ist noch nicht lange her. Sie haben zugeschlagen, wenn die Untergebenen nicht sofort und ohne Widerspruch das getan haben, was sie ihnen angeordnet haben. Gleichzeitig haben sie erklärt, dass es vollständig inakzeptabel für die Untergebenen sei,

jemals körperliche Gewalt einzusetzen - auch zur Selbstverteidigung und vor allem zur Selbstverteidigung gegen die Herren. Zum Glück sind die Zeiten der Prügelstrafe vorbei. Aber obwohl die Gewalt nicht mehr körperlich angewendet wird, hat sich das Prinzip der autoritären Herrschaft durch Bestrafung nicht geändert.

Im Klassenzimmer kann die „Autorität" die Regeln willkürlich verändern. Sie kann eine gesamte Gruppe für das bestrafen, was ein einzelner Schüler getan hat. Einzelne oder alle Schüler jederzeit verhören oder durchsuchen. Die „Autorität" unterliegt keinerlei Verpflichtung, die Regeln für die Schüler bzw. ihr Verhalten zu rechtfertigen oder zu erklären. Es spielt keine Rolle für die „Autorität", ob ein Schüler seine Zeit lieber anderswo verbringen würde und sich mit anderen Dingen oder Gedanken beschäftigen will. Die „Noten", wie der Schüler behandelt wird, die Reaktionen, die er schriftlich oder verbal oder anderweitig bekommt - das alles hängt nur von einem einzigen Faktor ab: seiner Fähigkeit und Bereitschaft, seine eigenen Bedürfnisse, sein Urteilsvermögen und seine Entscheidungen zuliebe der „Autorität" zu unterdrücken. Wenn er es tut, gilt er als „gut". Wenn er es nicht tut, gilt er als „schlecht".

Diese Form der Indoktrination entstand nicht zufällig. In den Vereinigten Staaten, und in den meisten anderen Teilen der Welt, wurde das Schulsystem nach dem Vorbild des preußischen „Bildungssystems" entwickelt. Dieses entstand mit der expliziten Zielsetzung, Menschen zu Werkzeugen der Herrschaftskaste zu machen. Einfach zu steuern und bedingungslos gehorsam - vor allem für militärische Zwecke. Johann Fichte, einer der Entwickler des preußischen Systems, beschrieb damals als Ziel dieser Methode: Der Schüler sei so zu „formen", dass er „einfach nicht anders kann" als das zu wollen, was die Autorität von ihm will. Damals wurde offen zugegeben, dass das System ein Instrument der psychologischen Versklavung der Bevölkerung durch die Herrschaftskaste ist. Exakt diese Funktion hat es noch heute. Weltweit und auch in den Vereinigten Staaten.

Die meisten Menschen tun alles, was ihnen die „Autorität" sagt, weil sie dazu konditioniert wurden. Dabei spielt es keine Rolle, ob das, was von ihnen verlangt wird, moralisch oder rational ist. Jede autoritäre „Beschulung" (und autoritäre Kindererziehung) hämmert ununterbrochen nur eine einzige Botschaft in die Köpfe der jungen Menschen: Ihr Erfolg, ihre Gutherzigkeit und ihr Wert als menschliches Wesen hängen davon ab, wie gut sie der „Autorität" gehorchen. Das gilt auch für die moderne Version der „Autorität", die vorspiegelt, besonders fürsorglich und aufgeschlossen zu sein.

Wen wundert es noch, dass die meisten erwachsenen Menschen ständig nach einer „Autorität" suchen, die ihnen sagt, was sie zu denken haben, anstatt eigene logische Schlussfolgerungen aus Fakten zu ziehen? Wen wundert es noch, dass die meisten erwachsenen Menschen eingeschüchtert gehorchen, ohne Fragen zu stellen, wenn sie von einem Mann mit einem Abzeichen angebellt werden - auch wenn sie nichts Falsches getan haben? Wen wundert es noch, dass sich die meisten erwachsenen Menschen willkürliche Befragungen und Durchsuchungen durch die „Gesetzesvollstrecker" gefallen lassen? Wen wundert es noch, dass viele erwachsene Menschen zur nächstbesten „Autorität" rennen, um irgendwelche Probleme oder Konflikte zu lösen? Wen wundert es noch, dass die meisten erwachsenen Menschen jedem beliebigen Befehl einer „Autorität" gehorchen, auch wenn er irrational, unfair oder unmoralisch ist? Ist das angesichts der vielen Jahre, in denen sie sorgfältig dazu konditioniert wurden, sich genau so zu verhalten

tatsächlich noch überraschend?

Dr. Milgrams Experimente haben recht deutlich gezeigt, dass unsere moderne aufgeklärte Gesellschaft hauptsächlich Menschen hervorbringt, die Größenwahnsinnigen als unverantwortliche und denkunfähige Werkzeuge dienen, nur weil diese behaupten, ein Recht auf Herrschaft zu haben. Das gilt auch für die guten alten USA, dieser angeblichen Bastion der Freiheit und Gerechtigkeit. Wenn Menschen gezielt darauf trainiert werden, sich demütig dem Monster namens „Autorität" zu unterwerfen, wenn ihnen beigebracht wird, dass es wichtiger sei, zu gehorchen als selbst zu entscheiden - dann sind Erpressung, Unterdrückung, Terrorismus und Massenmorde auf Anordnung irgendeiner selbsternannten „Autorität" nicht weiter überraschend. Die großen Katastrophen der gesamten Menschheitsgeschichte lassen sich durch eine einzige einfache Formel erklären: Ein paar bösartige Herrscher + viele gehorsame Untertanen = flächendeckende Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Die Erschaffung von Monstern

Das psychologische Experiment an der Universität Stanford von 1971 sollte an dieser Stelle zumindest kurz erwähnt werden. Es wurde eine Gefängnissituation simuliert, in der einige Dutzend Studenten die Rollen von Gefangenen und Wärtern spielten. Das Experiment musste nach nur sechs Tagen vorzeitig abgebrochen werden, weil jene, denen die Rolle der „Autorität" (Wärter) übertragen wurde, damit angefangen hatten, die Gefangenen erschreckend kaltblütig und sadistisch zu misshandeln. Die Misshandlungen durch die „Wärter" gingen deutlich über das hinaus, was die Leiter des Experiments zur Demütigung und Erniedrigung der Gefangenen vorgesehen hatten. Das zeigt nicht nur, dass individuell bösartige oder sadistische Neigungen signifikant zu solchen Misshandlungen beitragen, sondern vor allem auch, dass die meisten Menschen solche Neigungen nur dann ausleben, wenn sie in einer Position der „Autorität" sind. Diese Position vermittelt ihnen den Glauben, die Erlaubnis zu haben, sich so zu verhalten.

Das gleiche Phänomen kann bei allen Arten von Machtmissbrauch beobachtet werden: Bei einem Bürokraten im Machtrausch, einem Soldaten oder Polizisten, der gerne Zivilisten schikaniert oder angreift oder jedem anderen „Offiziellen", der gerne Macht über andere ausübt. Alle diese Fälle zeigen, wie eigentlich gute Menschen durch den religiösen Glauben an die „Autorität" zu Werkzeugen der Unterdrückung und Ungerechtigkeit werden können. Zusätzlich sorgt dieser Glaube dafür, dass alles, was potenziell an Böswilligkeit, Hass, Sadismus und Machtgier vorhanden ist, an die Oberfläche tritt und dramatisch verstärkt wird.

Durch den religiösen Glauben an die „Autorität" werden durchschnittliche Menschen zunächst zu reinen Handlangern des Bösen werden. Arendt beschreibt das als die „Banalität des Bösen". Im weiteren Verlauf werden diese Menschen persönlich böse, indem sie die Überzeugung entwickeln, dass sie das Recht oder sogar die Pflicht hätten, andere Menschen zu misshandeln und zu unterdrücken. Das zeigt sich am Verhalten von Soldaten, Polizisten, Anwälten, Richtern und sogar einfachen Bürokraten. Jeder, dessen Job es ist, anständige Menschen zu schikanieren, zu nötigen, zu bedrohen, zu unterwerfen und zu beherrschen, wird früher oder später zu einem kaltherzigen, wenn nicht sogar ausgesprochen sadistischen Menschen. Man kann sich nicht ständig wie eine Bestie verhalten, ohne selbst irgendwann zu einer zu werden.

Eine weitere Eigenschaft des religiösen Glaubens an die „Autorität" ist, dass er nicht nur dazu führt, dass anderen Menschen Leid zugefügt wird, sondern dass es für dieses Leid keine Grenzen gibt. Das belegen unzählige Fälle des unbegrenzten Machtmissbrauchs. Menschen, die niemals einen anderen unschuldigen Menschen in eigenem Namen unterdrücken würden, werden „Polizeibeamte" und erhalten dadurch das „Recht", andere bis zu einem gewissen Grad zu unterdrücken. Dennoch gehen sie in vielen Fällen weit über die „gesetzlich erlaubte" Unterdrückung hinaus. Manche entwickeln sich zu regelrecht machtbesessenen, sadistischen Bestien. Das gleiche gilt vermutlich in noch stärkerem Ausmaß für Soldaten. Viele ehemaligen Soldaten leiden unter schwerwiegenden emotionalen Traumata. Dabei ist es vielleicht nicht so entscheidend, was sie erlebt haben, sondern was sie getan haben. Die hohe Selbstmordrate stützt diese These. Sich den eigenen Tod zu wünschen ergibt dann mehr Sinn, wenn man selbst etwas Schreckliches getan hat und faktisch selbst zu etwas Schrecklichem geworden ist.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" kann Menschen dazu bringen, üble Dinge zu tun, deren Ausmaß keine Grenzen kennt. Der Grund dafür ist einfach: Abgesehen von eventuellen „technischen" Grenzen, muss ein Handlanger der „Autorität" das Grundprinzip verinnerlicht haben, dass er als Repräsentant der „Autorität" über den gewöhnlichen Leuten steht und das Recht hat, sie gewaltsam zu beherrschen, um seinen Job zu machen. Es wird ihm beigebracht, dass sein Dienstabzeichen und seine Position ihn zum rechtmäßigen Herrscher über alle anderen „durchschnittlichen" Menschen machen. Wenn er einmal von dieser Lüge überzeugt ist, dann ist zu erwarten, dass er den normalen Bürger verachtet und ihn mit Geringschätzung behandelt. Aus den gleichen Gründen behandelt ein Sklaventreiber seine Sklaven nicht als menschliche Wesen, sondern als Eigentum. Gefühle und Meinungen sind ihm genauso wichtig wie die Gefühle seines Nutzviehs oder seiner Möbel.

Es spricht Bände, dass viele moderne „Gesetzesvollstrecker" schnell aggressiv oder sogar gewalttätig werden, wenn ein Durchschnittsbürger mit ihm einfach nur so redet wie mit jedem anderen Menschen, anstatt sich dem „Beamten" gegenüber wie ein unterwürfiger Untergebener zu verhalten. Diese Reaktion ist genau die gleiche - und hat die gleiche Ursache - wie die Reaktion eines Sklaventreibers gegenüber einem „dreisten" Sklaven, der mit ihm redet, als sei er gleichwertig. Es gibt viele Videos von polizeilichen Gewaltexzessen im Internet, die zeigen, wie angebliche Repräsentanten der „Autorität" durchdrehen und gewalttätig werden, nur weil jemand mit ihnen wie mit erwachsenen Menschen redet und sich nicht wie ein Untertan verhält. Die staatlichen Söldner bezeichnen die mangelnde Bereitschaft, vor ihnen zu kriechen, als „Aufsässigkeit". Auf Augenhöhe wie gewöhnliche Sterbliche behandelt zu werden, empfinden sie als respektlos gegenüber ihrer angeblichen „Autorität".

Jeder, der nicht damit einverstanden ist, durch die „Gesetzeshüter" festgehalten, befragt oder durchsucht zu werden, wird von den Söldnern als Querulant angesehen, der niedere Absichten verfolgt. Die „mangelnde Kooperationsbereitschaft" macht die autoritären Vollstrecker so aggressiv, weil sie wie gewöhnliche Sterbliche behandelt werden, obwohl sie sich als höhere Wesen sehen. Angenommen ein Fremder ohne Dienstausweis hält jemanden fest, stellt ihm vorwurfsvolle Fragen und fragt in einem Befehlston, ob er seine Taschen, sein Auto und sein Haus durchsuchen kann. Die angesprochene Person würde sich höchstwahrscheinlich weigern und aggressiv reagieren. „Sie wollen in meinen Sachen herumwühlen? Was glauben Sie, wer sie sind?" Sobald aber ein Dienstausweis im Spiel ist, dann reagieren die „Beamten" beleidigt, wenn die Menschen,

die von ihnen aufdringlich und unberechtigt schikaniert werden, die „Kooperation" verweigern und sich nicht durchsuchen lassen wollen. Obwohl die „Beamten" den vierten und fünften Zusatz zur US-Verfassung genau kennen, in dem ausdrücklich festgelegt ist, dass niemand die „gesetzliche" Pflicht hat, Fragen zu beantworten oder Durchsuchungen zuzustimmen. „Mangelnde Kooperationsbereitschaft", also sich nicht ohne Grund jeder willkürlichen Anordnung der Vollstrecker zu unterwerfen, ist für die „Polizei" ein Hinweis darauf, ein Krimineller und Staatsfeind zu sein. Aus der Sicht der „Gesetzesvollstrecker" würde nur ein verabscheuungswürdiges niederes Wesen jemals die Repräsentanten der „Autorität" genauso behandeln wie jeden anderen Menschen.

Die meisten dieser Leute haben das anders gesehen, bevor sie angefangen haben, als „Gesetzesvollstrecker" zu arbeiten. Das autoritäre Training hat sie dazu konditioniert, andere Menschen als Untergebene zu behandeln. Ab dem Zeitpunkt ihrer Anwesenheit versuchen sie deshalb alles und jeden zu dominieren. Sie entscheiden, wo ihre Untergebenen sich aufzuhalten haben, was sie zu tun haben, wann sie reden dürfen usw. Alleine die Tatsache, dass jemand glaubt, das Recht dazu zu haben, alle anderen herumkommandieren zu dürfen, ist schon schlimm genug. Zusätzlich glauben die Vollstrecker aber, dass sie alles tun müssen, um alle Anwesenden der „Autorität" zu unterwerfen - Drohungen, Einschüchterungen und offene Gewalt eingeschlossen. Ihnen wurde beigebracht, jeden als Verbrecher zu sehen, der sich nicht sofort und ohne zu fragen ihrem Willen unterwirft. Sie bezeichnen das als „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Sobald die Vollstrecker irgendwo eintreffen, durchsuchen und entwaffnen sie alle Anwesenden. Wer die Leute sind, was los ist und ob die Leute „legal" bewaffnet sind, spielt keine Rolle. Das geschieht mit dem Ziel, sofort ein großes Machtungleichgewicht zu schaffen, in dem nur die „Gesetzesvollstrecker" die Möglichkeit haben, allen anderen gewaltsam ihren Willen aufzuzwingen. Man stelle sich vor, wie ein normaler Bürger, der weder die Situation, noch die darin verwickelten Leute kennt, als erste Reaktion dafür sorgt, selbst bewaffnet zu sein und alle anderen nicht.

Die „Gesetzesvollstrecker" sind darauf trainiert, sich wie unterdrückerische Größenwahnsinnige zu verhalten und alle anderen wie Vieh zu behandeln. Durch den Gewöhnungseffekt halten sie es irgendwann für vollkommen normal, sich anderen gegenüber geringschätzend, respektlos und feindselig zu verhalten. Unabhängig davon, wie gut oder böse jemand am Anfang auch sein mag - ihm die „Autorität" über andere in die Hände zu legen, wird die schlechtesten seiner Eigenschaften zutage fördern.

(Anmerkung des Autors: Mehrere ehemalige Polizeibeamte haben mir persönlich erzählt, dass sie ihren Job und ihre angebliche „Autorität" aufgegeben haben, nachdem sie bemerkt haben, dass sie sich langsam in Monster - einer von ihnen verwendete genau dieses Wort - verwandelten.)

Viele „Gesetzeshüter" bemühen sich zwar tatsächlich, „nette Jungs" zu sein und versuchen zumindest, andere mit Respekt zu behandeln. Aber am Ende können sie andere nicht als Gleiche behandeln und gleichzeitig „Gesetzeshüter" sein. Sie können freundlich sein und sich sogar entschuldigen, indem sie beispielsweise sagen: „Entschuldigen Sie, aber ich muss Sie fragen...", aber ihre Aufgabe bleibt es, andere gewaltsam zu beherrschen und zu nötigen. Nicht nur jene, die tatsächlich etwas ausgefressen haben, sondern alle. Ein Polizist kann anderen nicht auf Augenhöhe entgegentreten, ohne seine Arbeit zu machen. Polizeibeamte halten Autos an, durchsuchen Wohnungen, verhaften und verhören andere Leute oder wenden körperliche Gewalt gegen sie an.

Eigentlich sollte das nur dann geschehen, wenn Sie das Gefühl haben, dass es rechtens sei, diese Dinge selbst zu tun. Und zwar ohne irgendein Abzeichen oder ein „Gesetz", das ihnen das erlaubt. Die Polizisten wären aber schnell arbeitslos, wenn sie so entscheiden und handeln würden.

Das gleiche gilt für „staatliche" Anwälte, Gutachter, Richter und sonstige „Regierungsangestellte". Sie würden sofort ihren Job verlieren, wenn sie sich weigern, ein „opferloses Verbrechen" zu untersuchen, den „Täter" zu verfolgen oder zu verurteilen. Zu entscheiden, ob moralisch richtige oder falsche „Gesetze" zu vollstrecken sind, ist nicht Aufgabe der Handlanger der „Autorität". Auch moralisch falsche „Gesetze", die sehr häufig vorkommen, müssen von der gesamten Maschinerie der autoritären „Gesetzesvollstreckung" durchgesetzt werden. Auch wenn es dazu führt, unschuldige Menschen zu erpressen und zu unterdrücken. Sie unterscheiden nicht zwischen wirklichen Kriminellen, die unschuldigen Menschen Gewalt androhen oder antun und unschuldigen Menschen.

Manche von ihnen tun den ganzen Tag nichts anderes als Gewalt zu initiieren. Zum Beispiel die „Finanzbeamten", die Anti-Drogen-Einsatzkommandos oder die Zollbeamten. Es ist unmöglich, für die „Regierung" zu arbeiten, ohne sich gleichzeitig unmoralisch und aggressiv zu verhalten. Ein „Gesetzesvollstrecker" und ein moralischer Mensch zu sein, ist ein unvereinbarer Gegensatz.

Es gibt „Gesetzesvollstrecker", die sich sehr höflich bei ihrer Arbeit verhalten und die wirkliche Verbrecher jagen - also Menschen, denen andere tatsächlich zum Opfer fallen. Aber auch diese „Gesetzesvollstrecker" sind berufliche Aggressoren, die die Menschen dem Willen der Politiker durch Androhung und Anwendung von Gewalt unterwerfen. Wenn diese Leute ihre Nächsten nicht ohnehin schon ein Stück weit hassen und verachten, dann werden sie diese abfällige Haltung ihren Opfern gegenüber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mit der Zeit entwickeln. Der Glaube an die Rechtmäßigkeit der Sklaverei wird dazu führen, dass auch der einst netteste und freundlichste Sklaventreiber irgendwann damit beginnt, den Menschen, die er für sein rechtmäßiges Eigentum hält, üble Dinge anzutun. Wie selbstverständlich wird er seine Opfer bis zu einem gewissen Grad verachten und sich ihnen gegenüber geringschätzend verhalten.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" gibt den Handlangern die Illusion, das Recht zu haben, ihre „Untergebenen" zu beherrschen. Wer einmal dieser Illusion verfallen ist, richtet große Schäden an, die nach oben keine Grenzen kennen. Das geschieht nicht nur bezogen auf die einzelne Person, sondern auch in einem größeren gesellschaftlichen Maßstab. Die meisten Diskussionen und Schriften, die zur Ratifizierung der US-Verfassung führten, drehten sich um die Begrenzung der Macht der US-Regierung und um die Dinge, die sie nicht tun darf. In der Bill of Rights ist zum Beispiel aufgelistet, was der US-Regierung per Verfassung verboten ist. Der neunte und der zehnte Verfassungszusatz garantieren theoretisch sogar, dass der „Regierung" alles verboten ist, was die Verfassung nicht ausdrücklich „erlaubt". In der Realität werden die in der Bill of Rights festgeschriebenen Rechte allerdings von den Bundesbeamten jeden Tag und in jedem einzelnen Bundesstaat mit Füßen getreten. Eine Ausnahme ist (noch) der dritte Verfassungszusatz, der es verbietet, Soldaten in privaten Häusern und Wohnungen unterzubringen. Jemandem das Recht zu geben, über andere zu herrschen, „aber nur innerhalb bestimmter Grenzen" wird früher oder später darauf hinauslaufen, dass die Herrschaft in der Realität ohne jegliche Grenzen ausgeübt wird. Das gilt sowohl für die einzelne Person als auch in größerem Maßstab auf nationaler oder internationaler Ebene.

Eine „begrenzte Regierung" gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Wenn jemand von anderen als rechtmäßiger Herrscher anerkannt ist und glaubt, dass er selbst das moralische Recht hat, zu herrschen, gibt es nichts „über" ihm, was seiner Herrschaft Grenzen setzen könnte. Innerhalb einer „Regierung" kann es sein, dass jeweils höhere „Autoritäten" die niedrigeren „Autoritäten" begrenzen. Aber eine autoritäre Hierarchie als Ganzes wird immer nach grenzenloser Herrschaft streben.

Warum sollte sie auch anderes tun? Warum sollte ein Herr jemals seine eigenen Interessen den Interessen seiner Sklaven unterordnen? Die Verfassung ist ein perfektes Beispiel dafür: Sie ist ein Stück Pergament, das der Herrschaft durch einen kleinen ausgewählten Personenkreis angeblich enge Grenzen setzt und offensichtlich vollkommen versagt hat. Diese Leute sind deutlich über diese Grenzen hinausgegangen und haben etwas erschaffen, das zum mächtigsten autoritären Imperium der Geschichte geworden ist. Und das Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass ein anderer ausgewählter Personenkreis, zum Beispiel ein System aus Gerichten und Anwälten, innerhalb des Herrschaftssystems eingerichtet wird, das angeblich dem ausgewählten Personenkreis an der Spitze der Hierarchie Grenzen setzen soll. „Gewaltenteilung", „Kontrollmechanismen" und „ordentliche Verfahren" sind bedeutungslos, wenn die Herrscher und deren Kontrolleure Teil des gleichen autoritären Systems sind.

Die Dämonisierung des Opfers

Die Teilnehmer der Milgram-Experimente dachten, sie würden unschuldigen Unbekannten Elektroschocks verabreichen. Den Schockempfängern wurde nicht unterstellt, böse Menschen zu sein oder dass sie irgendetwas Unmoralisches getan hätten. Ein durchschnittlicher Mensch ist also tendenziell dazu bereit, vollkommen unschuldigen Menschen im Namen der „Autorität" zu misshandeln. Wenn es um jemanden geht, von dem er glaubt, dass er es verdient, wird er ihm die Schmerzen ohne zu zögern und wesentlich bedenkenloser zufügen.

Das US-Militär und vermutlich auch viele andere Militärs haben genau untersucht, wie die Hemmschwelle der Soldaten so weit gesenkt werden kann, dass sie auf Befehl töten können. Eine der effektivsten Methoden ist es, diejenigen, auf die sie schießen sollen, zu dämonisieren und zu entmenschlichen. In modernen Kriegen füttern die „Regierungen" beider Seiten ihre Soldaten mit ständiger Propaganda, die darauf abzielt, „den Feind" als eine Gruppe herzloser, bösartiger, sadistischer, unmenschlicher Monster erscheinen zu lassen. Ironischerweise wird das zur selbsterfüllenden Prophezeiung, weil solche Propaganda beide Seiten zu Gruppen herzloser Monster macht, die eifrig versuchen, die Feinde auszurotten, die sie nicht als Menschen sehen.

Die gleiche Methode wird bei der „Gesetzesvollstreckung" angewendet. Die Handlanger der „Regierung" greifen wesentlich bedenkenloser zu Unrecht und Unterdrückung, wenn ihre Opfer entmenschlicht und dämonisiert werden. Allein die Begriffe, die von den Herren, ihren Vollstreckern und von allen anderen verwendet werden, sind bereits eine sehr effektive Form der Gedankenkontrolle und Manipulation. Sie führen zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität und zu einer entsprechend negativen Anpassung des Verhaltens. Die Begriffe verstärken das Gefühl, dass es eine gute Sache sei, der „Regierung" zu gehorchen und dass Ungehorsam eine Sünde sei.

Was tatsächlich passiert ist, dass eine kleine Gruppe von Menschen einen Befehl erteilt und die Vollstrecker alle anderen dazu zwingt, zu gehorchen, indem sie Ungehorsam bestrafen. Das entspricht dem, was jede Mafia, jede Verbrecherbande, jeder Schulhofschläger und jede „Regierung" tut. Wenn die „Regierung" es tut, gibt es nur einen einzigen Unterschied: Sie droht ihren Opfern nicht nur, sondern indoktriniert ihre Vollstrecker und die breite Öffentlichkeit. Die Botschaft von gewöhnlichen Schlägern ist in der Regel direkt und ehrlich: „Tue, was ich sage oder es gibt Schläge!" Die Botschaft der „Regierung" beinhaltet dagegen eine Reihe psychologischer Tricks und Techniken der Gedankenkontrolle, die dazu führen, dass die staatlichen Söldner das Gefühl der Rechtmäßigkeit entwickeln, wenn sie andere unterdrücken.

Die Machthaber der „Regierung" nennen sich „Gesetzgeber", die das Recht haben, die Gesellschaft zu „regieren". Sie nennen ihre Befehle „Gesetze" und diejenigen, die nicht gehorchen, sind „Kriminelle". Die Schläger der Mafia sind dagegen einfach nur bezahlte Verbrecher. Nicht so die Schläger der „Regierung", die die Gesellschaft vor den unzivilisierten „Gesetzesbrechern" schützen. Diese bezeichnen sich als rechtschaffene „Gesetzeshüter".

Eine solche Propaganda erfolgreich zu betreiben, ist eine langwierige Sache. Es kommt dabei nicht nur darauf an, die autoritären Vollstrecker dazu zu bringen, Gewalt gegen unschuldige Menschen anzuwenden, sondern sie müssen sich auch noch stolz dabei fühlen. Die autoritäre Indoktrination hat bei ihnen dazu geführt, dass sie davon überzeugt sind, für „Gerechtigkeit" zu sorgen, indem sie „Kriminelle" verfolgen und „Recht und Ordnung" zum Wohle der Gesellschaft herstellen. Tatsächlich aber sorgen sie mit Gewalt dafür, dass alle den Politikern gehorchen. Unabhängig davon wie unmoralisch, willkürlich, asozial, unwirtschaftlich oder geradezu idiotisch ihre Befehle auch sein mögen.

Der Begriff „Gesetzeshüter" wirkt vollkommen anders als „Handlanger der Politiker". Er bedeutet aber genau das gleiche. Wenn es gelingt, die „Gesetzeshüter" davon zu überzeugen, dass ihre Gewaltanwendung eine gerechte und anständige „Durchsetzung des Rechts" sei, dann verzerrt das ihre Wahrnehmung so stark, dass sie Freude und Stolz dabei empfinden, wenn sie ihren Mitmenschen den Willen der Herrscherkaste aufzwingen. Es gibt so viele Beispiele dafür, wie es „Gesetze" gibt. Sie zählen alle zu einer von zwei Kategorien: Verbote, bei denen Politiker von ihren Untertanen verlangen, bestimmte Dinge zu unterlassen und Forderungen, bei denen Politiker von ihren Untertanen verlangen, bestimmte Dinge zu tun. Um das zu erklären, je ein Beispiel.

Das erste ist das Marihuanaverbot: Die Herrscher verbieten ihren Untertanen, Marihuana zu besitzen. Dieses Verbot wird zum „Gesetz" erklärt und jeder, der dagegen verstößt, gilt als „Krimineller". Die Herrscher stecken dann riesige Geldsummen in ihre Söldner und bezahlen die Vollstreckung des „Gesetzes". Diese Geldsummen werden durch verschiedene weitere „Gesetze" von ihren Untertanen erpresst. Sie fließen in Gewehre, Panzerfahrzeuge, Gefängnisse usw. mit dem einzigen Ziel, jeden ins Gefängnis zu stecken, der bei einem Verstoß gegen dieses „Gesetz" erwischt wird.

Betrachten wir nun die Perspektive des „Polizeibeamten". Er hat die Pflicht, das „Gesetz" zu vollstrecken, wenn er mitbekommt, dass jemand Marihuana an einen Kunden verkauft. Angenommen der „Beamte" betrachtet die Situation rein objektiv und ohne den religiösen „Aberglauben", der seine Wahrnehmung verzerrt. Er würde sofort erkennen, dass seine „Arbeit"

nicht nur unmoralisch ist, sondern zugleich auch völlig idiotisch und heuchlerisch. Sein „Job" besteht nämlich darin, jemanden körperlich anzugreifen, um ihn für eine lange Zeit in einen Käfig einzusperren, obwohl er niemanden betrogen hat und niemandem Gewalt angetan hat. Bevor dieser Polizist auftauchte, haben alle Beteiligten - der Produzent, der Händler, der Verkäufer, der Käufer und der Nutzer - friedlich und freiwillig miteinander interagiert. Wenn der Beamte jemals Alkohol konsumiert hat, hat er außerdem etwas getan, was moralisch gesehen identisch mit dem ist, was die „Verbrecher" getan haben. Trotzdem kommt er sich wie ein mutiger, rechtschaffener, anständiger „Gesetzeshüter" vor, wenn er an einem paramilitärischen, bewaffneten Einsatz teilnimmt, in das Haus des „Gesetzesbrecher" eindringt und diesen von seinen Freunden und seiner Familie trennt. Danach geht der „Beamte" nach Hause und trinkt vielleicht ein Bier. Natürlich würde er nicht gerade freundlich reagieren, wenn ihn jemand mit Gewalt daran hindern würde.

Der einzige Unterschied, der eigentlich gar kein Unterschied ist, besteht darin, dass Politiker einen Befehl erteilt haben, der die eine bewusstseinsverändernde Substanz (Marihuana) betrifft und die andere bewusstseinsverändernde Substanz (Alkohol) eben nicht. Der „Beamte" glaubt am Ende wirklich, dass eine bewusstseinsverändernde Substanz gut, bekömmlich und nach amerikanischen Gepflogenheiten gut sei, während die andere Substanz dubios, unmoralisch und „kriminell" ist und sogar gewaltsame Übergriffe gegen die „Täter" und Entführungen rechtfertigt.

Das zweite Beispiel ist die Grundsteuer: Die Herrscher erlassen ein „Gesetz", in dem festgelegt ist, dass jeder Untertan zwei Prozent des Wertes seines Grundstücks jährlich an die Herrscher abzuliefern hat. Diese Forderung wird einfach „Grundsteuer" genannt und zum „Gesetz" erklärt. Jeder, der sie nicht bezahlt, ist ein „Krimineller" und „Steuerhinterzieher". Die Herrscherkaste baut dann eine Berufsgruppe auf, die sich „Finanzbeamte" nennt. Diese suchen die „kriminellen Steuerhinterzieher" auf und erpressen unter Gewaltanwendung das Geld von ihnen oder vertreiben sie von ihren Grundstücken. Die Grundstücke werden anschließend beschlagnahmt und der Herrscherkaste übergeben.

Wenn das jemand ohne die ganze Autoritätspropaganda tun würde, dann wäre es Erpressung: „Zahle jedes Jahr eine Menge Geld oder ich werde verhindern, dass du in Ruhe in deinem eigenen Haus leben kannst." Nur sehr wenige Menschen - darunter auch die „Finanzbeamten" - wären dazu bereit, sich an so einer Erpressung zu beteiligen. Aber wenn genau das gleiche „rechtmäßig" ist, wird der Durchschnittsmensch die „Arbeit" der Schläger als Teil der Erpressung akzeptieren und sogar jeden verachten, der sich dagegen wehrt. Diejenigen, die verhindern wollen, beraubt zu werden, werden als „gierige Steuerhinterzieher" gesehen, die sich um ihren „gerechten Anteil" drücken wollen. Und diejenigen mit der Aufgabe, das Eigentum von solchen „Steuerhinterziehern" gewaltsam einzutreiben, tun das in der Regel mit einem Gefühl der Rechtschaffenheit. Sie glauben wirklich, dass die „Autorität" des „Gesetzes" unmoralische Handlungen wie Diebstahl, Erpressung und Nötigung in etwas verwandeln kann, das gerecht und legitim ist. So rauben sie die Menschen massenhaft aus, fühlen sich gut dabei und empfinden Verachtung für ihre Opfer.

Die gläubigen Staatsopfer erklären oft, dass Besteuerung kein Raub sei, weil die „Regierungen" die Einnahmen für Beiträge zum „Gemeinwohl" nutzen. So würden die Menschen einfach nur für Waren und Dienstleistungen bezahlen, die sie bekommen. Das hat mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun.

Ein einfaches Beispiel veranschaulicht den Doppelstandard: Angenommen, ein Fremder kommt zu jemandem nach Hause und sagt, er hätte seinen Rasen gemäht oder irgendeinen Gegenstand bei ihm hinterlassen. Und nun verlangt er 1.000 Dollar, obwohl der andere einer solchen Vereinbarung nie zugestimmt hat. Das wäre offensichtlich Erpressung und er wäre nicht dazu verpflichtet, die 1.000 Dollar zu zahlen, auch wenn der Rasen tatsächlich gemäht oder ein Gegenstand vor der Tür abgestellt worden wäre. Niemand hat das Recht, einem anderen ohne seine ausdrückliche Zustimmung irgendwelche Güter oder Dienstleistungen zukommen zu lassen und anschließend von ihm eine Gegenleistung zu erpressen. Eine Gegenleistung über deren Umfang auch noch der Erpresser selbst bestimmt. Genau das ist es aber, was ausnahmslos jede „Regierung" tut.

Wenn die Ziele der autoritären Aggression erfolgreich dämonisiert und entmenschlicht sind, gibt es für das Ausmaß an Gewalt und Ungerechtigkeit, das die Handlanger der „Autorität" wildfremden Menschen antun, keine Grenzen mehr. Viele hoffen, dass das Gewissen der amerikanischen Soldaten und der „Gesetzeshüter" Grenzen setzt. Viele Beispiele aus der Praxis beweisen jedoch das genaue Gegenteil.

Eines der bekanntesten ist das Massaker von My Lai während des Vietnam-Krieges. US- Soldaten ermordeten nicht nur hunderte unbewaffneter Zivilisten, hauptsächlich Frauen und Kinder, sondern vergewaltigten und folterten viele von ihnen. Und manche Soldaten freuten sich offen über das Leid und den Tod ihre Opfer, wie sie selbst sagten. Amerikanische Soldaten haben das getan. Wegen ihres religiösen Glaubens an die „Autorität", in Verbindung mit der Dämonisierung und Entmenschlichung ihrer Opfer. Die Soldaten selbst bestätigten das. Viele rechtfertigten ihre Taten damit, nur Befehle ausgeführt zu haben. Andere gaben offen zu, die Vietnamesen nicht als Menschen gesehen zu haben. Es sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass es einzelne amerikanische Soldaten gab, die versucht haben, das Massaker zu stoppen. Ohne Erfolg. Das Massaker von My Lai ist zwar eines der bekanntesten Beispiele für Kriegsverbrechen durch amerikanische Soldaten, aber es ist bei weitem nicht das einzige. Auch zahlreiche andere Beispiele für den Sadismus amerikanischer Soldaten kommen nach und nach ans Licht.

In den Milgram-Experimenten machten einige Testpersonen verbal oder durch ihr Verhalten deutlich, dass sie sich schlecht dabei fühlten, unbekannten fremden Menschen Schmerzen zuzufügen. „Gesetzesvollstrecker" und Soldaten, denen zuerst beigebracht wurde, einen „Feind" zu verachten, gehorchen autoritären Anordnungen dagegen mit großem Eifer. Es scheint ihnen regelrecht Freude zu bereiten, ihren Opfern Schmerzen zuzufügen oder sie zu töten. Dieses zeigen auch deutlich die Bilder aus dem Foltergefängnis im irakischen Abu Ghraib. Amerikanische Soldaten und Soldatinnen folterten ihre Opfer nicht nur körperlich und psychisch, sondern sie empfanden dabei Freude und Vergnügen, sie leiden zu sehen. Sie posierten fröhlich vor der Kamera, während sie die Gefangenen demütigten, schlugen, folterten und vergewaltigten. Die Bush- und die Obama-Regierung verhinderten, dass weitere Fotos dieser Folterungen veröffentlicht wurden. Aus Angst vor Imageschäden des Militärs bei den Amerikanern und bei anderen. Diese Fotos beweisen, dass auf Anordnung der höchsten Regierungsebenen gefoltert wurde. Wichtiger aber ist die eindeutig sichtbare sadistische Freude der Personen, die auf Befehl der „Autorität" anderen Menschen Schmerzen und Leid zugefügt haben. Jemand, den sie als „Autorität" wahrgenommen haben, hat ihnen gesagt, dass es anständig und rechtschaffen sei, den „Feind" zu hassen und ihm weh zu tun. Und sie haben es mit Freude getan.

Die gleiche innere Haltung und Mentalität wird bei verschiedenen „Gesetzesvollstreckungen" deutlich. So beispielsweise beim Überfall auf Ruby Ridge 1992 und beim Angriff, der Pattsituation und dem anschließenden Massaker bei Waco in Texas 1993. In keinem der beiden Fälle ging die „Autorität" gegen jemanden vor, der tatsächlich irgendwem Schaden zugefügt oder irgendwen bedroht hat. Stattdessen kam es in beiden Fällen zu paramilitärischen Angriffen auf Grundlage der Behauptung, „illegale" Waffen zu besitzen. Am Ende des Vorfalls in Waco waren 80 Menschen tot. Männer, Frauen und Kinder, die zuvor psychisch und körperlich gefoltert wurden, unter anderem durch Schlafentzug und den Einsatz von Tränengas.

Die Opfer wurden gegenüber den „Gesetzesvollstreckern" und der Öffentlichkeit dämonisiert und die Aggressoren der „Regierung" strotzten vor Verachtung für ihre Opfer und vor Freude beim Gedanken daran, sie zu töten. Die gleiche grundsätzliche innere Einstellung kann in dutzenden von Videos beobachtet werden, in denen es um „Polizeigewalt" geht. Sie zeigen Polizisten, die friedliche Menschen, die nicht einmal Widerstand leisten, mit Begeisterung schikanieren oder sogar körperlich angreifen. Das veranschaulicht die innere Überzeugung der „Gesetzeshüter", dass jeder andere unter ihnen steht und dass sie als Beauftragte der „Autorität" das Recht dazu haben, von jedem anderen wie höhere Wesen behandelt werden zu müssen. Jeder muss vor ihnen niederknien und ohne zu fragen ihren Befehlen gehorchen. Das gleiche Verhaltensmuster zeigen „Finanzbeamte" und andere Bürokraten.

Es spielt keine Rolle, ob der religiöse Glaube an die „Autorität" tatsächlich sadistische Tendenzen hervorruft oder ob er nur welche freisetzt, die schon vorhanden sind. Der religiöse Glaube an die „Autorität" verwandelt Millionen durchschnittliche anständige Menschen in Bestien und sadistische Handlanger des Bösen. Es reicht aus, sie von jeder Verantwortung für ihre eigenen Handlungen freizusprechen, ihnen zu befehlen, anderen zu schaden und ihnen zu erzählen, dass sie nicht nur die Erlaubnis dazu haben, sondern dass das sogar eine gute Sache sei. Der religiöse Glaube an die „Autorität" setzt alles andere, was Menschen normalerweise veranlasst, sich zivilisiert und friedlich zu verhalten, mit Leichtigkeit außer Kraft. Ob es sich um individuelle Wertvorstellungen handelt, um mündlich überlieferte Prinzipien oder religiöse Überzeugungen oder einfach nur um die Sorge davor, was andere über einen denken oder mit ihm tun könnten. Zusammengefasst ist, jemandem Respekt und Gehorsam gegenüber einer „Autorität" beizubringen der effektivste Weg, Menschlichkeit und Anstand auszuschalten.

Die Effekte der Dienstmarke

Diejenigen, die nach der Pfeife einer angeblichen „Autorität" tanzen, wollen dieses normalerweise nicht wahrhaben. Wenn ein Soldat seine Paradeuniform anlegt, in einer Formation marschiert oder in ein Militärfahrzeug einsteigt, wenn ein Polizist seine Uniform anzieht und in das Auto einsteigt, auf dem in großen Buchstaben „Polizei" steht, wenn ein gewöhnlich gekleideter „Gesetzeshüter" - zum Beispiel des FBI, des Finanzamts, der US- Marshalls oder irgendeiner anderen Organisation - seine „Dienstmarke" zeigt oder seinen „offiziellen" Titel benennt, sagt er damit etwas Spezielles aus, was folgendermaßen zusammengefasst werden kann:

„Ich handle nicht wie ein denkfähiges, verantwortungsvolles, eigenständiges menschliches Wesen und sollte auch nicht wie ein solches behandelt werden. Ich bin nicht persönlich verantwortlich für meine Handlungen, weil ich nicht nach meinem eigenen freien Willen oder nach meinen eigenen

Maßstäben für richtig und für falsch handle. Stattdessen handle ich als Werkzeug von etwas Übernatürlichem, als etwas mit dem Recht, andere zu beherrschen und zu kontrollieren. In dieser Eigenschaft darf ich Dinge tun, die dir verboten sind. Ich habe Rechte, die du nicht hast. Du musst das tun, was ich dir sage, meinen Befehlen gehorchen und mich als deinen Vorgesetzten behandeln, weil ich nicht nur ein gewöhnliches menschliches Wesen bin. Ich bin etwas Höheres. Durch meinen blinden Gehorsam und meine Loyalität gegenüber meiner Herrscher bin ich Teil eines übermenschlichen Wesens geworden, das ‚Autorität' heißt."

Jeder Gesetzesvollstrecker der Welt ist diesem bizarren, mystischen, sektenhaften Glauben verfallen. Es ist äußerst gefährlich, wenn sich jemand einbildet, dass die grundlegenden Regeln, die festlegen, was richtig und was falsch ist, für ihn nicht gelten. Soldaten und „Gesetzesvollstrecker" stellen normalerweise ihre „offiziellen" Uniformen mit großem Stolz zur Schau. Tatsächlich aber zeigen sie öffentlich, dass sie einem wahnhaften Glauben verfallen sind, dass ihre Wahrnehmung vollständig verzerrt und verrückt ist und dass sie das verraten haben, was sie zu Menschen macht: ihren freien Willen und ihre persönliche Verantwortung. Jeder, der im Namen der „Autorität" handelt, hat die vollkommen lächerliche Lüge akzeptiert, dass Positionen, Dienstmarken und Ämter grundlegend verändern, welche Verhaltensweisen moralisch und welche unmoralisch sind. Diese Vorstellung ist offensichtlich verrückt, wird aber nur selten als Verrücktheit erkannt, weil auch die Opfer der Vollstrecker dieser Wahnvorstellung unterliegen.

Üble Handlungen aus guten Absichten

Es ist wichtig zu verstehen, dass die meisten Menschen, die „Gesetzeshüter" und Soldaten wurden, für Gerechtigkeit kämpfen wollten. Entgegen ihrer guten Absichten werden sie aber wegen ihres Glaubens an die „Autorität" dazu benutzt, Unschuldigen zu schaden und die Täter

zu schützen. Wenn ein Polizeibeamter das „Gesetz vollstreckt" und ein Soldat Befehle ausführt, verschwinden alle seine persönlichen Werte und guten Absichten spurlos. Sie werden durch die Absichten der Befehlsgeber ersetzt. Ohne die Propaganda der Soldatenrekrutierung, bei der junge Männer und Frauen dazu aufgefordert werden, für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, ist die eigentliche Aufgabe eines Soldaten, Menschen im Auftrag des Herrschers zu töten. So einfach ist das. Wie viele Amerikaner würden aus eigener Überzeugung in ein fremdes Land reisen und Menschen töten, die sie gar nicht kennen? Sehr wenige. Wie viele Amerikaner würden aus eigener Überzeugung in einem fremden Land annehmen, dass sie das Recht dazu hätten, von Tür zu Tür zu gehen, fremde Menschen mit vorgehaltener Waffe zu verhören, in ihre Häuser einzudringen und sie zu durchsuchen, weil sie glauben, dass sich möglicherweise richtig böse Leute darin befinden? Sehr wenige. Das sind Handlungen, die fast jeder Mensch nach eigenem moralischen Empfinden als falsch ansehen würde. Aber wenn jemand freiwillig zu einer autoritären Armee geht, dann schaltet er absichtlich sein eigenes Urteilsvermögen und Gewissen aus, um das tun zu können, was ihm gesagt wird.

Manchmal wenden Soldaten rechtmäßige Gewalt an, um beispielsweise Aggressoren und Angreifer abzuwehren. Normalerweise sind sie allerdings selbst die Aggressoren und Angreifer. Anders könnte das Militär einer „Regierung" auch gar nicht funktionieren. Eine Armee mit Soldaten, die von Tür zu Tür gehen und jeden Hauseigentümer um Erlaubnis bitten, das Haus zu betreten, wäre eine absurde Vorstellung. Die Situation wird einfach „Krieg" genannt und schon denken die

Staatsgläubigen, dass die üblichen menschlichen Verhaltensregeln nicht mehr gelten. Die Soldaten begehen Hausfriedensbruch und rechtfertigen diesen damit, dass er notwendig sei. Sie bestehlen die Menschen, sie schüchtern sie ein, bedrohen sie, greifen sie an, verhören sie, foltern und ermorden sie. Und sie tun das sogar Menschen an, die sie als Verbündete betrachten.

Ein Beispiel einer groß angelegten Aggression und Unterwerfung war die militärische Invasion und Besetzung des Irak durch die Söldner der US-„Regierung". Sie erfolgte angeblich zur Verteidigung des irakischen Volkes. Sie führte zwar zur Beseitigung eines Regimes führte, war mindestens aber ebenso unmoralisch wie das auf Einschüchterung und Mord aufgebaute Regime von Saddam Hussein. Das angeblich Böse des Feindes dient oft als Rechtfertigung für autoritäre Unterwerfung. Extreme Gewalt gegen Unschuldige wurde bisher in der gesamten Geschichte immer als „Kampf für die Freiheit" bezeichnet. Oder als „Kampf gegen die Ungerechtigkeit". Bis heute hat sich nichts daran geändert.

Bevor die Nazis Polen überfielen, führten sie zuerst eine Reihe von Operationen unter falscher Flagge und Propaganda-Aktionen durch, die als „Operation Himmler" bekannt sind. So konnten sie den Überfall als rechtmäßigen Akt der Selbstverteidigung verkaufen. Tatsächlich aber richtet sich die Gewalt autoritärer Armeen niemals ausschließlich gegen die Aggressoren der anderen Seite. Auch wenn die Schuld des feindlichen Regimes offensichtlich ist und der Krieg im Sinne einer Verteidigung rechtmäßig erscheint. Die Strukturen und Methoden hierarchischer Armeen führen immer zu unschuldigen Opfern. Das ist kein Zufall sondern volle Absicht. Durch das untrennbar mit dem Patriotismus verbundenen Rudelverhalten ist das unvermeidbar.

Im Zweiten Weltkrieg betrachteten die amerikanischen Soldaten „die Krauts" und „die Japsen" pauschal als ihre Feinde, anstatt jeden Einzelnen als Feind zu sehen, der tatsächlich Gewalt gegen unschuldige Menschen verübte. Für den einzelnen Soldaten war es dadurch nicht nötig, die eigene Wahrnehmung und das eigene moralische Empfinden als Maßstab an seine Handlungen anzulegen. Anders können autoritäre Befehlsketten nicht funktionieren. Die meisten Menschen, die „Krauts" (Deutsche) oder „Japsen" (Japaner) waren, hatten selbstverständlich nichts mit dem Konflikt zu tun. Abgesehen davon, dass sie ihn durch ihre „Steuern" finanzieren mussten, worauf später ausführlicher eingegangen wird. Das Militär der „Regierung" und ihre Propaganda zielen stets darauf ab, eine allgemeine Kategorie von Menschen zu dämonisieren, anstatt sich ausschließlich auf die Einzelpersonen zu konzentrieren, die tatsächlich Gewalt initiieren haben. Egal um welche Seite es sich im Krieg handelt. Ganze Bevölkerungsgruppen werden dazu gebracht, sich gegenseitig zu unterdrücken oder auszurotten. In keinem Krieg zwischen „Nationen" kann es keine „gute Seite" geben.

Neben der Gewalt gegen andere Soldaten setzt das Militär immer auch Gewalt gegen unschuldige Menschen ein. Wohl zu den abscheulichsten Beispielen zählen die Atombombenabwürfe auf Nagasaki und Hiroshima, die bei weitem schlimmsten terroristischen Einzeltaten und Massenmorde der Menschheitsgeschichte. 200.000 unschuldige Menschen mussten sterben - rund 70 Mal mehr als beim Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001. Die Ziele wurden offen zugegeben: Ein ganzes Land in Angst zu versetzen und dem Volk Schmerzen und Todesopfer zuzufügen, um die eine Herrscherkaste dem Willen einer anderen Herrscherkaste zu unterwerfen. Ironischerweise passt das perfekt zum Begriff des „Terrorismus", wie ihn die US-„Regierung" definiert: Unter „Terrorismus" sind Handlungen zu verstehen, die darauf abzielen, die

„Zivilbevölkerung einzuschüchtern und zu unterwerfen" oder „die Politik einer Regierung durch Einschüchterung und Zwang zu beeinflussen" (vgl. Section 2331, Title 18 des United States Code). Selbstverständlich gilt diese Definition nicht, wenn solche Handlungen „legal" sind und/oder von „Regierungen" selbst begangen werden. Schließlich sind sie dann ja „legitim" und „gerecht".

Nebenbei bemerkt ist die Existenz von Atomwaffen ausschließlich das Ergebnis des religiösen Glaubens an die „Autorität". Anders als bei anderen Waffen ist es unmöglich, sie nur zur Verteidigung einzusetzen. Der einzige Grund, warum die Atombombe überhaupt erfunden und hergestellt wurde war, weil es in der autoritären, nationalistischen Rudelverhaltensphantasie möglich und rechtens ist, Krieg gegen ein ganzes Land zu führen und tausende von Menschen mit einem Schlag auszurotten.

Mitglied einer „staatlichen" Armee zu sein setzt voraus, sich an menschenverachtenden Handlungen beteiligen zu wollen. Egal ob direkt oder indirekt und unabhängig von irgendwelchen guten Absichten. Warum? Ganz einfach: Nach seiner eigenen Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit zu handeln, sich an das eigene Gewissen zu halten und nach dem eigenen Gefühl für richtig und falsch zu entscheiden, ist vollkommen unvereinbar mit der Beteiligung an jeglichem „staatlichen" Militär. Das tragische Ergebnis von Kriegen ist, dass beide Seiten immer falsch liegen. Sie gehen gewaltsam gegen Unschuldige vor. Gleichzeitig liegen beide Seiten jedes Krieges immer richtig, wenn sie jeweils die andere Seite beschuldigen, Gewalt gegen Unschuldige zu initiieren. So lange es also Soldaten gibt, die dazu bereit sind, sich einer angeblichen „Autorität" zu unterstellen und auf Befehl andere Menschen sogar zu ermorden, gibt es keinen langfristigen Frieden. Kein Kämpfer für irgendeine „Regierung" oder „für sein Land" kann Freiheit und Gerechtigkeit erreichen. Eine Herrscherkaste kann ihrem Wesen nach niemals für Freiheit und Gerechtigkeit stehen. Sie würde anderenfalls aufhören zu existieren. Das Einzige, was die Soldaten der „Regierung" jemals erreichen können ist Unterdrückung und Herrschaft. Wie gut ihre Absichten und wie mutig ihre Handlungen sind, spielt dabei keine Rolle.

Ironischerweise behauptet das US-Militär, dass amerikanische Soldaten das Recht und die Pflicht hätten, jeden Befehl zu verweigern, den sie als „illegal" oder unmoralisch ansehen. Das geschieht vermutlich, um das an sich bösartige Wesen jedes „staatlichen" Militärs zu verschleiern und einen vermeintlichen Unterschied zwischen den eigenen Söldnern und denen anderer tyrannischer Regimes zu suggerieren. Trotz dieses angeblichen Rechts landet jeder Soldat bei Befehlsverweigerung vor dem Kriegsgericht. Obwohl dieses Prinzip für sich gesehen eigentlich in Ordnung wäre, ist es Teil des Konzepts der „Autorität". Es zählt zu den perfiden Methoden, die Menschen zu denkunfähigen, gehorsamen Soldaten des Regimes machen. In einer Kampfsituation entspricht nahezu alles, was jedes „staatliche" Militär tut, aggressivem Terrorismus. Fast jeder Befehl an einen Soldaten ist ein unmoralischer Befehl. Ob es das Eindringen in das Grundstück von jemand anderem ist, die Sprengung einer Brücke, die Sperrung einer Straße, die Entwaffnung von Zivilisten, die Verhaftung unschuldiger Menschen, die Verhöre oder die Ermordung vollkommen unbekannter Menschen.

Das Opfer einer Aggression hat das Recht, den Aggressor, egal ob er in eigener Sache oder im Namen der „Autorität" handelt, zu stoppen. Und zwar mit dem Maß an Gewalt, das dazu nötig ist. In vielen Situationen ist es als vollkommen gerechtfertigt, auf Soldaten - einschließlich amerikanischer Soldaten - zu schießen. Jemanden deswegen zu töten, weil dieser sich selbst gegen

Aggressoren verteidigt, ist Mord, auch wenn die Aggressoren US-Soldaten sind. Nahezu jeder Soldat begeht routinemäßig unmoralische, aggressive Handlungen, weil er glaubt, dass das durch die Befehle der „Autorität" irgendwie in Ordnung geht. Wenn ein Soldat das Recht und die Pflicht der Gehorsamsverweigerung bei unmoralischen Befehlen wirklich ernst nehmen würde, dann wäre das Erste was er tun würde, den Militärdienst zu quittieren.

Auch wenn sie es mit den besten Absichten tun, werden jene, die als Söldner für die „Regierung" handeln, immer Teil einer Maschinerie sein, die in einem ungleich größeren Ausmaß systematische Gewalt gegen Unschuldige einsetzt als dass sie diese Unschuldigen verteidigt. So gesehen begeht nahezu jeder Soldat im Einsatz Handlungen, die verteidigende Gewalt gegen ihn rechtfertigt. Trotzdem wird jeder, der Widerstand gegen ihre aggressiven Handlungen leistet, als „feindlicher Kämpfer" bezeichnet, als „Aufständischer" oder als „Terrorist". Die amerikanischen Befehlshaber tun dieses ebenso wie alle anderen Invasoren und Eroberer. Selbstverteidigung gilt dann als Todsünde, wenn sie gegen die aggressive Gewalt im Namen der „Autorität" gerichtet ist. Entsprechend regen sich viele amerikanische Autoritäre sich maßlos darüber auf, wenn jemand wahrheitsgemäß sagt, dass viele Tausende von Menschen weltweit gute Gründe haben, auf amerikanische Soldaten zu schießen.

Ein Mensch, der niemandem etwas getan und niemanden bedroht hat, der einfach nur zu Hause ist und sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmert, hat das Recht dazu, sich und seine Familie gegen schwer bewaffnete Verbrecher zu schützen, die seine Tür eintreten, mit Maschinengewehren auf ihn zielen und ihn und seine Familie bedrohen und schikanieren. Mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind, einschließlich der Tötung der bewaffneten Eindringlinge. Der ganz normale Amerikaner würde sich vollkommen im Recht fühlen, wenn er durch ausländische Söldner auf diese Weise überfallen wird und er würde alles dafür tun, um sich gegen die Angreifer zu verteidigen. Aber seinen amerikanischen Mitbürgern, die sich einer „Autorität" unterwerfen und sich einem Rudelverhalten hingeben, jubelt er zu, wenn sie solche Überfälle selbst in einem fremden Land begehen. Er „unterstützt die Soldaten" wenn sie Hauseigentümer ermorden, die versuchen, sich gegen solche verbrecherischen Aggressionen zu wehren.

Militärische Handlungen der „Autorität" sind niemals reine Verteidigung. Kriegserklärungen der „Regierungen" dienen niemals dazu, Unschuldige zu verteidigen oder die Freiheit zu bewahren, auch wenn das noch so oft behauptet wird. Wenn sich eine „Regierung" an Kriegen beteiligt, dann tut sie es nur, um ihr Territorium, das von ihr beherrscht wird, zu sichern oder zu erweitern. Die Herrscherkaste kann ihrem Wesen nach die Freiheit der eigenen Untertanen nicht anstreben und erst recht nicht die Freiheit der Untertanen anderer Herrscher. Am Ende heißt es immer, dass die toten Soldaten ihr Leben für ihr Land gegeben haben. In Wirklichkeit waren sie nur Ressourcen, die die Tyrannen für Revierstreitigkeiten mit anderen konkurrierenden Tyrannen verbraucht haben. Um die Tatsache zu verbergen, dass „Regierungen" niemals Kriege wegen Gerechtigkeit oder Freiheit führen, werden die Menschen mit Propaganda über Heldentum und aufopferungsvollen Patriotismus gefüttert. Die Tyrannen tun dieses zum eigenen Machterhalt. Eine objektive Betrachtung der Geschichte macht das offensichtlich.

Ein Beispiel ist das Vorgehen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Dieses war zwar anscheinend gerechtfertigt und führte zum Sieg über den drittschlimmsten Massenmörder in der Geschichte (Adolf Hitler). Aber es führte gleichzeitig zum allerschlimmsten aller Massenmörder der Geschichte

(Josef Stalin). Die Alliierten übergaben ihm nahezu halb Europa. Das Ziel der meisten amerikanischen Soldaten, die in den Krieg zogen, wollten ohne Zweifel die Guten vor den Bösen schützen. Aber ihre Befehlshaber strebten nur nach autoritärer Eroberung und nach Macht. Und so blieb vom mutigen Einsatz der Soldaten am Ende auch nicht mehr übrig als das.

Mit viel Phantasie könnte man auf den Gedanken kommen, dass das Ziel der Amerikaner im Zweiten Weltkrieg war, sich selbst zu verteidigen, weil „die nationale Sicherheit" auf dem Spiel stand. Aber bei den meisten Operationen des US-Militärs spielte eine direkte Bedrohung der Vereinigten Staaten keine Rolle. Mehr als 30.000 Amerikaner starben im Koreakrieg. Niemand konnte sich vorstellen, dass Nordkorea in die USA einmarschiert. Mehr als 50.000 Amerikaner starben im Vietnamkrieg. Es war unvorstellbar, dass die Nordvietnamesen in die USA einmarschieren. Ebenso unvorstellbar war es, dass irakische oder afghanische Armeen in die USA einmarschieren. Die Rechtfertigung für solche Konflikte war immer irgendetwas Diffuses wie „der Kampf gegen den Kommunismus" oder noch Absurderes, wie einen „Krieg gegen den Terror" führen zu müssen, wobei terroristische Aktionen hauptsächlich von den US-Streitkräften durchgeführt wurden und immer noch werden.

Die traurige Ironie an der Sache ist, dass die amerikanische Herrscherkaste die einzige Terroristenbande ist, die dazu fähig ist, das amerikanische Volk zu erobern und zu unterwerfen. Es gelingt ihr durch den Anschein der Rechtmäßigkeit, den sie bei ihren Opfern erzeugt. Die gigantische Militärmaschinerie und ausnahmslos alle Kriegsspiele, für die sie genutzt wurde, hat die meisten externen Bedrohungen erst erschaffen. Von einem tatsächlichen Schutz der amerikanischen Öffentlichkeit kann keine Rede sein. Und nach wie vor werden die selbst erschaffenen Bedrohungen als Vorwände benutzt, um die Unterdrückung des eigenen Volkes zu rechtfertigen. Unter anderem durch Maßnahmen, die mit dem Orwell'schen Neusprechbegriff „Patriot Act" bezeichnet wurden.

Der allseits bekannte Autoaufkleber, auf dem steht: „Wer seine Freiheit liebt, dankt einem Veteran" ist ein typischer Ausdruck des Rudelverhaltens. Es entsteht durch die staatsverherrlichende Propaganda, die die Herrscherkaste ihren Untertanen kontinuierlich verabreicht, um sie weiterhin als Bauernopfer in ihren sadistischen und zerstörerischen Spielen zu missbrauchen. Auch wenn ein Sklaventreiber kämpft, um einen anderen Sklaventreiber am Diebstahl seiner Sklaven zu hindern, so ist er noch lange kein Verbündeter der Sklaven.

Viele Veteranen haben ihr Leben riskiert. Sie sind durch die Hölle gegangen und haben andere Menschen, möglicherweise auch Unschuldige, verletzt oder getötet. Sie sind teils mit schweren körperlichen und emotionalen Traumata aus ihren Einsätzen zurückgekehrt. Selbstverständlich werden sie nur äußerst ungern zugeben, dass sie das alles letztlich nur in Kauf genommen haben, um Bauernopfer in einem kranken Spiel von Größenwahnsinnigen zu sein.

Immerhin haben auch einige der berühmtesten militärischen Persönlichkeiten in der Geschichte inzwischen bestätigt, dass „Regierungen" Kriege nicht für ein edles Ziel führen, sondern um Macht und Profit daraus zu schlagen. Major General Smedley Butler, der zum Zeitpunkt seines Todes im Jahr 1940 der am höchsten ausgezeichnete Marine der Geschichte war, schrieb ein Buch mit dem Titel „Krieg ist ein schmutziges Geschäft". Darin kritisiert er den militärischindustriellen Komplex und sagt, dass Krieg „zum Wohle von sehr wenigen auf Kosten von sehr vielen durchgeführt wird".

Er geht sogar so weit, das Militär als „Service" von „Schlägern", „Gaunern" und „Gangstern" zu bezeichnen. Ähnlich drückte es General Douglas MacArthur aus als er sagte, dass militärische Expansion durch eine „künstlich erzeugte Psychose der Kriegshysterie" angetrieben wird. Und er sagte: „Die Mächte halten uns in einem Zustand ewiger Angst - sie halten uns in einem unendlichen Sturm aus patriotischer Leidenschaft und dem Geschrei über einen gravierenden nationalen Notstand gefangen. Immer droht ein schreckliches Übel uns aufzufressen, wenn wir nicht blind hinterher rennen und die Unsummen an Geld zusammenraffen, die von uns verlangt werden. Doch im Rückblick ist es noch nie zu solchen Katastrophen gekommen. Sie scheinen nie real gewesen zu sein."

Krieg ist so gesehen nur Betrug und Abzocke einer Herrscherkaste. Mit Gräueltaten, die in den Regimes von Stalin, Mao, Hitler, Lenin, Pol Pot und vielen anderen ungeheure Ausmaße erreichten. Die Herrscherkaste hält sich dabei aus den blutigen Kämpfen und massenhaften Bauernopfern in der Zivilbevölkerung schön heraus und beobachtet alles aus sicherer Entfernung. In Kriegen geht es nie um Ideale und Prinzipien. Sonst hätte die US-„Regierung" zum Beispiel keine Tyrannen wie Manuel Noriega oder Saddam Hussein installiert, um anschließend Kriege gegen sie zu führen. Ein noch offensichtlicheres Beispiel dafür, dass es im Krieg nicht um Prinzipien geht, ist die Tatsache, dass Josef Stalin und seine Sowjetunion zu Beginn des Zweiten Weltkriegs Erzfeinde der Vereinigten Staaten waren. Bis zum Ende des Krieges wurde der psychopathische Massenmörder „Uncle Joe" durch die Propagandisten der US-„Regierung" „Uncle Joe" genannt und galt als edler Verbündeter. Stalins Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zu Abermillionen von Toten führten, blieben seinerzeit in den USA weitgehend unerwähnt. Vor diesem Hintergrund ist es absurd zu behaupten, dass die US- „Regierung" beschlossen hatte, sich am Zweiten Weltkrieg wegen moralischer Prinzipien zu beteiligen oder um das Böse zu besiegen.

In herkömmlichen Kriegen sehen konkurrierende Herrschergruppen, einschließlich der amerikanischen, fröhlich dabei zu, wie sich ihr Fußvolk gegenseitig zu Tausenden abschlachtet. Interessant ist vor allem aber auch, was nicht geschieht: Es war lange offizielle Politik vieler „Regierungen", darunter auch der US-„Regierung", die ausländischen „Herrscher" als Hauptverantwortliche für den Krieg direkt anzugreifen und zu töten. Die moralischste, vernünftigste und die kostengünstigste Verteidigungsmethode gegen den Angriff durch eine „Regierung" ist die Ermordung jener, die die Befehle dazu erteilen. „Regierungen" ins Fadenkreuz zu nehmen, statt ihre gesetzestreuen Handlanger, würde der Menschheit am meisten dienen. Die gewalttätigsten Konflikte wären schnell beendet und gleichzeitig würde eine deutliche Abschreckungswirkung dafür sorgen, dass die Größenwahnsinnigen es gar nicht erst zu solchen Konflikten kommen lassen. Trotzdem gibt es zwischen den meisten Tyrannen einen offenen gegenseitigen Nichtangriffspakt. Aber mit dem Leben der Untertanen zu spielen, ist gleichzeitig vollkommen in Ordnung.

Immer und immer wieder marschieren unzählige Soldaten auf die Schlachtfelder, um sich gegenseitig zu töten, während die wirklichen Feinde der Menschheit - die Herrscher auf beiden Seiten - außerhalb der Gefahrenzone bleiben. Voll von guten Absichten wird das Blut von Soldaten vergossen. Das Blut von tapferen Vollstreckern der „Regierung", die ihren Befehlen treu ergeben bis zum bitteren Ende gehorchen, die ihrem Wesen nach niemals dazu beitragen können, echte Freiheit und Gerechtigkeit zu herzustellen. Auf beiden Seiten tragen die „Regierungen" die größte Verantwortung für die Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Wenn es einem Soldaten gelingt, das zu erkennen und er daraufhin gezielt gegen sie vorgeht, wird er als Verräter und Terrorist verfolgt und

bestraft.

Stolz darauf, Verbrechen zu begehen

Die Aufgabe von allen „Gesetzesvollstreckern" vom einfachen Bürokraten bis zum Soldaten ist es, den Willen der Herrscherkaste mit Gewalt durchzusetzen. Trotzdem glauben die meisten von ihnen daran, dass sie alles „im Dienste der Menschen" tun. Dass jemand einem anderen „dient", indem er Gewalt gegen ihn anwendet, ist selbstverständlich vollkommen lächerlich. Die „Gesetzesvollstrecker" kommen niemals auf die Idee, dass sie Teil eines unmoralischen und unzivilisierten Systems aus Aggression und Gewalt sind. Vom einfachsten Bürokraten bis zum Auftragsmörder - die meisten staatlichen Handlanger rechtfertigen ihre Handlungen damit, dass sie „nur ihre Arbeit tun" und dass sie für ihr Handeln und dessen Folgen keinerlei persönliche Verantwortung tragen.

Das ist der Hauptgrund für den Niedergang der Menschheit. Unrecht in großem Ausmaß ist nicht auf individuelle Gier, Bosheit oder Hass zurückzuführen. Es folgt daraus, einfach zu tun, was von einem verlangt wird, nach dem Prinzip „Befehl und Gehorsam". Es wird von Menschen begangen, die einfach nur „ihre Arbeit tun". Als direkte Folge des religiösen Glaubens an die „Autorität". Der Schaden, der durch diejenigen entsteht, die einfach nur gehorchen, ist genauso real und genauso zerstörerisch wie der Schaden, der entstehen würde, wenn jeder Einzelne von ihnen diesen Schaden aus eigener Bosheit anrichten würde. Wenn eine alte Dame von einem bewaffneten Straßenräuber ausgeraubt wird, unterscheidet sich das weder moralisch noch praktisch gesehen von einem Raubüberfall durch einen gut gekleideten, gut ausgebildeten „Finanzbeamten". Ebenso wie es moralisch und praktisch gesehen irrelevant ist, ob eine irakische Familie von Saddam Husseins Soldaten oder von Soldaten der US-„Regierung" getötet wird. Es gibt keinen moralischen und praktischen Unterschied bei der Einschränkung der persönlichen Entscheidungsfreiheit durch Verbrecher oder durch die „Polizei".

Der einzige Unterschied ist, dass sich die Verbrecher der „Autorität", in ihrem wahnhaften Glauben an das übernatürliche Wesen namens „Regierung" weigern, die persönliche Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen. Ihr Glaube an die gefährlichste aller Religionen verhindert, das Böse als das Böse zu erkennen. Sie werden zu allem Überfluss auch noch stolz darauf sein, ihren Herren und Gebietern treu ergeben zu sein. Und das, obwohl sie Tag für Tag unschuldigen Menschen Not und Leid zufügen. Nur weil ihnen beigebracht wurde, dass das Böse nicht mehr böse ist, sondern sich in Gutes verwandelt, sobald es „Gesetz" genannt wird.

Wenn es nur eine einzige Todsünde geben kann, dann ist es der blinde Gehorsam gegenüber der „Autorität". Als Handlanger für eine „Regierung" zu arbeiten, grenzt an geistigen Selbstmord, schlimmer noch als jeder körperliche Selbstmord. Jeder „Vollstrecker" schaltet seinen freien Willen und die eigene Fähigkeit ab, beurteilen zu können, was menschlich und was unmenschlich ist. Er „tötet" gewissermaßen seine eigene Menschlichkeit ab und lässt gleichzeitig seinen Körper unversehrt, so dass er von den Tyrannen als Unterdrückungsinstrument gegen andere missbraucht werden kann. Ein „Gesetzeshüter" zu sein bedeutet, sich bereitwillig von einem Menschen in einen Roboter zu verwandeln. In einen Roboter, der dann an ein paar Verbrecher übergeben wird, um ihn dazu zu benutzen, die Menschheit zu beherrschen und zu unterwerfen. Die Uniform eines Soldaten oder die Dienstmarke eines „Gesetzeshüters" sind keine Gründe, Stolz zu sein. Ihre Träger sollten

vor Scham im Boden versinken, weil sie die eigene Menschlichkeit verraten und sich zu Handlangern der Unterdrücker degradieren lassen.

TEIL III C) DIE FOLGEN FÜR DIE OPFER

Stolz darauf, beraubt zu werden

Eine der bizarren Folgen des religiösen Glaubens an die „Autorität" ist, dass sich die Opfer der Aggressionen der „Regierung" dazu verpflichtet fühlen, Opfer zu sein. Es löst in ihnen ein Schuldgefühl aus, wenn sie vermeiden, zu Opfern zu werden. Eines der Paradebeispiele ist der Bürger, der verkündet, dass er stolz darauf ist, „Steuern" zu zahlen. Auch noch stolz darauf zu sein, bedroht und zur Finanzierung solcher Dinge gezwungen zu werden, ist höchst seltsam. Selbst wenn man glaubt, dass einiges von dem, was man herausrücken muss, für nützliche Dinge (Straßen, Armenhilfe, etc.) verwendet wird.

Der Stolz, ein „gesetzestreuer Steuerzahler" zu sein, stammt nicht vom Wunsch, Menschen zu helfen. Das könnte viel effektiver auf freiwilliger Basis geschehen. Der Stolz kommt vom treuherzigen Befolgen der Befehle einer angeblichen „Autorität". Entsprechend entsteht zwar ein gutes Gefühl dabei, wenn man freiwillig einem armen Menschen in Not hilft, aber das Gefühl verkehrt sich ins genaue Gegenteil, wenn man von dem gleichen armen Menschen beraubt wird. Der wahrscheinlich einzige Fall, in dem ein Gefühl des Stolzes entsteht, wenn man zu etwas gezwungen wird, tritt nur dann ein, wenn geglaubt wird, dazu verpflichtet zu sein, einer angeblichen „Autorität" zu gehorchen.

Durch die Konditionierung, Gehorsam als etwas Gutes zu sehen, wollen sich die Leute gut fühlen, wenn sie einen Teil von dem, was sie verdienen, an die „Regierung" abgeben. Durch die politische Propaganda verfallen sie dem Glauben, dass ihre „Beiträge" tatsächlich der ganzen Gesellschaft helfen. Sie reden, als ob die Zahlung von „Steuern" bedeutet, „etwas an die Gesellschaft zurückzugeben" oder „in das Land zu investieren". Solche Aussagen hört man zwar oft, sind aber vollkommen unlogisch. Sie würden bedeuten, dass jeder Einzelne, aus dem sich die „Gesellschaft" und „das Land" zusammensetzt, der gesamten Gruppe irgendetwas schuldet, ihr aber im Gegenzug nichts zu verdanken hat.

Tatsächlich fließen die „Steuern" nicht in die „Gesellschaft" oder ins „Land", sondern sie gehen an die Politiker der Herrscherkaste, die anschließend damit machen, was sie wollen. So seltsam das auch klingt - es bedeutet, dass „das Volk" als Ganzes von jedem Einzelnen „des Volkes" profitieren kann, wenn diese Einzelnen ausgeraubt werden. Die Vorstellung, dass sich Politiker besser mit dem Geld anderer Leute um das „Gemeinwohl" kümmern können als jeder Einzelne, der selbst entscheidet, wofür er sein Geld ausgibt ist, gelinde gesagt, merkwürdig. Die „Regierungen" geben astronomisch hohe Geldsummen für Dinge aus, die offensichtlich dazu dienen die Herrscherkaste auf Kosten der Allgemeinheit und auf Kosten der Menschheit zu bereichern. Dazu zählen unter anderem ständige Kriegstreiberei, milliardenschwere Umverteilungsprogramme zugunsten der reichsten Menschen der Welt („Rettungspakete") und die „staatliche" Übernahmen verschiedenster

Bereiche der Wirtschaft (zum Beispiel der Gesundheitswirtschaft).

Durchschnittliche Menschen könnten nichts finanziell unterstützen, was einen größeren Bärendienst an der Gesellschaft und an der Menschheit im Allgemeinen leisten könnte als den „Staat" durch ihre „Steuern". Schulen, Straßen, Verteidigung, Hilfe für die Armen und alles, was man sonst noch für sinnvoll hält, kann man genauso gut ohne Politiker unterstützen. Und trotzdem sind viele Menschen ausgesprochen stolz darauf, die Früchte ihrer Arbeit über die „Steuerzahlungen" an ihre Herren zu übergeben, die sich „Regierung" nennen. Angenommen jemand verkündet stolz: „Ich habe meine Steuererklärung absichtlich falsch ausgefüllt und verhindert, dass die Regierung 3.000 Dollar bekommen hat. Diese 3.000 Dollar habe ich lieber für einen tatsächlich guten Zweck gespendet." Viele würden so einen Menschen immer noch für seinen „kriminellen" Ungehorsam gegenüber dem Herrscher verurteilen. Auch wenn die Handlungen dieses Menschen der Menschheit besser gedient hätten als das Zahlen von „Steuern". Das ist nicht auf den Stolz zurückzuführen, der Menschheit zu helfen, sondern auf den Stolz, der „Autorität" zu gehorchen.

Die Wahrscheinlichkeit ist nahe Null, dass jemand freiwillig sein eigenes Vermögen den Programmen und Systemen zur Verfügung stellt, die durch die „Regierung" finanziert werden. Und wenn er das Geld nur hergibt, weil ihn irgendwelche „Gesetze" oder eine „Behörde" dazu gezwungen hat und dann auch noch stolz drauf ist, dieses zu tun, dann ist er stolz darauf, unterdrückt zu werden, genauso wie gründlich indoktrinierte Sklaven darauf stolz sind, ihren Herren bestmöglich zu dienen. Zwischen dem Gefühl, stolz darauf zu sein, unterdrückt zu werden und dem Gefühl der freiwilligen Unterstützung besteht ein deutlicher Unterschied. Es ist demütigend und ungerecht, gewaltsam beherrscht und ausgebeutet zu werden. Die Opfer der „Regierung" erkennen das meist nicht einmal. Stattdessen empfinden sie tiefe Loyalität gegenüber ihren Herrschern.

Stolz darauf, beherrscht zu werden

Wenn ein Sklave davon überzeugt ist, dass seine Versklavung korrekt und legitim ist, glaubt er, dass er das rechtmäßige Eigentum seines Herren ist und er die Pflicht hat, so viel wie möglich für seinen Herren zu arbeiten. Es ist dann nicht notwendig, ihn gewaltsam zu unterdrücken. Die Versklavung des Geistes macht die Versklavung des Körpers unnötig. Der religiöse Glaube an die „Autorität" zielt deshalb auf die Versklavung des Geistes: Er lehrt die Menschen, dass es moralisch und gut sei, ihre Zeit, ihre Energie, ihr Eigentum, ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung einer herrschenden Klasse zu übergeben.

Viele Menschen verweisen mit Stolz darauf, „ein gesetzestreuer Steuerzahler" zu sein. Das bedeutet nur, dass sie Stolz darauf sind, das zu tun, was ihnen die Politiker sagen und ihnen ihr Geld zu geben. Sie werden um die Früchte ihrer Arbeit beraubt, auch wenn das in „legaler" Form geschieht. Weist man sie darauf hin, dass daran irgendetwas nicht richtig sein könnte, verteidigen sie die Räuber vehement und beharren darauf, dass solche Raubzüge unverzichtbar für die menschliche Zivilisation seien. Selbstverständlich vermeiden sie dabei Begriffe wie „Raub" und „Überfall", obwohl sie sehr wohl wissen, was mit ihnen geschieht, wenn sie die Zahlung verweigern. Wenn sich ein anderes Opfer gegen die Besteuerung oder gegen andere Formen der Herrschaft ausspricht, so verurteilen sie dieses. Sie legen ihm nahe, das Land zu verlassen, wenn es ihm nicht

passt, unterdrückt zu werden. Einen Leidensgenossen schlecht zu machen, weil er sich über sein Leid beklagt, ist ein deutliches Indiz für tatsächlichen Stolz auf die eigene Versklavung.

Frederick Douglass, ein ehemaliger Sklave, erlebte dieses Phänomen selbst. Er hat beschrieben, wie viele der Sklaven stolz darauf waren, hart für ihre Herren zu arbeiten und mit welchem Stolz sie alles machten, was er von ihnen verlangte. Aus ihrer Sicht war ein Sklave, dem die Flucht gelang, ein Dieb, der sich dafür schämen sollte, weil er sich selbst seinem Herren „gestohlen" hat. Douglass beschrieb, wie sorgfältig viele Sklaven indoktriniert waren. Sie glaubten tatsächlich, dass ihre eigene Versklavung rechtens war:

„Ich habe festgestellt, dass die glücklichsten Sklave diejenigen waren, die ihre eigene Situation nicht hinterfragt haben. Dazu ist es nötig, seine moralische und geistige Wahrnehmung zu betäuben und seine Vernunft so gut wie möglich abzuschalten. Der glückliche Sklave muss das Gefühl haben, keine Widersprüche in der Sklaverei zu erkennen. Er muss den Eindruck gewinnen, dass die Sklaverei richtig sei. Und das kann er nur, wenn er seine Menschlichkeit aufgibt."

Obwohl die Sklaverei nicht mehr offen praktiziert wird, bleibt die Neigung, sich treu ergeben zu unterwerfen. Die meisten Menschen sehen heute nichts Negatives darin, dass alle anderen von einer Herrscherkaste gewaltsam erpresst und beherrscht werden. Sie meinen tatsächlich, dass eine solche Erpressung und Unterdrückung richtig sei. Sie schämen sich sogar, wenn sie dabei erwischt werden, das Erarbeitete einfach zu behalten und ihr eigenes Leben zu leben. Sich für Diebstahl, Betrug oder Körperverletzung zu schämen ist etwas grundlegend anderes als sich für etwas zu schämen, was zwar vollkommen harmlos ist, aber nicht dem entspricht, was die Politiker durch ihre „Gesetze" angeordnet haben. Dieses Schamgefühl entsteht nicht daraus, dass die Handlung unmoralisch ist. Es entspringt der Vorstellung, dass es unmoralisch sei, den Befehlen der „Autorität" nicht zu gehorchen, also „das Gesetz zu brechen".

Wenn beispielsweise ein ganz normaler Bürger dabei erwischt wird, wie er „Steuern hinterzieht" oder ohne Kennzeichen mit dem Auto herumfährt oder Marihuana raucht oder irgendeine der vielen tausend „Taten" begeht, die niemand anderem schaden, die aber durch die Herrscherkaste für „illegal" erklärt wurden, entstehen normalerweise Schuldgefühle bei dieser Person. Ohne das Gefühl, zum Gehorsam verpflichtet zu sein, wäre eine Bestrafung durch die Handlanger der „Regierung" in etwa das gleiche, als von einem Hund gebissen zu werden: eine nicht besonders wünschenswerte, da unangenehme Sache, aber ohne jeglichen moralischen Aspekt. Stattdessen fühlen sich die meisten Menschen zumindest zu einem gewissen Grad Schuld an ihren opferlosen „Verbrechen", weil sie nicht getan haben, was ihnen gesagt wurde.

Der Wunsch, den Segen der „Autorität" zu erhalten, ist extrem mächtig - bei fast jedem und in einem Ausmaß, dessen sie sich selbst gar nicht bewusst sind. Die Milgram-Experimente zeigten deutlich, dass die allgegenwärtige Botschaft der „Autorität" eine psychologische Wirkung hat, die weiter reicht als es sich die meisten Leute vorstellen können. Ein Konflikt mit der „Autorität" erzeugt bei fast jedem einen erheblichen emotionalen Stress und großes Unbehagen. Um die Zustimmung seines Herren zu erlangen, werden Abscheulichkeiten in Kauf genommen, die kaum Grenzen kennen.

Auch die Sprache zeigt, wie effektiv die Menschen dazu konditioniert wurden, sich der „Autorität" moralisch verpflichtet zu fühlen. Das wird an einfachen Aussagen deutlich wie: „Das darfst du nicht!" oder sogar: „Das kannst du nicht tun!" - typische Reaktionen auf ein Verhalten, das die Herrscherkaste als „illegal" klassifiziert hat. Solche Aussagen entstehen nicht aus Angst vor negativen Folgen, sondern aus dem Glauben, dass die betreffende Handlung schlecht, nicht zulässig oder sogar unmöglich sei, weil sie von der Herrscherkaste verboten wurde.

Der Blick in die Statistiken offenbart die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität". In den USA erpressen etwa 100.000 Mitarbeiter des Finanzamts 200 Millionen Opfer. Das Verhältnis zwischen Erpressern und Erpressten liegt bei 1:1.000. Allein durch Gewaltanwendung könnte die Erpressung gar nicht funktionieren. Sie ist nur möglich, weil die meisten der Opfer eine Verpflichtung empfinden, sich erpressen und ausrauben zu lassen. Die Opfer unterliegen der Illusion, dass diese Erpressungen und Raubzüge rechtmäßig seien und in Ordnung gehen. Das gleiche gilt für viele andere „Gesetze". In der Regel hält man sich daran, obwohl die Vollstrecker im Vergleich zu den von ihnen beherrschten Opfern hoffnungslos in der Unterzahl sind. Die große Bereitschaft, das alles mitzumachen, entsteht nicht aus der Angst vor Bestrafung, sondern aus dem Gefühl der Beherrschten, dass sie eine moralische Verpflichtung hätten, an ihrer eigenen Unterwerfung mitzuwirken.

Die Guten finanzieren die Bösen

Die meisten Menschen wurden nie persönlich Opfer der „Strafverfolgung". Sie hatten noch nie eine Auseinandersetzung mit der Polizei und spüren nur wenige oder gar keine direkten negativen Konsequenzen der „Regierung" für ihr tägliches Leben. Der religiöse Glaube an die „Autorität" hat trotzdem dramatische Auswirkungen. Nicht nur auf das eigene Leben, sondern auch darüber hinaus auf die Welt um den Einzelnen herum.

Die Millionen von willfährigen Untertanen, die sich dazu verpflichtet fühlen, einen Teil von dem, was sie verdienen, als „ihren Beitrag" in Form von „Steuern" abzuliefern, finanzieren beispielsweise ständig alle möglichen Projekte und Aktivitäten, die ansonsten niemand finanzieren würde und die daher auch nicht existieren würden. Durch die „Besteuerung" beschlagnahmen diejenigen, die sich „Regierung" nennen, eine unfassbare Menge an Zeit und Energie von Millionen von Opfern und verwandeln sie in den Treibstoff für die Agenda der Herrschaftskaste. So werden Millionen von Menschen, die gegen Krieg sind, dazu gezwungen, die Kriege durch die „Besteuerung" zu finanzieren. Ihre Zeit und Energie wird für etwas missbraucht, womit sie moralisch nicht einverstanden sind.

Das gleiche gilt für staatliche Vermögensumverteilungsprogramme, wie die „Sozialhilfe", für Schneeball-Betrugssysteme, wie die „Rentenversicherung", für den so genannten „Krieg gegen die Drogen" usw. Die meisten Programme der „Regierung" gäbe es nicht, wenn die Bevölkerung nicht eine moralische Verpflichtung empfinden würde, „Steuern" zahlen zu müssen. Auch wenn mit diesen Programmen angeblich höhere Ziele verfolgt werden, wie etwa die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten oder den Armen zu helfen, entstehen ineffiziente und korrupte Wasserköpfe. Niemand würde diese tolerieren, wenn es kein „Gesetz" gäbe, das einen dazu zwingt.

Zusätzlich zur Verschwendung, Korruption und Zerstörung, für die die „Regierung" das Vermögen anderer missbraucht, stellt sich auch die weniger offensichtliche Frage, was die Leute mit ihrem Geld sonst getan hätten. Dadurch dass die „Regierung" das Vermögen derjenigen, die es erwirtschaften, an sich reißt, nimmt es diesen auch die Möglichkeit, ihre eigenen Ziele zu realisieren. Jemand, der 1.000 Dollar „Steuern" an die Herrscherkaste übergibt, finanziert möglicherweise dadurch einen Krieg, den er aus moralischen Gründen nicht unterstützen will. Zusätzlich wird ihm auch die Möglichkeit genommen, diese 1.000 Dollar zu sparen, zu spenden oder jemanden damit zu bezahlen, der ihm bei der Gartenarbeit hilft. Die Schäden durch den religiösen Glauben an die „Autorität" haben eine doppelte Wirkung: Sie zwingen die Menschen dazu, Dinge zu finanzieren, die sie schlecht für sich selbst oder die Gesellschaft finden und gleichzeitig werden sie daran gehindert, Dinge zu finanzieren, die sie für richtig und lohnenswert halten. Die Unterwürfigkeit gegenüber der „Autorität" bewirkt also, dass die Menschen sich direkt entgegengesetzt zu den eigenen Prioritäten und Werten verhalten.

Viele Menschen glauben, mit ihrer „Steuer" etwas Gutes zu tun, indem sie den Bau von Straßen, Hilfe für die Armen, die Polizei usw. finanzieren. Auch diese Menschen würden das mit ziemlicher Sicherheit nicht bzw. nicht im gleichen Ausmaß tun, wenn sie nicht das Gefühl hätten, durch moralische Verpflichtung und Strafandrohung dazu gezwungen zu sein. Private Organisationen und Unternehmen, die sich diesen Aufgaben widmen und das gleiche Ausmaß an Ineffizienz, Korruption und Misswirtschaft aufweisen, wie die Programme der „Regierung", würden schnell alle ihre Kunden und sonstigen Geldgeber verlieren.

Jeder private Sicherheitsdienst, der so oft wie die „Regierung" unbewaffnete und unschuldige Menschen überfallen, misshandeln und sogar umbringen würde, hätte keinen einzigen Kunden. Jede private Firma, die Verteidigungsaufgaben wahrnehmen würde und gleichzeitig seinen Kunden erzählen würde, dass es eine Milliarde Dollar pro Woche benötigt, um dauerhaft Krieg am anderen Ende der Welt zu führen, hätte, wenn überhaupt, kaum Mitarbeiter, auch nicht aus dem Kreis derjenigen, die heute solche Militäreinsätze lauthals unterstützen.

Die notorische Verschwendung und die Ineffizienz der „Regierung" scheinen das Gefühl, verpflichtet zu sein, „Steuern" zu zahlen, kaum zu beeinflussen. Millionen von „Steuerzahlern" zahlen ihren „Beitrag" und kommen selbst kaum über die Runden. Die Politiker verschwenden dagegen Millionen und Milliarden für vollkommen sinnlose Projekte - die Untersuchung von Kuh-Furzen, Brücken irgendwo in der Landschaft, die im Nichts enden, Landwirte, die dafür bezahlt werden, bestimmte Pflanzen nicht anzubauen usw., die Liste ließe sich unendlich fortführen. Und weitere Milliarden gehen einfach „verloren". Es gibt keinerlei Aufzeichnungen darüber, wohin sie fließen. „Steuern" werden oft nicht einfach nur verschwendet, sondern richten auch große Schäden in der Gesellschaft an. Der „Krieg gegen die Drogen" ist ein solches Beispiel. Wie viele Menschen würden freiwillig für eine private Organisation spenden, die offen anstrebt, Millionen friedlicher Menschen von ihren Freunden und Familien zu trennen, um sie in Käfige zu stecken? Wie viele der unzähligen Amerikaner, die den „Krieg gegen Drogen" als einen Totalausfall sehen und weiterhin durch ihre „steuerliche" Finanzierung buchstäblich die Zerstörung von Millionen von Leben ermöglichen, würden freiwillig damit weitermachen?

Selbst unter den schärfsten Kritikern, die die Misshandlungen durch den ständig wachsenden Polizeistaat anprangern, finden sich genug Leute, die bereitwillig die Mittel dafür bereitstellen, die

solche Misshandlungen erst ermöglichen. Unterdrückung, Korruption oder bloße bürokratische Ineffizienz - jeder kennt zumindest ein paar Dinge der „Regierung", denen er auf keinen Fall zustimmen würde. Durch die sorgfältige Konditionierung, der „Autorität" zu gehorchen, fühlen sich die Kritiker trotzdem weiterhin zum Gehorsam verpflichtet. Zur Finanzierung der gleichen Stümpereien und korrupten Aktivitäten der „Regierung", die sie kritisieren und anprangern. Der offensichtliche Widerspruch zwischen dem Gefühl, dazu verpflichtet zu sein, Dinge zu finanzieren, von denen man denkt, dass sie schlecht seien, wird nur selten bemerkt.

Natürlich gibt es Ineffizienz und Korruption auch in Organisationen, die nichts mit der „Autorität" zu tun haben. Aber wenn diese bekannt werden, können die Kunden einfach ihre Zahlungen einstellen. Dieser natürliche Korrekturmechanismus in zwischenmenschlichen Interaktionen wird durch den religiösen Glauben an die „Autorität" komplett beseitigt. Wie viele Menschen gibt es, die derzeit nicht dazu gezwungen werden, die Programme und Aktivitäten der „Regierung" zu bezahlen, die sie aus moralischen Gründen nicht finanzieren wollen? Wenn überhaupt welche, dann nur sehr wenige. Also, warum bezahlen diese Leute für etwas, wovon sie instinktiv wissen, dass es schädlich für die Gesellschaft ist? Weil es ihnen die „Autorität" so anordnet und weil sie glauben, dass es gut sei, ihr zu gehorchen. Sie geben die Früchte ihrer Arbeit auf und füttern damit die Unterdrückungsmaschine - eine Maschine, die anders gar nicht existieren könnte.

„Regierungen" erwirtschaften nichts. Alles was sie ausgeben, müssen sie sich zuerst jemand anderem wegnehmen. Alle „Regierungen" in der Geschichte, einschließlich der repressiven Regimes, wurden durch die „Steuern" ihrer ergebenen, produktiven Untertanen finanziert. Wegen des religiösen Glaubens an die „Autorität" wird die Wertschöpfung von Milliarden von Menschen auch weiterhin nicht in den Dienst der Menschen und ihrer Werte und Prioritäten gestellt. Sie dient dagegen den Vorhaben der Herrscher. Das Dritte Reich wurde von Millionen deutschen „Steuerzahlern" ermöglicht, die sich zur Zahlung verpflichtet fühlten. Das sowjetische Imperium wurde von Millionen von Menschen ermöglicht, die sich zur Zahlung an den Staat verpflichtet fühlten, was auch immer er von ihnen gefordert hat. Jede Armee, die einen Angriffskrieg führte und jeder Eroberungsfeldzug wurde von Geld finanziert, das produktiven Menschen zuvor weggenommen wurde. Jene, die alles zerstörten, haben immer von jenen profitiert, die etwas geschaffen hatten. Die Räuber und Diebe profitieren immer von den Produzenten. Durch den religiösen Glauben an die „Autorität" wurde das Böse schon immer von den Errungenschaften der Guten finanziert. Und das wird nicht aufhören, bis die gefährlichste aller Religionen überwunden ist. Wenn die produktiven Menschen keine moralische Verpflichtung mehr gegenüber den Parasiten und Machthabern, den Zerstörer und Herrschern empfinden, wird die Tyrannei zu Ende sein. Sie wird ausgehungert und schließlich absterben. Bis dahin werden die guten Menschen weiterhin die bösen mit allen Ressourcen versorgen, die sie für ihre zerstörerischen Handlungen benötigen.

Sie schaufeln ihre eigenen Gräber

Leider bringt der religiöse Glaube an die „Autorität" Menschen auch dazu, dass sie sich verpflichtet fühlen, sich an ihrer eigenen Versklavung und Unterdrückung zu beteiligen und manchmal auch dafür zu sterben. Tatsächlich wird nur ein kleiner Prozentsatz des Zwangs der „Regierung" durch ihre Handlanger ausgeübt. Der größte Anteil stammt von den Opfern selbst. Die Herrscherkaste sagt den Menschen einfach nur, was sie zu tun haben und die meisten Menschen tun es, ohne dass tatsächlich etwas erzwungen werden muss. Ein eindrucksvolles Beispiel ist, wie sich jedes Jahr

Millionen von Amerikanern im Grunde genommen selbst erpressen, indem sie unendlich lange verwirrende Formulare zur „Steuererklärung" ausfüllen. Wenn die Opfer des Finanzamts zwar zahlen würden, aber nur, wenn die „Regierung" ihre angeblichen Steuerschulden selbst ausrechnet, würde das System zusammenbrechen. Jede Steuererklärung ist ein unterschriebenes Geständnis, in dem die Opfer der Erpressung durch eine Art „Selbstverhör" alles über ihre Finanzen zugeben. Zusätzlich ermitteln sie selbst die Höhe des Erpressungsgeldes, damit sich die Erpresser Arbeit sparen können.

Aber die ganzen unproduktiven und lästigen Unannehmlichkeiten und bürokratischen Schikanen, denen sich die Menschen selbst unterwerfen, nur weil ihnen gesagt wurde, dass das „Gesetz" das verlangt, sind nichts im Vergleich zu den wirklich schwerwiegenden Folgen des religiösen Glaubens an die „Autorität". Das Gefühl, sich an die „Gesetze" halten zu müssen und infolge der „Wehrpflicht" für sein „Vaterland" kämpfen zu müssen, hat Millionen von Menschen im Laufe der Geschichte zu Mördern mit staatlichem Auftrag gemacht. Nur ein kleiner Teil, die so genannten „Wehrpflichtverweigerer", leistete Widerstand. Und wegen ihrer „Feigheit" oder ihrem „mangelnden Patriotismus" wurden sie dafür von den meisten ihrer Landsleute verachtet.

Bei vielen „Gesetzen" ist es schwierig festzustellen, warum genau die Menschen sich an sie halten. Es kann die Angst vor Strafe sein oder aber auch das Gefühl der moralischen Verpflichtung, diesen Befehlen der Politiker zu gehorchen. Bei der Wehrpflicht jedoch ist es einfach, den Unterschied zu erkennen: Sich der Wehrpflicht unterzuordnen ist in der Regel viel gefährlicher als die Strafe der „Regierung" für die Verweigerung. Wenn die Entscheidungsoption lautet, entweder zur Armee zu gehen und möglicherweise auf irgendeinem Schlachtfeld am anderen Ende der Welt grausam ums Leben zu kommen oder nicht zu gehorchen und möglicherweise ins Gefängnis zu gehen, ist es unwahrscheinlich, dass die Strafandrohung alleine ausreicht, um so viele Menschen dazu zu bringen, in die Armee einzutreten und ihre „Pflicht für das Vaterland" zu erfüllen. Zumindest bis heute ordnet sich eine große Zahl der Einberufenen der Wehrpflicht unter. Das zeigt ganz deutlich, dass die meisten Menschen lieber andere töten oder selbst sterben, als der „Autorität" nicht zu gehorchen. Es könnte kaum einen besseren Beweis dafür geben, wie mächtig der religiöse Glaube an die „Autorität" ist: Tausende und Abertausende ansonsten zivilisierter, friedlicher Menschen verlassen ihre Heimat und reisen manchmal um die halbe Welt, um zu töten oder zu sterben, nur weil irgendeine Herrscherkaste das von ihnen verlangt hat.

Jeder Soldat ist gleichzeitig Täter und Opfer der „Autorität", unabhängig davon, ob er freiwilligen Dienst leistet oder eingezogen wurde. Zu kämpfen, um Unschuldige gegen Aggressoren zu verteidigen, ist eine gute Sache. Meistens ist das auch die Absicht derjenigen, die zum Militär gehen. Aber in einer hierarchischen militärischen Organisation wird jeder verantwortliche Mensch zu einem Rädchen in einer Maschine. Er wird zum Teil einer Befehlskette, anstatt von seinem Gewissen geleitet zu werden. Und jedes Mal, wenn sein Gehorsam ihn dazu bringt, etwas Unmoralisches zu tun (was recht oft passiert), dann schadet er nicht nur seinen Opfern, sondern auch sich selbst. Viele amerikanische Soldaten, die im Vietnamkrieg eingesetzt wurden, kehrten zwar beispielsweise mit intakten Körpern zurück, hatten aber schwer verwundete Seelen. Ob diese seelischen Schäden durch das Zusehen bei einem Gemetzel hervorgerufen wurden oder durch die persönliche Beteiligung daran, ist schwer zu sagen. Eine anhaltende unmittelbare Todesangst kann ebenso zu schweren psychischen Problemen führen, wie das Töten anderer Menschen.

Gewalttätige Auseinandersetzungen können ziemlich großen Stress auslösen, auch wenn der Einzelne dabei vollkommen im Recht ist, wie zum Beispiel bei der Verteidigung seiner Familie gegen einen Angreifer. Aber sich an einem tödlichen Kampf zu beteiligen, bei dem niemand, die Kämpfer selbst eingeschlossen, so wie in Vietnam, eine klare Vorstellung davon hat, was das Ziel oder die Rechtfertigung für den Konflikt ist, scheint eine zusätzliche psychologische Traumatisierung hervorzurufen. Wenn man einmal in der Kriegshölle ist, wird der ursprüngliche diffuse, aber edle Grund bzw. die Rechtfertigung für den Kampf vergessen. Das haben viele Soldaten bestätigt. Alles, was bleibt, ist der Wunsch, zu überleben und seinen Kameraden zu helfen. Beiden Zielen kommt man am ehesten näher, wenn man nach Hause fährt oder von vornherein gar nicht erst zum Militär geht. Aus einem einfachen Grund sind es trotzdem nur wenige, die tatsächlich nach Hause gehen: Weil es bedeuten würde, der „Autorität" nicht zu gehorchen. Obwohl der Soldat den Mut und die Kraft hat, sich an einem tödlichen Kampf zu beteiligen, reicht das nicht, um sich einer angeblichen „Autorität" zu widersetzen.

Wie in vielen anderen Fällen autoritärer Unterdrückung sind die Opfer der Wehrpflicht zahlenmäßig jenen weit überlegen, die versuchen, sie durchzusetzen. Selbst wenn ihnen „gesetzlich" befohlen wird, ihre Seelen und Körper wegen ein paar Revierstreitigkeiten von Tyrannen ans Messer zu liefern, würde einfacher passiver Ungehorsam eines Teils der „Wehrpflichtigen" die Kriegsmaschine zum Stillstand bringen. Welche Strafe wäre schon zu befürchten, die schlimmer ist als die Folgen des Gehorsams? Die üblichen Ergebnisse von Kriegen sind anhaltender Terror, körperliche und seelische Wunden, Verstümmelung oder Tod. Selbst nachdem sie die Schrecken des Krieges aus erster Hand mitbekommen haben, können nur sehr wenige Menschen sich dazu durchringen, die Uniform auszuziehen, nach Hause zu gehen und der „Autorität" nicht mehr zu gehorchen.

Ein Beweis für die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" ist die gut dokumentierte, wenn auch nur selten thematisierte Zusammenarbeit der Nazis mit der jüdischen Polizei bei den Gräueltaten, die an den deutschen Juden begangen wurden, so wie es beispielsweise im Warschauer Ghetto passierte. Ebenso wie in fast allen anderen Kulturen waren auch in deren Kultur die Menschen so sehr davon überzeugt, dass blinder Gehorsam eine gute Sache sei. Obwohl jemand neues „das Sagen" hatte, fühlten sie sich dazu verpflichtet, zu tun, was ihnen gesagt wurde. Auch wenn es bedeutete, ihre eigenen Landsleute gewaltsam zu unterdrücken. Noch beunruhigender, aber vielfach belegt, ist die Tatsache, dass viele Millionen Menschen in der Geschichte aktiv zu ihrer eigenen Vernichtung beigetragen haben, weil ihnen das die „Autorität" so anordnete. Während des Holocaust gab es beispielsweise viele Hunderttausende von Juden, die aus eigener Kraft in die Viehwaggons der Todeszüge kletterten, ohne zu versuchen, sich zu verstecken, wegzulaufen oder Widerstand zu leisten. Warum? Weil jene, die behaupteten, die „Autorität" zu sein, das so anordneten. Sicher war nicht allen bewusst, was genau sie erwartete, aber dennoch übergaben sie sich in die Obhut einer Maschine, die ihnen offensichtlich schaden sollte.

Wer sich anpasst und gehorcht, bekommt ein Gefühl von Komfort und Sicherheit. Dinge in fremde Hände zu legen und darauf zu vertrauen, dass das schon richtig sei, ist eine Möglichkeit, Verantwortung zu vermeiden. Einfach nur alles tun, was einem gesagt wird, und alles wird gut - so das Ergebnis der autoritären Konditionierung. Die Verantwortlichen werden dieses Verhalten belohnen und versprechen ihren Schutz. Die Zahl der Opfer der Gräueltaten von „Regierungen" zeigt, wie falsch diese Vorstellung wirklich ist. Die Welt würde heute vollkommen anders aussehen, wenn die Opfer von „gesetzlicher" Unterdrückung und „gesetzlichem" Mord einfach ihre aktive

Unterstützung verweigert hätten. Gewaltsamer Widerstand wäre nicht einmal nötig gewesen.

Wenn die Nazis persönlich jeden einzelnen Juden, tot oder lebendig, in die Gaskammern oder Krematorien hätten bringen müssen, wäre die Anzahl der Morde sehr viel niedriger gewesen. In dem Moment, in dem die Sklaven ihre Arbeit verweigert hätten, wäre die Sklaverei vorbei gewesen. Wenn das Finanzamt selbst die Steuern ausrechnen und direkt von jedem „Steuerzahler" eintreiben müsste, dann gäbe es keine „Besteuerung" mehr.

Kurz: Wenn die Opfer der autoritären Erpressung, der Schikanen, der Überwachung, der Raubzüge, der Entführungen und der Morde einfach nur damit aufhören würden, aktiv zu ihrer eigenen Unterdrückung beizutragen, würde die Tyrannei sehr schnell in sich zusammenfallen. Und wenn die Menschen noch einen Schritt weiter gehen und gewaltsamen Widerstand leisten würden, würde die Tyrannei noch sehr viel schneller zusammenbrechen.

Aber Widerstand, egal ob passiv oder aktiv, erfordert, dass die Menschen einer als solcher wahrgenommenen „Autorität" nicht gehorchen, und das ist etwas, wozu die meisten Menschen geistig nicht fähig sind. Letztlich ist es der religiöse Glaube an die „Autorität" unter den Opfern der Unterdrückung, der Tyrannei und Unmenschlichkeit in diesem großen Ausmaß ermöglicht. Sehr viel stärker als der Glaube der herrschenden Klasse und deren Vollstrecker.

Die Auswirkungen auf tatsächlich Kriminelle

Es ist paradox, dass die „Autorität" ausgerechnet dort, wo Gehorsam tatsächlich menschliches Verhalten verbessern sollte, keine Wirkung zeigt. Wenn jemand keinerlei Gewissensbisse dabei hat, andere zu berauben oder zusammenzuschlagen, dann interessiert er sich weder für die üblichen Standards für Recht und Unrecht, noch dafür, was die „Autorität" zu ihm sagt. Nur jene bekommen bei Ungehorsam ein ungutes Gefühl, die versuchen, gute Menschen zu sein.

Der Glaube an die „Autorität" ist der Glaube an die Moral der „Autorität". Er ist die Vorstellung davon, dass Gehorsam moralisch gut sei. Die „Autorität" verfehlt die Wirkung bei denjenigen, denen es vollkommen egal ist, was „gut" ist und die nicht dazu bereit sind, sich zivilisiert zu verhalten. Nur diejenigen, die ohnehin nicht beherrscht werden müssten, fühlen sich dem Herrscher verpflichtet - also diejenigen, die bereits versuchen, ein moralisches Leben zu leben. Gleichzeitig empfinden diejenigen, die eine echte Bedrohung für eine friedliche Gesellschaft darstellen, keine moralische Verpflichtung, der „Autorität" zu gehorchen. Generell sind alle Anordnungen der „Autorität", einschließlich vollkommen selbstverständlicher Regeln wie „du sollst nicht stehlen" und „du sollst nicht töten", immer entweder unnötig, wenn sie sich an gute Menschen richten oder unwirksam, wenn sie sich an schlechte Menschen richten. Wenn jemand keine Probleme damit hat, andere zu bestehlen, zu verletzen oder zu ermorden, dann wird er sich auch nicht schuldig fühlen, wenn es „Gesetze" gibt, die ihm das verbieten.

Zwischen einer moralischen Verpflichtung und der Angst vor Racheakten muss unterschieden werden. Ein Dieb, der keine moralische Verpflichtung empfindet, nicht zu stehlen, wird ebensowenig eine moralische Verpflichtung empfinden, sich an „Gesetze" zu halten, die Diebstahl untersagen. Die Bedrohung seiner Sicherheit durch die Polizei oder durch irgendwen anderes, wenn er jemanden bestiehlt, könnte ihn trotzdem davon abhalten. Aber die Ursache dieser

Abschreckungswirkung ist ausschließlich die unmittelbare Bedrohung durch Gewalt und nicht die angebliche „Autorität", die hinter dieser Bedrohung steckt. Das bedeutet, dass es niemals die angebliche „Autorität" ist, die jemanden daran hindert, ein Verbrechen zu begehen, sondern dass ein effektiver Abschreckungseffekt keinerlei „Autorität" voraussetzt. Mehr dazu später.

TEIL III D) DIE FOLGEN FÜR DIE ZUSCHAUER

Die Sünde des Nicht-Widerstandes

Es ist offensichtlich, dass der religiöse Glaube an die „Autorität" die Wahrnehmungen und Handlungen von „Gesetzeshütern" und deren Zielgruppen beeinflusst. Aber auch die Wahrnehmungen und Handlungen der Zuschauer, die nicht direkt betroffen sind, spielen eine sehr wichtige Rolle beim Zustand der Gesellschaft. Vor allem die Untätigkeit der Zuschauer, die die „gesetzliche" Unterdrückung anderer stillschweigend hinnehmen, hat enorme Auswirkungen. Die Geschichte ist voll von Beispielen, die Edmund Burke Recht gegeben haben, als er sagte, dass alles, was das Böse benötigt, um zu gewinnen, gute Menschen seien, die nichts tun.

Die Massenmorde, die durch die Regimes von Stalin, Mao, Hitler und vielen anderen begangen wurden, wurden nicht nur dadurch ermöglicht, dass die „Vollstrecker" den Befehlen bereitwillig gehorchten. Auch das Gefühl der Opfer, der „Autorität" gehorchen zu müssen und das Gefühl der Zuschauer, sich nicht einmischen zu dürfen, als das „Gesetz" vollstreckt wurde spielten eine entscheidende Rolle. Die Täter, die in großem Ausmaß Unrecht einschließlich Massenmord begangen haben, waren zahlenmäßig ihren Opfern immer weit unterlegen. Wenn man die Zahl der Zuschauer einbezieht, also alle Menschen, die hätten eingreifen können, dann wird deutlich, wie wichtig die Handlungen oder Unterlassungen der reinen „Zuschauer" sein können. Natürlich wird es Leute geben, die einfach aus Angst nicht eingreifen. Der Zeuge eines Überfalls, der nicht wagt, einzugreifen billigt den Überfall nicht durch seine Untätigkeit. Seine eigene Sicherheit durch Untätigkeit bedeutet ihm mehr als der Nutzen, den das Opfer durch sein Eingreifen haben könnte. Aber es gibt viele Fälle, in denen der Glaube an die „Autorität" die Menschen dazu bringt, zu zögern, in einen Konflikt einzugreifen. Nicht ausschließlich aus Angst, sondern aus einem tiefen psychologischen Widerstand, gegen die „Autorität" vorzugehen.

Es gibt zwei Erklärungen dafür, warum Menschen tatenlos zusehen, wenn anderen „gesetzlich legitimiertes" Unrecht angetan wird: Entweder glauben sie, dass dieses Unrecht eigentlich eine gute Sache sei, weil es so im „Gesetz" steht, oder ihre Bereitschaft gegen die „Gesetzeshüter" vorzugehen wird durch ihre antrainierte Unterwürfigkeit erstickt. Das Ergebnis ist das gleiche: Es geschieht nichts, was das Unrecht aufhält.

Diese beiden Phänomene werden im Folgenden gesondert behandelt.

Die Illusion vom guten „legalen" Bösen

Es gibt unzählige Beispiele, die zeigen, wie dramatisch sich die öffentliche Wahrnehmung durch den religiösen Glauben an die „Autorität" verändert. Allein der Wahrnehmungsunterschied zwischen einer Tat einer Person, die behauptet, Teil der „Autorität" zu sein und eines ganz normalen Menschen, der exakt die gleiche Tat begeht, ist gravierend. Hier einige Beispiele:

Szenario A: Ein amerikanischer Soldat geht in einem fremden Land von Haus zu Haus, tritt die Türen ein und zielt mit einem Maschinengewehr auf ihm vollkommen unbekannte Menschen, um sie herumzukommandieren und sie zu verhören, weil er auf der Suche nach „Aufständischen" ist.

Szenario B: Ein ganz normaler Bürger geht in seinem eigenen Land von Haus zu Haus, tritt die Türen ein, zielt mit einem Maschinengewehr auf ihm vollkommen unbekannte Menschen, um sie herumzukommandieren und sie zu verhören, weil er auf der Suche nach Menschen ist, die er nicht mag.

Im ersten Szenario sehen die meisten Leuten einen mutigen und anständigen Soldaten dabei, wie er „seinem Land dient", während sie im zweiten einen schrecklich gefährlichen, möglicherweise geistesgestörten Typen sehen, der um jeden Preis entwaffnet und festgenommen werden muss.

Szenario A: Ein „Gesetzeshüter" führt eine Alkoholkontrolle durch oder sichert einen Grenzübergang. Er hält alle Autofahrer an, um sie zu fragen, ob sie sich „legal" im Land aufhalten oder Alkohol getrunken haben und sucht nach sonstigen Hinweisen auf eine „kriminelle" Handlung.

Szenario B: Ein ganz normaler Mensch hält alle Autos an, die bei ihm vorbeikommen und fragt alle Autofahrer, ob sie Amerikaner sind oder ob sie Alkohol getrunken haben und er sucht in ihren Autos nach irgendetwas, was verdächtig erscheint.

Der Polizist, der die Menschen schikaniert, verhaftet, verhört und durchsucht, wird von den meisten als der mutige „Gesetzeshüter" wahrgenommen, der seine Arbeit macht, während jeder andere, der sich genauso verhält, als geistesgestört und gefährlich angesehen wird.

Szenario A: Ein Mitarbeiter des „Jugendamts" erhält einen anonymen Hinweis. Er fährt zu einem Haus und befragt die Bewohner, um festzustellen, ob sie als Eltern geeignet sind oder ob der Staat sicherheitshalber ihre Kinder gewaltsam von ihnen trennen und in Obhut nehmen sollte.

Szenario B: Ein ganz normaler Bürger bekommt von irgendeiner fremden Person ein Gerücht über eine andere fremde Person mit. Er fährt zum Haus der fremden Person, stellt den Bewohnern fragen und droht, ihre Kinder mitzunehmen, wenn er mit den Antworten nicht zufrieden ist.

Auch hier ist der Angestellte der „Regierung" nur derjenige, der „seine Arbeit macht", während der normaldurchschnittliche Mensch, der die genau das gleiche tut, als gefährlich und vermutlich geistesgestört angesehen wird. Das soll nicht bedeuten, dass es niemals eine Situation geben kann, in der ein Kind seinen Eltern nicht weggenommen werden sollte, um es vor ihnen zu schützen. Aber solche Angelegenheiten würden von jedem Einzelnen sehr ernstgenommen werden und er müsste die volle persönliche Verantwortung für seine Handlungen übernehmen. Ein Bürokrat, der nur wie eines von vielen kleinen Zahnrädchen im Getriebe des „Staates" funktioniert, wird sehr viel weniger zögern, solche Dinge zu tun, weil er glaubt, dass etwas, das man „Gesetz" nennt, allein für das verantwortlich ist, was auch immer er tut.

Szenario A: Ein Pilot der US-Luftwaffe, der den Befehl dazu erhalten hat, fliegt zum einem Ziel und wirft die Bomben ab. Daraufhin sterben einige Söldner einer anderen „Autorität" und einige Zivilisten, die sich zufällig auf diesem Gebiet aufgehalten haben.

Szenario B: Ein amerikanischer Bürger, der ausschließlich auf eigene Rechnung handelt, belädt ein Flugzeug mit ein paar selbstgebastelten Sprengsätzen, fliegt zu einem Gebäude in der Stadt, von dem bekannt ist, dass es von einer gefährlichen Straßengang bewohnt wird und wirft die Sprengsätze darauf ab. Daraufhin sterben mehrere Gangmitglieder und einige Unbeteiligte, die zufällig am Gebäude vorbeigingen.

Der durchschnittliche Amerikaner sieht die zivilen Opfer aus dem ersten Szenario als Unglücksfälle, schreibt sie aber dem Preis zu, der in jedem Krieg zu bezahlen ist. Der Militärpilot wird als Held gesehen, weil er seinem Land gedient hat und er bekommt dafür eine Auszeichnung. Im zweiten Szenario sieht der durchschnittliche Amerikaner den Piloten als Verrückten, als Terroristen und Mörder und fordert, ihn für den Rest seines Lebens wegzusperren.

Ob eine Handlung formell durch Politiker für „legal" erklärt wird und ob sie im Namen der „Autorität" geschieht, hat einen entscheidenden Einfluss darauf, ob sie als moralisch und rechtmäßig angesehen wird. Jene, die im Namen der „Autorität" handeln, werden nicht einmal als Menschen gesehen, weil ihr Verhalten und ihre Handlungen an einem vollkommen anderen Maßstab gemessen werden als bei durchschnittlichen Menschen.

Ein weiteres Beispiel: Wenn in der Nachbarschaft die Rede von einem „Mann mit einer Waffe" ist, wäre die Aufregung groß. Aber nicht, wenn dieser Mann auch eine Dienstmarke hat.

Die Menschen beurteilen Verhaltensweisen eher danach, ob diese durch eine „Autorität" autorisiert oder verboten sind, anstatt sie danach zu beurteilen, ob sie dem Wesen nach rechtens sind. Wenn die Bürger vorgeladen werden, um vor Gericht als Geschworene in einem „Strafverfahren" zu urteilen, dann weist der „Richter" sie normalerweise dazu an, nicht danach zu entscheiden, ob der Beschuldigte tatsächlich etwas Falsches gemacht hat, sondern ob seine Handlungen im Einklang mit dem standen, was der „Richter" als „Gesetz" bezeichnet.

Anmerkung: Die Machthaber haben über die Jahre absichtlich und systematisch eine alte Tradition verhindert, die als „Jury Nullification" bekannt ist. Das bedeutet, dass eine Jury das, was sie als ein schlechtes Gesetz betrachtet, aushebeln kann, indem sie für nicht schuldig plädiert, obwohl sie glaubt, dass der Beschuldigte tatsächlich das „Gesetz" gebrochen hat. Jede Jury hat immer noch diese Möglichkeit, aber die Richter der „Autorität" tun alles, um die Geschworenen daran zu hindern, diese Option wahrzunehmen. Auch wenn sie keine Geschworenen sind, beurteilen die meisten Leute andere durch die Brille der „Autorität", indem sie den Gehorsam gegenüber der Politiker als ausschlaggebend dafür betrachten, einen guter Mensch zu sein, zum Beispiel, in der Rolle als „gesetzestreuer Steuerzahler".

Der Durchschnittsbürger würde die beiden nachstehend beschriebenen Personen im Vergleich wie folgt sehen:

Person A hat keinen Führerschein, arbeitet „schwarz", um „Steuern" zu vermeiden, meldete sich nie für die „Selected Services", besitzt eine nicht registrierte, nicht lizenzierte Handfeuerwaffe, raucht gelegentlich Marihuana, spielt ab und zu „illegale" Glückspiele und lebt in einer Hütte, ohne „Wohnerlaubnis" und mit einer Terrasse am Hinterhaus, die er ohne „Baugenehmigung" gebaut hat.

Person B hat einen Führerschein, zahlt Einkommensteuer, ist bei der Armee registriert, besitzt eine registrierte Handfeuerwaffe, trinkt ab und zu Bier, spielt Lotto und lebt in einem behördlich inspiziertem und genehmigten Haus mit einer behördlich inspizierten und genehmigten Terrasse.

Beide leben ansonsten das gleiche Leben. Beide gehen arbeiten und verhalten sich friedlich. Ihre Verhaltensweisen und Lebensstile sind in nahezu allen Details gleich, außer dass das, was Person A tut, größtenteils „illegal" ist und dass das, was Person B tut, „nicht illegal" ist. Das allein und ohne jeglichen Unterschied bei dem, was sie tun oder wie sie mit anderen Menschen umgehen, reicht bei vielen Leuten dazu aus, Person A mit einem gewissen Maß an Verachtung wahrzunehmen, während sie Person B respektieren und ihr Verhalten in Ordnung finden.

Wenn Person A schikaniert, verhaftet und sogar körperlich durch „Gesetzeshüter" angegriffen werden würde, beispielsweise durch Elektroschocks, Schläge und Fesselung mit Handschellen, obwohl er nie irgendwen bedroht oder geschadet hätte, würden die religiösen Staatsgläubigen sagen, dass er damit hätte rechnen müssen und dass er es verdient hätte, wegen Missachtung der Befehle der Politiker angegriffen und eingesperrt zu werden.

Diese Neigung der Zuschauer, den Opfern autoritärer Gewalt die Schuld an ihrer Opferrolle zu geben, ist sehr stark. Wer den religiösen Glauben an die „Autorität" verinnerlicht hat, ist davon überzeugt, dass manche Menschen das Recht dazu haben, andere gewaltsam zu beherrschen und dass diese anderen die Pflicht hätten, zu gehorchen. Diese Überzeugung führt zur Annahme, dass es gerechtfertigt sein muss, wenn die „Autorität" Gewalt gegen eine Person anwendet. Schließlich muss das Opfer der Gewalt durch die „Autorität" irgendetwas falsch gemacht haben.

Dieses Muster taucht in verschiedenen Situationen auf. Als beispielsweise US-Soldaten Zivilisten in irgendeinem fremden Land getötet haben, waren viele Amerikaner ohne den kleinsten Beweis fest davon überzeugt, dass die toten Opfer „Aufständische" gewesen sein müssen. Oder Kollaborateure oder zumindest Sympathisanten des „Feindes".

Ein weiteres Beispiel war der Vorfall in der Nähe von Waco, Texas. Die Davidianer wurden militärisch angegriffen, über einen längeren Zeitraum körperlich und psychisch gefoltert und größtenteils getötet. Viele Amerikaner glaubten, dass jeder, dem die „Regierung" so etwas antut, es auch verdient haben muss. Die amerikanischen Tyrannen haben diese Meinung dadurch gefördert, dass sie Gerüchte und falsche Anschuldigungen verbreiteten, um die Opfer dieses gewaltsamen Angriffs auf friedliche Menschen zu dämonisieren. In Wirklichkeit war der Vorfall das Ergebnis einer Propaganda-Aktion durch die ATF, die auf dem Gerücht aufgebaut wurde, dass manche Mitglieder dieser Gruppe „illegale" Waffenteile besaßen.

Wenn jemand durch die Handlanger der „Autorität" angegriffen, verfolgt oder eingesperrt wird, glauben viele, dass diese Person etwas „Falsches" getan hat und den Angriff verdient hat. Diese Annahme kommt möglicherweise von der vollständigen Ausblendung der Möglichkeit, dass die „Regierung", auf die sie sich zu deren Schutz verlassen, in Wirklichkeit der Aggressor ist. Es ist für sie unvorstellbar, dass irgendjemand, inklusive man selbst, zum hilflosen und unschuldigen Opfer autoritärer Gewalt werden kann, wenn man nichts Falsches getan hat. Unabhängig von dieser Ursache beginnen viele Zuschauer unmittelbar damit, die Opfer zu hassen und sie freuen sich über die Schmerzen und das Leid, das ihnen zugefügt wird.

Die Verpflichtung, Falsches zu tun

Während gemeinhin klar ist, dass es „Gesetze" gegen Raub und Mord gibt (außer wenn sie im Namen der „Autorität" verübt werden), sind dem normaldurchschnittlichen Menschen die Zehntausende von Seiten anderer Statuten, Regeln und Regulierungen der „Regierung" auf Bundes-, Landes- und Lokalebene normalerweise gar nicht bewusst.

Aber obwohl sie größtenteils kaum eine genaue Vorstellung davon haben, was „das Gesetz" alles erlaubt und untersagt, glauben die meisten Leute, dass es allgemein gut sei, „sich an die Gesetze zu halten" und dass es schlecht sei, „Gesetze zu brechen". Auch wenn sie bestimmte Gesetze für falsch halten, weil sie offensichtlich ungerecht sind, bleiben sie bei der Ansicht, dass „Gesetze" befolgt werden müssen. Entsprechend ist es für sie gerechtfertigt, jene zu bestrafen, die das nicht tun. Dieses psychologische Paradoxon ist ziemlich weit verbreitet. Es gibt viele Leuten, die meinen, dass „Gesetze", die sie als schlecht betrachten, unbedingt geändert werden sollten. Gleichzeitig denken sie aber, dass man sie befolgen sollte, weil es sich um „Gesetze" handelt.

Solche Widersprüche sind innerhalb des religiösen Glaubens an die „Autorität" sehr weit verbreitet. Außerhalb dieses Glaubens, in der realen Welt, würde sie niemand akzeptieren: Wenn es zum Beispiel moralisch falsch ist, einer alten Dame die Geldbörse zu stehlen, kann es nicht gleichzeitig moralisch falsch sein, wenn die Dame den Diebstahl verhindert, indem sie die Geldbörse festhält. Innerhalb des Glaubenssystems gilt dagegen: Obwohl der Befehl schlecht ist, ist es gleichzeitig auch schlecht, sich ihm zu widersetzen.

Es kann sein, dass der „Autoritätsgläubige" bestimmte Befehle der Herren, die durch die Vollstrecker umgesetzt werden, als unwichtig, unnötig, kontraproduktiv oder sogar dumm und ungerecht ansieht. Gleichzeitig glaubt er aber, dass es eine allgemeine moralische Verpflichtung gäbe, trotzdem solchen Befehlen zu gehorchen. Einfach nur, weil diese als „Gesetze" bezeichnet werden. Die Folgen eines solchen Denkens bewegen sich im gesamten Spektrum zwischen banal und grauenhaft.

Hier einige dieser Folgen:

Auf einer breiten, geraden, in diesem Moment unbefahrenen Straße, die durch ein unbewohntes ländliches Gebiet führt, bremst ein Autofahrer um 2 Uhr morgens an einem Stoppschild, bleibt aber nicht vollständig stehen, bevor er über die Kreuzung fährt. Ein Motorradpolizist, der sich in 100 Metern Entfernung hinter einem Busch versteckt, schaltet das Blaulicht an. Niemand würde unter diesen Umständen behaupten, dass der Autofahrer einen Menschen oder dessen Eigentum gefährdet, geschweige denn irgendeinen Schaden angerichtet hätte. Und trotzdem würden die meisten Leute bestätigen, dass der Polizist das Recht dazu hat, den Autofahrer mit einem „Bußgeld" zu bestrafen. Sie müssten zwar zugeben, dass das einzig „Schlechte" daran war, dass es technisch gesehen „illegal" ist, nicht vollständig anzuhalten, aber trotzdem glauben sie, dass das alleine es rechtfertigen würde, den Autofahrer gewaltsam zu berauben.

Gehen wir einen Schritt weiter: Wenn der Autofahrer versucht hätte zu fliehen, anstatt das „Bußgeld" zu akzeptieren, würden die meisten sagen, dass der Polizist das Recht dazu hat, den Autofahrer festzunehmen und ins Gefängnis zu stecken.

Ein „Behördenmitarbeiter" aus dem „Gesundheitsministerium" überprüft ein Restaurant. Das Restaurant ist vollkommen sauber und gut organisiert und der Beamte findet keinerlei Hinweise auf irgendeine Gesundheitsgefährdung. Trotzdem findet er ein paar technische Vergehen gegen die örtlichen Gastronomievorschriften. Als Folge dieser Vergehen - nicht weil sie zu einer Gefährdung anderer führten, sondern weil sie „gegen die Regeln verstoßen" - brummt er dem Restaurantbesitzer eine Strafe von mehreren hundert Dollar auf. Auch hier hat der Restaurantbesitzer keinen Schaden und kein Risiko für Menschen oder deren Eigentum herbeigeführt. Trotzdem würden die meisten Leute es als rechtens ansehen, dass der Restaurantbesitzer im Auftrag des „Staates" beraubt wird. Und wenn der Restaurantbesitzer versuchen würde, Widerstand gegen einen solchen Raub zu leisten - egal ob er versucht, die technischen „Vergehen" zu vertuschen, den „Beamten" zu bestechen oder bei Verweigerung der Strafzahlungen - würde er nach Ansicht der meisten Leute unmoralisch handeln. Die „Vollstrecker" hingegen würde man als Leute wahrnehmen, die das Recht dazu haben, das „Gesetz" mit allen Mitteln durchzusetzen.

Ein Mann fährt einen Freund nach Hause. Er wusste, dass er fahren wird, also hat er nichts getrunken. Sein Freund dagegen schon. Er bringt ihn zu seiner Wohnung, macht sich auf den Weg nach Hause. Er sieht, dass die Polizei einige Meter weiter eine Alkoholkontrolle durchführt und erinnert sich, dass sein Freund seine halbvolle Bierflasche im Auto zurückgelassen hat. Er weiß, dass es „illegal" ist, ein offenes Behältnis mit einem alkoholhaltigen Getränk im Auto mitzuführen, also deckt er die Flasche zu. Er hat niemandem geschadet und niemanden gefährdet. Er hat sogar sehr verantwortungsvoll gehandelt, weil er sichergestellt hat, dass sein Freund gut nach Hause kommt. Trotzdem hat er, wenn auch unabsichtlich, gegen das „Gesetz" verstoßen: Er ist mit einer offenen Bierflasche im Auto herumgefahren und wollte den Beweis auch noch verstecken. Wenn er bei diesen Verstößen erwischt und bestraft worden wäre, gäbe es kaum jemanden, der den Polizisten als denjenigen ansehen würden, der unmoralisch handelt.

Ein Mann verkauft eine Schrotflinte, deren Lauf einen Zentimeter kürzer ist, als es „das Gesetz" erlaubt. Die Waffe ist nicht tödlicher als eine Schrotflinte mit einem Lauf, der einen Zentimeter länger ist und es gab niemanden, der bedroht wurde oder gegen den Gewalt angewendet wurde. Aber der Mann wurde mit diesem „illegalen" Gegenstand erwischt, eine paramilitärische Einheit drang in sein Haus ein und es gab eine Schießerei, bei der mehrere Menschen getötet wurden. Leider ist das kein hypothetisches Beispiel. Genau das passierte Randy Weaver beim Vorfall in Ruby Ridge 1992. Und er wurde nicht nur dabei „erwischt" wie er eine „illegale" Schrotflinte verkaufte. Er wurde durch „verdeckte Ermittler" dazu angestiftet. Das Ergebnis war ein bewaffneter Überfalls auf das Haus der Weavers mit Belagerung und Schießerei. Weavers Frau und sein Sohn wurden dabei getötet und einer seiner Freunde verletzt. Zu behaupten, dass es einen moralischen Unterschied zwischen dem Besitz einer Schrotflinte mit einem 18-Zoll-Lauf und einer mit einem 17,75-Zoll-Lauf gibt, wäre vollkommen absurd. Und auch, wenn das das Einzige war, was als Rechtfertigung für den bewaffneten Angriffs herhalten musste, würden die meisten Randy Weaver als den Schuldigen ansehen, weil er es gewagt hat, ein vollkommen willkürliches und irrationales (nicht einmal verfassungsmäßiges) „Gesetz" zu „brechen".

Das veranschaulicht die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität". Diese Macht kann viele Menschen dazu bringen, eine Bande sadistischer und mörderischer Verbrecher als gute Menschen zu sehen und ihre Opfer als schlechte Menschen.

Für die meisten Menschen hat „das Gesetz zu brechen" automatisch etwas Verwerfliches. Um welches „Gesetz" es sich dabei handelt, muss nicht näher spezifiziert werden. Sie sehen Ungehorsam gegenüber der „Autorität" nicht nur als gefährlich an, sondern auch als unmoralisch. Aber für den Staatsgläubigen ist offener Ungehorsam gegenüber eines Handlangers der „Autorität" weitaus schlimmer als ein harmloses, opferloses „Verbrechen" zu begehen. Er verachtet jeden, der nicht unmittelbar und ohne Widerrede jede beliebige Anordnung des Mannes mit dem Dienstausweis befolgt. Selbst wenn er gehorcht, gleichzeitig dabei aber sein Missfallen zum Ausdruck bringt, also in den Augen der „Autorität" „Schwierigkeiten" macht und nicht sofort auf die Knie fällt, würden die meisten dieses Verhalten verurteilen. Auch jene werden verachtet, die vor der Polizei davonlaufen, obwohl sie gar nichts Falsches getan haben. Wenn jemand vor den „Gesetzeshütern" wegläuft oder sich versteckt oder sich weigert, zu kooperieren und daraufhin von ihnen zusammengeschlagen, gefoltert oder sogar ermordet wird, meinen viele der Zuschauer, dass das Opfer der Polizei hätte gehorchen sollen.

Wenn jemand aktiven Widerstand leistet, hat kaum jemand den Mumm, diese Person in irgendeiner Art und Weise zu unterstützen. Nicht einmal mit bloßen Worten. Wie gut dressierte Hunde, die ihre Herrchen niemals beißen werden, auch wenn sie von ihm noch so sadistisch misshandelt werden, sind diejenigen, die darauf trainiert sind, sich der „Autorität" zu beugen, psychisch nicht dazu in der Lage, auch nur einen Finger zu heben, um sich zu verteidigen. Sie werden sich erst recht nicht gegen Aggressionen verteidigen, die im Namen des „Gesetzes" und der „Regierung" und der „Autorität" angewendet werden. Die meisten Leute werden sogar eher ihre eigenen Leidensgenossen ans Messer liefern, anstatt gemeinsam mit ihnen Widerstand gegen die Tyrannei zu leisten.

Ewas als unklug zu bezeichnen ist etwas vollkommen anderes als es unmoralisch zu nennen. Wenn jemand einen Polizisten anschnauzt, kann man durchaus sagen, dass es unklug ist, aber dass es unmoralisch ist und dass derjenige, der das tut, es deshalb verdient, wie auch immer misshandelt oder bestraft zu werden, hat damit nichts zu tun. Die Autoritätsgläubigen sind oft der Meinung, dass es unabhängig von der Ursache unmoralisch sei, Widerstand gegen die Staatsgewalt zu leisten.

Dass ganz normale Leute selbständig Abhilfe schaffen, wenn „Gesetzeshüter" offensichtliches Unrecht begehen, ist für die Staatsgläubigen eine regelrechte Horrorvorstellung. Auch wenn ein „Gesetzeshüter" etwas so Schlimmes getan hat, wie jemanden zu ermorden. Aus der Perspektive der sorgfältig indoktrinierten Gläubigen ist die einzige „zivilisierte" Handlungsmöglichkeit in so einer Situation, irgendeine andere „Autorität" darum anzuflehen, die richtigen Dinge zu tun, aber niemals „das Gesetz in die eigene Hand zu nehmen". Die Leute mögen sich über die „gesetzliche" Ungerechtigkeit aufregen, aber nur wenige sind dazu in der Lage, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, sich an geplantem „illegalem" Widerstand zu beteiligen, auch wenn die Handlanger der „Regierung" mit offensichtlich bösartiger Brutalität gegen unbewaffnete friedliche Opfer vorgeht.

Wenn es durch ständige Gehirnwäsche einmal gelungen ist, die Menschen psychisch so zu brechen, dass sie unfähig dazu sind, gegen die Unterdrückung durch die „Autorität" Widerstand zu leisten, dann ist die physische Fähigkeit dazu haben, Widerstand zu leisten, nicht weiter relevant. Moderne Tyrannen und ihre Vollstrecker sind - oft mitsamt ihrer Waffen - um den Faktor Hundert bis Tausend hoffnungslos in der Unterzahl. Trotzdem bleiben sie an der Macht. Die Menschen

wären zwar physisch sehr wohl dazu in der Lage, Widerstand zu leisten, aber als Folge ihres tief verinnerlichten Glaubens an die „Autorität" fehlt ihnen die geistige Fähigkeit, sich zu wehren. Stephen Biko fasste das einmal wie folgt zusammen: „Die mächtigste Waffe in den Händen des Unterdrückers ist der Geist der Unterdrückten."

Gewalt mit zweierlei Maß messen

Sobald es um körperliche Gewalt geht, ist der Doppelstandard der Autoritätsindoktrinierten enorm groß. Wenn zum Beispiel ein „Gesetzeshüter" dabei gefilmt wird, wie er eine unschuldige und unbewaffnete Person brutal angreift, wird normalerweise darüber diskutiert, wie der Polizist gemaßregelt werden sollte oder ob er seinen Job verlieren sollte. Wenn aber irgendein normaler Bürger einen „Polizeibeamten" angreift, wird fast ausnahmslos gefordert, dass er für viele Jahre ins Gefängnis gehen soll. Warum der Bürger so gehandelt hat, spielt dabei keine Rolle. Und wenn jemand tödliche Gewalt gegen einen Handlanger der „Autorität" einsetzt, gibt es so gut wie niemanden, der fragt, warum er das getan hat. Es ist anscheinend niemals in Ordnung, einen Vertreter des Gottes namens „Autorität" zu töten, egal, was dieser getan hat. Für die Autoritätsgläubigen gibt es nichts Schlimmeres als einen „Polizistenmörder", unabhängig davon, warum der Polizist getötet wurde.

Bei der moralischen Bewertung von tödlicher Gewalt ist es unerheblich, ob es sich um einen Polizisten oder eine Privatperson handelt. Es spielt keine Rolle, ob im Namen einer „Autorität" getötet wurde oder aus irgendeinem anderen Grund. Ein Akt der Aggression erhält nicht automatisch mehr Legitimität oder Rechtmäßigkeit, wenn er „gesetzmäßig" ist und von denen ausgeführt wird, die behaupten, im Namen der „Autorität" zu handeln. Und jede Gewalt ist rechtens, die dazu nötig ist, eine aggressive Handlung, die nicht zur Verteidigung durchgeführt wird, zu stoppen oder zu verhindern. Unabhängig davon, ob die Aggression „gesetzmäßig" ist oder nicht und unabhängig davon, ob der Aggressor ein „Gesetzeshüter" ist oder nicht. (Natürlich ist das Risiko des gewaltsamen Widerstands gegen „legale" Aggression viel höher. Aber an der moralischen Rechtmäßigkeit ändert sich deswegen nichts.)

Viele der Rechtfertigungen der „Gesetzeshüter" für die Gefangennahme von Menschen verlieren jeden Anschein von Rechtmäßigkeit, sobald der religiöse Glaube an die „Autorität" aus der Gleichung entfernt wird. Die Beteiligung an friedlichen, aber unangemeldeten Demonstrationen oder das „widerrechtliche" Fotografieren der „Gesetzeshüter" oder der „Regierungsgebäude" oder die Weigerung, bei willkürlichen Straßensperren anzuhalten und sich durch die „Gesetzeshüter" befragen zu lassen - das alles wird kaum als rechtens angesehen, wenn der religiöse Glaube an die „Autorität" nicht vorhanden ist. Rein moralisch gesehen ist Widerstand gegen ein solch faschistisches rücksichtsloses Vorgehen gerechtfertigt. Auch wenn dieser Widerstand tödliche Gewalt erfordert und auch wenn er extrem gefährlich ist. Aber die meisten Menschen sind buchstäblich unfähig, sich so etwas auch nur vorzustellen. Selbst wenn sie eine vollkommen offensichtliche ungerechte Unterdrückung als solche erkennen, bleiben sie dabei, dass die „zivilisierte" Antwort darauf lauten muss, die Ungerechtigkeit geschehen zu lassen, und danach eine andere „Autorität" darum zu bitten, die Ungerechtigkeit wieder gut zu machen.

Wenn man mit „legaler" Aggression und Unterdrückung konfrontiert wird, gibt es nur zwei Alternativen: Entweder die Menschen sind verpflichtet, den „Gesetzeshütern" alles an

Ungerechtigkeit und Unterdrückung zuzugestehen (und sich später darüber zu beschweren) oder die Menschen haben das Recht, angemessen zu reagieren und die Ungerechtigkeit und Unterdrückung abzustellen. Die Behauptung, dass zum Beispiel jemand das „Recht" hat, keine unangemessenen Durchsuchungen und Beschlagnahmungen durch die „Regierung" tolerieren zu müssen - so wie es im vierten Verfassungszusatz steht - ist in dem Moment hinfällig, in dem ein Opfer solch einer Tyrannei dazu verpflichtet ist, zuerst alles über sich ergehen zu lassen, um sich erst danach darüber beschweren zu können. Das Recht zu haben, von solchen Schikanen „frei" zu sein, impliziert logisch das Recht dazu, alles in der Macht stehende zu tun, um die Unterdrückung von vornherein zu unterbinden. Auch wenn das die Tötung von Polizisten zur Folge hat. Aber selbst der Gedanke daran versetzt diejenigen in Angst und Schrecken, die darauf konditioniert wurden, stets vor der „Autorität" niederzuknien. Die meisten von denen, die über „unveräußerliche" Rechte fabulieren, sträuben sich selbst gegen den Gedanken, diese Rechte gegen Übergriffe der „Autorität" mit Gewalt zu verteidigen.

Dass jemand einerseits das „Recht" hat, etwas zu tun und gleichzeitig nicht das Recht hat, dieses Recht mit Gewalt gegen Übergriffe des „Staates" zu verteidigen, ist ein Widerspruch. In Wahrheit wird das, was die meisten Menschen „Rechte" nennen, tatsächlich als Privilegien wahrgenommen, die von der „Regierung" eingeräumt werden. Die meisten hoffen, diese von ihren Herren erlaubt zu bekommen. Gleichzeitig sind sie nicht dazu bereit, diese „Rechte" wenn nötig auch mit Gewalt zu verteidigen, wenn sie von der „Regierung" als „ungesetzlich" erklärt werden. Nehmen wir als Beispiel das unveräußerliche Recht, seine Meinung frei zu äußern. Dieses Recht impliziert, dass der Rechteinhaber auch ein Recht auf Verteidigung gegen die Handlanger der „Regierung" hat, die versuchen, ihn zum Schweigen zu bringen. Und zwar Verteidigung in dem Maß, das dazu nötig ist, diese aggressiven Übergriffe abzustellen, zur Not bis hin zu tödlicher Gewalt. Dieser Aspekt ist den treu ergebenen „Autoritätsgläubigen" sehr unangenehm. Trotzdem bedeutet ein unveräußerliches Recht, wenn nötig, auch andere Menschen zu töten, die dieses Recht verletzen. Ob es sich dabei um „Gesetzeshüter" handelt, spielt keine Rolle. Tatsächlich aber kann sich die „Regierung" so gut wie alles erlauben, bevor der durchschnittliche Staatsgläubige damit anfangen würde, „illegalen" gewaltsamen Widerstand zu leisten. Egal, ob es Zensur, Körperverletzung, Entführung, Folter oder sogar Mord ist. Gehen Sie einmal als Leser dieses Buches selbst Ihrer eigenen Loyalität gegenüber der „Autorität" auf den Grund und fragen Sie sich, was passieren müsste, bevor Sie sich zur Tötung eines „Gesetzeshüters" berechtigt sehen.

Dass „Strafverfolger" und „Gesetzeshüter" Meinungsverschiedenheiten gewaltsam eskalieren lassen, ist die Norm. Jedes Mal, wenn sie jemanden verhaften oder in sein Haus eindringen oder fremdes Eigentum beschlagnahmen, werden die autoritären Vollstrecker das Ausmaß der Gewalt so lange erhöhen, bis sie sich durchgesetzt haben. So lange die Menschen nicht dazu bereit sind, gegen das gesamte System vorzugehen, werden sie sich früher oder später dem Willen der herrschenden Klasse beugen müssen oder sie werden getötet. Die Söldner des Staates unterdrücken und unterwerfen die Opfer ausnahmslos mit aggressiver Gewalt oder durch Gewaltandrohung. Trotzdem reagiert der durchschnittliche Staatsgläubige seinerseits mit Gewalt und Aggression, wenn die Opfer versuchen, sich zu verteidigen. Für die Staatsgläubigen sind die Opfer, die sich verteidigen die Übeltäter und nicht die Söldner. Es wird als in Ordnung angesehen, regelmäßig zum Opfer einer „Autorität" zu werden und gleichzeitig reagiert man aggressiv auf Verteidigungsversuche anderer, die nicht dazu bereit sind, die Opferrolle stillschweigend zu akzeptieren. Das zeigt, zu welcher extremen Doppelmoral der religiöse Glaube an die „Autorität"

führt und wie sehr die Wahrnehmung der Realität durch diesen Glauben verzerrt wird.

Seltsamerweise ändert sich das, wenn man Ort und Zeit verändert. An bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten befürwortet nahezu jeder die Anwendung „illegaler" verteidigender Gewalt gegen die Handlanger der „Regierung" - einschließlich tödlicher Gewalt. Es gibt kaum jemanden, der den Juden, die im Jahr 1940 lebten, aus heutiger Sicht empfohlen hätte, weiter „innerhalb des Systems zu arbeiten" und an Wahlen und Petitionen teilzunehmen, um das Dritte Reich von mehr Gerechtigkeit zu überzeugen. Viele von ihnen haben sich „illegal" versteckt, sind geflohen oder haben sich sogar gewaltsam widersetzt, wie es zum Beispiel im Warschauer Ghetto geschah. Technisch gesehen handelte es sich bei ihnen um „Kriminelle", um „Gesetzesbrecher" und teilweise sogar um „Polizistenmörder". Ihr Handeln erscheint aus heutiger Perspektive vollkommen gerechtfertigt. Aber jene, die in ihrer eigenen Zeit und in ihrem eigenen Land, Leid vermeiden und Unterdrückung beenden wollen, werden gleichzeitig von ihren eigenen Leidensgenossen verurteilt und jede Bestrafung ihrer Verteidigungsversuche durch die „Regierung" wird gefeiert. Bei einer Bestrafung eines „Steuerhinterziehers" reagieren beispielsweise viele Amerikaner mit der gleichen Begeisterung, mit der die Haussklaven zu Zeiten der Sklaverei die Feldsklaven wegen Fluchtversuchen mit Peitschenhieben bestraften.

Vielleicht liegt es nur am Neid oder am Gefühl der Ungerechtigkeit. Wenn jemand einem Unrecht zum Opfer fällt, ist es einfach nicht „fair", dass sich ein anderer dem Unrecht entzieht. Dass „die Steuerzahler", also diejenigen, die gewaltsam von der herrschenden Klasse erpresst werden, oft auf jene herabsehen, denen es gelungen ist, die Erpressung zu vermeiden, bestätigt diese These. Dass die Opfer von „legalem" Raub sich vorstellen, gute Menschen zu sein, weil sie sich haben ausrauben lassen, ist höchst merkwürdig. Ebenso seltsam ist es, wie sie auf andere herabsehen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausgeraubt wurden.

Die Gefahr der Untätigkeit

Jemand, der „das Brechen eines Gesetzes" als etwas von Natur aus Schlechtes ansieht, neigt dazu, den „Behörden" alle „illegalen" Aktivitäten zu melden, die er feststellt. Unabhängig vom Inhalt des „Gesetzes" und auch, wenn weder Gewalt noch Betrug im Spiel sind. Auch Jurymitglieder in den Gerichtssälen der „Regierung" sprechen sich tendenziell für ziemlich harte Strafen aus, wenn das „Gesetz" gebrochen wird, auch wenn durch den Gesetzesverstoß niemand zu Schaden gekommen ist, niemand betrogen und niemandem Gewalt angedroht oder angetan wurde. Der Ungehorsam gegenüber einer „Autorität" scheint für sie an sich unmoralisch zu sein. Kronzeugen und Geschworene sind nicht mehr bloße Zuschauer, sondern sie machen sich zu Mittätern bei der Unterdrückung.

Der größte Schaden durch den religiösen Glauben an die „Autorität" entsteht durch die Untätigkeit unbeteiligter Dritter. Immer wieder wurde großes und kleines Unrecht direkt unter den Augen im Grunde guter Menschen verübt, die nichts dagegen getan haben. Bis zu einem gewissen Grad liegt das am Selbstschutzreflex: Menschen tun häufig nichts, um sich selbst nicht in Gefahr zu bringen.

Aber die Milgram-Experimente zeigten ganz deutlich, dass der Selbstschutz nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die meisten Menschen verspüren einen unwiderstehlichen Drang danach, „Autoritäten" zu gehorchen. Auch in Situationen, in denen sie in keinster Weise bedroht

sind und auch, wenn sie genau wissen, dass die Anordnungen, die sie erhalten, falsch sind und anderen Schaden zufügen. Menschen, die schon den eigenen Gehorsam gegenüber einer „Autorität" nicht verweigern können, werden erst recht nicht intervenieren, wenn sie mitbekommen, wenn eine „Autorität" jemandem ihren Willen aufzwingt. Es wird ihnen äußerst schwer fallen einzugreifen, meist wird es sogar vollkommen unmöglich für sie sein.

Das Ergebnis der Konditionierung der Zuschauer zu passiven, gehorsamen Konfrontationsverweigerern ist überall auf der Welt und im gesamten Verlauf der Geschichte zu sehen. Dutzende, hunderte oder sogar tausende von Zuschauern stehen herum wie Zombies und sehen untätig dabei zu, wie Handlanger der „Autorität" unschuldige Menschen angreifen oder sogar ermorden. Selbst in den Vereinigten Staaten, dem vermeintlichen „Land der Freien und der Heimat der Tapferen", ist in Polizeibrutalität-Videos immer wieder deutlich zu sehen, wie Massen an Schaulustigen einfach nur zusehen und nicht einen Finger krumm machen, um ihre Mitmenschen gegen die bösartigen Übergriffe der „Autorität" zu schützen.

TEIL III E) DIE FOLGEN FÜR DIE UNTERSTÜTZER

„Legalisierte" Aggression

Die meisten Menschen glauben vermutlich, dass sie nur „unbeteiligte Dritte" seien, wenn es zu autoritärer Unterdrückung und Ungerechtigkeit kommt. Tatsächlich gibt es kaum jemanden, der nicht in irgendeiner Form Befürworter der „Staatsgewalt" ist.

Jeder, der zur Wahl geht, duldet die Initiierung von Gewalt gegen seine Nachbarn, auch wenn das erstmal als solches nicht zu erkennen ist. Und zwar unabhängig von demjenigen, den er wählt oder sogar aktiv unterstützt, unabhängig davon, ob er sich dabei nur auf bestimmte „politische Vorhaben" oder nur ein bestimmtes „Programm" der „Regierung" bezieht.

Dies liegt daran, dass ein „Gesetz" nichts mit freundlichen Vorschlägen oder höflichen Anfragen zu tun hat. Jedes so genannte „Gesetz", das von Politikern erlassen wird, ist ein Befehl, dem unter Androhung und Anwendung von Gewalt Folge zu leisten ist. George Washington formulierte es so: „Der Staat ist nicht Vernunft, er ist nicht Beredsamkeit, er ist Gewalt."

Die meisten Menschen sind in ihrem Alltag mit Drohungen oder körperlicher Gewalt gegen ihre Mitmenschen sehr zurückhaltend. Nur ein winziger Bruchteil der vielen persönlichen Meinungsverschiedenheiten würde zu einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt führen. Doch wegen des religiösen Glaubens an die „Regierung" befürwortet so ziemlich jeder Gewalt, ohne es zu bemerken. Ohne jedes Schuldgefühl, weil er glaubt, dass Drohungen und Zwang von Natur aus legitim seien, wenn sie als „Vollzug von Gesetzen" bezeichnet werden. Jeder weiß, was mit „Gesetzesbrechern" passiert. Sie müssen ein „Bußgeld" bezahlen - das entspricht einer Zahlungsaufforderung unter Androhung von Gewalt. Oder es erfolgt eine „Festnahme" bzw. gewaltsame Gefangennahme und es kann sogar dazu kommen, dass „Gesetzeshüter" jemanden töten, der Widerstand leistet.

Die Grundlage jedes „Gesetzes" ist eine Bedrohung, die aus der Fähigkeit und Bereitschaft besteht, tödliche Gewalt gegen diejenigen anzuwenden, die nicht gehorchen. Jeder, der die Fakten offen und ehrlich anerkennt, kann dieses bestätigen. Aber der religiöse Glaube an die „Autorität" führt zu einer seltsam widersprüchlichen Interpretation dieser Realität. Fast jeder will, dass andere durch „Gesetze" dazu gezwungen werden, bestimmte Dinge zu tun oder bestimmte Dinge zu finanzieren. Sie fordern also die Androhung und Anwendung von Gewalt und wissen sehr genau, was passiert, wenn sich jemand nicht an die „Gesetze" hält. Gleichzeitig wird die eigene Befürwortung von Gewalt nicht einmal wahrgenommen.

Millionen von Menschen halten sich selbst für friedlich und zivilisiert. Sie verteidigen aber gleichzeitig bewaffnete Raubüberfälle durch den Staat. Ob sie die Opfer dieser Taten selbst kennen oder ob es sich um Millionen ihnen unbekannter Menschen handelt, spielt für sie keine Rolle. Viele

von ihnen behaupten sogar voller Stolz, „Pazifisten" zu sein. Sie erkennen den Widerspruch nicht, weil der Raub hinter dem Euphemismus der „Besteuerung" versteckt ist und die Taten von Menschen verübt werden, die dem Irrglauben verfallen sind, dass sie das Recht dazu haben, im Namen der „Regierung" andere zu berauben.

Das Ausmaß an Blindheit und Selbstbetrug, das der Glaube an die „Autorität" erzeugt, ist riesig.

Sobald die Gewalt, die befürwortet wird, „politisch" ist, wird keinerlei Verantwortung mehr für die Folgen der Gewaltforderung übernommen. Diejenigen, die zum Beispiel „staatliche Leistungen" beantragen, verlangen Anteile der Beute, die ihren Nachbarn durch die „Besteuerung" mit Gewalt geraubt wurde. Für die „Regierung" zu arbeiten, läuft ebenfalls darauf hinaus, dass die Nachbarn dazu gezwungen werden, einem das Gehalt zu zahlen. Ob es eine direkte Zahlung, eine Dienstleistung, ein staatliches Programm oder irgendeine andere Unterstützung ist - der Empfänger greift normalerweise zu und bedient sich am gestohlenen und geraubten Eigentum. Ohne den geringsten Anflug von Scham oder Schuld. Er lässt andere in seinem Auftrag berauben und gleichzeitig kann er der liebste und netteste Nachbar seiner Raubopfer sein. In keiner anderen Situation gibt es so eine merkwürdige, widersprüchliche Konstellation.

Dieses Phänomen tritt nicht nur bei den Befürwortern aggressiver Handlungen auf, sondern auch bei den Opfern. Wenn ein Hauseigentümer beispielsweise einem Einbruch zum Opfer fällt und herausfindet, dass der eigene Nachbar einen bewaffneten Räuber und Einbrecher dafür bezahlt hatte, in sein Haus einzubrechen und einige seiner Wertsachen zu stehlen, dann wären diese beiden Nachbarn sicher - um es vorsichtig auszudrücken - nicht mehr die besten Freunde. Aber wenn genau das Gleiche über den Umweg durch Wahlen und eine „Autorität" durch „gesetzmäßigen" Diebstahl geschieht, dann wäre das für den Einbrecher, seinen Auftraggeber und auch für das Opfer vollkommen in Ordnung.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Ich habe irgendwann aufgehört zu zählen, wie viele Menschen es waren, die große Sympathien für meine Frau und mich hatten, weil wir uns dem Finanzamt nicht beugen wollten und deshalb ins Gefängnis gehen mussten. Aber keinem unserer nicht-anarchistischen Bekannten kam es jemals in den Sinn, dass uns genau die Leute ins Gefängnis gesteckt haben, die sie gewählt haben, weil wir uns nicht an die Regeln gehalten haben, die sie durch ihre Wahl befürwortet haben. Soweit ich weiß, gab es keinen einzigen Staatsgläubigen aus unserem Bekanntenkreis, der die Schizophrenie und Heuchelei auch nur bemerkt hat, die sich offenbart, wenn er die massenhafte Erpressung („Steuern") befürwortet und gleichzeitig die Opfer der gleichen Erpressung bedauert.)

Das übernatürliche Wesen der „Autorität" kann man daran erkennen, dass einerseits eifrig dafür gestimmt wird, die eigenen Nachbarn „legal" erpressen und ausrauben zu lassen, aber andererseits kaum jemand dazu bereit wäre, einen ganz normalen Sterblichen damit zu beauftragen oder jemanden dafür zu bezahlen, genau das gleiche zu tun. Kaum jemand würde eine gewöhnliche Verbrecherbande damit beauftragen, seine Nachbarn auszurauben, damit die Schule seines Kindes bezahlt wird und dieses dann auch noch als vollkommen gerechtfertigt ansehen. Aber viele Millionen Menschen befürworten genau die gleiche Sache, wenn sie die Erhebung von „Steuern" zur Finanzierung „öffentlicher" Schulen fordern.

Warum aber fühlt sich die Situation für Täter und Opfer moralisch an, sobald die „Autorität" daran beteiligt ist? Weil diejenigen, die an der „Regierung" sind glauben, dass die „Regierung" mehr ist als nur die Menschen, aus denen sie besteht. Sie stellen sich vor, dass die „Regierung" Rechte hat, die kein gewöhnlicher Sterblicher hat. Aus der Perspektive des Staatsgläubigen entspricht die Bitte an die „Regierung" etwas zu tun, eher dem Anflehen eines Gottes als ganz normale Menschen zu bitten, etwas zu tun. Ein Staatsgläubiger, der bestimmte „Gesetze" fordert, würde mit Entsetzen reagieren und sich angegriffen fühlen, wenn eine Gruppe von ganz normalen Menschen eine „Dienstleistung" anbieten würde, die mit der „Regierung" vergleichbar wäre.

Man stelle sich vor, ein paar Verbrecher machen einem Anwohner folgendes Angebot:

„Wir würden deine Nachbarn erpressen und mit dem erpressten Geld bezahlen wir die Schule, auf die dein Kind geht, wir bringen die Straßen in Ordnung und vieles mehr. Einen Anteil davon müssen wir natürlich selbst behalten. Und sage uns, wie sich deine Nachbarn verhalten sollen und wir werden dafür sorgen, dass sie das auch tut. Wenn deine Nachbarn nicht tun, was wir sagen, nehmen wir ihnen ihre Sachen weg oder stecken sie in einem Käfig."

Wenn ganz normale Menschen so ein Angebot machen würden, würde man sie für verrückt erklären und wegschicken. Das gleiche Angebot gilt aber als zulässig, ja sogar als anständig und rechtschaffen, wenn es in einer Wahlkampfrede eines politischen Kandidaten unterbreitet wird, der sich auf irgendwelche abstrakten politischen Konzepte wie das „Gemeinwohl" oder auf den „Willen des Volkes" beruft.

Ein Politiker, der sagt „wir müssen die Bildung unserer Kinder angemessen finanzieren, und wir müssen in unsere Infrastruktur investieren", meint damit, dass er anderen Menschen durch „Besteuerung" gewaltsam ihr Geld wegnehmen will, um es so auszugeben, wie er es für richtig hält. Solche gewaltsamen Übergriffe werden als gerechtfertigt akzeptiert, wenn sie im Namen der „Autorität" verübt werden. Wenn ganz normale Sterbliche genau das Gleiche tun, so gilt das als unmoralisch.

Das alles zeigt, dass die „Regierung" in den Köpfen der Staatsgläubigen deutlich mehr ist als nur eine Gruppe von Menschen. Paradoxerweise behaupten die Staatsgläubigen, dass die „Regierung" selbst, und das, was sie tun darf, vom „Volk" kommt. Jeder Glaube an die „Regierung" setzt die absurde, sektenhafte Überzeugung voraus, dass ein paar gewöhnliche Menschen durch pseudoreligiöse politische Dokumente und Rituale wie Verfassungen, Wahlen, Berufungen, Gesetzgebungsverfahren usw. ein Wesen erschaffen können, das übermenschliche Rechte besitzt - Rechte, die kein einziger der Menschen besitzt, der dieses Wesen miterschaffen hat. Und sobald die Menschen unter so einer Wahnvorstellung leiden, werden sie dieses Wesen eifrig darum bitten, dass sie ihre Nachbarn kontrollieren und erpressen. Sie glauben wirklich und wahrhaftig, dass dieser Gott namens „Regierung" dazu berechtigt ist, während ihnen gleichzeitig vollkommen bewusst ist, dass gewöhnliche Sterbliche kein Recht dazu haben.

Rechtfertigungen für aggressive Gewalt

Obwohl die „Demokratie" oft als der Gipfel der Zivilisation, Kooperation und des „einvernehmlichen Auskommens" gilt, ist sie das genaue Gegenteil davon. Die Teilnahme an Wahlen ist eine

Aggression und die „Demokratie" zu verherrlichen ist gleichbedeutend mit der Verherrlichung von Gewalt und ständigen Konflikten. Bei politischen Wahlen geht es keineswegs um Zusammenhalt, Einigkeit oder Toleranz. Bei Wahlen wird darum gestritten, auf welche Art und Weise alle zu bestimmten Verhaltensweisen gezwungen werden sollen und welche Dinge durch die Erpressungsmaschine, die sich „Staat" nennt, zwangsweise bezahlt werden müssen. Die unzähligen Wahlplakate, die die Landschaft vor jeder Wahl verschandeln, sind nicht Zeichen einer aufgeklärten, freien Gesellschaft. Sie sind das Zeichen einer geistig und körperlich versklavten Gesellschaft, die vom nicht enden wollenden Streit durchsetzt ist, welcher Sklaventreiber die Peitsche schwingen soll.

Jeder einzelne Wähler gibt Menschen die Macht, eine flächendeckende Erpressung („Besteuerung") durchzuführen, um verschiedene „politische Projekte" zu finanzieren. Unabhängig davon, wen oder was er wählt. Würde sich ein politischer Kandidat für die vollständige Abschaffung dieser systematischen Erpressung einsetzen, würde man ihn als einen extremistischen Deppen bezeichnen und auslachen. Jeder einzelne Wähler ermächtigt eine Verbrecherbande dazu, die Massen in großem Stil auszurauben. Aber kein einziger von ihnen will die Verantwortung dafür übernehmen.

Sie wissen, was ihre Kandidaten tun werden, wenn sie an der Macht sind. Sie wissen, was passiert, wenn sich jemand weigert, sich ausrauben zu lassen. Aber durch den religiösen Glauben an die „Autorität" sind die Wähler psychisch nicht in der Lage zu erkennen, dass sie durch ihre Wahlteilnahme Gewalt in riesigem Ausmaß unterstützen. Trotz aller Rhetorik und Propaganda geht es Staatsgläubigen niemals um die so genannte „Zustimmung der Regierten". Wäre tatsächlich echte Zustimmung gemeint, so würde jede politische Maßnahme, die über das hinausgeht, mit dem die dadurch betroffenen unbeteiligten Dritten zufällig einverstanden sind, ausschließlich in eigener Sache gefordert werden.

Es ist vollkommen offensichtlich, dass es nicht Ziel der Wähler ist, sich selbst zu zwingen bzw. zwingen zu lassen, irgendwelche Dinge zu bezahlen. Es ist auch nicht ihr Ziel, sich selbst Entscheidungen und Verhaltensweisen aufzwingen zu lassen. Das Ziel jedes Wählers ist immer, die Maschinerie der „Regierung" dazu zu benutzen, um andere Menschen zu bestimmten Verhaltensweisen und zur Finanzierung bestimmter Dinge zu zwingen.

Interessanterweise nimmt der einzelne Staatsgläubige seine eigene Verpflichtung, den unzähligen politischen Befehlen („Gesetzen") zu gehorchen, nicht sonderlich ernst. Er hat vielmehr das Gefühl, dass er selbst sich ungeachtet der „Gesetze" auf sein eigenes Urteil und seinen eigenen gesunden Menschenverstand berufen darf. Gleichzeitig meint er, dass alle anderen in allen Einzelheiten durch die „Autorität" bevormundet werden müssen. Er glaubt, dass er selbst vertrauenswürdig und moralisch sei und deswegen auch seine eigenen Entscheidungen treffen kann. Der Zweck des „Gesetzes" ist es seiner Ansicht nach, alle anderen in Schach zu halten.

Das Ausmaß, in dem die „Autorität" nach dem Willen der Wähler andere bevormunden soll, unterscheidet sich erheblich. Der „Konstitutionalist" will, dass die „Bundesregierung" andere dazu zwingt, nur diejenigen Dinge zu finanzieren, die in der US-Verfassung gesondert festgelegt sind. Der „Progressive" will dagegen, dass die „Regierung" andere zur Finanzierung aller möglichen Dinge zwingt: Kunst, Verteidigung, Hilfe für die Armen, Bildung, Altersteilzeit - die Liste lässt sich

unendlich fortführen. Das Ausmaß der Gewalt, die diese beiden Wählergruppen fordern, mag sich unterscheiden. Aber die Gewalt an sich, die sie unterstützen, bleibt die gleiche: Beide Wählergruppen setzen voraus, dass die „Autorität" das Recht hat, Geld unter Gewaltanwendung für die Finanzierung von „Staatsaufgaben", die für notwendig gehalten werden, zu erpressen. Der Unterschied besteht nur darin, was sie für „notwendig" halten.

Das Denken der Staatsgläubigen ist paradox. Einerseits wissen sie genau, dass jedes „Gesetz", das sie fordern oder billigen, durch die Androhung von Gewalt durchgesetzt wird. Sie sind sich vollkommen im Klaren darüber, was mit einem „Gesetzesbrecher" passiert, der bei einem „Gesetzesverstoß" erwischt wird. Sie verneinen gleichzeitig aber beharrlich, dass sie Gewaltanwendung gegen ihre friedlichen Nachbarn befürworten.

Die Staatsgläubigen wissen, dass jedes „politische Programm", das sie unterstützen, nach Inkrafttreten durch Androhung oder Anwendung von Gewalt durchgesetzt wird. Und obwohl ihnen das vollkommen bewusst ist, weigern sie sich, zuzugeben, dass sie offen und direkt die gewaltsame Erpressung und gewaltsame Beherrschung von Millionen von unschuldigen Menschen unterstützt.

Sie tun das, weil sie glauben, dass die „Autorität" das Recht hätte, zu herrschen. Mit dem Ergebnis, dass sie Gewalt plötzlich nicht mehr als Gewalt sehen. Die Gewalt wird durch diejenigen ausgeübt, die behaupten, die „Autorität" zu sein und die der Vorstellung verfallen sind, von den üblichen Regeln der Moral ausgenommen zu sein. Regeln wie „du sollst nicht stehlen", „du sollst niemanden gewaltsam angreifen", „du sollst niemanden ermorden" etc. So lange das so ist, können sich auch die größten Befürworter verschiedener „Steuern" und anderer „Gesetze" als friedfertige und gewaltlose Menschen bezeichnen. Sogar einschließlich der „Pazifisten".

(Weil „Regierungen" durch die Anwendung oder Androhung Gewalt definiert sind, gibt es keinen staatsgläubigen Pazifisten und es kann so etwas auch nicht geben. Nicht alle Anarchisten sind automatisch Pazifisten, weil viele von ihnen verteidigende Gewalt befürworten. Aber alle wahren Pazifisten sind Anarchisten.)

An sich anständige und rechtschaffene Menschen billigen in vielen Situationen - zu einigen komme ich noch - Aggression, gewaltsame Angriffe, Bedrohungen und Raub. Sie glauben, dass der übermenschliche Gott namens „Regierung" die Erlaubnis dazu hat, solche Taten zu begehen. Und sie glauben deshalb auch, dass es durchaus moralisch und anständig sei, die „Regierung" damit zu beauftragen, solche Taten zu begehen.

Nächstenliebe durch Gewalt

Die typische Staatsgläubige ist zutiefst schizophren, wobei ihm gleichzeitig völlig bewusst und völlig unbewusst ist, dass er sich persönlich für die Verbreitung von Gewalt gegen andere Menschen einsetzt. Ein überdeutliches Beispiel hierfür sind diejenigen, die sich liebevoll und mitfühlend dabei vorkommen, wenn sie „staatliche" Maßnahmen unterstützen, die den Armen helfen sollen. Was sie durch die Unterstützung dieser Maßnahmen tatsächlich befürworten, ist eine groß angelegte milliardenschwere Erpressung, bei der vielen Millionen Menschen angedroht wird, sie in einen Käfig einzusperren.

Das was die Bedürftigen eventuell bekommen, versetzt die Befürworter einer solchen „Nächstenliebe durch Gewalt" in den Glauben, besonders rechtschaffen und fürsorglich zu sein. Gleichzeitig sprechen sie sich vollständig frei von der damit verbundenen Verantwortung für Drohungen, Einschüchterungen, Schikanierungen, Enteignungen und Inhaftierungen. Obwohl sie ganz genau wissen, dass diese zwangsläufig Bestandteil jeder Art „staatlicher Wohlfahrtsprogramme" sind. Diese bizarre selektive Realitätsverweigerung veranlasst die Staatsgläubigen dazu, die brutale Gewalt, mit denen diese „Gesetze" durchgesetzt werden, zu unterstützen, gleichzeitig aber nicht anzuerkennen, dass sie selbst diese brutale Gewalt billigend in Kauf nehmen, wenn sie solche „Gesetze" verlangen.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" führt zu diesem seltsamen psychologischen Widerspruch und er versetzt die Verfechter von Umverteilungssystemen in den Glauben, dass die Opfer dieser „gesetzlichen" Erpressung dazu verpflichtet seien, zu kooperieren. Die Gewaltanwendung gegen Menschen, die „ihre Steuern" nicht zahlen, sei gerechtfertigt.

Im Ergebnis wird das Prinzip von Moral und Anstand völlig auf den Kopf gestellt. Mitfühlende „Sozialhilfe"-Befürworter fordern die gewaltsame Enteignung unschuldiger Menschen und bezeichnen andere, die dieses vermeiden wollen oder sich dagegen wehren als verabscheuungswürdige Kriminelle. Gleichzeitig halten sich Befürworter von „Sozialsystemen", also Vermögensumverteilung durch Schneeballsysteme, für fürsorgliche und mitfühlende Menschen. Geblendet durch ihre Staatsgläubigkeit, sind sie auch nicht in der Lage zu erkennen, dass sie die Menschen in etwas hineinzwingen, was sich (fälschlicherweise) ein „staatliches" Rentensystem nennt. Zusätzlich entmündigen sie die Menschen in verletzender Art und Weise, indem sie ihnen die Fähigkeit absprechen, für ihre eigene Zukunft zu sorgen. Sie zwingen die Menschen zur Teilnahme an einem „Investitionsprogramm", das in nichts investiert, kein Vermögen hat, das eine Rendite weit niedriger als die meisten realen Investitionen abwirft (und nicht einmal eine verbindliche Renditezusage enthält) und halten sich dadurch für besonders rechtschaffen und wohltätig. Wer so etwas tut, leidet unter einem schweren Realitätsverlust.

(Es gibt kein „Rentenkonto" - weder individuell noch der Gemeinschaft - auf das „eingezahlt" wird. Der US Supreme Court (in Flemming v. Nestor, 363 US 603) hat klargestellt, dass niemand irgendwelche vertraglichen Ansprüche auf „Rentenleistungen" hat, unabhängig davon, wie viel sie in das System „einbezahlt" haben. Der Kongress kann sämtliche Rentenzahlungen einstellen, wann immer er auch will.)

Befürworter von Brutalität

Das Böse ist für die meisten Menschen nicht als das Böse zu erkennen, wenn es den Anschein von Rechtmäßigkeit hat und im Namen der „Autorität" stattfindet. Das hat in der Geschichte bereits häufig zu abscheulicher Unterdrückung geführt. Wenn tatsächlich nahezu alle glauben, dass eine „Regierung" das Recht hat, zu herrschen, werden „staatliche" Lösungen von den meisten unterstützt oder zumindest widerspruchslos hingenommen. Viele Deutsche hätten beispielsweise in den 1940er Jahren niemals privat andere bedroht, angegriffen, geschweige denn ermordet. Und doch haben sie die „Lösung" der sogenannten - wie Hitler sie nannte - „Judenfrage" eifrig unterstützt, weil diese durch die „Gesetzgebung" und die „Regierung" so vorgesehen war. Diese „Lösung" wurde offiziell verabschiedet und nach „Recht und Gesetz" durchgeführt, so dass die

Menschen dachten, sie seien nicht dafür verantwortlich. Auch die größten Befürworter waren nicht dazu bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Die Amerikaner von heute leiden ebenso unter einer selektiven Realitätswahrnehmung. Andere gewalttätige und repressive Regimes verurteilen sie recht schnell. Sie erkennen aber kaum, dass ihr eigener Glaube an die „Autorität" zur Verbreitung rücksichtsloser Brutalität im Namen des „Gesetzes" führt. Auch wenn die Unterdrückung über bloße Drohungen und Einschüchterungen hinausgeht und zu offener Gewalt und Brutalität wird, sind die meisten Menschen wegen ihrer Staatsgläubigkeit nicht dazu in der Lage, dieses als moralisch falsch zu erkennen.

Ein offensichtliches Beispiel dafür ist der Krieg. Der Nationalismus, der bei Staatsgläubigen sehr stark ausgeprägt ist, blendet diese so sehr, dass sie das absolut Böse gutheißen und im Namen der „Landesverteidigung" einfordern. Diese Verblendung ist meistens beabsichtigt. Politiker und konservative Wähler beschweren sich gleichermaßen, wenn dem amerikanischen Volk die Bilder der harten Realität des Krieges gezeigt werden. Sie wollen ihre Flagge schwenken, ihrer Mannschaft begeistert zujubeln und sich dem Herdenverhalten hingeben. Die realen Konsequenzen dessen, was sie unterstützen, sind Blut, Eingeweide und abgetrennte Körperteilen.

Diese wollen sie nicht sehen. Solange sie nicht direkt mit dem Blutbad konfrontiert werden, das ihr „Patriotismus" verursacht, können sie leicht dazu überredet werden, mit Stolz „ihre Soldaten" zu unterstützen und an einen abstrakten, vermeintlich gerechten Krieg zu glauben.

Die Treue zum eigenen „Land" wird als etwas Ehrenhaftes dargestellt. Die Mörder auf beiden Seiten jedes Krieges, einschließlich derjenigen, die für die brutalsten, rücksichtslosen Regimes in der Geschichte kämpften, werden durch das Gerechtigkeitsgefühl angetrieben, das durch das nationalistische Herdenverhalten entsteht. Krieg kann es nur geben, wenn sich die Soldaten stärker mit ihrem eigenen Rudel identifizieren, indem sie ihr „Land" über das stellen, was sie persönlich für richtig halten.

„Patriotismus" und der Glaube an die „Autorität" sind die zwei wichtigsten Zutaten für Krieg. Akte der Aggression und Eroberung als „Kampf für das Vaterland" zu verkaufen, ist der einfachste Weg, um gute Menschen dazu zu bringen, üble Dinge zu tun. Die Gehirnwäsche, der die Untertanen durch ihre Tyrannen ausgesetzt werden, hat bereits lange Tradition. Die Gehirnwäsche der Staatsgläubigen ist dagegen selbstverschuldet. Sie wollen an „ihr Land" glauben und an irgendein selbstgerechtes abstraktes Prinzip, an irgendein Ideal, eine gute Sache wie zum Beispiel die „Verbreitung der Demokratie", ohne darüber nachdenken zu müssen, was das eigentlich in der Praxis bedeutet. Es ist einfacher, Massenmord zu unterstützen, wenn er „Krieg" genannt wird. Es ist noch einfacher, wenn er „Landesverteidigung" genannt wird. Wenn die „Autorität" Massenmord durch Begriffe verschleiert, die das Herdenverhalten ansprechen, versetzt das die Befürworter in den Glauben, dass die Unterstützung - und die tatsächliche Realisierung - von Massenmord etwas Mutiges und Gerechtes sei.

Einzelne Soldaten können wirklich glauben, dass sie für eine gute Sache kämpfen. Es ist aber unmöglich, ein „guter Mensch" zu sein und sich im Krieg mit einem ganzen Land zu befinden, wie zuvor beschrieben. Die Kriegstreiberei von „Regierungen" ist niemals gerechtfertigt und niemals moralisch. Sie ist untrennbar mit einem großen Ausmaß an Gewalt gegen Unschuldige verbunden.

Aber Nationalisten, Linke und Rechte verweigern die Anerkennung dieser Tatsache.

Ein weiteres Beispiel für moderne rücksichtslose Brutalität, die in der „freien Welt" ganz „legal" an Unschuldigen verübt wird, ist das, was als „Krieg gegen die Drogen" bezeichnet wird. Um eine reine Gewohnheit auszumerzen - nicht etwa Gewalt oder Diebstahl oder Betrug - wurden bis heute Millionen von gewaltfreien, friedlichen, produktiven Menschen angegriffen, terrorisiert und eingesperrt. Die Durchsetzung von „Betäubungsmittelgesetzen" ist normalerweise besonders brutal und bösartig. Es kommt zu paramilitärischen Angriffen auf Privathäuser und unzähligen, vieljährigen Haftstrafen für die „Verbrechen". Und den Befürwortern des „Krieges gegen die Drogen" ist nicht nur diese offene Gewalt vollkommen klar, sondern sie kennen auch die Konsequenzen: Höhere Preise für bestimmte bewusstseinsverändernde Substanzen, mehr Beschaffungskriminalität, gewalttätige Konflikte zwischen rivalisierenden Banden, mehr Geld, Waffen, Macht und „gesetzliche" Ermächtigungen für diejenigen, die im Namen der „Autorität" Unschuldige schikanieren und gewaltsam angreifen. Selbst wenn der „Krieg gegen die Drogen" tatsächlich funktioniert und die Einnahme bestimmter Substanzen beseitigt oder zumindest deutlich reduziert, wäre eine solche rücksichtslose Brutalität absolut ungerechtfertigt und unmoralisch. Aber obwohl man dem erklärten Ziel nicht einen Zentimeter nähergekommen ist, sprechen sich viele „Konservative" für noch mehr Schikanierungen, Terrorismus und Gewalt aus.

(Zu diesem Faschismus kommt noch Heuchelei hinzu, da die meisten dieser „Konservativen" Alkohol trinken. Moralisch gesehen unterscheidet sich der Alkoholkonsum nicht von den Verhaltensweisen, die die „Autorität" versucht, durch brutale Gewalt mit ihrem „Krieg gegen die Drogen" auszumerzen.)

Millionen von Leben werden weiterhin von diesem brutalen drakonischen Kreuzzug zerstört und die Staatsgläubigen schieben eifrig die Schuld den Opfern in die Schuhe, indem sie sagen, dass diese „das Gesetz gebrochen" haben und daher genau das verdienen, was auch immer mit ihnen geschieht. Also gemäß dem sich selbst als moralisch und verantwortlich bezeichnenden „Konservativen" verdienen es andere, überfallen, eingesperrt oder getötet zu werden, auch wenn niemand zu Schaden gekommen ist und niemand betrogen wurde. Es reicht, dass das Opfer den willkürlichen Anordnungen seines Herren einfach nicht gehorcht.

Und selbstverständlich ist es für die „Konservativen" durch nichts zu entschuldigen, wenn sich eines der Opfer dieser faschistischen rücksichtslosen Taten dazu entscheidet, sich zu wehren. Aus der verzerrten, wahnhaften Perspektive des devoten, nationalistischen Autoritären, ist es anständig und rechtschaffen, wenn staatliche Söldner friedliche, produktive Marihuana-Raucher gewaltsam entführen und in einen Käfig stecken. Gleichzeitig ist es abgrundtief böse, wenn die Marihuana-Raucher Gewalt anwenden, um sich gegen solche Übergriffe zu verteidigen. Was die Staatsgläubigkeit verursacht, ist reiner Wahnsinn.

Erzwungene Vorteile

Staatsgläubige verteidigen „Steuern" oft mit dem Argument, dass die erzwungene Enteignung nachträglich gerechtfertigt sei, wenn ein Teil des beschlagnahmten Geldes wiederum dem Opfer zugutekommt oder zumindest der Gesellschaft im Allgemeinen nützt. Wenn zum Beispiel jemand eine Straße benutzt, die zum Teil durch Geld von dieser Person bezahlt wurde, oder bei der sie

indirekt von dem Geld anderer profitiert, dann habe sich diese Person nach Meinung der Staatsgläubigen nicht über die „Besteuerung" zu beschweren, durch die die Straße finanziert wurde. Die Staatsgläubigen ignorieren hier die tatsächliche Situation und halten diese für ein freibleibendes Dienstleistungsangebot.

Niemand würde ohne die Beteiligung einer „Autorität" ähnlich argumentieren. Nehmen wir zum Beispiel einmal an, dass ein Restaurant ein Essen an jemanden liefert, der dieses gar nicht bestellt hatte. Anschließend schickt das Restaurant bewaffnete Schläger zu dieser Person, um hundert Dollar von ihr zu erpressen. Wenn das Opfer nach der Erpressung sich dazu entscheiden würde, das Essen aufzuessen, würde kein vernünftiger Mensch behaupten, dass die Aktion des Restaurants moralisch akzeptabel gewesen sei. Doch genau das tut der Staatsgläubige in Verbindung mit der Erhebung von „Steuern". Wenn jemand von den Dienstleistungen der „Regierung" profitiert, kann er sich nicht über die „Besteuerung" beschweren. Die zugrundeliegende Annahme lautet, dass „gesetzlicher" Raub vollkommen in Ordnung ist, solange die „Autorität" dem Opfer des Raubzuges anschließend wieder ein paar Krümel zurückgibt.

Für die Staatsgläubigen scheint es keinen großen Unterschied zu machen, ob ein solcher „Vorteil" nur indirekt gewährt wird oder unglaublich teuer ist oder mit allen möglichen anderen Dingen kombiniert wird, die das Opfer gar nicht braucht oder ob dieser „Vorteil" gegen die Moralvorstellungen des Opfers verstößt (zum Beispiel die Finanzierung von Kriegen oder Abtreibungen oder irgendwelchen religiösen oder antireligiösen Projekten).

Das liegt daran, dass Staatsgläubige glauben, dass diejenigen, die das Geld verdient haben, nicht das Recht haben, zu entscheiden, wie es ausgegeben werden soll. Das ist das Vorrecht der „Autorität". Und solange die „Autorität" behauptet, die Menschen zu ihrem eigenen Wohl zu berauben, haben die Opfer kein Recht dazu, Widerstand zu leisten und Gewalt gegen den Zwang und die Unterdrückung anzuwenden.

Gewalt zum Schutz vor Gewalt

Der Glaube, dass der „Staat" durch die Bereitstellung von „Leistungen" nachträglich das Recht bekommt, Diebstahl und Erpressung zu verüben, treibt seltsame Blüten. So zum Beispiel das offenkundig lächerliche Argument, dass es notwendig sei, Menschen herumzukommandieren und auszurauben, um sie dadurch vor bösen Menschen zu schützen, die sie sonst herumkommandieren und ausrauben würden. Diese absurde Rechtfertigung ist durchaus üblich, wenn sich die Diskussion um eine militärische oder polizeiliche „Strafverfolgung" dreht. Und Staatgläubige greifen gerne zur Panikmache, um so einen Irrsinn zu begründen. Mit ihren düsteren Voraussagen über all die schrecklichen Dinge, die sie heraufbeschwören, wenn die Menschen nicht gewaltsam durch eine riesige Erpressungsmaschinerie ausgeraubt werden.

In Situationen, an denen keine „Autorität" beteiligt ist, wird auf solch dumme Argumentationen verzichtet. Angenommen jemand würde im Restaurant ein Essen für einen Gast bestellen und diesen dazu zwingen, das Essen zu bezahlen und dies damit begründen, dass der Gast anderenfalls verhungern würde. So etwas wäre genauso inakzeptabel wie jemandem ein Haus zu bauen und ihn mit der Begründung, er würde anderenfalls obdachlos sein, dazu zwingen, dieses zu bezahlen. Oder eine Erpresserbande erpresst jemanden, um ihn mit dem erpressten Geld vor der Erpressung

durch andere Erpresserbanden zu schützen. Das klingt alles vollkommen absurd. Doch genau das ist die Rechtfertigung jeder „Regierung": Ihr muss es erlaubt sein, anderen Gewalt anzutun, um sie vor Gewalt zu schützen.

Befürworter einer starken Polizei oder eines mächtigen Militärs - beides wird durch Beschlagnahmung von Vermögen finanziert - akzeptieren nicht nur, dass Menschen zu ihrem eigenen Wohl unterdrückt, kontrolliert und erpresst werden, sondern sie halten es sogar für notwendig. Die Regierungsbefürworter ignorieren, dass autoritäre „Beschützer" Verbrechen oder Krieg nicht verhindern, sondern beides durch Kriegstreiberei und durch „gesetzliche" Verbote bestimmter Märkte massiv fördern. Sie unterstützen die „Regierung" und rechtfertigen dies mit der albernen Vorstellung, dass es sinnvoll sei, Menschen Gewalt anzutun, um sie zu „schützen", weil sie glauben, dass es ein Recht auf Ausübung von Gewalt gäbe.

Im Zweifel pro Gewalt

Meistens wird ein autoritärer Plan einfach nur deshalb akzeptiert, weil nicht genau feststeht, was passiert, wenn Menschen in Freiheit leben. Wenn es jemandem zum Beispiel schwerfällt, sich ein privates Straßennetz vorzustellen, wird er normalerweise einem Plan der „Regierung" zustimmen, bei dem die Straßen zwangsweise finanziert werden. Wenn er nicht genau weiß, wie sich freie Menschen ohne ein stehendes Heer verteidigen würden, wird er wahrscheinlich eine autoritäre, militärische Lösung unterstützen, deren Bezahlung durch „Besteuerung" erzwungen wird. Jeder, der an den „Staat" glaubt, befürwortet Gewalt von vorne herein. Um den Durchschnittsmenschen dazu zu bringen, einen gewaltsam aufgezwungenen Plan der „Regierung" für so ziemlich alles zu unterstützen, ist nur ein wenig Unsicherheit und Unwissenheit nötig.

In ihrem Alltag verhalten sich Menschen nicht so. Normalerweise wird niemand gewaltsam angegriffen, wenn nicht sicher ist, ob sich jemand anständig verhält und die richtigen Entscheidungen trifft. Sobald der Glaube an den „Staat" im Spiel ist, ist es völlig anders: Auf einmal wird die flächendeckende Unterdrückung von Millionen von Menschen unterstützt, nur weil nicht ganz sicher ist, was passiert, wenn die Menschen die Freiheit haben, ihr Geld nach ihren eigenen Vorstellungen auszugeben, andere so zu behandeln, wie sie es für richtig halten, friedliche, effektive Problemlösungen nach ihren eigenen Vorstellungen zu entwickeln usw. Die Staatsgläubigen befürworten die gewaltsame Unterdrückung ihrer Nachbarn einfach nur deshalb, weil sie sich nicht ganz sicher sind, wie sich ihre Nachbarn verhalten würden, ohne dass sie jemand unterdrückt.

Die Machtbesessenen nutzen das gnadenlos aus. Um die Macht zu bekommen, müssen sie nur behaupten, dass irgendwas nicht gut funktionieren könnte, wenn man die Menschen einfach nur in Ruhe lässt. Es ist nicht mal nötig, darauf zu warten, bis tatsächlich etwas passiert. Es reicht aus, zu behaupten, dass etwas passieren könnte, wenn die Menschen in Freiheit leben. Weil Befürworter des „Staates" nicht erkennen, dass jedes „Gesetz" untrennbar mit Gewalt verbunden ist, ist die Hemmschwelle für die Unterstützung gewaltsam erzwungener „Lösungen" sehr gering. Die Machtbesessenen müssen nur irgendeinen „Plan" präsentieren, mit dem irgendjemandem irgendwo angeblich geholfen werden soll, und viele werden die „staatliche" Gewalt allein nur deswegen akzeptieren.

Ein Großteil der „staatlichen" Gewalt beruht auf Vermutungen, was passieren könnte. Ein Beispiel ist der „Umweltschutz", bei dem die Vorstellung besteht, der „Staat" müsse andere zu bestimmten Verhaltensweisen zwingen, weil es andernfalls zu globaler Erwärmung, zur Zerstörung der Regenwälder, zum Artensterben etc. kommen könnte. Kaum jemand würde gewaltsam gegen andere vorgehen, nur weil dieser irgendwelche indirekten Folgen friedlicher Verhaltensweisen vermuten. Beim „Staat" ist das hingegen übliche Praxis.

Ein weiteres Beispiel für die Unterstützung der „staatlichen" Gewalt ist die „Einwanderungspolitik". Ohne schriftliche Genehmigung der herrschenden Klasse eines „Landes" wird gewaltsam verhindert, dass das sogenannte „Land" betreten wird. Das erzeugt eine Art Kriegsmentalität, bei der Menschen verteufelt, kriminalisiert und aggressiv angegangen werden, nur weil nicht sicher ist, was einige dieser Leute tun könnten. Viele meinen, dass „illegale" Einwanderer Verbrecher sind oder nur kommen, um irgendwelche „Leistungen" abzugreifen. Unabhängig davon, wie sehr solche Behauptungen tatsächlich zutreffen, werden alle „illegalen" Einwanderer, also alle, die sich ohne Zustimmung der Politiker im Land befinden, gewaltsam kontrolliert und überwacht. Sie bekommen eine Art Kollektivschuld und werden in Sippenhaft genommen. Dass gewaltsam gegen jemanden vorgegangen wird, nur weil er der gleichen Rasse entspricht, aus dem gleichen Land kommt oder irgendeine sonstige Ähnlichkeit mit jemand anderem hat, der tatsächlich einen Schaden verursacht hat, ist völlig ungerechtfertigt. Hinzu kommen die „staatlichen" Versuche, „illegale" Einwanderung durch gewaltsame Übergriffe zu verhindern, die sich durch ständige Kontrollen auch gegen viele „legale" Bewohner richten, die sich oft nicht einmal in der Nähe irgendwelcher Grenzen befinden. Jeden, der eine Straße entlangfährt anzuhalten und zu verhören, weil möglicherweise irgendein „illegaler" Einwanderer unterwegs sein könnte, ist genau die Art von ungerechtfertigter Gewalt, die durch die Handlanger des „Staates" verübt wird.

Im „Land der Freiheit" kann diese alltägliche Gewaltanwendung auch bei den Durchsuchungen und Verhören von Menschen beobachtet werden, die mit einem Flugzeug fliegen wollen. Wenn ein Eigentümer eines Flugzeugs die Bedingungen festlegt, unter denen jemand das Flugzeug benutzen kann, dann ist das etwas völlig anderes wie ein Dritter, der sich gewaltsam einmischt, wenn sich der Fluggast nicht befragen und durchsuchen lässt. Das gleiche gilt für die Bahn, das Auto und alles andere. Niemand würde sich von einer Privatperson so etwas aufzwingen lassen, nur weil diese vermutet, dass irgendwas passieren könnte. Für die Handlanger der „Autorität" ist das hingegen vollkommen normal. Und die Menschen glauben nicht nur, dass es legitim sei, sondern sie verlangen solches Verhalten regelrecht von der „Autorität".

Auf Gewalt zu verzichten, ist für die meisten Menschen normales, alltägliches Verhalten. Gewaltsame Auseinandersetzungen sind selten. Die meisten Menschen tun fast alles, um sie zu vermeiden. Sie fangen keinen Streit an und versuchen, angespannte Situationen zu entschärfen. Selbst wenn einmal zu einer körperlichen Auseinandersetzung kommt, bleibt es normalerweise bei Kleinigkeiten und am Ende gehen die Beteiligten wieder ihre Wege. Jeden Tag gelingt es Milliarden von Menschen Wege zu finden, um friedlich zusammenzuleben. Auch wenn sich ihre Meinungen, Überzeugungen und Einstellungen deutlich unterscheiden.

Aber das gilt für das Privatleben. Sobald es um „Politik" geht, ist Gewalt der übliche Weg der Problemlösung. Jeder Wähler versucht auf die eine oder andere Weise, seine eigenen Ansichten und Ideen anderen über die Mechanismen der „Staates" aufzuzwingen. In der Politik ist es nicht

üblich, andere in Ruhe ihr eigenes Ding machen zu lassen oder zu versuchen, friedlich miteinander klarzukommen. Üblich ist, Gewalt gegen alle anderen zu befürworten und dieses über den Umweg des autoritären Zwangs zu tun, der „Gesetz" genannt wird.

Es besteht eine unglaublich große Kluft zwischen dem, was der Durchschnittsmensch auf individueller Ebene als „zivilisiertes Verhalten" bezeichnet und was er als legitim und zivilisiert ansieht, wenn die „Autorität" im Spiel ist. Dass sich jemand in seinem Privatleben so verhält, wie sich die Wähler im politischen Kontext verhalten, ist schwer vorstellbar. Jemand, der das tut, müsste Freunde und Fremde gleichermaßen ständig überfallen und ihnen riesige Mengen an Geld rauben, um damit Dinge zu finanzieren, die er für richtig hält. Er müsste ihnen mit körperlicher Gewalt und Entführung drohen, um sie zu Verhaltensweisen zu zwingen, von denen er annimmt, dass am besten für die Gesellschaft sei. Zusammengefasst müsste er sich wie ein vollkommen wahnsinnig gewordener Dieb, Räuber und Schläger benehmen.

Exakt dieses Verhalten, also massenhafte Erpressung, Überfälle, Raub und Diebstahl, wird für etwas Normales und Unterstützenswertes gehalten, wenn es über den Umweg des „Staates" geschieht. Zu wählen wird sogar als Pflicht wahrgenommen, als ob es tatsächlich unmoralisch sei, seine Nachbarn nicht zu unterdrücken. Es ist zugleich erstaunlich und paradox, dass ausgerechnet die einzigen, die die ausufernde Gewalt und den ständigen Zwang durch den „Staat" nicht befürworten - also Anarchisten und Voluntaristen - von den meisten als sonderbar, unzivilisiert und gefährlich angesehen werden.

Wie der religiöse Glaube über die Werte siegt

Nahezu alle Eltern vermitteln ihren Kindern zwei völlig widersprüchliche Dinge:

Es ist grundsätzlich falsch, andere zu bestehlen, sie zu schlagen, zu schikanieren usw. und

es ist gut, der „Autorität" zu gehorchen.

Nahezu alles, was die „Autorität" tut, ist Schikane: Sie kontrolliert mit Gewalt oder durch Gewaltandrohung das Verhalten anderer und bedient sich an deren Eigentum. Vom Lehrer bis zum Diktator eines ganzen Landes - jede „Autorität" kommandiert ihre Untergebenen ständig herum. Gleichzeitig spricht und handelt sie so, als ob sie das Recht dazu hätte, dieses zu tun. Lehrer zwingen den Schülern ihren Willen auf und vermitteln ihnen gleichzeitig, dass es falsch ist, seinen Willen anderen aufzuzwingen. Der Gipfel der Heuchelei ist erreicht, wenn es heißt: „Tue, was ich sage, tue aber nicht, was ich tue."

Wenn Kinder damit aufgewachsen sind, dass es grundsätzlich falsch ist, andere zu bestehlen, sie zu schlagen, sie zu tyrannisieren, usw., wie kann es dann gesellschaftlich notwendig sein, „Respekt vor der Autorität" zu haben? Die „Autorität" dressiert sie nur dazu, sich einfacher verwalten und besteuern zu lassen. Das hat zwar Vorteile für diejenigen, die Macht über sie ausüben, also Eltern, Lehrer oder Politiker, fördert aber nicht ihre Entwicklung zu zivilisierten, mitfühlenden, menschlichen Wesen. Wie die Milgram-Experimente zeigen, passiert das genaue Gegenteil. Die Kinder werden zu zivilisierten Menschen erzogen und anschließend wird ihnen ein verrückter, religiöser Glaube eingeimpft, der alles aushebelt und hinfällig macht, was sie zu zivilisierten Menschen macht. Dieses bizarre Paradoxon ist überall in der modernen Gesellschaft zu sehen.

Der normale Mensch würde Scham und Schuld empfinden, wenn er seinem Nachbarn hundert Dollar stiehlt. Er hat aber keinerlei Bedenken, auf dem Wege einer politischen Wahl dafür zu stimmen, dass die „Regierung" viele tausend von Dollar vom gleichen Nachbarn erpresst. Er würde einem Unbekannten die Tür aufhalten, aber gleichzeitig befürwortet er, dass durch das „Gesetz" gewaltsam in das Leben dieses Unbekannten eingegriffen wird. Höflich und rücksichtsvoll zu sein, verkommt bei den meisten Menschen zur wertlosen Heuchelei, sobald sie den Zwang und die Aggression des „Staates" befürworten. Selbst die Nazis hatten Tischmanieren und sagten „bitteschön" und „dankeschön". Sie hatten gute Umgangsformen und waren in der Regel höflich, wenn sie nicht gerade Massenmorde verübten.

Nahezu alle Staatsgläubigen behandeln andere in ihrem Privatleben vollkommen anders als es die „Regierung" mit ihren „Gesetzen" tut, die in ihrem Auftrag handelt. Millionen von Menschen würden sich strikt weigern, anderen körperlichen Schaden zuzufügen. Gleichzeitig aber sehen großzügig darüber hinweg, wenn tausende unschuldiger Menschen gewaltsam unterdrückt oder sogar ermordet werden. Sie nennen es „Unterstützung der Soldaten". Einige Staatsgläubige behaupten sogar, gegen den Krieg zu sein und im gleichen Atemzug „unterstützen" sie die „Soldaten". Ähnlich wie wenn sich jemand einer Vergewaltigung widersetzt und gleichzeitig Vergewaltiger unterstützt. Die „Unterstützung der Soldaten" ist gleichbedeutend mit der Befürwortung von Gewalt, weil „Soldaten" im Einsatz zusätzlich zur verteidigenden Gewalt immer auch Zwang und Gewalt gegen Unschuldige anwenden. Wegen des Rudelverhaltens und einer emotionalen Bindung an die Landsleute, sehen die meisten Menschen zwischen dem, was die „eigenen Soldaten" tun und dem, was alle anderen „Soldaten" tun, einen Unterschied.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie der Glaube an die „Autorität" die Wahrnehmung verzerrt: Viele „Sozialhilfeempfänger" geben offen zu, dass wenn sie die freie Wahl hätten, sie lieber gewaltsam eingetriebenes Geld vom „Staat" nehmen würden, anstatt freiwillige Spenden von Menschen anzunehmen, die sie kennen. In ihrer Wahrnehmung ist das die weniger beschämende Option. Dass lieber gewaltsam eingetriebenes Raubgut angenommen wird, als Mitgefühl und Großzügigkeit, zeigt wie tief sich der Glaube an die „Autorität" in die Moral der Menschen hineingefressen hat.

Der Staatsgläubige glaubt in seinem Selbstbetrug, ein guter Mensch zu sein, wenn er gute Dinge unterstützt, gegen Ungerechtigkeit ist und sich respektvoll gegenüber seinen Mitmenschen verhält und gleichzeitig aber fordert er, dass seine Mitmenschen durch die „Autorität" gewaltsam kontrolliert, erpresst, eingesperrt oder sogar getötet werden sollen. Der Glaube sitzt so tief in den Köpfen der Massen, dass diese unbeschreiblich üble Dinge befürworten und gleichzeitig immer noch glauben, mitfühlende Wohltäter zu sein. Sie fordern den „Staat" dazu auf, Dinge zu tun, die sie in eigener Verantwortung niemals tun würden. Sie glauben, dass sie friedliche, zivilisierte, erleuchtete Wesen sind, während sie sich dafür aussprechen, dass alle ihre Nachbarn beraubt und herumkommandiert und in Käfige gesperrt oder getötet werden sollen, wenn sie es wagen, Widerstand zu leisten. Sie tun so, als sei das alles vollkommen normal. Die scheinbare Nächstenliebe, das Mitgefühl und die Höflichkeit der Menschheit entpuppt sich als grausamer Scherz, wenn man sie mit dem vergleicht, was nahezu jedem anderen direkt oder indirekt im Namen der „Autorität" angetan wird.

Es gibt viele Eltern und Lehrer, die sich regelmäßig auf das berufen, was in der Menschheit unter der „Goldenen Regel" bekannt ist: Behandle andere so, wie du selbst behandelt werden möchtest. Doch keiner der Lehrer und fast keiner der Eltern, die diese Regel betonen, lebt auch selbst nach ihr. Über den Umweg der „Autorität" unterstützen und befürworten sie die Erpressung und Nötigung anderer. Die „Goldene Regel" ist im Wesentlichen das Grundprinzip der Anarchie: Wenn jemand selbst nicht gerne von anderen beherrscht und herumgeschubst werden will, dann tut er das auch anderen nicht an. Wer in Ruhe gelassen werden will, sollte zuerst selbst andere in Ruhe lassen. Wer sein Leben frei nach eigenen Vorstellungen leben möchte, sollte zuerst anderen die gleiche Freiheit zugestehen.

Gewalt gegen andere zu befürworten - auch über den Umweg irgendeiner Form von „Regierung" oder „Staat", ist mit den Prinzipien sozialer, rücksichtsvoller, mitfühlender, freundlicher, anständiger und liebevoller Menschen vollkommen unvereinbar. Und der einzige Grund, warum so viele im Grunde guter Menschen weiterhin in so großem Ausmaß Gewalt über den Umweg des „Staates" befürworten ist, weil sie auf die Lüge hereinfallen, dass es irgendeine Kreatur namens „Autorität" gibt, die sich nicht an menschliche moralische Standards halten muss.

„Sozialistische" Feigheit

Wer ständig nach der „Autorität" ruft, ist ein unreifer Feigling und will, dass sein Wille anderen durch ein allmächtiges Wesen aufgezwungen wird. Dieses Wesen nimmt verschiedene Formen der politischen Interessenvertretung an, deren grundlegende Motivation immer die gleiche ist.

Den „Sozialen" stört zum Beispiel die Realität. Er will eine Welt, in der Leid und Unrecht nicht mehr existieren können. Aber anstatt das zu tun, was er selbst als Mensch tun kann, will er, dass der „Staat" seine Aufgaben übernimmt. Er will, dass das magische Wesen jeden, ihn selbst eingeschlossen, durchfüttert, unterbringt, und versorgt, egal, wie faul oder unverantwortlich er ist. Anstatt anderen zu vertrauen, dass sie sich gegenseitig kümmern, will er eine übermenschliche „Autorität", die Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheitsversorgung und alles Mögliche für alle bereitstellt. Er will es so sehr, dass er nicht akzeptiert, was offensichtlich ist: Dass es solche Garantien nicht geben kann und dass es niemand anderes als die Normalsterblichen sein können, die sich um sich selbst und um andere kümmern.

Der „Sozialist" betrachtet die Welt als eine Art Fortsetzung der Schulzeit. Darin gibt es immer eine „Autorität", die verantwortlich ist und sicherstellen muss, dass die guten Kinder belohnt und vor den bösen Kindern geschützt werden. Jedem Kind wird gesagt, was zu tun ist und alle werden umsorgt. Alles, was von den Kindern verlangt wird ist, dass sie tun, was ihnen gesagt wird. Abgesehen vom Gehorsam gegenüber der „Autorität" wird keine Verantwortung für das eigene Wohlbefinden erwartet. Selbst für Nahrung, Unterkunft oder den persönlichen Schutz oder irgendetwas anderes zu sorgen, ist nicht notwendig. Das Kind glaubt einfach, dass die „Autoritäten", zum Beispiel die Lehrer und Eltern, schon alles regeln werden. Es befindet sich in einer Umgebung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat und ihm wird beigebracht, sich bei allen persönlichen Bedürfnissen an die „Autorität" zu wenden.

Als „Sozialer" wird man genau das weiterhin tun, auch lange, nachdem man die Schule verlassen hat. Der „Sozialist" redet davon, dass jeder Mensch ein „Recht" auf Wohnung, Nahrung,

Gesundheitsversorgung und andere Dinge hat, als ob eine riesige Zahnfee dazu verpflichtet sei, solche Dinge auf magische Weise herbeizuzaubern. Die Realität, der er jeden Tag ins Gesicht blicken muss, ist offensichtlich zu verwirrend für ihn. Sonst würde er realisieren, dass alles grundlegend anders ist, wie die Welt, in der er aufgewachsen ist. In der Obhut der „Autorität", die sich um alles kümmerte.

Die „staatlichen" Programme, die von den „Sozialen" unterstützt werden, sind ein Ergebnis des Erschreckens vor der Wirklichkeit und der Weigerung, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Sie fürchten sich so sehr vor Unsicherheit, dass sie ein übermenschliches Wesen namens „Regierung" oder „Staat" herbei halluzinieren, das irgendwie alle Unsicherheiten, die die Realität bringt, beseitigen kann und eine stets sichere, vorhersehbare Welt erschafft. Aber der mythische Erlöser rettet die Welt nicht, sondern alles macht alles nur noch viel schlimmer. So wie es in den kollektivistischen Regimes in der Sowjetunion, in Kuba, China und vielen anderen Ländern passiert ist. Trotzdem klammern sich die „Sozialen" weiterhin krampfhaft an ihren fanatischen Glauben an den allwissenden, allmächtigen Gott namens „Staat".

Ein einfaches Beispiel lässt die politische Theorie der „Sozialen" wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen:

Hundert Menschen erleiden Schiffbruch und stranden auf einer Insel. Was wäre wenn jeder dort ein „Recht" auf Nahrung, oder ein „Recht" auf Gesundheitsversorgung oder ein „Recht" auf einen Job oder ein „Recht" auf eine Grundversorgung hätte? Wenn jemand zum Beispiel ein „Recht" auf ein Haus hat und das Haus nur aus dem Wissen, den Fähigkeiten und den Anstrengungen der anderen Menschen entstehen kann, bedeutet es, dass dieser Jemand das „Recht" hat, andere Menschen dazu zu zwingen, ihm ein Haus zu bauen. Das entspricht genau dem, was die „Sozialen" in größerem Maßstab fordern. Die einen sollen mit Gewalt mittels „Besteuerung" dazu gezwungen werden, Leistungen für andere zu erbringen. Dass Menschen durch ihre bloße Existenz das „Recht" auf alles Mögliche haben, also auf Dinge, die erst durch menschliches Wissen und menschliche Anstrengungen entstehen können, ist eine Wahnvorstellung. Die logische Folge dieser angeblich liebevollen und mitfühlenden Einstellung ist Gewalt und Sklaverei. Das „Bedürfnis" eines Menschen reicht dann dazu aus, andere, die etwas haben oder produzieren, dazu zu zwingen, es herzugeben.

Eine solch kurzsichtige, barbarische Haltung - sie wird auch „Kollektivismus" genannt - wird als „fortschrittliche" Philosophie des „Mitfühlens" gesehen. Sie ist aber nicht von der „Philosophie" der Ratten und Kakerlaken zu unterscheiden: Wenn jemand etwas haben will oder behauptet, es haben zu „müssen", dann darf er es sich mit Gewalt von demjenigen nehmen, der es besitzt oder produziert. Das „Kommunistische Manifest" bezeichnet das als „von jedem entsprechend seiner Fähigkeiten zu jedem entsprechend seiner Bedürfnisse."

Selbstverständlich besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der Bitte an Bessergestellte, Ärmeren zu helfen und der Gewaltanwendung, um für mehr „Gerechtigkeit" zu sorgen. Im Zuge „staatlicher" Programme wird nie jemand gefragt, ob er anderen helfen will. Es geht darin immer darum, andere dazu zu zwingen, bestimmte Dinge herzugeben oder sich in bestimmter Art und Weise zu verhalten.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" bringt die „Sozialen" dazu, flächendeckende Androhung und Anwendung von Gewalt zu fordern, während sie sich selbst für fürsorglich und mitfühlend halten. Im Grunde läuft es darauf hinaus, dass die politischen „Linken" eine allwissende und allmächtige Mama benötigen, die alle anderen dazu zwingt, zu teilen und nett zu sein. Sie ignorieren die Tatsache, dass so etwas nicht existiert und dass so etwas Gewalt, Leid und Elend innerhalb einer Gesellschaft nur verstärkt.

„Konservative" Feigheit

Was für politische „Sozialisten" der riesige Mama-Staat ist, der alle beschützen und sich um jeden kümmern soll, ist für politische „Konservative" der riesige Papa-Staat. Die zugrundeliegende Wahnvorstellung von beidem ist die gleiche: Der Wunsch nach einer allmächtigen „Autorität", um die Menschheit von der Realität zu schützen. Die „rechtslastige" Wahnvorstellung konzentriert sich weniger auf die mütterliche Fürsorge und das ständige Händchenhalten wie beim Mama-Staat, sondern stärker auf väterlichen Schutz und Disziplin. „Konservative" wollen die „Autorität" dazu verwenden, eine große mächtige Schutzmaschinerie zu erschaffen und der Bevölkerung Moralvorstellungen einzutrichtern, die ihrer Meinung nach für das Überleben der Menschheit notwendig seien. Ihre Realitätsverweigerung ist genauso stark ausgeprägt wie bei den „Linken".

Auch hier ist die Insel-Analogie sehr aufschlussreich:

Angenommen, hundert Menschen stranden auf einer Insel. Wäre es wirklich sinnvoll und notwendig, die Mehrheit von ihnen als Diener und Befehlsempfänger einem „Beschützer" zu unterstellen? Und würde wirklich jemand auf die Idee kommen, dass die Gruppe anständiger wird, wenn einer oder zwei von ihnen ihre Moralvorstellungen allen anderen mit Gewalt aufzwingen?

Der konservative Papa-Staat entspricht einem disziplinierenden Beschützer-Vater, der die Familie vor äußeren Angriffen bewahrt (so wie das Militär eines „Staates") und vor Übergriffen durch andere Familienmitglieder (so wie die „Strafverfolgung" eines „Staates"). „Unerwünschte" Personen hält er von der Familie fern (im „Staat" geschieht das durch „Einwanderungsgesetze") und er setzt seine Moralvorstellungen durch, indem er die Familienmitglieder bestraft, die sich nicht an die Regeln halten. Das entspricht den „Gesetzen" gegen Pornographie, Prostitution, Glücksspiel, Drogenkonsum und andere Gewohnheiten und Verhaltensweisen. Obwohl es sich dabei nicht um Gewalt gegen andere Menschen oder um Betrug handelt, werden diese Dinge von vielen als physisch, moralisch oder spirituell zerstörerisch angesehen.

Nur leider ist der Versuch, moralisches Verhalten mit Gewalt durchzusetzen schlimmer als das angeblich unmoralische Verhalten selbst. Niemand hat das Recht, sich gewaltsam in die Entscheidungen eines friedlichen Menschen einzumischen. Abgesehen davon ist es auch höchst gefährlich, Präzedenzfälle zu schaffen, nach denen es in Ordnung sein soll, vermeintlich ungehöriges oder geschmackloses Verhalten gewaltsam zu unterbinden.

Sobald so etwas grundsätzlich akzeptiert wird, kommt es zu einem Krieg, in dem jeder gegen jeden kämpft. Die Zeit, in der alle genau die gleichen Werte und Sichtweisen haben, wird niemals kommen. Frieden und Freiheit können nicht existieren, wenn jede Meinungsverschiedenheit und jeder Unterschied in den Verhaltens- und Lebensweisen zu gewaltsamen Konflikten mit einer

„Regierung" führt. Zivilisation ist ein Zustand der friedlichen Koexistenz und nicht das Ergebnis eines Prozesses, in dem jeder gewaltsam vom gleichen überzeugt wird. Zivilisation entsteht aus der Selbstverpflichtung darauf, auf die Initiierung von Gewalt zu verzichten, auch gegen Menschen, die an etwas anderes glauben.

„Konservative" Staatsgläubigkeit führt ebenso wie die „sozialistische" Staatsgläubigkeit zwangsläufig zu ewigem Streit und zu Konflikten. Beides zielt darauf ab, den freien Willen und individuelle Werte gewaltsam durch die sogenannte Moral einer herrschenden Klasse zu verdrängen. Deren oberste Prinzipien sind Gewalt, Konformität und Gleichheit. Gewalt kann keine Anständigkeit erzeugen, auch wenn es manchmal durch den dadurch erzeugten Gehorsam so scheint. Alle Versuche der „Autorität", die Menschen zu moralischem und anständigem Verhalten zu zwingen, sind zum Scheitern verurteilt. Sie führen zu nichts anderem als zur Zunahme von Gewalt und Konflikten in der Gesellschaft.

Wahre Toleranz

Der Glaube an die „Autorität" sitzt so tief, dass viele Menschen automatisch glauben, dass es „illegal" sei, nicht mit der „Regierung" einverstanden zu sein. In ihrem Privatleben würden die meisten Menschen niemals Gewalt gegen andere anwenden, mit deren Gewohnheiten oder Lebensweisen sie nicht einverstanden sind. Fast jeder akzeptiert täglich Entscheidungen und Verhaltensweisen anderer, die er selbst nicht gut findet. Etwas zu „tolerieren" bedeutet lediglich zu akzeptieren, dass es existiert. Es bedeutet, darauf zu verzichten, es gewaltsam zu beseitigen. Es bedeutet nicht, es gut zu finden oder zu befürworten. Wahre Toleranz ist das, was Menschen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Glaubenssystemen ermöglicht, friedlich zusammenzuleben.

Ironischerweise wird „Toleranz" oft von Staatsgläubigen als Vorwand missbraucht, um Intoleranz zu rechtfertigen. Wenn sich ein Unternehmer zum Beispiel aus Gründen der Rasse, Religion, sexuellen Orientierung oder irgendwelcher anderer allgemeiner Eigenschaften dagegen entscheidet, mit jemandem zusammenzuarbeiten oder Geschäfte mit ihm zu machen, so wird das oft als „Intoleranz" bezeichnet. Das ist es aber nicht, weil der Unternehmer nicht gewalttätig ist. Anschließend wird gefordert, dass die „Autorität" den Arbeitgeber nach „Recht und Gesetz" dazu zwingt, wen auch immer einzustellen und mit jedem Geschäfte zu machen, den die „Autorität" für richtig hält. Sie untersagt es ihm unter Androhung und Anwendung von Gewalt, selbst darüber zu entscheiden. Und das ist Intoleranz.

Das ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie der religiöse Glaube an die „Autorität" dort Unterschiede vergrößert und Gewalt erzeugt, wo es sonst nicht dazu kommen würde. Es gibt zahlreiche gewaltfreie Wege, um Menschen von unerwünschtem Verhalten abzubringen.

Nehmen wir zum Beispiel einen Unternehmer, der sich weigert, Schwarze einzustellen. Wie abstoßend das auch sein mag, es ist keine gewaltsame Handlung. Diejenigen, die das anstößig finden, können den Unternehmer boykottieren oder sich gegen seine Praktiken und Überzeugungen aussprechen. Stattdessen wenden sich die Staatsgläubigen an die „Autorität", um jedem „faire" und „aufgeklärte" Entscheidungen aufzwingen zu lassen.

Das gleiche gilt für viele andere gesellschaftliche Probleme. Der Streit, ob die gleichgeschlechtliche Ehe „legal" oder „verboten" sein soll, ist nichts als ein Wettbewerb der Intoleranz auf beiden Seiten. Es ist nicht in Ordnung, mit Gewalt zu verhindern, dass zwei Männer sagen, dass sie verheiratet sind. Es ist auch nicht in Ordnung, alle anderen dazu zu zwingen, eine solche Beziehung als „Ehe" zu bezeichnen. Jedem Einzelnen eine bestimmte Vorstellung von „Ehe" aufzuzwingen, ist Konformitätsfaschismus.

Das gleiche gilt für „Gesetze" gegen Pornographie, durch die mit Gewalt verhindert werden soll, dass die Menschen bestimmte Dinge lesen oder sehen. Die „Drogengesetze" zählen ebenfalls dazu, genauso wie alle anderen Versuche des „Staates", gewaltsam zu bestimmen, welche Substanzen sich die Menschen verabreichen und welche nicht.

„Mindestlohngesetze" sollen gewaltsam erzwingen, worauf sich zwei Menschen einigen dürfen und worauf nicht. „Anti-Diskriminierungsgesetze" sollen Menschen in Verträge und Beziehungen hineinzwingen, die sie nicht wollen. „Gesetze", wie der „Americans with Disabilities Act" sollen gewaltsam „Fairness" herbeiführen, indem Unternehmen dazu gezwungen werden, Rampen für Rollstühle zu installieren.

Alle diese „Gesetze" und alle derartigen Handlungen der „Autorität" und des „Staates" sind Akte der Aggression und damit das genaue Gegenteil von Toleranz.

Es ist absurd, Menschen zu Freundlichkeit, Fairness und Empathie zwingen zu wollen. Nicht nur weil aggressive Gewalt an sich grundsätzlich falsch ist, sondern auch, weil es keine allgemeingültige Vorstellung von Freundlichkeit, Fairness und Empathie gibt. Die Ursache für das größte Ausmaß an Gewalt und Unterdrückung in der Geschichte war, dass Millionen von Menschen sich immer wieder um das Schwert der „Autorität" gestritten haben, mit dem anderen ihre Auffassung von „Anstand" und „Güte" aufgezwungen werden sollte.

Es erscheint paradox, aber folgende Tatsache ist historisch unbestreitbar: Die übelsten Abscheulichkeiten passierten in der Geschichte immer dann, wenn versucht wurde, die „Autorität" dazu einzusetzen, gute Dinge zu tun.

Die Verfassung der Sowjetunion zum Beispiel beschrieb eine „Autorität", die alle gleich behandelt, unabhängig von Rasse oder Religion, Beruf oder Geschlecht und die einzelnen Rechte aller Bürger in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben bewahrt. Die „Rechte", die in der sowjetischen Verfassung aufgezählt waren, umfassten Redefreiheit und Religionsfreiheit, das Recht auf Arbeit, auf Erholung und Freizeit und das Recht auf Wohnung, auf Bildung, auf Gesundheitsversorgung und das Recht auf Altersvorsorge. Die tatsächlichen Ergebnisse dieses wohlklingenden Experiments waren jedoch gewaltsame Unterdrückung, Schikane und Terror, wirtschaftliche Versklavung, Unterdrückung von Gedanken und Meinungen, eine flächendeckende Armut und die Ermordung von Millionen von Menschen, oft durch absichtlich herbeigeführte Hungersnöte.

Die Verfassung der Volksrepublik China ist sehr ähnlich wie die der Sowjetunion und sie führte auch zu ähnlichen Ergebnissen: flächendeckende gewaltsame Unterdrückung, Gewaltherrschaft und Massenmord. Der Versuch chinesischer „Behörden", die Staatsgewalt dazu einzusetzen, das

Bevölkerungswachstum zu reduzieren, hat zu besonders schrecklichen Ergebnissen geführt.

Tyrannen haben die Tyrannei schon immer mit den besten und edelsten Absichten gerechtfertigt. Aber auch die besten Absichten führen immer zu unmoralischer Gewalt, sobald sie mit dem religiösen Glauben an die „Autorität" vermengt werden, oft auch zu Gewalt von unfassbarem Ausmaß. Auch ohne die unzähligen historischen Beispiele sollte es offensichtlich sein, dass Mitgefühl und Fairness, Liebe und Anstand, Kooperation und Brüderlichkeit durch autoritäre Aggression und Gewalt erreichen zu wollen, vollkommen verrückt ist. Der „Staat" ist von Natur aus ein Instrument zur gewaltsamen Steuerung. Er hat nie für Gerechtigkeit, Frieden und Harmonie gesorgt und wird das auch in Zukunft nicht tun.

Bemerkenswert ist auch, dass politische „Linke" und „Rechte" beide hinter dem Konzept der „Gleichheit" stehen. Die politische „Rechte" drängt auf „Gleichheit vor dem Gesetz" und die politische „Linke" auf Gleichheit als Ergebnis. Weder die eine noch die andere Seite will wahre Gleichheit. Wahre Gleichheit würde bedeuten, dass die herrschende Klasse genauso gleich ist wie alle anderen. Sobald es eine „Regierung" gibt, gibt es keine Gleichheit, weil Herrscher und Beherrschte offensichtlich niemals gleich sind.

Was Staatsgläubige tatsächlich wollen, ist die Gleichheit unter den Sklaven, aber enorme Ungleichheit zwischen den Sklaven und ihren Herren. Das zeigt erneut, dass sie den „Staat" als etwas Übermenschliches ansehen. Wer „Gleichheit für alle" fordert, versteht offensichtlich nicht, dass die Gleichheit auch für Politiker und die Polizei gelten müsste.

Ob groß oder klein, links oder rechts, der Staat ist ein Übel

Ausnahmslos jeder, der den „Staat" in irgendeiner Form befürwortet - ob liberal, konservativ, moderat, unabhängig, kommunistisch, faschistisch, konstitutionell oder was auch immer - ist der Auffassung, dass die Repräsentanten der „Autorität" zahlreiche Dinge tun sollten, die im Allgemeinen als ungerecht und unmoralisch gelten, wenn andere sie tun. Alle Staatsgläubigen glauben, dass die Menschen, die die „Regierung" bilden, von der grundlegenden menschlichen Moral befreit sind und deshalb das tun dürfen, wozu andere kein Recht haben. Ja, er darf sie nicht nur tun, sondern er soll und muss sie zum (vermeintlichen) Wohle der Gesellschaft sogar tun. Auch wenn die Art und das Ausmaß der aggressiven Gewalt unterschiedlich sind - ausnahmslos alle Staatsgläubigen befürworten sie.

In der Mythologie der Staatsgläubigen sind die politische „Linke" und die politische „Rechte" Gegenspieler. In Wirklichkeit sind sie zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Unterschied besteht nur in dem, was sich die jeweiligen Wähler von den Machthabern erhoffen. In der Praxis wollen „Linke" und „Rechte" genau das gleiche: Vermögensumverteilung, Kriegstreiberei, zentrale Kontrolle des Handels und zahlreiche andere gewaltsam durchgesetzte Einschränkungen des Verhaltens ihrer Untergebenen.

„Linke" und „Rechte" streben nach der absoluten Macht. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich ganz und gar nicht voneinander. Hitlers sogenanntes „rechtes" Regime und Stalins sogenanntes „linkes" Regime waren nahezu identisch. Unabhängig von den ursprünglichen Absichten war das Endergebnis beider Regimes unbegrenzte Macht und Kontrolle für die Politiker und vollkommene

Hilflosigkeit und Versklavung für alle anderen.

Zwischen den politischen „Linken" und den politischen „Rechten" zu wählen, entspricht genau der gleichen Freiheit zwischen Tod durch den Strang und Tod durch Erschießen wählen zu dürfen. Eine zusätzliche unabhängige Partei bedeutet als zusätzliche Option den elektrischen Stuhl. So lange die Menschen nur darüber streiten, welche Verbrecherbande sie versklaven soll, was auch als „Demokratie" bekannt ist, werden die Menschen versklavt bleiben.

Ironischerweise beklagen Staatsgläubige aus allen politischen Lagern den Einfluss, den „Lobbyisten" und „Interessensgruppierungen" auf Politiker ausüben. Gleichzeitig ignorieren sie die Tatsache, dass jeder Wähler ein Interesse gegenüber der Politik vertritt und dass die Beteiligung an Wahlen als Wähler oder Wahlkämpfer nichts anderes als Lobbyismus ist. Sobald eine „Regierung" das Recht hat, gewaltsam in alle Bereiche der Gesellschaft einzugreifen, entsteht sofort ein unvermeidlicher Wettbewerb unter verschiedensten Gruppen, den diejenige gewinnt, die die Politiker am besten mit Geld und Gefälligkeiten hofiert.

Es ist absurd, ein autoritäres Kontrollorgan namens „Regierung" zu befürworten und sich anschließend über die zwangsläufig eintretenden Folgen eines solchen autoritären Kontrollorgans zu beklagen: die ständigen Versuche, es mit Geld im Sinne der Geldgeber zu beeinflussen. Politiker können nur gekauft werden, weil sie Macht haben, die sie verkaufen können und die Macht haben sie nur, weil die Leute glauben, dass sie Macht haben. Die Staatsgewalt wird immer dazu verwendet, dem Einen auf Kosten des Anderen Vorteile zu verschaffen. Wofür sonst könnte Zwang eingesetzt werden? Korrupt zu sein ist eines der Wesensmerkmale des „Staates" bzw. der „Regierung". Jeder Staatsgläubige will, dass der „Staat" seinen Willen anderen mit Gewalt aufzwingt, bezeichnet es aber als „Korruption", wenn jemand anderes mit genau der gleichen Strategie bevorzugt wird. Diese Heuchelei ist unglaublich.

„Konservative" setzen in Talkshows und anderswo in den Medien scheinheilig die „Sozialisten" auf die Anklagebank. Sie kritisieren sie für die erzwungene Umverteilung von Vermögen, während sie exakt die gleiche Umverteilung für andere Ziele fordern. Sozialhilfe zu kritisieren und gleichzeitig Subventionen zu fordern oder Gesetze abzulehnen, die für mehr „Fairness" sorgen sollen und gleichzeitig den „Krieg gegen die Drogen" zu unterstützen oder die Verstaatlichungspläne der Sozialisten anzugreifen und gleichzeitig Geld in einen riesigen zwangsfinanzierten Militärapparat der „Regierung" stopfen, also die Sicherheitsindustrie verstaatlichen zu wollen - das alles zeigt, dass „Konservative" keinerlei philosophische Prinzipien haben.

Die gleiche Heuchelei ist bei den Sozialisten zu beobachten: „Rechte" Kriegstreiberei wird verurteilt, während die ohnehin schon riesige aggressive Erpressungsmaschinerie namens „Steuersystem" weiter vergrößert werden soll. Sie beschweren sich über die „Intoleranz" der „Rechten" und fordern gleichzeitig alle möglichen intoleranten, autoritären Verhaltensvorschriften.

In Wahrheit gibt es keinen Unterschied zwischen den philosophischen Prinzipien des einen und des anderen Staatsgläubigen. Alle Staatsgläubigen fordern eine herrschende Klasse, die das Recht haben soll, die Bevölkerung zu beherrschen und auszurauben. Über Prinzipien wird nie geredet, sondern nur darüber, wie die Beute aus den Raubzügen verteilt werden soll und was dem Fußvolk als nächstes aufgezwungen werden soll. So etwas wie tolerante „Sozialisten" oder tolerante

„Konservative" kann es nicht geben, weil keiner von ihnen Menschen toleriert, die ihr Geld nach ihren eigenen Vorstellungen verwenden und ihre Leben nach eigenen Vorstellungen leben wollen.

Die Art und das Ausmaß der Staatsgläubigkeit bestimmt über die Art und das Ausmaß unmoralischer Aggression. Konstitutionalisten befürworten beispielsweise ein relativ niedriges Ausmaß an Raub und Erpressung, also „Steuern". Sie denken, dass nur einige wenige bestimmte Aktivitäten und Verhaltensweisen durch Drohungen und Zwang, also „Regulierung", unterbunden werden sollen. Aber jede Macht, die eine Verfassung angeblich durch Wahlen irgendwem verleiht, ist eine Macht, die Normalsterbliche Individuen nicht besitzen. Warum sollte man auch in einer Verfassung festhalten, bestimmten Personen ein Recht einzuräumen, das alle anderen bereits haben? Alle diese „Ermächtigungen" und alle Dokumente, die einer „Regierung" oder einem „Gesetzgeber" erlauben, alles zu tun, was ihr in den Sinn kommt, sind Freibriefe für Verbrechen.

Es ist offensichtlich, dass weder Einzelne noch Gruppen von Menschen das moralische Recht haben können, friedlichen Menschen Gewalt anzutun. So ein Recht kann auch nicht weitergeben werden, weil es von vorne herein nicht existiert. Irgendwelche Dokumente oder Rituale sind dabei ebenso irrelevant wie Versuche, solche angeblichen Rechte irgendwie zu begrenzen und zu beschränken. Kurzum, einen „Staat" oder eine „Regierung" zu befürworten ist das gleiche, wie Verbrechen zu befürworten.

„Sozialisten" und „Konservative" bestehen gleichermaßen auf irgendeinen „Anführer". Das entspricht den Umständen, unter denen sie aufgewachsen sind. Das einzige, was ständig von ihnen verlangt wurde, ist Gehorsam gegenüber der „Autorität". Durch diese Dressur haben sie so gut wie keine Ahnung, was sie tun sollen, wenn man sie sich selbst überlässt. Sie sind hilflos, wenn es auf einmal niemanden mehr gibt, der ihnen sagt, was zu tun ist. Sie weigern sich, erwachsen zu werden und halluzinieren eine übermenschliche „Autorität" herbei. Auf der Erde gibt es nichts, was über der menschlichen Spezies steht und so erschaffen sie dieses übermenschliche Wesen aus dem Nichts und geben ihm übermenschliche Eigenschaften, Rechte und Fähigkeiten.

Das Ganze ist eine reine Wahnvorstellung, an der die große Mehrheit der Menschen weltweit erkrankt ist. Die meisten weigern sich standhaft, anzuerkennen, dass es niemanden außer sie selbst geben kann, der dazu in der Lage ist, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Es gibt keinen magischen Zaubertrick, der Wahrheit und Gerechtigkeit automatisch herbeiführt. Es gibt kein „System", das absolute Sicherheit oder Fairness garantiert. Es sind die normalsterblichen Menschen, die mit all ihren Fehlern und Unzulänglichkeiten die beste und einzige Hoffnung für eine zivilisierte Welt sind. Es gibt keine Zahnfee, keinen Weihnachtsmann oder ein magisches Wesen namens „Regierung", die unmoralisches Verhalten in moralisches verwandelt oder unvollkommene Menschen dazu bringt, perfekt zu sein. Der Glaube an so ein Wesen ist nicht nur sinnlos und ineffektiv, sondern erhöht ganz massiv das Ausmaß an Dummheit, Konflikten, Ungerechtigkeit, Intoleranz, Gewalt, Unterdrückung und Mord in unserer Gesellschaft.

Und trotzdem klammern sich die meisten indoktrinierten Staatsgläubigen an ihre gewohnte, aber unglaublich zerstörerische, heimtückische und menschenverachtende, religiöse Überzeugung, anstatt endlich erwachsen zu werden und die Tatsache anzuerkennen, dass es niemanden gibt, der über ihnen steht. Weder eine riesige Mama noch ein Papa wird sie erlösen. Jeder Einzelne von ihnen muss persönlich entscheiden, was er für richtig hält und dieses eigenverantwortlich tun.

Leider stellen sie sich nicht der Unsicherheit und Verantwortung, die ein Leben in Freiheit voraussetzt. Sie bevorzugen Krieg, Elend und vollständige Versklavung.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" erstickt nahezu alle positiven Auswirkungen von religiösen und moralischen Überzeugungen. Was die meisten Menschen als ihre „Religion" bezeichnen, ist eine inhaltsleere Hülle. Was sie für moralisch und anständig halten, ist irrelevant, solange sie in ihrem religiösen Glauben an die „Autorität" gefangen sind. Christen sagen zum Beispiel „wenn dich jemand auf die Wange schlägt, dann halte ihm die andere hin", „liebe deinen Nächsten" (und auch noch „liebe deinen Feind") und „behandele andere stets so, wie du möchtest, dass du behandelt wirst". Doch jeder sogenannte Christ, der staatsgläubig ist, tritt das alles mit Füßen, weil er ständige Gewalt gegen jeden fordert - gegen Freund und Feind, Nachbarn und Fremde.

Der Gipfel der Heuchelei ist die Teilnahme an politischen Wahlen. Sie sind ein Affentheater, bei dem Menschen als fromm, religiös, mitfühlend, liebevoll und anständig präsentiert werden. Wenn sie anschließend an der Macht sind, wenden sie Gewalt gegen alles und jeden an. Jemand anderen damit zu beauftragen, seinen Nachbarn auszurauben, um es nicht persönlich tun zu müssen, ist an Feigheit und Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Nahezu jeder Christ (und jedes Mitglied jeder anderen Religion) verhält sich so, indem er „Politik" unterstützt.

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist der Glaube an den „Staat" und an die „Regierung" nichts anderes als eine religiöse Überzeugung. Die überwiegende Mehrheit jener, die sich als „Atheisten" bezeichnen, sind keine Atheisten, weil sie an den Gott namens „Regierung" glauben. Sie erkennen ihre Staatsgläubigkeit nicht als religiösen Glauben, aber ihr Glaube an den übermenschlichen Retter der Menschheit namens „Staat" sitzt genauso tief und wie die religiöse Überzeugung der Gläubigen aller anderer Glaubensrichtungen.

Atheisten sind sehr gut darin, die Zerstörungen zu erkennen, die im Laufe der Geschichte im Namen der Religionen angerichtet wurden. Sie weisen absolut zu Recht auf die Unterdrückung, die abscheulichen Terrorakte und die flächendeckende Folter und Ermordung Unschuldiger durch die Kirchen hin. Immer dann, wenn die Kirchen als „Autorität" anerkannt wurden, kam es zu diesen Ereignissen. Was sie aber seltsamerweise nicht erkennen, sind die grauenhaften Ergebnisse des Staatsgottes, den sie selbst anbeten. Die meisten modernen Atheisten merken trotz der glasklaren Beweise nicht, dass sie Anhänger der zerstörerischsten Kirche der Menschheitsgeschichte sind. Die Kirche der Staatsgläubigen hat Chaos, Tod und Zerstörung in einem Ausmaß angerichtet, das weit über das hinausgeht, was die schlimmsten Kirchen der Menschheit bisher angetan haben.

Beispielsweise wurden im Zeitraum von 200 Jahren etwa ein bis zwei Millionen Menschen in den Religionskriegen getötet, die „Kreuzzüge" genannt werden. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden mehr als hundert Mal so viele Menschen durch die „fortschrittliche Politik" kollektivistischer „Staaten" und „Regierungen" getötet. Der technologische Fortschritt spielte bei der sehr viel höheren Anzahl der Ermordeten eine große Rolle, daran besteht kein Zweifel, aber der Punkt ist, dass es irrelevant ist, ob der Autoritätsglaube „Kirche" und „Religion" oder „Staat" und „Regierung" genannt wird. Der Autoritätsglaube ist es, was so brandgefährlich ist und zu schlimmen menschlichen Tragödien führt.

Dass viele Atheisten die eine Form des Autoritätsglaubens verurteilen und gleichzeitig die andere vehement befürworten zeigt, wie umfassend ihre selektive Blindheit ist. Oft sind sogar ausgerechnet diejenigen, die die Unterdrückung im Namen der „Religion" am schärfsten kritisieren dem Staatsgott am meisten verfallen. Auch in der Wahrnehmung der Staatsgläubigen gibt es einen großen Unterschied zwischen anständigem individuellem Verhalten und anständigem Verhalten der „Regierung".

Wenn eine Einzelperson 100 Dollar stiehlt, so gilt das als unmoralisches Verbrechen. Wenn die „Regierung" jedes Jahr Billionen von Dollar stiehlt, so gilt das als akzeptables Verhalten. Wenn der einzelne Durchschnittsmensch eine 100-Dollar-Note druckt und in Umlauf bringt, so gilt das als Betrug und Fälschung. Wenn die „Regierung" „legal" der Federal Reserve die Erlaubnis erteilt, das Gleiche zu tun, das aber mit Billionen von aus dem Nichts geschaffenen „Dollars", so ist das akzeptabel und sogar sinnvoll und notwendig. In den meisten Staaten ist es dem Einzelnen verboten, Schusswaffen zu besitzen. Die Handlanger der „Regierung" dürfen dagegen über Pistolen, Bomben, Kampfflugzeuge, Panzer, Raketen und auch nukleare Sprengköpfe verfügen.

Es ist paradox, dass solche Waffen - mit der Ausnahme von Atomwaffen - oft ausgerechnet in die Hände der Personen gegeben werden, denen vor ihrer Zeit als Handlanger des „Staates" der Besitz einer Feuerwaffe verboten wurde. Wenn diese Personen selbst entscheiden, dass es für sie in Ordnung ist, einen fünfschüssigen Revolver zu haben, werden sie von Politikern für nicht vertrauenswürdig gehalten und gelten als Gefahr für die Gesellschaft. Aber wenn genau die gleichen Leute Befehlen blind gehorchen, sind sie für die gleichen Politiker so vertrauenswürdig, dass man ihnen ruhigen Gewissens Sturmgewehre, Scharfschützengewehre, Granaten, Maschinengewehre, Panzer, Kampfflugzeuge, Bomber, schwere Artillerie und unzählige andere Waffen überlassen kann, die großflächige Zerstörungen anrichten können.

Zwischen dem, was die Menschen mehrheitlich als akzeptables individuelles Verhalten und akzeptables „staatliches" Verhalten ansehen, besteht eine riesige Kluft. Hinzu kommt noch, dass der Punkt, an dem der „Staat" zu weit geht, für sie irgendwie vom Zufall abhängt. Der Maßstab für moralisches Verhalten, der an einzelne Menschen angelegt wird, ist eindeutig: Zu stehlen, zu betrügen, andere zu verletzen oder zu ermorden ist inakzeptabel. Der Maßstab für richtig und falsch, der an den „Staat" und an die „Regierung" angelegt wird, scheint dagegen vollkommen beliebig zu sein. Es wird zum Beispiel als allgemein richtig angesehen, dass der Verkauf und Konsum von Alkohol nicht „gesetzlich verboten" ist. Der Verkauf und Konsum von Marihuana muss hingegen „gesetzlich verboten" bleiben und Verstöße müssen gewaltsam bekämpft werden.

Ein weiterer bizarrer Widerspruch ist, dass die meisten Menschen zu Recht mit großer Empörung reagieren würden, wenn der „Staat" sie dazu zwingen würde, den Müll in der eigenen Nachbarschaft einzusammeln. Aber die meisten betrachten es als legitim, wenn der „Staat" durch die militärische „Einberufung" sie dazu zwingt, in ein anderes Land zu gehen, um Menschen zu töten oder sich töten zu lassen.

Menschen dazu zu zwingen, um die halbe Welt zu reisen, um wildfremde andere Menschen zu ermorden, ist die abscheulichste Form von Zwangsarbeit. Bezeichnenderweise wurde sie von der US-„Regierung" unter Verletzung der eigenen Regeln angeordnet: Der dreizehnte Verfassungszusatz verbietet „unfreiwilligen Militärdienst". Was die „Regierung" darf, muss sich an

keinerlei Prinzipien orientieren.

Weltweit und in der gesamten Geschichte haben die Menschen sehr langsam damit angefangen, Widerstand gegen Tyranneien zu leisten. So lange das Ausmaß der Tyrannei nur langsam und stetig zunimmt, entsteht nicht der Eindruck, sie sei „zu weit gegangen". Das liegt daran, dass die Tyranneien keine moralischen Prinzipien haben, nach denen beurteilt werden kann, was richtig und was falsch ist. Wer keine Grenzen kennt, kann auch nicht „zu weit gehen" und diese Grenzen überschreiten.

Der Glaube an die „Autorität" ist mit moralischen Prinzipien völlig unvereinbar. Prinzipien würden voraussetzen, dass diejenigen, die die „Autorität" darstellen, sich an genau die gleichen Verhaltensregeln halten müssen wie alle anderen. Das ist logisch, denn wie soll es Untergebenen möglich sein, ihren Herren bestimmte Verhaltensweisen aufzuzwingen? Und wenn „Steuern", also die Zwangsenteignung von Vermögen, von 62 Prozent auf 63 Prozent steigen, wie könnte der Staatsgläubige dann sagen, dass die „Regierung" dadurch eine bestimmte Grenze überschritten habe oder dass sie damit „zu weit gegangen" sei?

Es kann kein Prinzip geben, nach dem Raub richtig ist. Raub an sich und unabhängig von seinem Ausmaß ist falsch. Auch wenn der Raum als „legal" bezeichnet wird. Wenn 1 Prozent Zwangsenteignung durch die „Regierung" legitim ist, so gilt das im Prinzip auch für 99 Prozent. Entweder die Herrscher sind Eigentümer des Volkes und haben das Recht so viel von ihrem Eigentum zu nehmen, wie sie wollen - oder sogar die Menschen selbst zu besitzen - oder die Herrscher haben kein Recht, ihnen auch nur die kleinste Kleinigkeit gewaltsam wegzunehmen. Ein Prinzip zeichnet sich dadurch aus, dass es keine Ausnahmen irgendwo dazwischen gibt. Wie könnte es auch? Es ist nicht rational begründbar, dass 46 Prozent Versklavung gut ist, aber dass 47 Prozent schlecht ist. Eine prinzipielle Grenze irgendwo zwischen 0 Prozent und 100 Prozent kann es nicht geben.

Wenn die Gewalt der „Regierung" beginnt, Grenzen zu überschreiten und dadurch offensichtlich willkürlich und bösartig wird, wird sie von den Staatsgläubigen in Frage gestellt. Aber es gibt keinerlei Grenzen, an denen sie die Rechtmäßigkeit der Handlungen der herrschenden Klasse messen können. Sobald einmal akzeptiert wird, dass eine Gruppe von Menschen ein Recht dazu hat gewaltsam gegen andere vorzugehen, gibt es keinen objektiven Maßstab mehr, der dieses Recht begrenzen könnte. Wenn der „Staat" die Menschen zum Vorzeigen einer schriftlichen Erlaubnis zwingen kann, um mit dem Auto zum Laden an der nächsten Ecke zu fahren, warum sollte er dann nicht von ihnen eine ebensolche Erlaubnis verlangen können, die gleiche Strecke zu Fuß zu gehen? Wenn es rechtens ist, dass der „Gesetzgeber" von den Menschen verlangt, ihre privaten Schusswaffen zu erfassen und zu regulieren, warum soll es dann nicht auch rechtens sein, alles was sie sagen oder schreiben zu speichern und zu regulieren? Wenn es in Ordnung ist, dass die „Regierung" ein Monopol auf das Versenden von Briefen schafft, wie es in den USA mit dem Postal Service der Fall ist, warum soll es dann nicht in Ordnung sein, wieder ein Monopol auf Telefondienste einzuführen?

Der „Staat" verdrängt Freiheit immer zugunsten von Totalitarismus. Sobald der „Staat" zugelassen wird, wird anerkannt, dass es eine herrschende Klasse gibt. Für die Befugnisse dieser Klasse gibt es naturgemäß keine objektive Grundlage, sonst wäre sie keine herrschende Klasse.

Es kann keinen rationalen moralischen Maßstab dafür geben, dass eine bestimmte Person das Recht hat, Aggressionen wie Diebstahl, Drohungen, Nötigung und Unterdrückung zu begehen. Dafür, dass er solche Taten nur zu einem gewissen Grad begehen darf oder nur, wenn es „notwendig" ist, gilt genau das gleiche. Als Sklave anzuerkennen, dass man das rechtmäßige Eigentum einer anderen Person ist und gleichzeitig zu behaupten, dass es Grenzen für das gibt, was der Eigentümer mit einem machen kann, ist ein logischer Widerspruch. Als Sklave irgendeinen Herren zu akzeptieren (einschließlich einer sogenannten „Regierung") und dann zu glauben, dass man - als Untergebener - über das Ausmaß der Macht des Herren bestimmen kann, entbehrt jeder Logik und Realität. Trotzdem ist es genau das, was alle Gläubigen bei „repräsentativen Regierungen" tun wollen.

Die Staatsgläubigen akzeptieren es grundsätzlich, das Eigentum eines anderen zu sein, und zwar das Eigentum der Menschen, die angeblich die „Autorität" darstellen. In diesem Glauben betteln sie ihren Herren um Gefälligkeiten an. Indem sie dieses tun, verstärken sie den Glauben, dass den Herren vorbehalten sei, was mit den Untertanen geschieht.

Sämtliche „politischen Prozesse" lassen sich mit einem Satz zusammenzufassen: „Wir, das Volk, bitten Sie, die Herrscher, um Erlaubnis, dies und jenes tun zu dürfen." Allen politischen Aktivitäten liegt implizit zugrunde, dass das einzige Recht der Menschen darin besteht, zu jammern und betteln. Letztendlich sind es immer die Herren, die darüber entscheiden, was geschieht. Für „Gesetzesänderungen" einzutreten, setzt voraus, „die Gesetze" als rechtmäßig anerkannt zu haben. Im Gegensatz dazu würde das Opfer eines bewaffneten Autoräubers den Täter niemals um Erlaubnis bitten, sein Auto zu behalten. Wenn das Opfer die Möglichkeit hat, den Angriff gewaltsam abzuwehren, so hätte es jedes Recht, dieses auch zu tun.

Um etwas zu bitten bedeutet, zu akzeptieren, dass die Entscheidung der Person vorbehalten ist, an die die Bitte gerichtet ist. Die „Regierung" um ein bisschen mehr Freiheit zu bitten bedeutet also zuzugeben, dass die Menschen an der „Regierung" das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob es mehr Freiheit gibt oder nicht. Um Freiheit zu bitten ist, nicht frei zu sein, sondern seine Unterwerfung unter jemand anderen anzuerkennen. Es ist ein Widerspruch in sich, auf „unveräußerliche Rechte" zu verweisen und die Politiker gleichzeitig um „gesetzliche Erlaubnis" zu bitten, diese Rechte wahrzunehmen. Der religiöse Glaube an die „Autorität" veranlasst selbst die glühendsten Freiheitsaktivisten dazu, ihre eigene Unterwerfung hinzunehmen. Unabhängig davon, wie nachdrücklich sie die Politiker darum „bitten", bestimmte „Gesetze" zu ändern, verstärken diese „freiheitsliebenden" Menschen mit ihrem Autoritätsglauben nur den Anschein der Rechtmäßigkeit der Herrscherkaste. Allein dadurch, dass sie implizit zustimmen, dass die Menschen die Herrscherkaste um „Erlaubnis" bitten müssen, um das Recht zu erhalten, was auch immer zu tun.

Die Auswirkungen der Autoritätsgläubigkeit auf Freiheitsaktivisten

Die „Regierung" selbst richtet keinen Schaden an, denn sie ist ein fiktives Wesen. Aber der Glaube an die „Regierung", also die Vorstellung, dass manche Menschen tatsächlich das moralische Recht haben, andere zu beherrschen, hat zu Schmerz und Leid, Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Versklavung und Tod in grenzenlosem Ausmaß verursacht.

Das grundlegende Problem besteht weder in irgendwelchen „Regierungsgebäuden" noch in Politikern, Soldaten oder sonstigen Staatsdienern. Das grundlegende Problem ist nicht eine Organisation, die abgewählt, gestürzt, oder „reformiert" werden kann. Das grundlegende Problem ist der Glaube selbst. Die Wahnvorstellung, der Aberglaube und Mythos der „Autorität" in den Köpfen von mehreren Milliarden von Menschen, einschließlich derer, die wegen dieses Glaubens am stärksten leiden mussten.

Paradoxerweise wirkt sich der Glaube an die „Autorität" dramatisch auf die Wahrnehmung und Handlungen ausgerechnet jener aus, die aktiv gegen ein bestimmtes Regime kämpfen. Der Glaube verändert und begrenzt die Möglichkeiten der Dissidenten, gegen die Unterdrückung „zu kämpfen" sehr drastisch, und fast alle ihre Bemühungen sind wirkungslos. Selbst im seltenen Fall, dass eine bestimmte Tyrannei beendet wird, wird diese so gut wie immer durch eine andere ersetzt, die meist noch schlimmer ist als die zuvor beseitigte. Anstelle des Kampfes gegen eine nicht existente Bestie, sollten die „Freiheitskämpfer" erkennen, dass sie nicht existiert, dass sie nicht existieren kann und dann entsprechend handeln.

Wenn nur wenige Menschen ihren Aberglauben überwinden, werden diese wahrscheinlich lächerlich gemacht, verurteilt, angegriffen, eingesperrt oder von denen, die immer noch fest daran glauben, ermordet. Aber wenn eine signifikante Minderheit den Aberglauben ablegt und ihr Verhalten entsprechend ändert, wird sich auch die Welt drastisch ändern. Wenn die Menschen wahre Freiheit wollen, werden sie sie bekommen, ohne dass Wahlen oder Revolutionen nötig sind. Das Problem ist, dass kaum jemand wirklich will, dass die Menschheit frei ist. Kaum jemand widersetzt sich dem Prinzip der Unterdrückung, so dass die Wirkung des religiösen Glaubens an die „Autorität" bestehen bleibt. Und zwar auch in den Köpfen der meisten Menschen, die sich als Rebellen, Nonkonformisten und Freidenker bezeichnen.

In ihrer Jugend gehen viele Menschen durch eine Phase der scheinbaren Aufsässigkeit, in der genau das getan wird, was nach Meinung der „Autorität" nicht getan werden sollte: Rauchen, Promiskuität, Drogenkonsum, bestimmte Kleidungsstücke oder Frisuren, Tattoos oder Piercings usw. Das alles erfolgt, wenn auch in einer abgeschwächten Form, in einer durch den religiösen Glauben an die „Autorität" kontrollierten Form. Anstatt um des Gehorsams Willen zu gehorchen, sind um des Ungehorsams Willen nicht unfolgsam. Anzeichen für eigenständiges Denken gibt es keine. Sie verhalten sich wie wütende Kinder anstatt wie zufriedene Kinder, benehmen sich aber noch lange nicht wie Erwachsene. Und in den meisten Fällen dauert es nicht lange, bis sie ihren natürlichen Drang wieder verlieren, die Ketten der „Autorität" zu sprengen. Sie „wachsen aus ihrem antiautoritären Ich wieder heraus" und verwandeln sich nach und nach zurück in „Vorzeigebürger", also in gehorsame Untertanen.

Die vermeintlich radikalen, antiautoritären Hippies der 1960er Jahre wurden beispielsweise mehr oder weniger mit der Präsidentschaft von Bill Clinton zur neuen „Regierung" der Vereinigten Staaten. Selbst die „Pazifisten" entschieden sich genauso wie ihre Vorgänger und trotz ihres Prinzips des „Leben und leben lassens" dafür, gewaltsam im Leben anderer Menschen herumzupfuschen, als ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, zur neuen „Autorität" zu werden - auch durch militärische Eroberung. Bei der „Generation X" und der „Generation MTV" war es genau das gleiche. Es immer nur darum, Menschen, die mit ihnen einer Meinung waren, an die Macht zu bringen, anstatt wirkliche Freiheit zu erreichen.

Es sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge, sich über eine bestimmte herrschende Klasse zu beschweren oder den prinzipiellen Irrsinn der „Autorität" zu erkennen und schließlich loszuwerden. Unter den vielen Formen der Rebellion und des Nonkonformismus gibt es kaum eine, die gegen die religiöse Gläubigkeit an die „Autorität" vorgegangen ist. Stattdessen wurde lediglich versucht, eine neue „Autorität" zu erschaffen. Eine neue herrschende Klasse, eine neue „Regierung", eine neue zentralisierte Unterdrückungsmaschinerie, die dazu dient, die Nachbarn gewaltsam zu unterwerfen und zu kontrollieren.

Nahezu alle so genannten „Rebellen" sind Hochstapler, die so tun, als würden sie Widerstand gegen „die Macht" leisten. Sie wollen in Wirklichkeit nur selbst an die Hebel der Macht. Und nichts anderes ist zu erwarten. Wenn die Annahme besteht, dass es eine „Autorität" notwendig sei und dass eine „Regierung", die eine Bevölkerung kontrolliert, etwas Rechtmäßiges sein soll, warum sollte jemand nicht an der Spitze stehen wollen? Jeder Mensch will die Welt so haben, wie er sie sich vorstellt und welchen besseren Weg könnte es geben, als selbst auf dem Thron zu sitzen? Wenn jemand davon ausgeht, dass autoritäre Macht rechtmäßig sei, warum sollte er nicht wollen, dass diese dazu eingesetzt wird, die Welt so umzugestalten, wie er es sich vorstellt?

Deshalb sind die einzigen Menschen, die für wahre Freiheit eintreten mit Anarchisten und Voluntaristen Menschen, die verstanden haben, dass andere mit Gewalt zu beherrschen nicht rechtmäßig sein kann. Auch wenn das als „Gesetz" bezeichnet wird und auch wenn es im Namen „des Volkes" geschieht oder im Namen des „Gemeinwohls". Einen neuen, klügeren, weiseren, anständigeren Herren an die Spitze der Herrschaft setzen zu wollen ist vollkommen unvereinbar mit dem Streben nach einer Welt, in der es keine Herren und keine Sklaven gibt.

Ebenso groß ist der Unterschied zwischen einem Sklaven, der an das Prinzip der Freiheit glaubt und einem Sklaven, der selbst zum neuen Herren werden will. Auch wenn der Sklave tatsächlich beabsichtigt ein freundlicher und großzügiger Herr zu sein. Selbst diejenigen, die eine relativ begrenzte, „gute Regierung" befürworten, wenden sich gegen die Freiheit. Solange die Menschen den religiösen Glauben an die „Autorität" nicht ablegen, führt jeder Sturz einer Tyrannei zur Gründung und zum Heranwachsen der nächsten Tyrannei.

Die Geschichte ist voll von Beispielen wie Fidel Castro und Guevara, die sich selbst nur so lange als „Freiheitskämpfer" hinstellten, bis sie selbst die neuen Unterdrücker waren. Sie und ihre Freunde leisteten zweifellos vehementen Widerstand gegen die Unterdrückung, aber sie waren nicht prinzipiell gegen jede autoritäre Unterdrückung, was man am Ende klar daran erkennen konnte, als sie selbst an der Macht waren. Dieses Muster hat sich im Laufe der Geschichte ständig wiederholt. Die Ablehnung des einen tyrannischen Regimes ist stets die Geburtsstunde des nächsten tyrannischen Regimes. Auch Hitlers Machtergreifung war zum Großteil auf die Wut zurückzuführen, die den Deutschen durch die Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen infolge des Versailler Vertrages zugefügt wurden.

So lange die Rebellen dem religiösen Glauben an die „Autorität" verfallen sind, wird das Erste, was sie nach dem Sturz der „Regierung" tun, eine neue „Regierung" zu errichten. Und so haben auch große Tapferkeit und Heldentum unter den Staatsgläubigen zu weiter nichts als dem Austausch des Tyrannen durch einen anderen geführt. Viele erkennen zwar bestimmte Handlungen bestimmter Tyranneien als solche, aber kaum jemand erkennt, dass das zugrundeliegende Problem nicht darin

besteht, wer auf dem Thron sitzt. Das Problem ist, dass es einen Thron gibt, auf dem irgendwer sitzen kann. Dass dieses nicht erkannt wird, ist auch das Problem bei eher banalen, relativ friedlich ablaufenden „Reformen".

In den USA ist zum Beispiel ein großer Teil der Bevölkerung durchaus in der Lage, die Ungerechtigkeiten durch den „Krieg gegen die Drogen", durch globale Kriegstreiberei und andere Rechtsverletzungen zu erkennen, die von der republikanischen Tyrannei begangen werden. Weil sie aber den religiösen Glauben an die „Autorität" nicht als das eigentliche Problem wahrnehmen, halten sie es für richtig, die Hebel der Macht an die demokratische Tyrannei zu übergeben. Diese begeht anschließend Rechtsverletzungen durch ausufernde „Besteuerung", „staatliche" Eingriffe in alle Bereiche der Wirtschaft, Vermögensumverteilung, Entwaffnung der Bürger durch „Verschärfungen des Waffenrechts" usw.

Und weil der religiöse Glaube an die „Autorität" erneut von denen, die diese Rechtsverletzungen als solche erkennen, nicht als das eigentliche Problem gesehen wird, sollen wiederum die republikanischen Tyrannen an die Hebel der Macht kommen. Und so vergeht ein Jahrzehnt nach dem anderen, in dem die Unterdrückungsmaschinerie nur den Besitzer wechselt, während die individuelle Freiheit in allen Bereichen des Lebens immer mehr verlorengeht. Und dennoch ist das Einzige, was den meisten Amerikanern als Lösung dazu einfällt, eine weitere Wahl oder eine andere politische Partei oder eine andere Lobbyarbeit. In der Hoffnung, ihr Flehen um eine anständigere und wohlwollendere herrschende Klasse möge erhört werden.

Einige Leute, die die Katastrophe erkennen, die durch das Zweiparteiensystem verursacht wird, sehen die Verantwortung für die Verfehlungen der „Regierung" beim „Extremismus". Sie glauben, dass alles besser wird, wenn die Menschen irgendeine Form der Unterdrückung zwischen dem „Linksextremismus" und dem „Rechtsextremismus" unterstützen. Solche Menschen behaupten, unabhängig, aufgeschlossen und moderat zu sein. In Wirklichkeit sind sie lediglich Befürworter einer allgemeinen Unterdrückung statt Befürworter einer besonderen Geschmacksrichtung der Unterdrückung. „Links" und „Rechts" sind nur zwei Masken, die ein und dieselbe herrschende Klasse aufsetzt. Eine weitere Maske, die einen Kompromiss zwischen den beiden anderen darstellen soll, wird keinerlei Auswirkungen haben. Am grundlegenden Problem und an der Zerstörung, die sie anrichtet, ändert sich rein gar nichts. Irgendeine Position zwischen der „linken" und der „rechten" Tyrannei zu unterstützen, führt nicht zur Freiheit, sondern nur dazu, dass sich beide Seiten an der Tyrannei beteiligen.

Für die Wähler der Demokraten oder der Republikaner oder jeder anderen Partei gilt: Keiner erkennt das eigentliche Problem und keiner kommt deshalb einer Lösung näher.

Sie bleiben Sklaven, weil ihre Gedanken und Gespräche in der sinnlosen Frage gefangen sind, wer ihr Herr sein sollte. Die Möglichkeit ohne einen Herren, ziehen sie nicht in Betracht - und sie wagen es nicht einmal, an so eine Möglichkeit nur zu denken. Sie konzentrieren sich ausschließlich auf irgendwelche politische Aktionen. Eine Strategie, die zum Scheitern verurteilt ist, da die Grundlage jedes politischen Handelns und das eigentliche Problem der religiöse Glaube an die „Autorität" ist.

Leider ist trifft das auch für die weniger bekannten „politischen Bewegungen" zu, wie die Konstitutionalisten oder die Libertarian Party, die vermeintlich für mehr Freiheit eintreten. Solange

sie innerhalb der Spielregeln der „Regierung" denken und handeln, sind ihre Bemühungen zur Lösung des Problems nicht nur völlig ungeeignet, sondern sie verschlimmern die Situation durch unbeabsichtigte Legitimierung des Herrschaftssystems und der Unterdrückung.

Die Spielregeln

Selbst die Mehrheit der Menschen, die die Freiheit lieben und an die „unveräußerlichen Rechte" glauben, verschwenden durch ihren religiösen Glauben an die „Autorität" riesige Mengen an Energie. Am meisten konzentrieren sie darauf, ihre Tyrannen darum zu bitten, die „Gesetze" zu ändern. Egal, ob es sich um Kampagnen für oder gegen bestimmte politische Kandidaten handelt oder um Lobbyismus für oder gegen irgendwelche „Gesetze", sie verstärken lediglich die Annahme, dass Gehorsam gegenüber der „Autorität" ein moralischer Imperativ sei.

Wenn Aktivisten versuchen, die Politiker davon zu überzeugen, die „Steuern" zu senken oder irgendein „Gesetz" aufzuheben, geben sie implizit zu, dass sie die Erlaubnis ihrer Herren benötigen, um frei zu sein. Derjenige, der „für ein Amt kandidiert" und verspricht, für die Menschen zu kämpfen, nimmt ebenfalls an, dass es der „Regierung" vorbehalten ist, zu entscheiden, was das Fußvolk tun darf. Daniel Webster beschreibt es wie folgt: „Es gibt Menschen in allen Altersgruppen, die mit besten Absichten regieren wollen, aber sie wollen regieren. Sie versprechen zwar, gute Herren zu sein, aber sie wollen Herren sein."

Aktivisten verschwenden enorm viel Zeit, Geld und Mühe darauf, ihre Herren darum zu bitten, ihre Befehle zu ändern. Viele gehen ihnen sogar aus dem Weg, um Veränderungen „innerhalb des Systems" bewirken zu können, unter der Betonung, nichts „Illegales" tun zu wollen. Unabhängig von ihrem Unmut über die Machthaber zeigt das nur, dass sie immer noch an die „Autorität" glauben und mit „legalem" Unrecht kooperieren, bis ihre Herren die Regeln dergestalt ändern, dass die Gerechtigkeit „legalisiert" wird. Auch wenn die vordergründige Botschaft lautet, dass sie das, was die Herrscher tun, ablehnen, lautet die tatsächliche Botschaft, die von jeglicher politischer Aktivität an die Machthaber gerichtet ist: „Wir wünschen uns, dass Sie Ihre Befehle ändern. Aber wir werden weiterhin gehorchen. Auch wenn Sie es nicht tun."

Fakt ist, dass derjenige, der Freiheit erreichen will, in dem Moment bereits gescheitert ist, wenn er die Machthaber um Freiheit bittet. Die Antwort des Machthabers spielt keine Rolle. Das Betteln um den Segen der „Autorität" bedeutet bereits, zu akzeptieren, dass allein der Machthaber entscheiden darf und das wiederum definiert bereits die Rolle des Sklaven.

Jemand, der Politiker darum bittet, die „Steuern" zu senken, bestätigt bereits implizit, dass Politiker das Recht haben, zu entscheiden, wie viel ein Mensch von dem behalten darf, was er selbst erarbeitet hat. Jemand, der Politiker darum bittet, ihn nicht auf dem Wege der Verschärfung des Waffenrechts zu entwaffnen, gibt im gleichen Moment zu, dass es das Recht des Machthabers ist, zu entscheiden, ob er bewaffnet sein darf oder nicht. Jene, die die Politik dazu anhalten wollen, die „unveräußerlichen Rechte" der Menschen zu respektieren, glauben in Wirklichkeit nicht daran, dass es unveräußerliche Rechte gibt. Diese „Rechte" sind nur Privilegien, die ihnen je nach Lust und Laune der Machthaber gewährt werden oder nicht.

Die Machthaber wissen genau, dass sie nichts zu befürchten haben, so lange ihre Untergebenen unterwürfig angekrochen kommen und sie um Freiheit und Gerechtigkeit bitten. Die Unzufriedenen können so lautstark und nachdrücklich ihre „Rechte einfordern", wie sie nur wollen. Es bleibt bei der Botschaft zwischen den Zeilen, die sie tatsächlich an ihre Herrscher senden: „Wir sind einverstanden, Herr und Gebieter, dass nur du entscheiden darfst, was wir tun und was wir lassen sollen." Diese Botschaft steckt in jedem politischen Aktivismus, der irrtümlicherweise für irgendeine Form des Widerstands gehalten wird.

Häufig beteiligen sich die Menschen zum Beispiel an Protesten vor den Gebäuden der „Regierung". Sie schwenken Plakate, skandieren Parolen und manchmal werden sie sogar gewalttätig, um ihren Unmut über das Verhalten ihrer Herren auszudrücken. Doch selbst durch solche „Proteste" wird nichts anderes erreicht als die autoritäre Herrschaft zu bestärken. Aufmärsche, Sitzblockaden, Proteste usw. sind dazu da, die Machthaber davon zu überzeugen, ihr niederträchtiges Verhalten zu ändern. Aber sie beinhalten die Anerkennung, dass es in der Macht der Herren liegt zu entscheiden, was die Menschen tun dürfen, was zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt: Wenn die Menschen sich dazu verpflichtet fühlen, einer „Autorität" zu gehorchen, dann werden sie dazu verpflichtet, ihr zu gehorchen. Die Machthaber erhalten ihre gesamte Macht nur aus der Tatsache, dass bei ihren Untergebenen die Vorstellung besteht, dass sie die Macht haben.

Die Legitimierung der Unterdrückung

Je stärker Menschen versuchen, innerhalb des politischen Systems zu arbeiten, um Freiheit zu erreichen, desto stärker unterstützen sie das freiheitszerstörende System. Sie erhöhen dadurch den Anschein der Rechtmäßigkeit des Systems in ihrem eigenen Kopf und in den Köpfen aller Zuschauer. Politiker darum zu bitten, ihre „Gesetze" zu ändern, signalisiert, dass diese „Gesetze" irgendeine Bedeutung haben sollen und dass sie befolgt werden müssen. Es gibt nichts, was die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" besser veranschaulicht als das Spektakel, wenn hundert Millionen Menschen einige hundert Politiker um niedrigere „Steuern" anbetteln. Wenn die Menschen wirklich verstehen würden, dass die Früchte der Arbeit eines Menschen sein Eigentum sind, würden sie nie auf die Idee kommen, sich an so einem Irrsinn zu beteiligen. Sie würden einfach damit aufhören, ihr Eigentum an die politischen Parasiten zu übergeben.

Ihr sorgfältig antrainiertes Verlangen, die Genehmigung der „Autorität" einzuholen, entspricht der gleichen Denkweise und Mentalität eines Sklaven: Sie fühlen sich buchstäblich schlecht, wenn sie ihr eigenes Geld behalten und selbst entscheiden, wofür sie es ausgeben, ohne vorher die Erlaubnis des Herren einzuholen. Staatsgläubige, die auf Knien angekrochen kommen, um ihre größenwahnsinnigen Herren um Freiheit anzubetteln, sorgen allein durch dieses Verhalten dafür, dass sie niemals frei sein werden.

Es ist nicht möglich, an die „Autorität" zu glauben und gleichzeitig frei zu sein. Das Konzept einer „Regierung" zu akzeptieren bedeutet schließlich, die eigene Verpflichtung zum Gehorsam, also die eigene Versklavung gegenüber der „Regierung" zu akzeptieren. Leider glauben viele Menschen, dass das Anbetteln der Machthaber durch „politisches Handeln" alles ist, was sie tun können. So beteiligen sie sich immer und immer wieder an unsinnigen Ritualen, die nur dazu dienen, den Anschein der Rechtmäßigkeit der Beziehung zwischen Herren und Sklaven zu stärken, anstatt den Tyrannen einfach nicht mehr zu gehorchen. Der „Autorität" nicht zu gehorchen, „das Gesetz zu

brechen" und als „Kriminelle" bezeichnet zu werden, ist sehr viel schlimmer für sie, als sich in die Rolle des Sklaven zu fügen.

Menschen, die ein deutlich niedrigeres Ausmaß an autoritärer Kontrolle und Zwang erreichen wollen, werden manchmal beschuldigt, gegen die „Regierung" zu sein, woraufhin sie vehement entgegnen, nicht gegen eine „Regierung" an sich zu sein, sondern nur eine bessere „Regierung" haben zu wollen. Mit ihren eigenen Worten geben sie zu, dass sie nicht an die Freiheit glauben, dafür aber an das göttliche Recht der Politiker und daran, dass eine herrschende Klasse eine gute und rechtmäßige Sache sei.

Nur jemand, der sich dazu verpflichtet fühlt, den Befehlen von Politikern gehorchen zu müssen, will es vermeiden, als „Regierungs- oder Staatsgegner" bezeichnet zu werden. Da „Regierung" und „Staat" immer auf Aggression und Unterdrückung hinauslaufen, kann man nicht wirklich für Freiheit eintreten, ohne ein „Regierungsgegner" zu sein. Die Tatsache, dass so viele politische Aktivisten nicht als „Regierungsgegner" bezeichnet werden wollen, zeigt, wie tief verwurzelt der religiöse Glaube an die „Autorität" ist. Und zwar auch in den Köpfen derer, die meinen, glühende Verfechter der individuellen Freiheit zu sein.

An dieser Stelle sei auf ein besonders faszinierendes Phänomen hingewiesen: Immer mehr Menschen, die über die autoritäre Ungerechtigkeit empört sind, aber immer noch nicht dazu bereit sind, ihren religiösen Glauben an die „Autorität" aufzugeben, versammeln sich in der Freiheits-, Miliz- oder Patriotenbewegung. Sie glauben, irgendein „legales" Heilmittel gefunden zu haben, das die Tyrannen davon überzeugen wird, sie in Ruhe zu lassen. [In Deutschland gibt es mit den „Reichsbürgern" und dergleichen ähnliche Bewegungen, Anm. d. Übers.].

Im Lauf der Jahre ist eine Theorie nach der anderen aufgetaucht, der zufolge irgendeine geheime „Regierung" existieren oder irgendeinen „legalen" Trick oder irgendein offizielles Verfahren geben soll, das die Menschen aus der Gewalt der „Regierung" befreien kann. Leider zeigt das alles nur, dass diese Menschen nichts weiter tun als nach einem Weg zu suchen, die Erlaubnis zu erhalten, frei zu sein. Doch der Weg in die Freiheit bestand noch nie darin, und wird nie darin bestehen, ein neues politisches Ritual, ein neues „legales" Stück Papier oder ein Argument oder irgendeine andere Form der „politischen" Aktivität hervorzuzaubern. Der einzige Weg in die Freiheit besteht darin, dass jeder Einzelne seinen eigenen religiösen Glauben an die „Autorität" ablegt.

Der libertäre Widerspruch

Dass es eine „libertäre" politische Partei gibt, ist vielleicht das beste Beispiel dafür, wie der Glaube an die „Autorität" das Denken verzerrt und der Freiheit Steine in den Weg legt. Das Herz und die Seele des Libertarismus ist das Nichtangriffsprinzip. Nach diesem ist die Initiierung von Gewalt oder der Betrug an anderen ausnahmslos falsch. Gewaltandrohung und -anwendung sind nur zur Verteidigung gegen einen Angriff in Ordnung.

Das Prinzip ist in sich vollkommen schlüssig und moralisch einwandfrei. Aber es durch einen politischen Prozess zu realisieren ist vollkommen widersprüchlich, da das Konzept einer „Regierung" und eines „Staates" mit dem Nichtangriffsprinzip unvereinbar ist. Wenn eine Organisation jegliche Androhung und Anwendung von Gewalt außerhalb des Verteidigungsfalles

unterbindet, dann kann sie keine „Regierung" sein. So eine Organisation hätte kein Recht auf Herrschaft, kein Recht darauf, „Gesetze" zu erlassen, sie hätte kein Monopol auf die Gewährleistung von Sicherheit und kein Recht auf alles andere, wozu jeder normale Mensch auch berechtigt ist.

Eine Ausrede der libertären politischen Aktivisten ist die Behauptung, dass die Gesellschaft der Autoritätsgläubigen sich nur dann in eine freie Gesellschaft umwandeln kann, wenn das langsam und Schritt für Schritt geschieht. Das ist aus einem ganz einfachen Grund noch nie geschehen und wird auch nie geschehen: Entweder gibt es eine „Autorität" oder es gibt sie nicht. Entweder gibt es eine als rechtmäßig angesehene herrschende Klasse mit dem vermeintlichen Recht, alle zu beherrschen, oder jeder Einzelne gehört sich selbst und ist nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet. Das eine schließt das andere aus. Es kann kein Dazwischen geben, weil es unmöglich ist, gleichzeitig dem „autoritären" Befehl zu gehorchen und seinem individuellen Urteil treu zu bleiben. Eines muss zwangsläufig dem anderen übergeordnet sein. Wenn die „Autorität" das Gewissen außer Kraft setzt, dann ist das gemeine Volk das Eigentum der Herrscherklasse. In diesem Fall kann und darf es keine Freiheit geben. Wenn allerdings das Gewissen über der „Autorität" steht, entsteht Selbsteigentum und jeder Einzelne entscheidet selbst, was er für richtig und was er für falsch hält. Was irgendeine selbsternannte „Autorität" oder irgendein „Gesetz" vorschreibt, ist irrelevant. Es kann weder eine „Grauzone" noch einen Kompromiss zwischen diesen beiden Möglichkeiten geben.

Der Versuch, aus dem Libertarismus eine politische Bewegung zu machen, setzt eine verstümmelte, pervertierte Mischform dieser zwei Möglichkeiten voraus. Und zwar, dass ein System der Herrschaft - die „Regierung" - dazu verwendet wird, individuelle Freiheit zu erreichen. Immer wenn ein „Libertärer" Lobbyismus betreibt oder für ein politisches Amt kandidiert, zeigt er durch seine eigenen Handlungen, dass die „Autorität" und das menschgemachte „Gesetz" rechtmäßig seien. Wer aber tatsächlich an das Nichtangriffsprinzip glaubt, würde anerkennen, dass die Befehle von Politikern, also die „Gesetze", nicht über diesem Prinzip stehen können und dass grundsätzlich jedes „Gesetz", das im Widerspruch zu diesem Prinzip steht, nicht rechtmäßig sein kann.

Dies gilt auch für die „unveräußerlichen Rechte". Wenn ein Individuum ein Recht dazu hat, etwas zu tun, dann braucht es definitionsgemäß keine Erlaubnis irgendeines Herren, um es zu tun. Es muss sich weder für eine Veränderung der „Gesetzgebung" einsetzen, noch muss es versuchen, irgendwelche Herren zu wählen, die seine Rechte respektieren. Jeder, der tatsächlich an das Nichtangriffsprinzip glaubt - das ist die fundamentale Prämisse des Libertarismus - muss ein Anarchist sein, da es logisch unmöglich ist, gegen die Initiierung von Gewalt zu sein und gleichzeitig irgendeine Form von „Regierung" zu unterstützen, die durch nichts anderes als eben diese Initiierung von Gewalt definiert ist.

Libertäre können auch keine Konstutionalisten sein. In der Verfassung ist in Artikel 1, Abschnitt 8 beispielsweise deutlich festgeschrieben, dass bestimmten Menschen das Recht gegeben wird, Gewalt zu initiieren. Unter anderem durch „Besteuerung" und „Regulierung". Das Nichtangriffsprinzip des Libertarismus schließt logisch jegliche „Regierung" aus, also auch eine konstitutionelle Republik. (Jeder, der versucht, eine „Regierung" als eine Organisation zu sehen, die keine Angriffshandlungen durchführt, beschreibt im besten Fall eine private Sicherheitsfirma.) Den meisten Menschen wurde der religiöse Glaube an die „Autorität" so gründlich eingeimpft, dass sie

sich ihm sogar dann bereitwillig hingeben, wenn sie die moralische Überlegenheit eines Lebens nach dem Nichtangriffsprinzip - also dem Grundprinzip des Libertarismus - klar vor sich sehen. Selbst dann weigern sie sich standhaft zuzugeben, dass ein Recht zu herrschen niemals als Werkzeug dazu eingesetzt werden kann, Freiheit und Gerechtigkeit zu erreichen.

Darüber zu diskutieren, was der Machthaber tun sollte - nichts anderes ist „Politik" - und zu erklären und zu begründen, dass der Herrscher kein Recht dazu hat, überhaupt zu regieren, sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge. Als Libertärer für ein Amt zu kandidieren entspricht dem Versuch, diese beiden widersprüchlichen Dinge gleichzeitig zu tun. Es legitimiert das Amt, das der Kandidat anstrebt, auch wenn er behauptet, an das Nichtangriffsprinzip und an das Selbsteigentum zu glauben, welches im Widerspruch dazu steht, ein „öffentliches Amt" zu bekleiden. Wenn das Ziel darin besteht, individuelle Freiheit zu erreichen, ist „politisches Handeln" nicht nur nutzlos, sondern enorm kontraproduktiv, weil es in der Hauptsache den Anschein der Rechtmäßigkeit der Macht der herrschenden Klasse stärkt. Der einzige Weg, um Freiheit zu erreichen, besteht darin, zunächst die eigene geistige Freiheit zu erreichen und zu realisieren, dass niemand ein Recht dazu hat, andere zu beherrschen. Und das wiederum bedeutet, dass eine „Regierung" bzw. „Staat" weder rechtmäßig noch moralisch sein können, ja noch nicht einmal real existieren. Wer das nicht realisiert und weiterhin „das System" darum anbettelt, frei zu sein, spielt den Tyrannen direkt in die Karten.

Auch das Betteln um niedrigere „Steuern" oder um weniger „Steuerverschwendung" oder um „Legalisierungen" oder „Deregulierungen" oder um Senkung der „Staatsquote" geht am eigentlichen Problem vorbei. Es verstärkt das eigentliche Problem sogar, indem unwissentlich der Glaube ständig wiederholt und verstärkt wird, dass die Voraussetzung für Freiheit ist, dass die Machthaber sie für „rechtmäßig" erklären. Politisches Handeln stärkt dem Wesen nach immer die Herrscher und entmachtet die Beherrschten. Wenn genug Leute den religiösen Glauben an die „Autorität" erkennen und ihn ablegen, ist keine Wahl nötig, keine sonstige politische Aktion, geschweige denn eine Revolution. Wenn sich die Leute nicht mehr einbilden, den Politikern gehorchen zu müssen, werden diese buchstäblich wegignoriert.

Der Glaube an die „Demokratie" schwächt die Fähigkeit der Menschen erheblich der Tyrannei zu widerstehen, indem er die Wege des Widerstands blockiert. Wenn zum Beispiel 49 Prozent der Bevölkerung niedrigere „Steuern" wünscht, aber trotzdem weiter am religiösen Glauben an die „Autorität" festhält, können sie genau Null über den Umweg der „Demokratie" erreichen. Wenn dagegen auch nur 10 Prozent der Bevölkerung überhaupt keine „Steuern" zahlen wollen und den religiösen Glauben an die „Autorität" einschließlich der „demokratischen" Version losgeworden sind, werden sie ihr Ziel durch simplen Ungehorsam erreichen. Wenn in den USA beispielsweise 20 Millionen Menschen - also weniger als 10 Prozent der „Steuerzahler" - offen jeden weiteren Erpressungsversuch durch die Verweigerung der Kooperation mit dem Finanzamt unterbinden würden, könnten die Machthaber nichts dagegen tun und der berüchtigte Internal Revenue Service (IRS) würde gemeinsam mit seiner riesigen Erpressungsmaschinerie mit quietschenden Bremsen zum Stehen kommen. Für die 100.000 IRS-Mitarbeiter wäre es völlig unmöglich, ständig Millionen von Amerikanern zu berauben, die keinerlei Verpflichtung zur Zahlung empfinden. Es wäre auch für jede andere Institution unmöglich, irgendwelche „Gesetze" durchzusetzen, wenn auch nur ein Bruchteil der Bevölkerung nicht mehr gehorchen, ohne Scham oder Schuldgefühle dabei zu empfinden. Offene Gewalt alleine kann sie nicht dazu bringen, zu kooperieren.

Jede größere Bevölkerung, die Gehorsam nicht als etwas Wünschenswertes und Anständiges anerkennt und keine Verpflichtung dazu empfindet, den Befehlen jener zu gehorchen, die behaupten, das Recht auf Herrschaft zu haben, würde sich niemals unterdrücken lassen. Kriege entstehen nur, weil die Menschen sich dazu verpflichtet fühlen, in den Kampf zu ziehen, allein weil die „Autorität" das anordnet. Wie das alte Sprichwort besagt: „Stelle dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin." Solange die Leute in der Illusion gehalten werden, ständig betteln zu müssen, um frei zu sein, können sie mit Leichtigkeit unterworfen und unter Kontrolle gebracht werden. Solange die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber einer „Autorität" über den persönlichen Überzeugungen und individuellen Werturteilen steht, sind diese persönlichen Überzeugungen und Meinungen in praktischer Hinsicht irrelevant. Sofern und solange ein Freiheitsbefürworter dazu bereit ist, dem Herren zu gehorchen, um „das Gesetz nicht zu brechen", ist seine Freiheitsliebe nur Lüge und Heuchelei und er wird überhaupt nichts erreichen.

Der neue Boss ist der alte

Viele denken, dass es keine Gesellschaft ohne Herrscher geben kann, weil in dem Augenblick, in dem die eine „Regierung" kollabiert oder gestürzt wird, sofort die nächste „Regierung" an die Macht kommt. In gewisser Hinsicht ist das richtig. Wenn die Menschen auch nach dem Sturz einer „Regierung" weiterhin am religiösen Glauben an die „Autorität" festhalten, werden sie tatsächlich den alten Herrscher lediglich durch einen neuen ersetzen. Aber die Ursache dafür ist weder die Notwendigkeit der „Regierung" noch das Wesen des Menschen.

Fast alle „Freiheitskämpfer", die gegen Tyrannei und Unterdrückung vorgehen, scheitern daran, zu erkennen, dass das eigentliche Problem nie die Menschen sind, die gerade an der Macht sind. Das eigentliche Problem befindet sich in den Köpfen der unterdrückten Menschen einschließlich der Köpfe der „Freiheitskämpfer". So lange die Menschen am religiösen Glauben an die „Autorität" festhalten, wird die Unterdrückung langfristig auch nicht durch eine offene gewaltsame Revolution enden. Die eine Herrschaft wird einfach durch eine andere ersetzt.

(Kaum einem, der seine Flagge am „Unabhängigkeitstag" schwenkt, ist bewusst, dass das Ausmaß der Unterdrückung unter König George III. kurz vor der amerikanischen Revolution ein Witz im Vergleich zu dem war, was die US-Bürger aktuell an „Besteuerung", „Regulierung" und anderen autoritären Nötigungen und Schikanen tagtäglich erleben.)

Bestimmte Ungerechtigkeiten im Namen bestimmter Regimes sind für die Menschen leicht zu erkennen. Viel schwieriger ist es für sie hingegen zu erkennen, dass die Ursache für diese Ungerechtigkeiten das in der Bevölkerung verbreitete Glaubenssystem ist. Die Geschichtsbücher sind voll von Beispielen langer, blutiger Tyranneien, die durch blutige Revolutionen beseitigt und durch eine neue Tyrannei ersetzt wurden. Die Art der Tyrannei kann sich ändern. Eine kommunistische Monarchie kann sich mit einer „rechten" Diktatur abwechseln, gefolgt von einer „linken" Diktatur, wiederum gefolgt von einer unterdrückerischen Theokratie, anschließend ersetzt durch ein nicht weniger unterdrückerisches „populistisches" Regime usw. So lange der religiöse Glaube an die „Autorität" bleibt, bleibt es auch bei der Unterdrückung.

Selbst die abscheulichsten Gräueltaten, die im Namen der „Autorität" an unschuldigen Menschen begangen wurden, führten bisher kaum dazu, das Konzept der „Autorität" an sich in Frage zu

stellen. Stattdessen geht es immer nur darum, sich bestimmten Tyrannen zu widersetzen. Ein Beispiel war der Widerstand gegen die Nazis durch die Kommunisten, die ihrerseits ein unterdrückerisches Regime befürworteten, was mindestens ebenso bösartig und zerstörerisch wie Hitlers Drittes Reich gewesen ist. Aufgrund ihrer religiös-autoritären Denkweise hatten die Deutschen keinerlei Chance, Frieden oder Gerechtigkeit zu erreichen. Die gesamte öffentliche Diskussion drehte sich nur darum, welche Variante einer allmächtigen Herrschaft eingerichtet werden sollte, ohne auch nur einen einzigen Gedanken daran zu verschwenden, dass es überhaupt keine solche Herrschaft geben sollte. Solche Diskussionen sind überall auf der Welt an der Tagesordnung. Es wird ständig darum gestritten, wer herrschen sollte, anstatt die Frage zu diskutieren, ob überhaupt jemand herrschen sollte.

Zwischen Weisheit und Wahnsinn

Im späten 18. Jahrhundert ereignete sich etwas sehr Ungewöhnliches, das scheinbar dazu in der Lage war, den ewigen Kreislauf der Tyranneien zu brechen. Dieses Ereignis war die Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Das Ereignis war nicht ungewöhnlich, weil sich die Leute gegen einen Tyrannen auflehnten - das war bereits unzählige Male zuvor geschehen. Es war ungewöhnlich, weil die Rebellen einige grundlegenden philosophischen Prinzipien thematisierten: die Ablehnung nicht nur eines bestimmten Regimes, sondern die Ablehnung der Unterdrückung als solche. Fast.

Die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung, die einige Jahre später folgten, enthielten eine Mischung aus tiefsinnigen Einsichten und eklatanten Widersprüchen. Damals wurde nicht ausschließlich über denjenigen diskutiert, der die Macht erhalten sollte. Man konzentrierte sich stark auf das Konzept der Rechte des Einzelnen und die Begrenzung der Macht von „Staat" und „Regierung". Gleichzeitig wurde in der Unabhängigkeitserklärung behauptet, dass die „Regierung" nur dann eine rechtmäßige Rolle in der Gesellschaft spielt, wenn sie die Rechte des Einzelnen schützt. Das aber hat sich noch nie in der Praxis bewährt. Es kann noch nicht einmal einer theoretischen Prüfung standhalten. Wie zuvor erläutert kann eine Organisation, die ausschließlich die Rechte des Einzelnen verteidigt, keine „Regierung" sein. In der Erklärung wurden die unveräußerlichen Rechte festgeschrieben und garantiert, dass alle Menschen hinsichtlich ihrer Rechte „gleich sind". Die Autoren erkannten aber nicht, dass diese Ideen die Existenz einer herrschenden Klasse, auch wenn sie sehr begrenzt ist, vollkommen ausschließen. Die Prinzipien der unveräußerlichen Rechte und der Gleichheit vor dem Gesetz sind verletzt, sobald es eine „Regierung" gibt. Eines Tages wurde im Rahmen der Unabhängigkeitserklärung verkündet, dass „alle Menschen gleich sind" und einen Tag später wurde in der US-Verfassung in Artikel 1, Sektion 8, Absatz 1 festgeschrieben, dass es eine Gruppe von Menschen geben sollte, die „Kongress" genannt wird und das Recht hat, alle anderen mittels einer „Besteuerung" zu berauben.

Die amerikanische Revolution war das Ergebnis einer Reihe von widersprüchlichen Ideen. Die einen betonten die Souveränität des Individuums, die anderen unterstützten die Schaffung einer herrschenden Klasse. In der Unabhängigkeitserklärung heißt es, dass die Menschen dazu verpflichtet sind, die „Regierung" in dem Moment zu verändern oder abzuschaffen, wenn sie in die Rechte des Einzelnen eingreift. Gleichzeitig gibt die Verfassung in Artikel 1, Sektion 8, Absatz 15 dem Kongress das „Recht", Aufstände niederzuschlagen. Die Menschen haben also ein Recht auf Widerstand gegen die Unterdrückung durch die „Regierung", aber die „Regierung" hat das Recht,

solche Widerstände gewaltsam niederzuschlagen. Die Werke der „Gründerväter" bestehen zusammengefasst aus einer Mischung zwischen tiefgründiger Weisheit und vollkommenem Irrsinn. An einigen Stellen haben sie das Konzept des Selbsteigentums recht gut beschrieben, an anderen soll eine herrschende Klasse geschaffen werden. Dass beides absolut nicht zusammenpasst, haben sie scheinbar nicht bemerkt.

Das Ergebnis ihrer Bemühungen war in gewisser Hinsicht ein gigantisches Versagen. Das Regime, das sie erschaffen haben, wuchs weit über das hinaus, was sowohl die Föderalisten als auch die Anti-Föderalisten eigentlich wollten. Die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung sind beim Versuch, die Macht des „Staates" zu begrenzen, vollkommen gescheitert. Das Versprechen einer „Regierung", Diener des Volkes zu sein, den Schutz der Rechte der Menschen zu gewährleisten, sie aber ansonsten in Ruhe zu lassen, wuchs zu einem der größten und mächtigsten autoritären Imperien, die die Welt je gesehen hat. Zur größten und schlimmsten Bürokratie, Erpressungs- und Kriegsmaschine.

Die Idee war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Vielleicht ist das Wertvollste, was durch das „große amerikanische Experiment" erreicht wurde, die Erkenntnis, dass eine „Begrenzung der Regierung" oder ein „limitierter Staat" nicht funktionieren können. Es kann keinen Herren geben, der seinen Sklaven Rechenschaft schuldig ist. Es kann keinen Herren geben, der seinen Untergebenen dient. Es kann keinen Herrscher geben, der über den Menschen steht und ihnen gleichzeitig unterstellt ist.

Leider gibt es immer noch viele, die sich weigern, dieses anzuerkennen. Stattdessen behaupten sie, dass es nicht die Verfassung war, die versagt hat, sondern dass es die Menschen waren - indem sie es nicht richtig gemacht hätten, indem sie nicht wachsam genug gewesen seien oder anderweitig nachlässig waren oder Korruption zugelassen hätten. Merkwürdigerweise ist das genau die gleiche Rechtfertigung und Ausrede der Kommunisten, wenn es um die verheerenden Konsequenzen der praktischen Umsetzung ihrer falschen Philosophie geht, die zur gewaltsamen Unterdrückung führte.

Jede Form der autoritären Herrschaft führt dazu, dass einige wenige Machthaber eine Gruppe von Sklaven mit Gewalt unterdrücken. Jede Art von „Regierung", ob verfassungsmäßig, demokratisch, sozialistisch, faschistisch oder sonst irgendetwas. Das ist das Wesen der „Autorität". Das ist alles, was sie jemals gewesen ist und was sie jemals sein wird, egal wie viele Schichten von Euphemismen und wohlklingender Rhetorik bei dem Versuch aufgetragen werden, die wahre Natur der „Autorität" zu verbergen.

Der Mythos des Vertrages

Bei der Verfassung heißt es, dass es sich dabei um eine Art Vertrag zwischen den Menschen im Allgemeinen und ihren neuen „Bediensteten" im Kongress handelt. Aber das entspricht nicht einmal im Ansatz der Wahrheit. Durch die Unterzeichnung eines Vertrages kann man nicht jemand anderen zu dieser „Vereinbarung" verpflichten. Die Vorstellung davon, dass ein paar Dutzend weiße, männliche, wohlhabende Grundbesitzer eine Vereinbarung im Namen von über zwei Millionen anderen Menschen treffen, ist für sich gesehen schon absurd. Aber es kommt noch sehr viel absurder.

Ein Vertrag kann nur ein Recht für diejenigen erschaffen, die an der Verhandlung und der Einigung auf diesen Vertrag teilnehmen. Das trifft für keine einzige der „staatlichen" Verfassungen zu. Allein das Zustandekommen der Verfassungen macht deutlich, dass es sich bei ihnen nicht um Verträge handeln kann. Sie sind Versuche, das Recht zu herrschen aus dem Nichts zu generieren, egal wie „begrenzt" dieses Recht auch sein mag. Eine tatsächliche vertragliche Vereinbarung ist etwas grundlegend anderes.

Angenommen tausend amerikanische Kolonisten unterschreiben folgende Vereinbarung: „Wir stimmen zu, ein Zehntel von allem, was wir produzieren als Gegenleistung für unseren Schutz und unsere Sicherheit durch die George Washington Sicherheitsfirma an diese zu bezahlen." In so einem Fall wären sie moralisch durch die Vereinbarung an ihre Zusagen gebunden. Einen Vertrag zu schließen und anschließend zu brechen wäre schließlich eine Form von Diebstahl, ähnlich wie jemand etwas aus einem Geschäft mitnimmt, ohne dafür zu bezahlen. Durch ihre Unterschrift können sie auch nicht Unbeteiligte zu irgendetwas verpflichten. Auch nicht dazu, sich von einer George-Washington-Sicherheitsfirma beherrschen und mittels „Steuern" berauben zu lassen.

Die Verfassung gibt dem „Kongress" das „Recht", verschiedene Dinge zu tun, sie verpflichtet den „Kongress" aber zu nichts. Wer bitte, der noch bei klarem Verstand ist, würde einen Vertrag unterzeichnen, in dem keinerlei Pflichten des Vertragspartners festgeschrieben sind? Der US-Supreme Court hatte einst sogar offiziell erklärt, dass die „Regierung" bzw. der „Staat" nicht dazu verpflichtet ist, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten (DeShaney v. Winnebago, 489 US-189). Im Endeffekt ist die Verfassung keineswegs ein brillanter, nützlicher und gültiger Vertrag. Sie ist vielmehr ein wahnwitziger Versuch einer Hand voll Männer, Millionen andere unbeteiligte Menschen einem aggressiven Kontrollapparat zu unterstellen, und zwar im Austausch zu einer Verpflichtung zu rein gar nichts.

Millionen von Konstitutionalisten versuchen verzweifelt, genau dieses wieder zurückzubekommen. Sie versuchen es im Glauben, dass sie ihr „Land" dadurch retten können. Dass sie es tun, obwohl das alles bereits beim ersten Versuch vollständig gescheitert ist, ist nur ein weiterer Beweis für die Macht des religiösen Glaubens an die „Autorität" und dessen schlimme Konsequenzen.

TEIL IV EIN LEBEN OHNE DEN RELIGIÖSEN GLAUBEN

Die Lösung

Korruption, Kriegshetze, sozialistische Umverteilung, polizeistaatliche Übergriffe und andere Formen der Unterdrückung - jeder kennt zumindest einige der vielen Probleme der „Regierung". Und viele suchen verzweifelt nach Lösungen für diese Probleme. Sie unterstützen und wählen diesen oder jenen Kandidaten oder irgendeine politische Bewegung oder Partei, die für oder gegen dieses oder jenes Gesetz ist, aber im Ergebnis ändert sich nichts. Sie erkennen die Probleme klar und deutlich, und sie beschweren sich darüber, aber auf eine wirkliche Lösung kommen sie einfach nicht.

Sie werden immer wieder enttäuscht, weil das Problem nicht die Menschen an der „Regierung" sind, sondern weil sich das Problem in den Köpfen der Opfer befindet. Es bringt nichts, ständig an einer „Regierung" herumzudoktern, um Probleme zu lösen, deren Ursache gar nicht bei der „Regierung" liegen. Der enttäuschte Wähler erkennt nicht, dass es sein eigener religiöser Glaube an die „Autorität" ist, der die meisten gesellschaftlichen Probleme verursacht. Er glaubt fest daran, dass eine herrschende Klasse ein natürlicher, notwendiger, vorteilhafter Teil der menschlichen Gesellschaft sein muss. Er richtet deshalb alle seine Anstrengungen auf die Streitereien darum, wer sich in der herrschenden Klasse befinden soll und für was die Macht der „Regierung" benutzt werden soll. Wenn er über „Lösungen" nachdenkt, so tut er es innerhalb des „staatlichen" Systems, also innerhalb der Welt der religiösen Autoritätsgläubigkeit. Dadurch entscheidet er sich von vornherein für die Ohnmacht. Seine Herren darum anzubetteln, doch lieb und nett zu sein, führt niemals zu Freiheit. Solche Verhaltensweisen sind klare Anzeichen dafür, dass die betreffende Person nicht einmal in seinem eigenen Geist frei ist. Der Körper eines Menschen wird so lange nicht frei sein, wie dessen Geist nicht frei ist.

Die Menschen haben sich stark an die sektenhaften Rituale wie Wahlen, Petitionen, Lobbyismus, den Wahlkampf usw. gewöhnt, die man zusammenfassend „Politik" nennt. Die Gewöhnung ist so stark, dass sie sich bei jedem alternativen Vorschlag nicht einmal die Mühe machen, ihn sich anzusehen. In ihren Augen sind alle Bemühungen außerhalb des Systems der „Autorität" sinnlos und wirkungslos und bedeuten nur „nichts zu tun". Außer zu wählen, zu jammern und zu betteln sehen sie keine Möglichkeit, Veränderungen zu erreichen, wenn es um die „Regierung" geht. Sie sind nicht dazu in der Lage, zu verstehen, wie Freiheit tatsächlich erreicht werden kann.

Wenn ihnen also ein Voluntarist oder Anarchist sowohl das Problem als auch Lösungswege erklärt und keinen neuen politischen Kandidaten, keine neue politische Partei, keine neue Organisation oder keine neue Form des Protests bereithält, so wird sich der durchschnittliche Staatsgläubige darüber beschweren, dass keine Lösungen angeboten wurden. Aus deren Perspektive ist der Verzicht der Teilnahme am politischen Spiel der Herrscherklasse gleichbedeutend mit Nichtstun.

Sie sagen: „Gehe doch in die Politik!" und erkennen nicht, dass allein die Teilnahme am Spiel das durch die Tyrannen organisierte und gesteuerte Spiel am Leben erhält. Das Mitspielen entspricht genau dem Nichtstun, das der Staatsgläubige anderen vorwirft und das die Tyrannei benötigt, um weiter bestehen zu können. Es braucht kein Ereignis und keine bestimmte Aktion, die durchgeführt werden muss, um die „Regierung" mitsamt dem religiösen Glauben an die Autorität loszuwerden. Die tatsächliche und einzige Lösung besteht darin, dass bestimmte Dinge nicht getan werden und bestimmte Dinge deshalb nicht passieren. Es gibt es keine positive und aktive Lösung. Die Lösung ist negativ und passiv:

Höre auf damit, gewaltsame Angriffe auf deine Mitmenschen zu befürworten. Höre auf damit, dich direkt als Handlanger und indirekt über die Teilnahme an Ritualen, die zu ihnen führen, zu beteiligen. Höre auf damit, so zu denken, so zu reden und dich so zu verhalten, dass der Anschein der Rechtmäßigkeit von Herrschaft gestärkt wird. Mensch zu sein bedeutet, seinem eigenen Gewissen zu folgen, statt irgendeiner Autorität.

Wenn die Menschen aufhören, vor der „Regierung" niederzuknien, das Spiel der Tyrannen mitzuspielen und sich an die willkürlichen Regeln geisteskranker Größenwahnsinniger zu halten, löst sich das Problem von selbst. Als ein göttliches Wesen muss die „Autorität" nicht „gestürzt" oder „abgewählt" oder „reformiert" werden. Sie löst sich in dem Moment in Luft auf, in dem die Vorstellung weg ist, dass da etwas ist, wo eigentlich nichts ist und wo noch nie etwas war. Wenn die Menschen den religiösen Glauben ablegen, der ihre Wahrnehmung verzerrt, werden ihre Handlungen unmittelbar folgen und die Situation entscheidend verbessern. Das meiste an aggressiver Gewalt, das heute im Namen der „Autorität" an unschuldigen Menschen verübt wird, würde verschwinden. Wenn es niemanden mehr gibt, der Befehle erteilt, durchsetzt oder sich dazu verpflichtet fühlt, ihnen zu gehorchen, würde das alleine vollkommen ausreichen, um das meiste an Diebstahl, Erpressung, Einschüchterung, Belästigung, Nötigung, Terrorismus, Mord und Totschlag von einen Tag auf den anderen zu beenden. Die einzige Ausnahme sind Befehle, die gemessen an der Situation an sich gerechtfertigt sind, weil sie nach gutem, individuellem, persönlichem Gewissen erteilt, ausgeführt und befolgt werden können und nicht deswegen, weil der Befehl von einer „Autorität" kommt. Die Knechtschaft existiert ebenso wie der Ausweg aus ihr ausschließlich im Kopf der Sklaven.

Die Gesellschaft benötigt nichts weiter, um die meisten Probleme zu lösen. Auch nicht ein neues „System" oder einen neuen Masterplan. Stattdessen muss sie eine einzige Sache loswerden - nur eine alles durchdringende, äußerst destruktive Sache: den religiösen Glauben an die „Autorität", also auch an die „Regierung" und an den „Staat". Was die Dinge zum Laufen bringt, ist nicht irgendein zentraler Plan und keine autoritäre Agenda, sondern das freiwillige Zusammenspiel vieler Individuen, die jeweils ihren eigenen Wertvorstellungen folgen und nach eigenem Gewissen handeln.

Das passt natürlich nicht zum Denken, das den Menschen antrainiert wurde. Nach diesem benötigt die Gesellschaft einen Masterplan mit einem „Anführer", der alles ermöglicht. In Wirklichkeit ist das, was die Gesellschaft am meisten braucht, die völlige Abwesenheit eines Masterplans und die völlige Abwesenheit von autoritären „Anführern", denen die Menschen ihren freien Willen und ihre Werturteile opfern müssen. Die Lösung ist nicht, der Gesellschaft irgendetwas Neues hinzuzufügen, sondern einfach nur den religiösen Glauben an die „Autorität" als größte Gefahrenquelle zu

erkennen und diesen Glauben abzulegen.

Die Realität ist Anarchie

Viele Menschen sind Anarchisten geworden, also zu Befürwortern einer Gesellschaft ohne eine Herrscherklasse, nachdem sie zum Ergebnis gekommen sind, dass die Gesellschaft wohlhabender, friedlicher und gerechter sein würde, wenn es überhaupt keine „Regierung" gäbe. Das entspricht jedoch in etwa der individuellen Entscheidung, dass, nach sorgfältiger Analyse, Weihnachten besser ohne den Weihnachtsmann funktionieren würde. Aber wenn der Weihnachtsmann nicht real ist, ist es sinnlos, darüber zu debattieren, ob er „erforderlich" ist, damit Weihnachten besser „funktioniert". Wenn Weihnachten überhaupt funktioniert, funktioniert es bereits ohne Weihnachtsmann. Und genauso ist es mit der üblichen Debatte zwischen „Staatlichkeit" und „Anarchie". Es existiert keine „Regierung". Es hat nie eine „Regierung" existiert und es wird nie eine existieren, die mittels einer Logik nachgewiesen werden kann, die nicht von irgendeiner individuellen moralischen Überzeugung abhängt.

Nochmal zur Erinnerung: Menschen können keine Rechte delegieren, die sie nicht haben. Deshalb kann es kein Recht auf Herrschaft geben. Menschen können Moral nicht verändern. Demnach können die „Gesetze" der „Regierung" keine innere „Autorität" besitzen. Ergo kann die „Autorität", also das Recht zu herrschen, logischerweise nicht existieren. Das Konzept selbst ist so widersprüchlich wie das Konzept des „militanten Pazifisten". Ein Mensch kann keine übermenschlichen Rechte haben und deshalb kann niemand ein Recht auf Herrschaft haben. Niemand kann moralisch dazu verpflichtet werden, sein eigenes moralisches Urteil zu ignorieren. Deshalb kann niemand die innere Verpflichtung dazu haben, einem anderen zu gehorchen. Diese beiden Faktoren - das Recht des Herrschers auf Herrschaft und die Verpflichtung des Menschen zu gehorchen, sind das Herz und die Seele des Konzepts der „Autorität", ohne die diese nicht existieren kann.

Ohne „Autorität" kann es keine „Regierung" geben. Wenn die Macht, die die Verbrecherbande namens „Regierung" über andere ausübt, keinen Anschein der Rechtmäßigkeit hat, handelt es sich nicht mehr um eine „Regierung". Ihre Befehle sind keine „Gesetze" und ihre Vollstrecker sind keine „Strafverfolgung". Ohne das Recht zu herrschen und ohne eine gleichzeitige moralische Verpflichtung der Betroffenen, zu gehorchen, ist die „Regierung" nichts weiter als eine Bande aus Schlägern, Dieben und Mördern. Die „Regierung" ist eine Unmöglichkeit. Sie ist einfach keine Option, genauso wenig wie der Weihnachtsmann eine Option ist. Und darauf zu bestehen, dass sie „notwendig" sei, wenn sie es nicht ist und auch gar nicht sein kann, oder zu behaupten, die Welt würde ohne dieses gottgleiche Wesen untergehen - das alles kann diese Tatsache nicht ändern. Zu behaupten, dass die Menschen einen rechtmäßigen Herrscher bräuchten, mit dem moralischen Recht, alle anderen gewaltsam herumzukommandieren und mit der Verpflichtung der Untergebenen, zu gehorchen, hat ebenfalls keinen Einfluss auf die Tatsache, dass es so etwas nicht gibt und nicht geben kann.

So gesehen ist der Zweck des letzten Kapitels nicht nur festzustellen, dass die Gesellschaft ohne die Illusion namens „Regierung" funktionieren würde. Es geht auch darum, zu erklären, dass die Menschen die Realität anders wahrnehmen werden, anders denken, sich anders verhalten und anders miteinander umgehen, wenn sie sich einmal von der gefährlichsten aller Religionen - vom

religiösen Glauben an die „Autorität" - abgewendet haben. Anarchie, also die Abwesenheit einer „Regierung", ist das, was ist, was schon immer war und immer sein wird. Wenn die Menschen diese Tatsache akzeptieren und damit aufhören, sich ein Wesen namens „Autorität" vorzustellen, dann werden sie damit aufhören, sich so irrational und zerstörerisch zu verhalten wie sie es jetzt tun.

Zumindest zu Beginn gibt es kaum jemanden, der unvoreingenommen über ein solches Konzept nachdenken kann. Die meisten Menschen können die Vorstellung von der Abwesenheit irgendeines aufgezwungenen „Systems" gar nicht mental begreifen, da sie ununterbrochen von Politikern und „Regierungen" mit gesellschaftlichen „Problemlösungen" durch ein zentralisiertes autoritäres System bombardiert werden. Reflexhaft stellen sie dann Fragen wie: „Wer baut dann

die Straßen?" oder „Wie sollen wir uns dann verteidigen?" Tatsache ist, dass niemand dazu in der Lage ist, in allen Details vorherzusagen, wie dann alles funktioniert. Der Einzelne kann Vorschläge machen, wie er bestimmte Probleme lösen würde, aber niemand kann die bestmögliche Lösung vorherbestimmen. Trotz dieser großen Unbekannten hat genau diese Unsicherheit in der Menschheitsgeschichte zu sehr viel mehr individueller Freiheit und zu Wohlstand geführt als jegliche zentralisierte, gesteuerte „Lösung" es jemals geschafft hat.

Die Staatsgläubigen wurden darauf dressiert, mit großem Entsetzen auf diesen unendlich viel komplexeren Gesellschaftstyp zu reagieren. Statt einem Masterplan gibt es Milliarden von individuellen Plänen, die auf unzähligen Wegen miteinander interagieren. Für die Staatsgläubigen bedeutet das Chaos. Es ist chaotisch, da es keine einzelne Leitidee und keine einzelne Kontrollinstanz gibt. Das bedeutet nicht, dass die Menschen keine Vereinbarungen treffen oder zusammenarbeiten können oder kooperieren und Kompromisse finden. Stattdessen bedeutet es, dass jeder Einzelne das Leben wie ein Erwachsener sieht und seinen freien Willen und seine Verantwortung nicht einfach achtlos wegwirft, um dem Plan eines anderen zu folgen.

Zwar gäbe es auch ohne die „Autorität" einen religiösen Glauben und es würde trotzdem Anführer geben und Leute, die diesen hinterherlaufen. Aber das wäre dann echte Führung, bei der ein Mensch als Beispiel vorangeht, indem er ein Maß an Intelligenz, Leidenschaft oder Mut demonstriert, das andere dazu inspiriert, es ihm gleich zu tun. Das ist etwas völlig anderes als das, was heute unter „Führung" verstanden wird. Wenn von „Führern" eines Landes die Rede ist, dann geht es um Menschen, die Millionen andere Menschen unterdrücken. Der Ausdruck „Führer der freien Welt" ist unzutreffend und in sich widersprüchlich, wenn er in Verbindung mit irgendeinem „Regierungsvertreter" verwendet wird. Politiker gehen nie mit gutem Beispiel voran. Wenn überhaupt, dann sind sie gute Beispiele für Unehrlichkeit, Hinterhältigkeit, Narzissmus und Machtbesessenheit. Sie reden den Leuten nach dem Mund, um sie besser unter Kontrolle zu halten und zu unterdrücken. Solche Leute als „Führer" zu bezeichnen, ist genau so lächerlich wie Diebe als „Produzenten" zu bezeichnen oder Mörder als „Heiler". Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" würden wahre Führer in Erscheinung treten: Menschen, die kein Recht auf Herrschaft beanspruchen und kein Recht darauf, andere dazu zu zwingen, ihnen zu folgen. Menschen, deren Fähigkeiten und Handlungen so geschätzt werden, dass andere ihnen freiwillig nacheifern.

Niemand kann vorhersagen und bestimmen, was in einer Welt ohne den Mythos einer „Regierung" geschehen wird. Das Nachfolgende ist deshalb keineswegs eine vollständige Erklärung jedes einzelnen Aspekts der Gesellschaft, zu dem es kommt, wenn der Glaube an die „Autorität"

verschwunden ist. Stattdessen ist es eine Einführung in einige wenige der vielen möglichen Wege, wie die Menschen diesen irrationalen Glauben ablegen können, der ihr Denken verzerrt und ihr Verhalten pervertiert, um damit zu beginnen, sich wie vernünftige freie Wesen zu verhalten und sich von ihrem eigenen Willen und ihren eigenen Werten leiten lassen.

Die Angst vor der Freiheit

Die meisten Menschen verbringen ihr gesamtes Leben innerhalb autoritärer Hierarchien, angefangen bei der Familie über die Schule und die Unternehmen bis hin zu allen möglichen Erscheinungsformen der „Regierung". Die Folge ist, dass es den meisten Menschen sehr schwer fällt, sich eine „führerlose" Zivilisation vorzustellen. Eine Gesellschaft aus Gleichen ohne Herrscher, eine Welt ohne „Gesetzgeber" und ihre „Gesetze". Die meisten Menschen denken dabei sofort an chaotische Zustände.

Sie geben sich lieber mit dem zufrieden, was sie haben und fürchten sich vor allem, was neu ist. Das führt dazu, dass selbst Menschen, die in Gegenden mit hoher Kriminalität oder in Kriegsgebieten wohnen, nur selten aufbrechen, um sich etwas Besseres zu suchen. Es wurde auch nachgewiesen, dass Langzeitgefangene eine Angst vor der Freilassung entwickeln und nachdem sie freigelassen wurden, erneut Verbrechen begehen, um wieder zurück ins Gefängnis zu kommen. Sogar Sklaven können eine Angst davor entwickeln, befreit zu werden. Das liegt daran, dass das Leben eines Gefangenen oder eines Sklaven zwar nicht besonders erfüllend, dafür aber vorhersagbar ist. Und die Vorstellung von einem vollkommen anderen Leben an einem seltsamen Ort unter Fremden mit allen damit verbundenen Ungewissheiten versetzt viele in Angst und Schrecken: Wie werde ich etwas zu essen bekommen? Wo werde ich leben? Wie wird das sein? Werde ich in Sicherheit sein? Genau so geht es den meisten Menschen beim Gedanken an eine Gesellschaft ohne Herrschaft. Der Gedanke unterscheidet sich so stark von allem, was sie bisher wussten, was bisher gedacht haben, was ihnen bisher als notwendig und gut beigebracht wurde.

Sogar unsere eigene Sprache veranschaulicht die Angst vor einem Leben unter freien gleichen Menschen. „Anarchie" wird gleichgesetzt mit Chaos und Zerstörung. Wir sind so aufgewachsen, dass wir mit Angst und Schrecken auf die Vorstellung reagieren, ein Leben ohne den gedanklichen Käfig, den Mythos der Autorität, zu leben. Wir haben buchstäblich Angst vor der Freiheit.

Einige Leute arbeiten hart daran, diese Angst zu verstärken. Die größten Profiteure des Mythos der „Autorität" - jene, die danach streben, andere zu dominieren, um unverdienten Wohlstand und Macht zu erhalten - verbreiten ständig die Botschaft, dass ein Leben ohne sie zu großem Leid für alle anderen führen wird. Sie benutzen dazu alles, wovor Menschen Angst haben könnten: Kriminalität, Armut, Krankheit, Invasionen, Umweltkatastrophen usw. Die Details sind unterschiedlich, aber das grundlegende Schema dieser Botschaften der Tyrannen ist immer das gleiche: „Wenn ihr uns nicht eure Selbstbestimmung übergebt, damit wir euch beschützen können, werdet ihr grenzenloses Leid erfahren." Diese Nachricht hat in Verbindung mit der Angst des Menschen vor dem Unbekannten zu einem unbeschreiblichen Ausmaß an Unterdrückung, Diebstahl und Mord geführt. Eine Generation nach der anderen, weltweit. Ironischerweise war es das leere Versprechen, die Menschen vor Leid und Ungerechtigkeit zu schützen, was dazu geführt hat, dass so viele Menschen ausgerechnet das, was so viel Leid und Ungerechtigkeit verursacht hat, so sehr wie nichts anderes auf der Welt verehren: den religiösen Glauben an die „Autorität".

Es sollte das Normalste der Welt sein, dass jeder denkfähige Mensch natürlicherweise offen und empfänglich für die Idee sein sollte, sich selbst zu gehören und ungehindert durch irgendeine „Autorität" selbst verantwortlich für sein Leben ist. Aber die durchschnittlichen Menschen reagieren auf den Überbringer dieser Nachricht häufig aggressiv und bestehen darauf, dass wahre Freiheit und eine Welt ohne Herrschaft Chaos und Zerstörung bedeuten würde. Anschließend befürworten sie vehement, dass die Versklavung der Menschheit, einschließlich ihnen selbst, bestehen bleiben muss. Das geschieht nicht infolge rationaler Überlegungen, irgendwelcher Beweise oder eigener Erfahrungen, sondern aufgrund einer tiefsitzenden Furcht vor dem Unbekannten, was in diesem Fall eine Gesellschaft gleicher Individuen ist, anstatt eine, die aus Machthabern und Untergebenen besteht. Der Staatsgläubige hat sie nie in großem Maßstab in Aktion gesehen, hat nie darüber nachgedacht, kann sie sich nicht vorstellen und fürchtet sich deshalb vor ihr. Und jene die andere beherrschen wollen, verstärken diese Furcht kontinuierlich.

Der Blick in eine andere Welt

Wenn jemand, der mit dem religiösen Glauben an die „Autorität" indoktriniert wurde, schließlich erwacht und sich von diesem Glauben befreit hat, wird er zuerst eine grundlegend andere Realität wahrnehmen. Wenn er sich ansieht, wie der religiöse Glauben an die „Autorität" in nahezu alle Lebensbereiche der meisten Menschen eindringt, sieht er die Dinge so, wie sie wirklich sind, nicht so, wie er sie sich zuvor vorgestellt hat. Wenn er die sogenannte „Vollstreckung des Gesetzes" sieht, erkennt er sie als primitives, unrechtmäßiges und unmoralisches Verbrechen, das dazu benutzt wird, die Menschen zu erpressen und der Willkür der Politiker zu unterwerfen.

Ausgenommen davon ist, wenn die Polizei andere gewaltsam daran hindert, tatsächliche Gewaltakte zu verüben, die ironischerweise ihrerseits wiederum genau die gleichen Taten sind, die die Polizei routinemäßig an anderen verübt. Wenn sich der aufgewachte Staatsgläubige verschiedene politische Rituale ansieht, eine Präsidentenwahl, eine Debatte über ein „Gesetz" im Kongress oder wie die lokale Behörde neue „Verordnungen" erlässt, so sieht er sie als das, was sie sind: Als ein Spektakel aus verschiedensten Wahnvorstellungen und Halluzinationen von Menschen, die Mitglied einer vollkommen verrückten Sekte sind. Jegliche Diskussionen in den Medien, in denen es um die „öffentliche Ordnung" geht oder darum, welche „Repräsentanten" gewählt werden sollten oder welches Gesetz als nächstes geschaffen werden soll, erscheinen demjenigen, der sich dem religiösen Glauben entziehen konnte, genauso sinnvoll und nützlich wie ein Haufen gut gekleideter, ansprechend aussehender Leute, die voller Ernst darüber diskutieren, wie der Weihnachtsmann Weihnachten gestalten sollte.

Für jemanden, der sich vom religiösen Glauben an die „Autorität" befreit hat, fällt die Grundlage jeder politischen Diskussion in sich zusammen und jedes Gerede, das auf der Staatsgläubigkeit basiert, erscheint ihm als vollkommen geisteskrank. Jede Wahlkampfrede, jedes politische Argument, jede Diskussion in den Nachrichten über irgendetwas Politisches, jede CNN-Übertragung einer Debatte des Parlaments über irgendein neues „Gesetz" - alles das ist für den nicht-indoktrinierten Staatsungläubigen ein Ausdruck tiefsitzender Wahnvorstellungen aufgrund der blinden Akzeptanz völlig idiotischer sektenhafter Dogmen. Abstimmungen, Kampagnen, Bittbriefe an die „Kongressabgeordneten", die Unterzeichnung von Petitionen usw. erscheinen plötzlich genauso rational und zielführend wie das Beten zu einem Vulkangott, auf dass er dem Stamm seinen Segen gibt.

Wer sich von der Programmierung befreit hat, sieht nicht nur die Sinnlosigkeit in allen „politischen" Aktivitäten, sondern erkennt auch, dass solche Aktionen unabhängig von den dadurch beabsichtigten Zielen den religiösen Glauben nur noch weiter verstärken. Ebenso wie der Glaube eines Stammesmitglieds an den Vulkangott den Eindruck verstärkt, dass es tatsächlich so einen Vulkangott gibt, verstärkt auch die ständige Bitte an die Politiker um irgendwelche Gefälligkeiten den Glauben daran, dass es eine rechtmäßige herrschende Klasse gibt, dass deren Befehle „Gesetze" sind und dass die Befolgung der „Gesetze" ein moralischer Imperativ ist.

Diejenigen, denen die meisten Leute mit großem Respekt begegnen, weil sie sie für besonders „anständig" und „ehrwürdig" halten, werden von den Staatsungläubigen als wahnsinnige Geisteskranke mit Gott-Komplex wahrgenommen. Die Hand des „Präsidenten" zu schütteln, würde die Ungläubigen ebenso wenig mit Stolz erfüllen, wie wenn sie es mit einem beliebigen anderen geisteskranken, narzisstischen Massenmörder zu tun hätten. Die Männer in ihren schwarzen Roben mit ihren Holzhämmern in der Hand, die sich selbst als „das Gericht" bezeichnen, wären in den Augen der Ungläubigen genau das, was sie sind: Verrückte. Diejenigen, die Abzeichen, Marken, Dienstausweise und Uniformen tragen und sich deshalb einbilden, mehr als ganz normale Menschen zu sein, wären in den Augen der Ungläubigen keine edlen Krieger, die für „Recht und Ordnung" sorgen, sondern arme verwirrte Seelen mit einer psychischen Störung.

Natürlich müssen sich jene, die den religiösen Glauben an die „Autorität" abgelegt haben, immer noch vor den Schäden, die die Größenwahnsinnigen und ihre Söldner - Polizisten und Soldaten - anrichten, in Sicherheit bringen. Aber sie sehen sie in keinster Weise mehr als rechtmäßig, vernünftig oder moralisch an. Sie würden sie als genauso gefährlich einschätzen wie Drogensüchtige auf Crack, und das aus genau dem gleichen Grund: Sie halluzinieren eine Realität herbei, die nicht existiert und das führt zu gewalttätigen Reaktionen, die keine Grenzen durch ein von Vernunft und Logik geleitetes Denken kennen. Wenn Staatsungläubige mit „Polizeibeamten" in Kontakt kommen, verhalten sie sich zwar ebenso wie die Gläubigen wie bei einer Konfrontation mit einem tollwütigen Hund - also mit ruhiger Stimme und unterwürfigem Verhalten unter Vermeidung schneller Bewegungen. Das aber nicht aus Respekt vor dem „Polizeibeamten" bzw. vor dem tollwütigen Hund, sondern aus Angst vor der Gefahr, die ein Gehirn darstellt, das nicht richtig funktioniert, weil es von einer bösartigen Krankheit befallen ist. Diese Krankheit ist im Falle des „Polizeibeamten" der religiöse Glaube an die Autorität. Im Falle des Hundes ist es der Tollwut-Virus.

Wenn die Staatsgläubigen gewaltsame Übergriffe begehen, weil sie glauben, dass solche Übergriffe „gesetzmäßig" und damit rechtmäßig seien, haben die Opfer ihrer Angriffe nur wenige Optionen. Kommt es zur Erpressung, also „Steuereintreibung", zur Schikanierung, zum Beispiel durch „allgemeine Verkehrskontrollen", zu Raubüberfällen in Verbindung mit Einbruch, also „Hausdurchsuchungen" und „Beschlagnahmungen", so haben die Opfer dieser „legalen" Aggressionen folgende Möglichkeiten: Sie können über sich ergehen lassen, was unrechtmäßig mit ihnen geschieht, sie können versuchen, irgendwie auszuweichen oder zu entkommen oder sie können gewaltsamen Widerstand leisten. Die letzte Option ist besonders tragisch, da sich die verteidigende Gewalt eines guten Menschen (auch wenn sie „illegal" ist) gegen einen ebenso guten Menschen richten muss, nur weil letzterer eine durch einen irrationalen religiösen Glauben vollkommen verzerrte und pervertierte Wahrnehmung von richtig und falsch hat.

Sogar die schlimmsten Verbrecher und Mörder der brutalsten Regimes der Menschheitsgeschichte dachten bei ihren Taten, dass sie nur ihre Pflicht tun. Sie dachten, dass ihre Handlungen notwendig und rechtmäßig seien, sonst hätten sie sie nicht begangen. Der blinde Gehorsam gegenüber der „Autorität" führt dazu, dass dem Opfer nur noch zwei Alternativen bleiben: sich zu unterwerfen oder den verblendeten „Gesetzesvollstrecker" zu töten. Es ist weit besser für alle Beteiligten, wenn diese Leute noch lange bevor sie zu dieser Art Söldner werden, von ihrem religiösen Glauben an die „Autorität" befreit werden. So kann verhindert werden, ihnen drohen zu müssen, ihnen Schmerzen zufügen oder sie sogar töten zu müssen, um sie davon abzuhalten, üble Dinge zu tun.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Das Beste, was Sie für jeden tun können, der dem religiösen Glauben an die „Autorität" verfallen ist und sich durch die Unterdrückungsmaschine namens „Regierung" wie ein Bauer über das Schachbrett schieben lässt, ist alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um ihn dazu zu bringen, seine Loyalität gegenüber dieser Maschine zu überdenken. Wenn alles andere fehlschlägt, geben Sie ihm ein Exemplar dieses Buches.)

Eine Welt ohne Gesetze

Wer sich vom Autoritätsglauben befreit hat, blickt auf die Welt und sieht Gleichheit anstelle von Hierarchien verschiedener herrschender Klassen in verschiedenen „Rechtsordnungen". Natürlich keine gleichen Talente, Fähigkeiten oder gleichverteilten Reichtum, aber gleiche Rechte. Jeder Mensch gehört sich selbst und es gibt keine rechtmäßigen Herren, die über ihm stehen. Keiner ist einer „Regierung" verpflichtet. Es gibt weder ein „Land" noch ein „Gesetz". Jeder Einzelne ist eine souveräne Einheit und nichts anderem als an seinem eigenen Gewissen verpflichtet.

Eine solche Erkenntnis ist einerseits unglaublich befreiend, andererseits stört sie andere enorm, die ihr Verhalten stets daran gemessen haben, wie gut einer „Autorität" gehorcht wird. Zu gehorchen ist nicht nur sehr einfach, da es ständig jemand anderen gibt, der alle Entscheidungen trifft. Gehorsam erlaubt es jenem, der blind gehorcht, andere für die Folgen, wie schlimm sie auch immer sein mögen, verantwortlich zu machen. Selbst herausfinden zu müssen, was richtig und was falsch ist und zu wissen, dass nur man selbst für seine Entscheidungen und Handlungen verantwortlich ist, kann sich wie eine große Belastung anfühlen. Den religiösen Glauben an die „Autorität" abzulegen bedeutet, erwachsen zu werden - mit allen Vorteilen und Nachteilen. Der autoritätsungläubige Mensch kann nicht mehr länger vollkommen sorglos hinaus in die Welt gehen wie ein Kind ohne jede Verantwortung. Aber er wird ein Ausmaß an Freiheit und Souveränität erleben, wie er es sich vorher nicht vorstellen konnte.

Staatsgläubige haben oft eine tiefgehende Angst vor einer Welt, in der jeder Mensch selbst entscheidet, was er zu tun hat. Zu ihrem Pech ist genau das alles, was jemals existiert hat und auch weiterhin existieren wird. Jedermann entscheidet bereits heute selbst, was er zu tun hat. Das nennt sich „freier Wille". Viele glauben, dass sich Menschen wie selbstsüchtige Tiere verhalten, wenn sie nicht einer „Autorität" unterworfen sind. Manche können sich sogar vorstellen, dass sie sich selbst wie Tiere verhalten würden, wenn sie nicht von einem Machthaber beherrscht werden. Hinter so einem Glauben steckt eine starke moralische Verpflichtung, das zu tun, was einem gesagt wird. Wenn diese moralische Verpflichtung fehlt, glauben sie, dass es keinerlei moralischen Kompass mehr gibt. Aber die meisten Menschen halten sich an das „Gesetz", weil sie glauben, dass das richtig und gut sei. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass die Menschen damit aufhören, gut

sein und das richtige tun zu wollen, wenn sie sich nicht mehr irgendeinem Machthaber unterwerfen müssen. Trotzdem glauben viele, dass Menschen wie wilde Tiere sind, die ständig von irgendwem in Schach gehalten werden müssen. Deshalb erwarten sie, dass wenn sie vom religiösen Glauben an die „Autorität" befreit werden, sich hemmungslos wie wilde Tiere verhalten werden.

Menschen, die diesen Glauben aufgegeben haben, wissen es besser. Natürlich hat jede Handlung bestimmte Konsequenzen, und zwar mit oder ohne „Autorität". Unabhängig von der moralischen Frage entscheiden sich die meisten Menschen dafür, sich so zu verhalten, dass sie andere nicht wütend machen. Auch wenn niemand zwischen richtig und falsch unterscheiden könnte, wäre es gefährlich, ein gewöhnlicher Dieb oder Mörder zu sein. Wege der friedlichen Koexistenz zu finden, hat für den Einzelnen und für die Gesellschaft Vorteile. Abgesehen davon versuchen die meisten Menschen, anständig zu sein. Tatsächlich ist genau das auch der Grund, warum sie die „Gesetze" befolgen. Es wurde ihnen beigebracht, dass es gut sei, sich an die „Gesetze" zu halten.

Das Problem ist nicht, dass Menschen nicht anständig sein wollen. Das Problem ist, dass ihre Einschätzung von richtig und falsch durch den religiösen Glauben an die „Autorität" vollkommen verzerrt und pervertiert ist. Ihnen wurde beigebracht, dass es anständiges Verhalten sei, eine Verbrecherbande zu finanzieren und ihr zu gehorchen und dass Widerstand zu leisten, eine Sünde sei. Ihnen wurde beigebracht, dass es vollkommen moralisch und rechtmäßig sei, diese Verbrecherbande darum zu bitten, die eigenen Nachbarn zu unterwerfen und zu berauben.

Kurz gesagt: Ihnen wurde beigebracht, dass gut böse und böse gut sei. Gewaltsame Angriffe auf „gesetzlicher" Grundlage werden als richtig und gut angesehen, Widerstand gegen solche Angriffe zu leisten, also das „Gesetz zu brechen", wird als falsch und schlecht angesehen.

Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" hätten die Menschen immer noch ihre Meinungsverschiedenheiten und manche würden anderen immer noch Schaden zufügen. Sie wären nachlässig und würden dumme oder sogar feindselige Dinge tun. Der wichtigste Unterschied im zwischenmenschlichen Verhalten ohne die „Autorität" wäre recht einfach: Wenn jemand selbst das Gefühl hat, dass irgendetwas falsch ist, dann würde er es nicht deswegen richtig finden, weil er jemand anderen damit beauftragt, das, was er falsch findet, in seinem Namen zu tun. Und umgekehrt würde er es auch nicht als gerechtfertigt ansehen, falsche Dinge im Namen eines anderen zu tun. Dieser Zusammenhang ist so einfach, dass es trivial erscheint, darauf hinzuweisen, aber das klar zu erkennen würde eine sehr große Veränderung im menschlichen Verhalten bewirken.

Wenn es jemand als nicht rechtmäßig empfinden würde, seine Nachbarn auszurauben, um vom geraubten Geld die Bildung seiner Kinder zu bezahlen, dann würde er es ebenso wenig rechtmäßig finden, für eine „Regierung" abzustimmen, um anderen eine „Steuer" aufzuerlegen, von der dann „öffentliche" Schulen bezahlt werden. Und wenn jemand es als nicht rechtmäßig ansieht, das Eigentum seines Nachbarn zu stehlen, um eine Schule zu finanzieren, dann würde er es auch nicht rechtmäßig finden, wenn er dabei eine Dienstmarke trägt und gesagt bekommt, dass er das im Namen des „Gesetzes" tun soll.

Weitere Beispiele: Wenn es jemand als nicht rechtmäßig ansieht, die Tür von jemandem einzutreten, ihn wegzuzerren und jahrelang in einen Käfig einzusperren, weil er eine Pflanze mit

bewusstseinsverändernden Substanzen besitzt, dann würde er auch keine „Drogengesetze" befürworten. Er würde sich auch nicht plötzlich dadurch berechtigt sehen, nur weil ihm eine „Autorität" eine Dienstmarke gegeben hat und ihm gesagt hat, das im Namen des „Gesetzes" zu tun. Wenn es jemand als nicht rechtmäßig ansieht, einen Fremden gewaltsam davon abzuhalten, einen Fuß auf das „Land" zu setzen, dann würde er sich auch nicht dazu berechtigt sehen, „Einwanderungsgesetze" zu unterstützen, die andere dazu anweisen, das zu tun.

In einer Gesellschaft ohne Staatsgläubigkeit gäbe es trotzdem noch Diebe, Mörder und andere Aggressoren. Der Unterschied ist, dass alle Menschen, die Diebstahl und Mord als unmoralisch ansehen, das auch tun, wenn es sich um „legalen" Diebstahl und Mord handelt. Heute billigt und befürwortet das jeder Staatsgläubige.

Nochmal: Ein „Gesetz" zu befürworten bedeutet immer, Gewalt zu befürworten, um die Einhaltung des „Gesetzes" durchzusetzen. Gewalt, die bis zur tödlichen Gewalt gehen kann. Und die Menschen, die Diebstahl und Mord als unmoralisch ansehen, würden solche Taten nicht begehen, nur weil irgendeine „Autorität" oder ein „Gesetz" sie dazu auffordert.

Wieviel von dem, was die Polizei heute tut, würde sie noch von sich aus tun, wenn es kein „Gesetz" und keine „Autorität" gäbe? Sehr wenig. Wieviel von dem, was „Soldaten" normalerweise tun, würden sie auf eigene Rechnung tun, ohne einen autoritären Militärführer, der ihnen sagt, was sie tun müssen? Wieviel von dem, was „Steuereintreiber" tun, würden sie in eigener Verantwortung tun, wenn es keine „Regierung" gäbe, die ihnen sagt, was sie zu tun haben? Nichts.

Alles moralisch Gute, was die sogenannten „Gesetzeshüter" heute tun, zum Beispiel tatsächlich gefährliche und zerstörerische Menschen davon abzuhalten, friedlichen Menschen zu schaden, würden sie auch ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" tun. Sie würden es tun, weil sie herzensgute Menschen sind. Oder gegen Bezahlung, wenn es Menschen gibt, die sie dafür bezahlen wollen - was gar nicht so unwahrscheinlich ist. Gleichzeitig würden sie alles moralisch Schlechte nicht mehr tun, was die „Gesetzeshüter" und „Soldaten" tun. Zum Beispiel Menschen, die sie nicht kennen, zu terrorisieren und zu erschießen, Menschen anzugreifen, die opferlose „Verbrechen" begehen, vollkommen fremde Leute zu überfallen, festzunehmen und zu verhören.

Wie viele Menschen wurden durch die normale Bevölkerung von Deutschland, Russland oder China überfallen, gefoltert und ermordet, bevor deren „Regierungen" von Hitler, Stalin und Mao „Gesetze" erlassen haben, um solche Grausamkeiten zu legitimieren? So gut wie keine. Und wie viele Gräueltaten wurden begangen, nachdem die „Autorität" die Befehle dazu erteilte? Die Zahlen sind erschütternd: Abermillionen wurden ermordet, ausgeraubt, unterdrückt und gefoltert. Es ist offensichtlich, dass die Bevölkerungen dieser Länder (ebenso wie in jedem anderen Land) sehr viel weniger dazu bereit sind, solche Taten in eigener Verantwortung zu begehen, als wenn diese Grausamkeiten von einer „Autorität" angeordnet werden.

Ironischerweise glauben viele Staatsgläubige, dass private Sicherheitsunternehmen sich in neue ausbeuterische und unterdrückerische „Regierungen" verwandeln, wenn sie mit der Idee einer vollständig freiwilligen Gesellschaft konfrontiert werden, in der alles, einschließlich der Verteidigung und der Sicherheit, durch freiwillig zahlungsbereite Kunden finanziert wird, anstatt die Finanzierung durch „Besteuerung" zu erzwingen. Oder sie befürchten, dass diese Sicherheitsfirmen

ständig gewaltsame Konflikte miteinander austragen würden.

Wer dieses glaubt, erkennt nicht, dass die meisten Menschen ihre Nachbarn nicht angreifen und ausrauben wollen und sie wollen auch selbst nicht angegriffen und ausgeraubt werden. Nur der religiöse Glaube an die „Autorität" veranlasst die Mehrheit dazu, Raub mittels „Besteuerung" in Ordnung zu finden und zu befürworten oder sich dazu verpflichtet zu fühlen, einverstanden damit zu sein, wenn man selbst mittels „Besteuerung" ausgeraubt wird, weil man sich ja dann an das „Gesetz" hält. Ohne die Vorstellung, dass die „Regierung" Rechte hat, die keine Einzelperson hat, würde kaum jemand ein bösartig aggressives Sicherheitsunternehmen unterstützen. Wenn die Sicherheitsunternehmen einfach nur als private Unternehmen mit normaldurchschnittlichen Menschen angesehen werden, würden weder die Kunden noch die Angestellten selbst glauben, dass die Angestellten des Unternehmens irgendein Recht dazu haben, andere zu berauben, zu schikanieren, zu terrorisieren oder irgendwas anderes zu tun, wozu kein anderer das Recht hat.

Um das Ganze noch einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten und um es persönlicher zu machen: Stellen Sie sich vor, Sie würden in einer Welt leben, in der keiner Ihrer Nachbarn es gerechtfertigt finden würde, dass Sie für Dinge „besteuert" werden, die Sie nicht haben wollen. Stellen Sie sich vor, dass jeder Plan, jedes Programm, jede Idee, jeder Lösungsvorschlag zu allen möglichen Problemen etwas wäre, was Sie entweder freiwillig unterstützen können oder gar nicht.

Stellen Sie sich vor, in einer Welt zu leben, in der keiner Ihrer Nachbarn denkt, das Recht zu haben, Ihnen ihre Ideen, Entscheidungen und Lebensweisen aufzuzwingen. Sie würden sich nicht dazu berechtigt fühlen (so wie sie es schon jetzt tun), Sie mit Gewalt daran zu hindern, sie anzugreifen oder zu berauben. Kaum jemand würde sich gut dabei fühlen, wenn er sich Ihnen gegenüber in irgendeiner Weise aggressiv verhält.

Im Gegensatz zu dem, was sich die Leute heutzutage vorstellen, würde eine „Welt ohne Regeln" exakt so aussehen. Jeder Einzelne wäre nur seinem Gewissen verpflichtet - man könnte das als selbstauferlegte „Regeln" oder „Selbstregierung" bezeichnen - und selbst wenn es einige Leute gibt, die auf eigene Verantwortung dumme oder schädliche Entscheidungen treffen und aggressiv gegen andere vorgehen, gäbe es niemanden, der glaubt, dass aus einer an sich nicht rechtmäßigen Sache etwas Gutes wird, nur weil man sie als „Gesetz" oder „Regel" bezeichnet. Und wenn Sie gegen solche aggressive Handlungen Widerstand leisten, dann würden Ihnen Ihre Nachbarn wohlwollend zustimmen, anstatt Sie dafür zu verurteilen und als „Kriminellen" zu beschimpfen, so wie es heutzutage üblich ist, wenn Sie gegen ein „Gesetz" verstoßen.

Anders denken, anders reden

Viele Begriffe, die die Menschen verwenden und die Diskussionen, die sie täglich führen, bauen auf der Annahme auf, dass eine „Autorität" existieren kann. Unwissentlich verstärken sie den religiösen Glauben in ihrer eigenen Wahrnehmung und in der Wahrnehmung jener, mit denen sie sprechen, indem sie die glaubensbasierten Dogmen ständig hören und wiederholen. Die autoritäre Propaganda ist so allgegenwärtig, dass sie sich für die Masse gar nicht mehr wie eine reine „Botschaft" anfühlt. Sie erscheint als Realität.

Der größte Teil aller Geschichtsbücher besteht daraus, zu beschreiben, wer in welchem Gebiet wann geherrscht hat, welches autoritäres Regime ein anderes autoritäres Regime erobert hat, welche „Staatsformen" und welche Typen der „öffentlichen Ordnung" die verschiedenen Reiche hatten usw. Sie handeln von Wahlen, wer hinter den Kulissen die Fäden gezogen hat, welche „Gesetze" erlassen und welche „Steuern" erhoben wurden und was die Leute über ihre „Herrscher" dachten. Die Annahme, die hinter allem liegt, ist mehr als offensichtlich, auch wenn sie nie offen ausgesprochen wird: Es ist sowohl unvermeidbar als auch rechtmäßig, dass es eine herrschende Klasse gab - irgendetwas Übermächtiges mit dem Recht, alle anderen gewaltsam zu beherrschen.

Diese Botschaft steht ebenso zwischen den Zeilen nahezu jeder Nachricht in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen. Die Nachrichten, egal, ob lokal oder national, handeln davon, was für „Gesetze" die „Repräsentanten" oder „Kongressabgeordneten" verabschiedet haben, was die „Gesetzeshüter" an diesem und an jenem Tag gemacht haben, wer für die „öffentlichen Ämter" kandidiert, was für eine „Politik" sie unterstützen usw. Die Art und Weise, wie über jede Einzelheit davon berichtet wird, ist stark durch den religiösen Glauben an die „Autorität" durchsetzt. Das Denken der Menschen beeinflusst das, was sie sagen und wie sie es sagen. Jeder Einzelne bringt mit dem, was er sagt, seine grundsätzlichen Überzeugungen zum Ausdruck.

Vergleichen Sie in folgendem Beispiel ein und dasselbe Ereignis, wenn zwei verschiedene Menschen darüber berichten. Der erste glaubt an die „Autorität", der zweite nicht:

Autoritätsgläubiger:

„Heute hat die Kommunalregierung von Springfield eine vierprozentige Erhöhung der Gebühren für die Erteilung von Baugenehmigungen beschlossen. Die zusätzlichen Erlöse sind für ein Programm zur Unterstützung der medizinischen Versorgung älterer Menschen vorgesehen."

Autoritätsungläubiger:

„Heute hat eine lokale Gruppe von Erpressern jedem, der ein Bauvorhaben oder eine Renovierung in Springfield durchführt angedroht, vier Prozent mehr von ihnen zu erpressen als jene, die diese Leute bisher erpresst hatten. Die Erpresser haben angekündigt, einen Teil ihrer Beute älteren Menschen zu geben."

Bei Menschen, die dem religiösen Glauben an die „Autorität" entkommen sind, verändern sich die Denkmuster und demzufolge auch die Sprechmuster sehr deutlich. Sie benutzen keine euphemistischen Begriffe, die „gesetzlicher" Gewalt den Anschein von Rechtmäßigkeit geben. Er beschreibt die „Steuereintreiber" als das, was sie wirklich sind: als professionelle Erpresser. Er beschreibt „Gesetzeshüter" als das, was sie wirklich sind: als von Politikern beauftragte Schläger. Er beschreibt „Gesetze" als das, was sie wirklich sind: als Drohungen von Politikern. Er beschreibt sich selbst nicht voller Stolz als „gesetzestreuer Steuerzahler", weil er erkennt, wen dieser eigentlich darstellt: jemanden, der es freiwillig zulässt, dass ihn machthungrige Größenwahnsinnige ausrauben.

Den meisten Staatsgläubigen fällt es schwer, sich eine Welt vorzustellen, in der es keine zentrale Maschine gibt, die versucht, alle zu kontrollieren. Manche finden es genauso schwierig, sich eine Welt vorzustellen, in der sie selbst nicht gewaltsam kontrolliert werden. Der Gedanke daran, in die

Welt hinauszugehen, ohne irgendwem Rechenschaft schuldig zu sein, ohne das Gefühl, sich an irgendwelche „Gesetze" anderer halten zu müssen, ist für sie vollkommen abwegig. Es ist traurig, wie es vielen Menschen sehr schwer fällt, sich eine Welt auch nur vorzustellen, auf der es niemanden gibt, vor dem sie niederknien müssen, keine „Gesetzgebung", der sie sich unterstellen müssen, kein „Gesetz" und keine „Regel", die sie über ihr eigenes Gewissen stellen müssen. Solche Vorstellungen sind Welten davon entfernt, was einem ständig beigebracht wurde und eine solch fundamental andere Perspektive von der Realität zu akzeptieren, fühlt sich an wie ein großes existenzielles Erwachen. Derjenige, der dem religiösen Glauben entkommen ist, sagt zu sich selbst in etwa folgendes:

„Hat irgendein Mensch oder eine Gruppe von Menschen das Recht, von mir zu verlangen für etwas zu bezahlen, was ich nicht haben und nicht bezahlen will? Natürlich nicht. Wenn ich niemandem etwas durch Gewalt oder Betrug antue, hat irgendwer das Recht, mich dazu zu zwingen, so zu entscheiden, wie er es sich vorstellt? Natürlich nicht. Habe ich das Recht, mich gegen solche Aggressionen zu wehren? Natürlich habe ich das. Hat irgendein Mensch oder eine Gruppe von Menschen Rechte, die ich nicht habe? Natürlich nicht. Wie und woher sollten sie dieses Recht auch bekommen haben? Bin ich dazu verpflichtet, wann, wo und unter welchen Umständen auch immer, irgendetwas anderes zu tun als das, was mit meinem Gewissen vereinbar ist? Gibt es irgendeine Situation, in der die Befehle oder „Gesetze" irgendeiner angeblichen „Autorität" mich jemals in irgendeiner Form dazu verpflichten können, meinen freien Willen aufzugeben oder mein eigenes Gefühl für richtig und falsch zu ignorieren?

Natürlich nicht."'

Die Lehre der Moral vs. die Lehre der Autorität

Gemeinhin wird angenommen, dass sich Kinder wie wilde Tiere verhalten werden, die andere überfallen, bestehlen usw., wenn ihnen nicht beigebracht wird, die „Autorität" zu respektieren und ihr zu gehorchen. Aber gehorsam zu sein bedeutet für sich gesehen nur, dass der Einzelne nicht aus eigener Verantwortung handelt. Stattdessen schiebt er die Verantwortung für sein Handeln auf jene, die Macht über sie beanspruchen. Dazu zählen die unmoralischsten, korruptesten, gefühlskältesten, verbittertsten und unehrlichsten Menschen der Welt.

Menschen Gehorsam anzutrainieren verhindert, sich wie ein wildes Tier zu verhalten nur dann, wenn die angebliche „Autorität" nicht selbst Raub und Körperverletzung billigt und anordnet, so wie es jede „Regierung" in der Geschichte durch die „Besteuerung" und die „Gesetzesvollstreckung" bisher getan hat. Jemandem Gehorsam anzutrainieren führt nicht zu zivilisiertem Verhalten, wenn die Befehlshaber Befehle erteilen, die der Gesellschaft schaden: aggressive Handlungen gegen Unschuldige. Die Vorstellung, dass eine ausgeprägte Unterwürfigkeit gut für die Gesellschaft sein soll, gründet auf der falschen Annahme, dass Menschen in Machtpositionen allen anderen moralisch überlegen sind. Es sollte selbsterklärend sein, dass die Gesellschaft kein Stück sicherer oder anständiger wird, wenn die Mehrheit der Menschen ihr eigenes Gewissen ignoriert und stattdessen blind Politikern darin vertraut, dass diese schon irgendwie die richtigen Entscheidungen für sie treffen. Im Gegenteil. Das wird den Handlungen, die einer friedlichen menschlichen Koexistenz entgegenstehen den Anschein von Rechtmäßigkeit geben.

Nehmen wir als Analogie zum Beispiel einen Roboter, der darauf programmiert ist, das zu tun, was ihm sein Besitzer sagt. Egal, ob es produktiv, destruktiv, zivilisiert oder aggressiv ist. Das entspricht einem Kind beizubringen, die „Autorität" zu respektieren. Ob nun der Roboter oder das Kind zu einem Werkzeug der Zerstörung und Unterdrückung wird, hängt ausschließlich von demjenigen ab, der die Befehle erteilt. Wenn die Kinder stattdessen das Prinzip des Selbsteigentums erlernen, also dass jeder Mensch sich selbst gehört und deshalb nicht beraubt, bedroht, geschlagen oder ermordet werden sollte, dann ist die Botschaft überflüssig, dass Gehorsam gleichbedeutend mit Rechtschaffenheit ist.

Überlegen Sie selbst, welches der beiden folgenden Szenarien zu einer gerechteren und friedlicheren Welt führen wird: Milliarden von Menschen, die die Prinzipien eines moralischen Menschen kennen (zum Beispiel das Nichtangriffsprinzip) oder Milliarden von Menschen, die blinden Gehorsam verinnerlicht haben und darauf hoffen, dass die paar Leute, die am Drücker sind, nur gute Befehle erteilen werden? Falls es irgendwelche Schwierigkeiten dabei gibt, sich vorzustellen, was daraufhin passiert, dann müssen Sie nur in die Geschichte zurückblicken, um festzustellen, was tatsächlich passiert ist.

Auch Herrscher, die zufällig an die Macht kommen, werden schnell korrumpiert und entwickeln sich zu Tyrannen. Aber durchschnittliche, anständige Menschen sind nicht diejenigen, die versuchen, Macht über andere zu erhalten. Diejenigen, die normalerweise nach Macht streben, sind normalerweise bereits Narzissten und Größenwahnsinnige. Menschen mit einer unstillbaren Machtgier, die es lieben, andere zu unterdrücken. Und der Wunsch, andere zu unterdrücken resultiert niemals aus dem Wunsch, den Unterdrückten zu helfen, sondern immer aus dem Wunsch, Macht über andere auf Kosten anderer zu erhalten und auszuüben. Trotzdem bleiben viele steif und fest bei der Behauptung, dass wenn der Durchschnittsmensch einzig und allein seinem Gewissen folgt, die Vertrauenswürdigkeit und Zivilisiertheit schneller verlorengeht als wenn er sein eigenes Gewissen beiseiteschiebt und einfach nur den Tyrannen in dieser Welt gehorcht.

Anarchie besteht per Definition dann, wenn jeder Einzelne sich auf seine eigenen Werturteile verlässt. Im Gegensatz dazu besteht ein „Rechtsstaat" per Definition dann, wenn autoritären Tyrannen im Allgemeinen blind gehorcht wird. Man beachte allein schon, wie unterschiedlich die beiden Begriffe wahrgenommen werden: „Anarchie" klingt bedrohlich und gewalttätig, „Recht und Ordnung" klingt zivilisiert und gerecht, wobei das eine in der Realität bedeutet, seinem Gewissen zu folgen und das andere, irgendwelchen Herrschern blind zu gehorchen. Die Schäden, die Individuen anrichten, die auf eigene Verantwortung handeln, sind im Vergleich zu den Schäden, die durch Menschen angerichtet werden, die irgendeiner vermeintlichen „Autorität" gehorchen, verschwindend gering.

Sehr viele glauben, dass die Erziehung zum Gehorsam gegenüber der „Autorität" das gleiche sei, wie Kindern beizubringen korrekt zwischen richtig und falsch unterscheiden zu können. Dabei ist das Gehorsamkeitstraining das genaue Gegenteil davon. Kindern zu vermitteln, die Rechte jedes einzelnen Menschen zu respektieren und ihnen zu zeigen, dass gewaltsame Angriffe für sich gesehen falsch sind, ist sehr wichtig. Aber ihnen beizubringen, dass zu gehorchen das Gleiche sei, wie anständig zu sein und dass der Respekt gegenüber der „Autorität" ein moralischer Imperativ sei, wird aus ihnen Menschen machen, die entweder flächendeckende aggressive Gewalt befürworten oder die sich sogar aktiv daran beteiligen. Jeder Staatsgläubige tut eines von beiden

oder beides zusammen. Tatsächlich verhindert das Gehorsamkeitstraining eine gesunde soziale und geistige Entwicklung der Kinder. Wenn sie permanent durch andere kontrolliert und herumkommandiert werden, für Gehorsam belohnt und für Ungehorsam bestraft werden, werden sie - wenn sie jemals aus dieser Situation ausbrechen - so gut wie keine praktische Erfahrung darin haben, ihr Denken und Handeln aus moralischen Prinzipien abzuleiten. Ausschließlich zum Gehorsam erzogene Kinder werden sich hilflos wie Affen verhalten, die nach einem Leben in Gefangenschaft in die Freiheit entlassen werden. Sie sind es nicht gewohnt, individuelle Wertmaßstäbe an ihr eigenes Handeln und das Handeln anderer Menschen anzulegen und auf eigene Verantwortung zu handeln. Wenn sie in der Kindheit hauptsächlich durch „Autoritätspersonen" geformt wurden, haben Menschen als Erwachsene das Gefühl, ihre Existenz zu verlieren, wenn diese „Autoritätspersonen" plötzlich verschwinden.

Menschen, die zum Gehorsam dressiert wurden, haben keinen blassen Schimmer von persönlicher Unabhängigkeit, Souveränität und Verantwortung, weil sie mit voller Absicht gezielt darauf trainiert wurden, ihr eigenes Gewissen und ihre eigene Urteilsfähigkeit zu ignorieren. Wenn die Indoktrinierten schließlich aus der Indoktrinierungsanstalt namens „Schule" entlassen werden, glauben sie, dass eine neue „Autorität" an die Stelle der „Schule" tritt: der „Staat". Die in die Freiheit entlassenen Affen bauen sich einfach einen neuen Käfig und hüpfen voller Inbrunst hinein, weil das alles ist, was sie kennen und jemals kennengelernt haben.

In einer Welt ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" würden Kinder anstatt blindem Gehorsam lernen, moralisch zu handeln. Sie würden lernen, die Menschen zu respektieren, anstatt das unmenschliche gewalttätige Monster namens „Regierung" anzubeten. Sie würden lernen, dass es ihre Aufgabe ist, zu entscheiden, die richtigen Dinge zu tun. Und nicht nur das - es ist auch ihre Aufgabe, herauszufinden, was „die richtigen Dinge" sind. Im Ergebnis würden sie zu verantwortungsvollen, denkenden und anständigen Erwachsenen heranwachsen, die Mitglieder einer friedlichen und produktiven Gemeinschaft sind, anstatt aufzuwachsen, um die Rolle des Nutzviehs auf der Farm der Tyrannen einzunehmen.

Kein Masterplan

Wenn morgen durch irgendein Wunder plötzlich jeder Einzelne auf dieser Welt seinen religiösen Glauben an die „Autorität" verlieren würde, wäre es mit einem sehr großen Teil der Diebstähle, Gewalttaten und Morden in der Gesellschaft sofort vorbei. Alle Kriege wären beendet, jeder Raub auf dem Wege der „Besteuerung" würde aufhören und es wäre Schluss mit jeder Unterdrückung im Namen des „Gesetzes". Die Menschheit als Ganzes - einschließlich der Täter, Opfer und Zeugen der Unterdrückung - würden solche aggressiven Handlungen nicht mehr als rechtmäßig ansehen.

Zusätzlich gäbe es eine weitere, langfristigere Veränderung. Der religiöse Glaube an die „Autorität" ist im Grunde genommen ein psychologisches Gefängnis. Er trainiert die Menschen darauf, dass sie es nicht für nötig halten, selbst zu entscheiden, was richtig und was falsch ist. Sie sind nicht verantwortlich dafür, gesellschaftliche Probleme in Ordnung zu bringen. Alles, was von ihnen verlangt wird ist, sich an die Spielregeln zu halten und zu tun, was ihnen gesagt wird, während die „Führer" und „Gesetzgeber" dafür zuständig sind, sich um die gesellschaftlichen Probleme zu kümmern.

Der religiöse Glaube an die „Autorität" hindert die Menschen daran, jemals erwachsen zu werden und die Welt stets so zu sehen, wie sie die Kinder sehen: als unglaublich komplizierten Ort, für den ein anderer verantwortlich ist und immer verantwortlich sein wird. Armut, Kriminalität, Krankheiten, wirtschaftliche Probleme, Umweltzerstörungen, was auch immer - die indoktrinierten Staatsgläubigen sind ständig auf der Suche nach irgendeinem neuen „Anführer", den sie wählen können, weil er verspricht, sich um die Probleme zu kümmern.

In gewisser Hinsicht funktioniert die Welt der „Autorität" so wie eine Grundschule. Wenn irgendwas schiefgeht, also irgendwas Unvorhergesehenes passiert, was nicht vorab so geplant war und zentral gesteuert ist, rufen die „Schüler" die „Lehrer", damit diese alles in Ordnung bringen. Das gesamte autoritäre Umfeld in der Schule vermittelt den Kindern, dass es niemals ihre Aufgabe ist, sich um die Dinge zu kümmern. Sie sollen niemals eigenständig entscheiden, was zu tun ist. Es wird ihnen auch ständig davon abgeraten, auf eigene Faust zu handeln. Wenn ihnen das erlaubt sein würde, wäre die erste Entscheidung der meisten von ihnen, das Klassenzimmer zu verlassen.

Auf genau die gleiche Art und Weise wird Erwachsenen ständig davon abgeraten „das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen". Die Leute sind darauf dressiert, die „Autorität" zu rufen, wenn es irgendeinen Konflikt oder ein Problem gibt, um dann eingeschüchtert das zu tun, was ihnen die „Gesetzeshüter" sagen. Wenn es eine Auseinandersetzung gibt, wird den Leuten gesagt, dass sie sich an die Machthaber wenden sollen, indem sie die „Polizei" rufen oder zu den „Gerichten" der „Autorität" gehen, um dort Streitigkeiten beizulegen. Wenn es um gesellschaftliche Herausforderungen geht, benutzen die wohldressierten Untergebenen Ausdrücke wie: „Die sollten ein Gesetz erlassen..." oder „Die sollten ein Programm auflegen...". Sie sehen ihr Leben als Teil eines gigantischen zentralen Masterplans und deshalb erscheint es ihnen logisch, wenn sie ein besseres Leben wünschen, die Planer darum zu bitten, den Plan zu ändern. Diese Ansicht ist so tief in der Psyche der meisten Menschen verankert, dass sie den Wunsch nach einem individuellen Leben, ohne Teil irgendeines Masterplans zu sein, buchstäblich nicht nachvollziehen können.

Das zeigt sich durch die übliche Reaktion der Staatsgläubigen auf den Vorschlag einer Gesellschaft ohne Machthaber. Nahezu ohne Ausnahme wird jeder Staatsgläubige, der mit diesem Vorschlag konfrontiert wird, fragen, wie die Dinge ohne eine Herrscherklasse „funktionieren" sollen. Er stellt die Frage danach, wie Straßen, Verteidigung, Handel, Konfliktlösungen usw. ohne eine „Regierung" funktionieren könnten. Er tut dieses nicht aus reiner Neugier. Er stellt die Frage, weil er dazu dressiert wurde, die Menschheit innerhalb eines zentralisierten, gewaltsam aufgezwungenen Masterplans zu sehen und ist buchstäblich nicht dazu fähig, außerhalb dieses Paradigmas zu denken. Und so wird er fragen, wie die Dinge in der „Anarchie" funktionieren sollen und denkt, dass es sich dabei um ein „System" handelt, also irgendeinen neuen Typ eines Masterplans, der den Massen aufgezwungen werden soll, wenngleich es sich dabei natürlich genau um das Gegenteil handelt: um die vollständige Abwesenheit eines zentralisierten, gewaltsam aufgezwungenen Plans. Aber ein allgemeingültiger Plan ist alles, was die Staatsgläubigen jemals in Betracht gezogen haben und oft ist er auch alles, was sie intellektuell begreifen können. Die Idee, dass es niemanden gibt, der „verantwortlich" ist, dass niemand die „Regeln" machen wird, dass es niemanden geben wird, der dem Staatsgläubigen sagt, was er tun soll, ist einfach nur etwas, was in der Vorstellung der Staatsgläubigen noch nie existiert hat. Das Konzept ist so unbekannt, dass sie nicht einmal dazu in der Lage sind, es rational zu begreifen und so versuchen sie verzweifelt, „Anarchie", also eine staatsfreie Gesellschaft, in die Schublade des Masterplans zu stecken.

(Diese widersprüchliche Denke wird von Menschen zusätzlich verstärkt, die sich als „Anarchokommunisten" bezeichnen. Der Begriff impliziert, dass es keine herrschende Klasse gibt und dass die Gesellschaft gleichzeitig in kollektivistischer Art und Weise organisiert ist. Sobald eine Gruppe das Recht dazu beansprucht, so ein System allen anderen aufzuzwingen, handelt es sich natürlich um ein autoritäres System und der „Anarcho"-Teil des Begriffs ist sofort hinfällig. Eine andere Möglichkeit ist, dass die sogenannten „Anarchokommunisten" nur hoffen, dass jeder Einzelne auf dem Planeten sich aus freien Stücken dazu entscheiden wird, in Kommunen oder Kollektiven zu leben, wenn es keine herrschende Klasse mehr gibt. Das wird voraussichtlich nicht passieren. Und als letzte Möglichkeit: Die „Anarchokommunisten" könnten zwar für sich selbst entscheiden, in einer kollektivistischen Kommune zu leben und es anderen erlauben, auf andere Art und Weise zusammenzuleben. Am Ende ergibt der Begriff „Anarchokommunismus" kaum einen Sinn. Er ist lediglich ein Symptom der Staatsgläubigkeit: Auch wenn sie eine staatsfreie Gesellschaft befürworten, glauben manche automatisch, dass es irgendein alles überspannendes System oder einen Plan oder ein großes Schema oder irgendeine Form des gesellschaftlichen Managements geben muss, das der gesamten Menschheit übergestülpt werden muss.)

In Wirklichkeit kann niemand Gerechtigkeit oder Wohlstand garantieren oder alles vorhersagen, was passieren wird oder jedes Problem kennen, das entstehen könnte, geschweige denn passende Lösungen. Staatsgläubige behaupten trotz erdrückender Beweise, dass das Gegenteil davon richtig ist. Sie glauben, dass nur ein autoritäres System Sicherheit, Wohlstand, Fairness und Gerechtigkeit garantieren kann. Auf der anderen Seite sagen jene, die diesen Glauben abgelegt haben, nicht mehr, dass es möglich ist, alles und jeden durch irgendein „System" unter Kontrolle zu bringen.

Es ist regelrecht bizarr, dass Staatsgläubige immer wieder von Staatsgegnern verlangen, in allen Einzelheiten zu beschreiben, wie alles in der Gesellschaft funktionieren wird, obwohl es wegen des „Staates" bereits wiederholte Male zu Wirtschaftskatastrophen, menschlichem Leid und massenhafter Unterdrückung in ungeheuren Ausmaßen gekommen ist. Und wenn die Staatsgegner nicht alles in allen Details beschreiben können - was vollkommen normal ist - dann sehen die Staatsgläubigen das als Beweis dafür, dass „Anarchie niemals funktionieren wird". Das ist keine rationale Schlussfolgerung sondern eher das Symptom einer tiefsitzenden mentalen Abhängigkeit und einer Angst vor dem Unbekannten.

Staatsgläubige wollen die Sicherheit, dass irgendein allwissendes, allmächtiges Wesen auf sie aufpasst und sie vor jedem Unglück und vor allen bösen Menschen auf dieser Welt schützt. Und sie wollen dieses Versprechen immer wieder hören. Nicht einmal die Tatsache, dass die Politiker genau dieses schon immer versprochen, sich aber nie daran gehalten haben (allein schon deswegen, weil solche Versprechen vollkommen lächerlich sind), hält die Staatsgläubigen davon ab, immer wieder auf die leeren politischen Versprechen hereinzufallen.

Die meisten Menschen denken, dass ein anderer Plan der „Regierung" die einzige Lösung sein kann, egal wie oft und wie furchtbar die autoritären „Lösungen" zuvor bereits gescheitert sind. Sie wollen, dass ihnen ein allmächtiges Wesen ein bequemes und sicheres Leben ermöglicht. Es scheint ihnen egal zu sein oder sie bemerken es erst gar nicht, dass solche „Garantien" niemals realisierbar sind und dass jeder, der das Gegenteil behauptet, wenn er an der Macht ist, entweder ein dreister Lügner oder ein Geisteskranker sein muss. Sie reagieren auf den Vorschlag einer staatsfreien Gesellschaft vollkommen entsetzt, weil Anarchisten und Voluntaristen das absurde

Versprechen nicht geben wollen, dass ohne den „Staat" niemals etwas Schlimmes passieren wird.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Wenn eine staatsfreie Gesellschaft thematisiert wird, habe ich in Gesprächen mit Staatsgläubigen immer wieder festgestellt, dass sie fast immer anfangen Fragen im Passiv zu stellen: Wie wird dies gelöst? Wie wird jenes gehandhabt? Sie reden, als wären sie nur unbeteiligte Dritte, die darauf warten, dass irgendwas passiert. Auch wenn es sie selbst betrifft.

Die Ursache hierfür ist, dass sie in ihrer Schul- und Ausbildungszeit tatsächlich nur unbeteiligte Dritte waren. Der Ablauf ihrer Leben wurde von anderen vorgezeichnet, ihre Schicksale wurden durch die „Autorität" gelenkt und nicht durch sie selbst. Immer wenn sie mich fragen: „Wie wird das in der Anarchie gelöst?" antworte ich, um sie aus dieser Denkweise herauszuholen: „Wie würdest du das lösen?" Wenn sie mich fragen: „Was würde in diesem potenziellen Fall geschehen?" antworte ich: „Was würdest du tun?" Und normalerweise geben sie spontan Antworten, die besser sind als jede autoritäre Lösung.

Das Problem ist nicht, dass sie unfähig dazu sind, für sich selbst, für ihre Zukunft und letztendlich für die Zukunft der Welt verantwortlich zu sein. Das Problem ist, dass sie noch nicht gemerkt haben, dass sie bereits jetzt verantwortlich für sich selbst, ihre Zukunft und die Zukunft der Welt sind.)

Jemand, der einmal verstanden hat, dass die „Autorität" nur eine religiöse Vorstellung ist, ist nicht dazu verpflichtet, zu erklären, wie jedes Detail einer freien Gesellschaft funktionieren wird. Genauso wenig wie jemand, der sagt, dass der Weihnachtsmann nicht existiert, erklären müsste, wie Weihnachten ohne diesen funktioniert.

Als Bedingung dafür, dass die Staatsbefürworter die Möglichkeit einer staatsfreien Gesellschaft überhaupt erst in Betracht ziehen, verlangen sie, dass ihnen jemand alle Einzelheiten der unzähligen gesellschaftlichen, staatsfreien Prozesse erklärt. Ob nun mit oder ohne „Staat" - niemand ist dazu in der Lage. Und weiter an einem offensichtlich falschen, in sich widersprüchlichen Glauben festzuhalten, der zu Mord, Erpressung und Unterdrückung in ungeheuren Ausmaßen geführt hat, nur weil irgendwer nicht alle Details einer perfekten Welt ohne diesen Glauben beschreiben kann, ist absurd.

Menschen können Vorschläge oder Vorhersagen dazu machen, wie die verschiedenen Bereiche einer Gesellschaft ohne eine „Autorität" funktionieren könnten - und viele wissenschaftliche Abhandlungen tun genau dieses, aber wer die geisteskranke Natur des religiösen Glaubens an die „Autorität" einmal verstanden hat, wird niemals zurückrudern und sie akzeptieren, nur weil er denkt, dass irgendwas ohne die „Autorität" passieren könnte. Ebenso wenig würde jemand, der nicht mehr an den Weihnachtsmann glaubt, wieder zum Glauben zurückfinden, nur weil er dann denkt, dass Weihnachten besser funktionieren könnte.

Du beherrscht dich, ich beherrsche mich

Ohne die „Autorität" gäbe es definitionsgemäß niemanden mehr, der die Macht oder das Recht hat, zu verkünden: „So wird es gemacht!" Das ist aber das einzige Denkmuster, das bei Staatsgläubigen existiert. Wer einmal realisiert hat, dass er weder die Fähigkeit noch das Recht dazu hat, die Menschheit zu kontrollieren und zu steuern, denkt auch nicht an einen Masterplan für

die Menschheit. Er denkt zum Beispiel „Was sollte ich hier tun?" statt „Worum sollte ich die Machthaber bitten?" Staatsungläubige sind nicht so arrogant oder wahnsinnig zu denken, dass sie das Recht oder die Fähigkeit dazu haben, für die gesamte Menschheit Entscheidungen zu treffen. Sie treffen ihre eigenen Entscheidungen und akzeptieren die unvermeidliche Realität, dass andere Menschen sich anders entscheiden.

Auf praktischer Ebene ist es absurd zu erwarten, dass ein System der zentralen Steuerung, bei der eine Handvoll Politiker mit ihrem begrenzten Verständnis und ihrer unzureichenden Erfahrung allen anderen einen Masterplan aufzwingen, besser funktioniert als das geballte Wissen, der Ideenreichtum und das Know-how von hunderten von Millionen Menschen, die miteinander vernetzt sind und freiwilligen Handel betreiben und miteinander zusammenarbeiten.

Ob es die Lebensmittelproduktion, der Straßenbau, der Schutz vor Angreifenden oder irgendetwas anderes ist - die Ideen aus dem „Chaos" von Millionen Menschen, die sich in verschiedenen Erfindungen und Lösungen versuchen, werden immer besser sein als die Ideen von ein paar Politikern. Das ist vor allem deswegen so, weil die Ideen der Politiker so lausig sind, dass sie sie allen anderen per „Gesetz" aufgezwungen werden müssen, während die Ideen ganz normaler Menschen freiwillig unterstützt werden, wenn sie für gut befunden werden.

Der Umfang des Wohlstands, der durch den bereits relativ freien „anarchistischen" Handel und die Zusammenarbeit entstanden ist, ist bemerkenswert. Die Koexistenz von Menschen ohne Steuerung und Regelung durch einen Masterplan ist aber in den Augen der meisten Staatsgläubigen trotzdem nicht möglich. Die meisten von ihnen haben noch nicht einmal damit begonnen, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, selbst für ihr Leben verantwortlich zu sein. Alles über die moderne autoritäre Gesellschaft trainiert die Menschen dazu, gehorsame Untertanen des Kontrollsystems zu sein, anstatt die Menschen darauf zu trainieren, was sie eigentlich sein sollten: Souveräne, selbstbestimmte Wesen, die selbst Lösungen entwickeln, mit anderen auf Augenhöhe interagieren und in erster Linie ihrem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldig sind.

Die meisten haben schreckliche Angst davor, ohne eine allmächtige „Autorität" selbst dafür zuständig zu sein, Probleme zu lösen, Auseinandersetzungen beizulegen, denen zu helfen, die Hilfe benötigen und sich selbst und andere zu schützen. Sie lieben es, autoritäre Lösungen zu unterstützen, aber möchten nicht selbst zuständig sein, erst recht nicht dafür, für eine funktionierende Gesellschaft zu sorgen. Und ihr religiöser Glaube an die „Autorität" hält sie davon ab, Verantwortung zu übernehmen und sich den realen Herausforderungen des Lebens zu stellen.

Das Leben eines Tieres im Käfig ist in vielerlei Hinsicht einfacher als das Leben in freier Wildbahn. Ebenso ist das Leben als ein willenloser menschlicher Sklave besser vorhersehbar und mit einem höheren Sicherheitsgefühl verbunden als ein Leben in eigener Verantwortung. Aber ebenso wie Tiere durch das Leben in Freiheit stärker, klüger und überlebensfähiger macht, wird das Ende des religiösen Glaubens an die „Autorität" Menschen dazu bringen, klüger, kreativer und moralischer zu sein. Das heißt noch lange nicht, dass alle Menschen ohne den Staatsglauben weise, anständig und großzügig sein werden. Aber wenn Millionen einzelner Menschen verstehen würden, dass es sie höchstpersönlich sind, die für eine bessere Welt verantwortlich sind, anstatt einfach nur brav und folgsam ihre ihnen zugewiesene Rolle innerhalb des Masterplans eines anderen zu spielen und den „Staat" darum anzubetteln, doch alles in Ordnung zu bringen, dann würde das ein Ausmaß an

menschlicher Kreativität, Genialität und Zusammenarbeit freisetzen, das sich die meisten Menschen nicht vorstellen können.

Eine andere Gesellschaft

Heute verbinden die meisten Menschen die Vorstellung von „jeder tut, was er will" mit Chaos und Tod. Gehorsam und „Gesetzestreue" ist für sie hingegen gleichbedeutend mit Ordnung und Zivilisation. Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" wäre die Denkweise ein vollkommen andere. Ohne eine „Autorität", der man blind folgen und gehorchen kann und ohne dass die Möglichkeit besteht, die Machthaber darum anzubetteln, doch alles in Ordnung zu bringen, müssten die Menschen selbst für sich herausfinden, was richtig und was falsch ist. Sie müssten sich selbst um Problemlösungen kümmern. Einige behaupten, dass die Menschen zu kurzsichtig, faul und unverantwortlich seien, ihr Leben selbst in Ordnung zu bringen. Es ist allerdings der religiöse Glaube an die „Autorität", der sie faul und hilflos werden lässt. So lange sie denken, dass sie nicht zuständig dafür sind, die Dinge richtig zu machen und die Probleme zu lösen und dass alles, was sie tun müssen, nur darin besteht, ihren Machthabern zu gehorchen und sich wie Bauern auf einem Schachbrett nach dem Masterplan eines anderen herumschubsen zu lassen, besteht für sie keinerlei Notwendigkeit, erwachsen zu werden.

Den religiösen Glauben abzulegen, zwingt einen dazu, zu realisieren, dass es nichts gibt, was über einem steht. Das bedeutet, dass man selbst für seine eigenen Handlungen (oder unterlassenen Handlungen) verantwortlich ist. Man selbst ist derjenige, dessen Aufgabe es ist, die Welt zu einem lebenswerteren Ort zu machen. Man selbst muss dafür sorgen, dass die Gesellschaft funktioniert.

Sicher gibt es bereits Staatsgläubige, die versuchen, Positives für die Gesellschaft zu bewirken. Aber meistens werden aus ihren guten Absichten wegen ihres religiösen Glaubens an die „Autorität" schlechte Handlungen. Ihr Mitgefühl verwandelt sich in Gewalt und aus ihrer Produktivität wird Unterstützung der Unterdrückung.

Ein Beispiel: Viele Leute sind voll von guten Absichten, wenn sie zum Militär gehen oder Polizisten werden. Sie wollen ihre Landsmänner vor feindlichen Mächten bewahren und die guten Menschen vor den schlechten schützen. Sobald sie jedoch zu Handlangern des mystischen Wesens namens „Regierung" geworden sind, verlieren sie ihre eigene Urteilsfähigkeit, können nicht mehr zwischen richtig und falsch unterscheiden und werden zu Vollstreckern der willkürlichen Launen der Politiker. In der Geschichte war es bisher immer so, dass aus jenen, die als „Verteidiger" beim „Staat" anfangen wollten, sehr schnell, wenn nicht sogar sofort, Angreifer wurden. Die erste Handlung nahezu jedes Regimes ist es, irgendeine Art „Besteuerung" einzuführen, um die Untergebenen zu berauben. Das geschieht normalerweise unter dem Vorwand, die Untergebenen vor Räubern zu schützen. Es ist deshalb absurd, dass so viele Menschen akzeptieren, dass die „Regierung" die einzige Institution sein kann, die die guten Menschen vor den bösen schützt. In Wirklichkeit ist die Abwesenheit des religiösen Glaubens an die „Autorität" die Voraussetzung dafür, dass Menschen mit guten Absichten andere tatsächlich schützen und verteidigen können.

Nehmen wir als Beispiel eine private Miliz, die dazu da ist, einen bestimmten Teil der Bevölkerung vor fremden Eroberern zu schützen und bei der weder ihre Mitglieder noch irgendwelche anderen denken, dass sie besondere Befugnisse haben, die kein anderer hat. Die Miliz würde auf der

Grundlage des persönlichen Gewissens jedes einzelnen Mitglieds handeln. So eine Organisation würde für eine äußerst effektive Verteidigung sorgen und gleichzeitig immun gegen die Korruption sein, die üblicherweise bei „staatlichen Sicherheitsorganen" vorherrscht.

Ein Mitglied einer privaten Miliz, das nicht unter der Wahnvorstellung einer „Autorität" leidet, könnte und würde keinesfalls seine persönliche Verantwortung für seine Handlungen von sich schieben und dieses damit rechtfertigen, nur „Befehle zu befolgen". Wenn er Gewalt anwendet, dann wissen er selbst und alle anderen um ihn herum genau, dass er persönlich die Entscheidung getroffen hat, Gewalt anzuwenden. Allen ist klar, dass er persönlich verantwortlich dafür ist und dass er für seine Handlungen geradestehen muss. Im Ergebnis kann eine nicht-autoritäre Miliz nur dann zum Unterdrückungsapparat werden, wenn jedes individuelle Mitglied dieser Miliz sich persönlich dazu entscheidet, andere zu unterdrücken. Im Gegensatz dazu kann „staatliches Militär" andere unterdrücken, wenn es auch nur eine einzige wirklich böswillige Person innerhalb der Befehlskette gibt, wenn diejenigen, die in der Hierarchie unter ihm stehen sorgfältig genug darauf trainiert wurden, Befehle bedingungslos auszuführen.

Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" wird sich nicht jeder automatisch immer und ausnahmslos verantwortungsvoll und gemeinnützig verhalten. Aber wenn die meisten akzeptieren, dass sie selbst für sich und ihre Handlungen verantwortlich sind, ist es sehr viel weniger wahrscheinlich, dass gute Menschen tun, was schlechte Menschen von ihnen verlangen - so wie es heute durch den Glauben an die „Autorität" ständig geschieht.

Staatsgläubige haben oft Angst davor, was Einzelne tun könnten, wenn sie nicht durch die „Regierung" davon abgehalten werden. Wovor sie tatsächlich Angst haben sollten ist, was diese Einzelnen tun könnten, wenn sie selbst zur „Regierung" werden. Ein einzelner schlechter Mensch kann nicht viel Schaden anrichten. Eine einzige „Autoritätsperson" kann hingegen riesige Katastrophen anrichten, da zahlreiche an sich gute Menschen deren Befehle ausführen werden. Anders ausgedrückt: Wenn Böses nur von bösen Menschen begangen würde, würden wir in einer sehr viel besseren Welt leben als heute. Heute wird Böses vorwiegend von guten Menschen begangen, weil diese einer angeblichen „Autorität" gehorchen. Böses geschieht heute deshalb in einem sehr viel größeren Ausmaß als es die bösen Menschen jemals alleine, ohne Beteiligung der guten Menschen, bewerkstelligen könnten.

Eine andere Art von Regeln

Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" würde die Gesellschaft mit Sicherheit „Regeln" entwickeln, die einem Großteil dessen, was heute die „Gesetze" darstellen, sehr ähnlich sind. Aber es gäbe einen grundlegenden Unterschied.

Es ist sowohl rechtmäßig als auch sinnvoll, für alle öffentlich einsehbar niederzuschreiben, welche Konsequenzen für bestimmte Dinge zu erwarten sind. In einer bestimmten Stadt kann zum Beispiel festgeschrieben werden, dass der Täter bei Diebstahl das Dreifache des Wertes des Diebesgutes an sein Opfer zurückgeben muss und wenn er dieses nicht leisten kann, dafür zur Zwangsarbeit verurteilt wird. In einer anderen Nachbarschaft mögen die Leute beschließen, jedem, der mit zu hoher Geschwindigkeit durch das Viertel fährt und dabei erwischt wird, das Auto wegzunehmen und es in einem See zu versenken. Solche Regelungen entsprechen definitiv ebenso wie die

„Gesetze" der Androhung von Gewalt. Dennoch unterscheiden sie sich aus mehreren Gründen von den „Gesetzen":

Jene, die die Konsequenzen androhen, wenn jemand ihnen oder ihren Nachbarn Schaden zufügt, sind persönlich verantwortlich für diese Konsequenzen und ihre Durchsetzung. Sie entscheiden, was für Konsequenzen sie persönlich für gerechtfertigt halten.

Die Drohungen würden keinerlei Wahl oder Konsens erfordern. Ein einzelner Mensch oder tausend Menschen gemeinsam könnten eine Warnung in folgender Form aussprechen: „Wenn ich dich bei diesem erwische, werde ich dir jenes antun." Solche Drohungen entsprechen nicht dem „Willen des Volkes", sondern sind nur als Absichtserklärungen jener zu sehen, die tatsächlich die Warnung aussprechen.

Ob eine Drohung gerechtfertigt ist oder nicht, obliegt nicht der Entscheidung desjenigen, der sie ausspricht. Sie liegt in den Händen aller außenstehenden Beobachter, die für sich entscheiden, ob sie die Drohung als angemessen empfinden oder nicht. Wenn die Drohung gemeinhin als ungerechtfertigt und unfair empfunden wird, würde sich niemand dazu verpflichtet fühlen, mit ihr einverstanden zu sein oder ihr Folge zu leisten.

Solche Warnungen und Drohungen würden nicht beanspruchen, die Moral zu ändern. Sie lassen keine neuen „Verbrechen" entstehen und sie würden im Gegensatz zu „Gesetzen" nicht automatisch als rechtmäßig angesehen, nur weil sie irgendwo aufgeschrieben wurden. Stattdessen sind sie einfach nur Aussagen über das, wovon diejenigen, die die Warnungen und Drohungen aussprechen, glauben, dass es gerechtfertigt sei. An die Stelle der autoritären Formel „hiermit erklären wir folgendes für illegal" hätten die Warnungen eher den Charakter von „ich glaube, dass wenn Sie dieses tun, habe ich das Recht, auf jene Art und Weise zu reagieren".

Für die meisten Menschen, die vor der „Autorität" auf die Knie fallen, wäre ein solches nichtzentralisiertes Frei-für-alle-Prinzip der menschlichen Interaktion der blanke Horror. „Aber was wäre, wenn", würden die Staatsgläubigen fragen, „jemand eine Warnung ausgeben würde, dass er, wenn er bestimmte Religionen oder Haarschnitte oder Ernährungsweisen nicht mag, die betreffende Person töten würde?" Die Prüfung dieser Frage im Kontext einer Gesellschaft mit Staatsglauben und im Kontext einer Gesellschaft ohne so einen Glauben, zeigt, wie gefährlich der religiöse Glaube an die „Autorität" wirklich ist.

Es ist richtig, dass ohne diesen Glauben einzelne Menschen andere in vollkommen ungerechtfertigten Situationen mit Gewalt bedrohen könnten. Der Punkt ist nicht, dass jeder automatisch anständig denkt und handelt, wenn es keine Machthaber gibt. Die schlechten Seiten der Menschen wären nur bei weitem nicht so gefährlich und zerstörerisch, wenn sie nicht in Verbindung mit dem religiösen Glauben an die „Autorität" auftreten, der ihnen den Anschein der Rechtmäßigkeit gibt.

Betrachten Sie zum Beispiel, was passiert, wenn ein paar Einzelpersonen strikt gegen Alkoholkonsum sind und wenn Alkohol durch die „Autorität" verboten wird. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, wäre es möglich, dass eine Einzelperson in einer staatsfreien Gesellschaft erklärt: „Ich betrachte Alkoholkonsum als Sünde. Wenn ich sehe, dass du trinkst, dringe ich mit

einer Pistole bewaffnet in dein Haus ein und bringe dich zur Strecke." Jeder, der so etwas tun würde, würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon überzeugt werden, dass er solche Drohungen nicht wahrmachen und solche Drohungen in Zukunft unterlassen sollte. Wenn höfliche Erklärungen nicht dazu ausreichen, wahrscheinlich durch die Androhung gewaltsamer Vergeltung.

Dass eine Einzelperson nicht einseitig Millionen von Biertrinkern unterdrücken kann, ist offensichtlich. Unter allen anderen, die denken, dass Alkoholkonsum eine Sünde sei, würden sich nur sehr wenige Leute finden, die das Gefühl haben, dass es rechtmäßig sei, anderen ihre Sichtweise mit Gewalt aufzuzwingen, auch wenn es sich dabei um eine Mehrheit handelt. Sie würden davon Abstand nehmen, einen gewaltsamen Konflikt heraufzubeschwören. Entweder würden sie so eine Aggression als ungerechtfertigt ansehen oder sie hätten Angst davor, was ihnen passieren könnte, wenn sie so eine Drohung wahrmachen würden.

Angenommen eine Gruppe von Menschen, die im Auftrag der „Regierung" handelt, erklärt Alkohol für „illegal" und entsendet eine schwer bewaffnete Gang aus Vollstreckern, die alle, die sie mit Alkohol erwischen, festnimmt und einsperrt. Da genau das bereits geschah, ist es nicht nötig, bei der reinen Theorie zu bleiben. 1920 erließen die Machthaber mit breiter öffentlicher Unterstützung ein gesetzliches Verbot von Alkohol und versprachen, dass dadurch die meisten gesellschaftlichen Probleme verschwinden würden. Der Alkoholkonsum ging zwar etwas zurück, hörte aber nicht auf. Sofort entstand ein Schwarzmarkt, auf dem Alkohol produziert und verkauft wurde. Der hochprofitable Markt führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, einen sprunghaften Anstieg der organisierten Kriminalität und anderer Verbrechen, eine umfassende Korruption der „Regierung" und brutale Versuche, den Handel mit Alkohol zu unterbinden. Die schlimmen Folgen der Prohibition veranlasste die Mehrheit der Bevölkerung schnell dazu, durch Aufhebung des 18. Verfassungszusatzes, der das Verbot auf Bundesebene autorisierte, das Rad wieder zurückzudrehen. Selbstverständlich endete mit der Aufhebung der Prohibition auch schlagartig jede Gewalt - sowohl staatliche als auch private Gewalt -, die in Verbindung mit der Prohibition ausgeübt wurde.

Anhand dieses und unzähliger anderer Beispiele kann man gut erkennen, dass die meisten Menschen, wenn sie auf sich gestellt sind, nicht versuchen werden, anderen ihre Vorstellungen aufzuzwingen, sondern ihnen lieber aus dem Weg gehen, um gewaltsame Konflikte zu vermeiden. Wenn es allerdings eine „Regierung" gibt, die die Menschen dazu benutzen können, anderen ihren Willen aufzuzwingen, dann werden sie sie bedenkenlos darum bitten, genau dieses zu tun. Und sie werden weder Scham noch Schuld dabei empfinden. Wenn jeder Einzelne, der eine Drohung ausspricht oder versucht, sie zu realisieren, die volle persönliche Verantwortung und das Risiko dafür übernehmen müsste, gäbe es nur sehr wenige Menschen, die ihre Nachbarn bedrohen würden. Aber über den Umweg der „Autorität" bedroht jeder Staatsgläubige ständig seine Nachbarn, ohne jegliche Verantwortung und jegliches Risiko dafür zu übernehmen. Zusammengefasst verwandelt der religiöse Glaube an die „Autorität" jeden, der ihm verfallen ist, in einen Verbrecher und in einen Feigling.

Organisation ohne die „Autorität"

Nachdem klar sein sollte, was sich alles in der Gesellschaft ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" ändern würde, ist es ebenso wichtig, darauf einzugehen, was sich alles nicht ändern würde. Aus irgendeinem Grund scheinen einige Leute zu denken, dass „Anarchie", also eine Gesellschaft ohne Machthaber, einem „Jeder für sich"-Prinzip entspricht. Jeder Einzelne müsse seine eigene Nahrung anbauen, sein eigenes Haus bauen usw. Die Annahme, die solchen Vorstellungen zugrunde liegt, ist die, dass Kooperation und Handel zwischen Menschen nur dann zustande kommen können, wenn irgendwer dafür „zuständig" ist. Das trifft natürlich nicht zu und es war auch noch nie so. Die Menschen handeln und kooperieren, weil sie gemeinsame Vorteile dadurch haben. Das kann in den vielen Millionen Unternehmen und Transaktionen beobachtet werden, die es bereits ohne eine „Regierung" gibt.

Supermärkte sind Beispiele für eine auf hohem Niveau durchorganisierte und erstaunlich effiziente Lösung zur Verteilung von Lebensmitteln. Viele tausend Individuen nehmen an diesem Prozess teil. Keiner von ihnen wird von anderen zur Teilnahme gezwungen, sondern jeder Einzelne beteiligt sich, weil er davon profitiert. Egal, ob es die Landwirte sind, die LKWFahrer, die Lagerarbeiter, die Kassierer, die Filialleiter, die Eigentümer ganzer Supermarktketten. Jeder Einzelne tut das, was er tut, weil er persönlich davon profitiert. Niemand ist „gesetzlich" dazu verpflichtet, auch nur einen Happen Essen für alle anderen zu produzieren und trotzdem gelingt es, hunderte Millionen von Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen - und sehr gut zu versorgen, mit einer riesigen Bandbreite an hochwertigen Lebensmitteln zu geringen Preisen. Das entspricht im Grunde genommen einem anarchistischen System der Lebensmittelproduktion und -ver-sorgung.

Das ist das Ergebnis der menschlichen Natur und einfacher Ökonomie. Wenn es einen Bedarf für ein Produkt oder eine Dienstleistung gibt, dann kann Geld verdient werden, indem dieser Bedarf gedeckt wird. Und wo Geld verdient werden kann, wird es eine Reihe von Menschen oder Gruppen von Menschen geben, die um dieses Geld konkurrieren, indem sie Produkte oder Dienstleistungen bereitstellen, die günstiger und besser sind. So ein „System", was in Wirklichkeit gar kein System ist, „bestraft" automatisch alle diejenigen, deren Produkte schlecht oder zu teuer sind und belohnt jene, die Wege finden, die Menschen zu einem besseren Preis mit dem zu versorgen, was sie haben wollen. Und den religiösen Glauben an die „Autorität" aufzugeben, würde sie nicht im Geringsten daran hindern.

In Wirklichkeit steht der religiöse Glaube an die „Autorität" den Menschen ständig im Weg, die sich zum gegenseitigen Vorteil organisieren wollen. „Steuern", Genehmigungen, Lizenzen, Regulierungen, Inspektoren und andere „gesetzliche" Hürden machen ihnen das Leben schwer. Sogar „Gesetze", die angeblich dazu da sind, den Konsumenten zu schützen, führen nur dazu, dass die Möglichkeiten, die den Konsumenten offenstehen, begrenzt werden. Am Ende konzentrieren sich viele Unternehmen auf den Lobbyismus, um ihren Wettbewerb zu behindern oder zu zerstören, anstatt sich auf ein besseres Produkt oder eine bessere Dienstleistung für ihre Kunden zu konzentrieren. Die „Regierung" kann niemals für mehr Wettbewerb sorgen, da sie nur auf gewaltsame Lösungen zurückgreifen kann. Sie kann Wettbewerb nur verhindern. Kurz gesagt ist der religiöse Glaube an die „Autorität" keine Voraussetzung für eine organisierte Gesellschaft, sondern das größte Hindernis für Menschen, die sich zum gegenseitigen Nutzen organisieren wollen.

Verteidigung ohne die „Autorität"

Staatsgläubige stellen oft die Frage nach der Verteidigung und der Sicherheit ohne eine „Regierung". Sie befürchten, dass es keinerlei Verhaltensnormen, keine Regeln und keine Konsequenzen für Diebstahl oder Mord gäbe. Die Gesellschaft würde deswegen in einem Sturm der Gewalt und des Chaos untergehen. Solche Befürchtungen entstehen durch ein tiefes Missverständnis der menschlichen Natur und dessen, was eine „Regierung" eigentlich darstellt.

Verteidigung gegen Angreifer setzt keine spezielle „Autorität", kein „Recht", kein „Gesetz" und keine „Gesetzeshüter" voraus. Verteidigende Gewalt ist von Natur gerechtfertigt, unabhängig davon, wer sie anwendet und unabhängig davon, was in irgendeinem „Gesetz" steht. Ebenso wenig wird für eine organisierte Verteidigung einer Gemeinschaft eine „Regierung" oder ein „Gesetz" benötigt. Die einzige Voraussetzung wäre, dass jeder Einzelne das Recht hat, sich selbst zu verteidigen oder andere zu verteidigen, die ihm dieses Recht übertragen. Er kann jemand anderen mit der Verteidigung beauftragen, weil er zum Beispiel körperlich nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen oder einfach nur, weil er lieber jemand anderen gegen Entgelt damit beauftragen will. Und wenn eine gewisse Anzahl an Menschen zusammenkommt, die eine Organisation mit ausgebildeten Kämpfern dafür bezahlt, eine ganze Stadt mit Waffen, Fahrzeugen, Gebäuden und allen sonstigen Ressourcen, die sie dazu benötigen, zu verteidigen, dann wäre das ihr gutes Recht.

An diesem Punkt werden die meisten Staatsgläubigen anfangen zu protestieren: „Aber das ist doch dann eine Regierung!" Aber das trifft nicht zu. Und hier wird der Unterschied deutlich. Keine Einzelperson und auch keine Gruppen von Einzelpersonen, unabhängig davon, wie groß diese Gruppen sind, haben das Recht, Leute oder Organisationen mit etwas zu beauftragen, wozu sie selbst kein Recht haben. Sie können andere nicht damit beauftragen, andere auszurauben, auch wenn sie das „Besteuerung" nennen, weil die normaldurchschnittliche Einzelperson kein Recht dazu hat, andere auszurauben. Sie können nicht jemand anderen damit beauftragen, andere zu überwachen und zu schikanieren, auch wenn sie es „Regulierung" nennen. Die Mitglieder einer freien Gesellschaft würden nur in den Fällen jemanden damit beauftragen, Gewalt gegen andere anzuwenden, in denen sie selbst und jede andere Einzelperson das Recht dazu haben. Das wäre nur in sehr wenigen begrenzten Situationen der Fall, in denen es darum geht, gewaltsame Angriffe gewaltsam abzuwehren, also sich zu verteidigen. Im Gegensatz dazu ist das, was die sogenannten „staatlichen Beschützer" tun, gewaltsame Angriffe auszuüben und nicht sich oder andere gegen solche Angriffe zu verteidigen.

Alle tatsächlich rechtmäßigen, anständigen, nützlichen und hilfreichen Dinge, die die „Polizei" heute tut, würde es ebenso geben, wenn es keinen religiösen Glauben an die „Autorität" gäbe. Kriminelle aufzuspüren und festzunehmen würde ohne den Staatsglauben genauso funktionieren, da es genug Menschen gibt, die sich das wünschen und dazu bereit sind, dafür zu bezahlen. Mit „Kriminellen" sind nur diejenigen gemeint, die tatsächlich anderen schaden und nicht diejenigen, die vom „Gesetz" für „kriminell" erklärt werden, obwohl sie niemandem etwas getan haben.

Das zeigt sich allein schon dadurch, dass es bereits zusätzlich zu den zwangsfinanzierten „Sicherheitsdienstleistungen" des „Staates" Privatdetektive und Sicherheitsfirmen gibt. Es gäbe nur einen einzigen entscheidenden Unterschied: Ohne Staatsgläubigkeit hätten die Menschen, die gegen andere ermitteln und die andere schützen, exakt die gleichen Rechte wie jeder andere. Sie wären für diese Aufgaben zwar besser ausgestattet und besser qualifiziert als der Durchschnittsmensch, aber ihre Handlungen würden nach genau den gleichen Standards beurteilt

wie die Handlungen jeder anderen Person. Bei den „Gesetzeshütern" ist das hingegen vollkommen anders. Private Sicherheitsunternehmen müssten ihre eigenen Handlungen danach ausrichten, ob sie aus eigener persönlicher Sicht gerechtfertigt sind. Ob sie durch eine „Autorität" angeordnet oder ob sie von der „Regierung" für „legal" erklärt wurden, spielt dabei keine Rolle. Ein „ich habe nur die Befehle ausgeführt" würde nicht nur niemanden überzeugen, sondern die betroffenen Personen könnten nicht einmal auf diese Rechtfertigung zurückgreifen, da es niemanden gibt, der behauptet, ihnen gegenüber als „Autorität" weisungsbefugt zu sein.

Ohne Staatsgläubigkeit würde man „Polizisten", wenn sie dann überhaupt noch so genannt werden, vollkommen anders wahrnehmen. Sie würden nicht als etwas wahrgenommen werden, was Rechte hat, die alle anderen Menschen nicht haben. Sie könnten sich nur an Orten aufhalten, an denen es auch für alle anderen in Ordnung wäre, sich aufzuhalten. Sie könnten andere nur in Situationen verhören, Gewalt gegen sie anwenden oder irgendetwas anderes tun, in denen auch jeder andere das Recht dazu hätte, dieses zu tun. Als Konsequenz gäbe es für den Normalsterblichen Menschen keinen Grund, sich in ihrer Anwesenheit nervös oder ausgeliefert zu fühlen.

In Gegenwart der heutigen „Gesetzeshüter" ist das heute grundlegend anders. Die Menschen würden sich privaten Sicherheitsleuten genauso wenig verpflichtet fühlen, sich von ihnen durchsuchen oder befragen zu lassen wie einer unbekannten Person, der sie auf der Straße begegnen und die sie dazu auffordert. Und wenn ein privater Sicherheitsbeauftragter aggressiv oder sogar gewalttätig wird, hätte sein Opfer das gleiche Recht, sich dagegen zu wehren, das es hat, wenn die Aggression von jedem beliebigen anderen ausgehen würde. Und was noch wichtiger ist: Ein Einzelner, der sich gegen die Aggression eines privaten Sicherheitsbeauftragten zur Wehr setzt, hätte die Unterstützung seiner Mitmenschen, weil diese nicht daran glauben, dass es eine Verpflichtung gibt, sich jemandem beugen zu müssen, nur weil er irgendein Abzeichen trägt oder sich auf ein „Gesetz" beruft.

Das beste Gegenmittel gegen die Korrumpierbarkeit einer Sicherheitsorganisation und dagegen, dass sie „außer Kontrolle gerät", ist die Freiheit der Kunden, sie einfach nicht mehr zu bezahlen. Es ist offensichtlich, dass niemand eine Verbrecherbande dafür bezahlen würde, ihn zu unterdrücken. Die meisten Menschen wollen ebenso wenig eine Verbrecherbande dafür bezahlen, andere zu unterdrücken. Sie wünschen sich normalerweise, dass Räuber, Diebe und Mörder gefangengenommen und an weiteren Taten gehindert werden. Genauso groß ist ihr Wunsch, dass Unschuldigen kein Schaden zugefügt wird. Wenn die Kunden einer privaten Sicherheitsfirma feststellen, dass deren Angestellte unschuldige Menschen bedrohen und berauben, also selbst genau das Verhalten an den Tag legen, das sie im Auftrag der Kunden verhindern sollen, würden die Kunden sofort verschwinden und die Verbrecher wären weg vom Fenster. Und falls in Abwesenheit einer „Autorität" die Verbrecher versuchen würden, ihre Kunden dazu zu zwingen, sie weiter zu bezahlen, gäbe es eine heftige Gegenreaktion, weil niemand sich dazu verpflichtet fühlen würde, ihnen zu erlauben, sie zu unterdrücken.

Ein nicht-autoritäres Sicherheitssystem würde auch ohne einen besonders irrsinnigen Aspekt auskommen, der typisch für jedes „Verteidigungssystem" des „Staates" ist. Die Menschen werden nicht nur zur Finanzierung „staatlicher Verteidigungssysteme" gezwungen. Es wird sogar nicht einmal offengelegt, was alles genau von dem erpressten Geld bezahlt wird. Die US- „Regierung" und allen voran die CIA (ebenso wie alle anderen Organisationen, die Geheimoperationen

durchführen), haben über Jahrzehnte hinweg Billionen von Dollars für bis heute unbekannte Dinge ausgegeben und es ist ihren „Kunden", also der amerikanischen Bevölkerung, verboten, zu wissen wofür. Jeder, der versucht, öffentlich zu machen, was die amerikanische Bevölkerung bezahlt, landet im Gefängnis oder es passiert ihm noch Schlimmeres, weil er die „nationale Sicherheit" gefährdet. Angesichts der unbegrenzten Macht, der nahezu unbegrenzten Zwangsfinanzierung und der Erlaubnis, alle ihre Handlungen geheim zu halten, ist es vollkommen absurd zu glauben, dass das Militär und die CIA ausschließlich nützliche und anständige Dinge tun. Die amerikanische Bevölkerung musste in den letzten Jahren mehr und mehr lernen, dass die CIA jahrzehntelang in den Drogen- und Waffenhandel verwickelt war, in Folterungen, Korruption anderer Regierungen, in die Installierung von Diktatoren und in alle möglichen anderen zerstörerischen und schlechten Praktiken. Präsident Harry Truman, der die CIA gründete, sagte später sogar, dass er sie niemals geschaffen hätte, wenn er gewusst hätte, dass sie sich einmal zur „amerikanischen Gestapo" entwickeln würde. Jede private Firma, die Schutz- und Sicherheitsdienstleistungen anbietet, würde keinen einzigen Kunden bekommen, wenn sie im Verkaufsgespräch sagen würde: „Wenn Sie uns riesige Geldsummen geben, beschützen wir Sie. Wir sagen Ihnen aber nicht, wofür das Geld ausgegeben wird und wir sagen Ihnen nicht, was wir tun und wie wir es tun." Dass der „Staat" auf Basis so einer vollkommen irrsinnigen Grundlage bezahlt wird, liegt einzig und allein nur daran, dass er das Geld durch gewaltsame Erpressung bekommt und nicht durch freiwilligen Austausch. Die Menschen haben keine Wahl und werden gezwungen, ihn zu finanzieren.

Es gibt ein weiteres absurdes Phänomen des „staatlichen Schutzes", das niemals auftreten würde, wenn sich private Sicherheitsfirmen um die Verteidigung und die Sicherheit kümmern würden. Autoritäre Regimes verhindern meist mittels „Waffengesetzen" gewaltsam, dass sich die Menschen selbst verteidigen können. Sie benutzen dazu die lächerliche Behauptung, dass die entwaffneten Menschen dann sicherer seien. Die Machthaber wissen sehr gut, dass ein entwaffnetes Volk ein hilfloses Volk ist und das genau ist es, was die Tyrannen erreichen wollen. Die Vorstellung, dass jemand, dem „Gesetze" gegen Diebstahl und Mord egal sind, plötzlich ausgerechnet „Waffengesetze" nicht egal sind, ist vollkommen absurd. Kriminalstatistiken und der gesunde Menschenverstand zeigen, dass der Erlass von „Waffengesetzen" nur jene beeinträchtigt, die „gesetzestreu" sind. Das Ergebnis ist, dass die im Grunde genommen guten Menschen weniger dazu in der Lage sind, sich gegen Aggressoren zu verteidigen. Genau das ist es, was die Politiker erreichen wollen, die die größte und mächtigste Verbrecherbande unter ihrer Kontrolle haben. Wer jemanden gegen Aggressoren benötigt, wird nicht freiwillig ein Sicherheitsunternehmen beauftragen, das ihm gewaltsam seine eigene Verteidigungsfähigkeit nimmt - das sollte offensichtlich sein.

Wenn die Menschen einfach nur die Möglichkeit hätten, die Bezahlung von „Beschützern" zu verweigern, die zu Aggressoren werden, wären viele Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Bürgern hinfällig. Die Rassenunruhen in der US-Geschichte waren beispielsweise die Folge von weißen „Gesetzeshütern", die schwarze Zivilisten unterdrückt und schikaniert haben. Das „Gesetz" wurde in diesen Fällen nicht als Werkzeug eingesetzt, um für einen zivilisierten Umgang miteinander zu sorgen, sondern als Rechtfertigung für aggressive Gewalt. Wenn sie die Möglichkeit hätten, würden die Bewohner einer von Schwarzen bewohnten Nachbarschaft offenkundig niemanden bezahlen, der sadistische weiße Verbrecher beschäftigt, die sie ständig einschüchtern und misshandeln.

Viele andere gewaltsame Auseinandersetzungen in den USA und anderswo waren ebenfalls die Folge von Bürgern, die auf das, was ihnen die Machthaber angetan haben, verärgert reagiert haben. Dazu zählt das Massaker von Tiananmen durch die chinesische Arme 1989, als tausende von Protestlern getötet wurden, die Tötung mehrerer Friedensdemonstranten durch die Nationalgarde in Kent State in Ohio 1970 usw. In den USA nimmt die Gewalt der „Autorität" gegen Demonstranten, die sich gegen die Maßnahmen der „Politik" wehren wollen, unter Einsatz von Tränengas, Schlagstöcken, Elektroschockern, Gummigeschosse usw. immer weiter zu. Es erklärt sich von selbst, dass niemand dazu bereit wäre, eine Bande freiwillig zu bezahlen, die den Zahler gewaltsam davon abhält, seine Meinung zu sagen. Wichtiger ist, zu verstehen, dass die Motivation hinter solchen Protesten aus der Unzufriedenheit damit entsteht, was der „Staat" gegen den Willen der Bevölkerung (zumindest von Teilen der Bevölkerung) tut. Wenn jeder Einzelne die Möglichkeit hätte, sein eigenes Geld nur für das auszugeben, was er für richtig hält und nicht dazu gezwungen wäre, einen zentralisierten autoritären Masterplan zu finanzieren, dann gäbe es für solche Proteste keinen Grund und zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen könnte es gar nicht erst kommen.

Ein nicht-autoritärer Sicherheitsbeauftragter würde nur das tun, was er und seine Kunden als gerechtfertigt ansehen. Das könnte schriftlich in einem Vertrag festgehalten werden, in dem sich der Sicherheitsbeauftragte dazu verpflichtet, bestimmte Dienstleistungen für einen bestimmten Geldbetrag zu gewährleisten. Man vergleiche das einmal mit der Standardversion der „staatlichen Sicherheit": „Wir erpressen so viel Geld von dir, wie wir wollen und wir entscheiden dann, was, wenn überhaupt, wir für dich tun." Die meisten Menschen wollen, dass aggressive Angreifer gestoppt und friedliche Menschen geschützt werden. In einem freien Markt liegt der Weg zum Erfolg darin, den Kunden das zu geben, was sie haben wollen.

Ganz anders als der „Staat" hätte eine private Firma einen hohen Anreiz, sorgfältig, sparsam, respektvoll und unbestechlich zu sein. Wenn die Freiheit dazu besteht, gibt es immer einen Wettbewerb um die möglichst effektive Bereitstellung eins höchstmöglichen Maßes an Gerechtigkeit.

Ein privates Sicherheitsunternehmen müsste seinen Kunden folgendes bieten:

Es kann sehr gut herausfinden, wer schuldig ist und wer nicht.

Es ist sehr gut dazu in der Lage, Unschuldige vor Angriffen, Belästigungen und Verleumdungen zu schützen.

Es stellt sehr gut sicher, dass die wirklichen Täter gefangengenommen werden, um weitere Schäden zu verhindern.

Es kann sehr gut dafür sorgen, dass die Opfer von Verbrechen eine größtmögliche angemessene Entschädigung bekommen.

Es ist sehr gut darin, Menschen, die etwas falsch gemacht haben, dazu zu bringen, ihr Verhalten langfristig zu verbessern.

Im Gegensatz dazu sind die „Staatsanwälte" darauf spezialisiert, die Beschuldigten zu dämonisieren und sie haben einen hohen Anreiz, die härtesten Urteile zu erzielen (oder durch die

Zusage von Strafmilderung erzwungene Geständnisse), egal, ob der Beschuldigte tatsächlich schuldig ist oder nicht. Die „staatlichen Gerichte" entlassen ständig Leute, die eine Gefahr für andere sind, während sie Millionen in Gefangenschaft bringen und halten, die niemandem etwas getan haben. In „staatlichen" Gefängnissen sind Herabwürdigungen, Demütigungen, Misshandlungen und Überfälle durch die „Aufseher" und durch andere Gefangene an der Tagesordnung, wodurch Ärger und Frust noch weiter verstärkt, zahlreiche unschuldige Menschen zu Kriminellen und bereits kriminelle Menschen zu noch schwereren Kriminellen werden. Die Amerikaner werden dazu gezwungen, dieses zerstörerische System zu finanzieren. Ob sie wollen oder nicht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wenn es in einer privaten Sicherheitsfirma zu einem ungerechtfertigten Übergriff eines Angestellten kommt, ein hoher Anreiz der Firma besteht, diesen Mitarbeiter loszuwerden, da sie sonst ihren guten Ruf gefährdet. Im Gegensatz dazu ist die wichtigste Aufgabe der „Polizei", sich selbst zu schützen. Wenn ein „Polizist" bei einer „illegalen", unverhältnismäßigen oder ungerechtfertigten Gewalttat erwischt wird, dann wird das von allen anderen „Polizisten" gedeckt, vertuscht oder verteidigt. Die „Polizei" funktioniert nach dem Rudelprinzip, weil sie den Leuten, die sie zwangsweise bezahlen, keine Rechenschaft schuldig sind.

Im Gegensatz dazu würden die meisten private Sicherheitsleute als ihre Freunde und Partner ansehen und - das ist am wichtigsten - ihre Angestellten als ganz normale Menschen mit gleichen Rechten wie sie selbst. Sie würden sie nicht als „Autorität" ansehen, vor der sie auf die Knie fallen müssen und auch nicht als ständige potenzielle Gefahrenquelle, vor der sie Angst haben müssen. Jeder Beteiligte, einschließlich des Sicherheitsbeauftragten würde anerkennen, dass der Sicherheitsverantwortliche nicht mehr Rechte besitzt als alle anderen. Jeder würde wissen, dass wenn ein Sicherheitsbeauftragter Diebstahl begeht, eine Schlägerei anfängt oder jemanden ermordet, genauso mit ihm verfahren werden würde wie mit jedem anderen Verbrecher.

Ein wirklicher Beschützer, der Freiheit und Eigentum verteidigt, braucht keinen religiösen Glauben an die „Autorität". Wer von sich glaubt, dass er das Recht hat, alle anderen herumzukommandieren, wird die Menschen entsprechend behandeln, auch wenn dieses Recht nur begrenzt ist. Der „Gesetzeshüter", der Strafzettel für irgendwelche Vergehen verteilt, verhaftet und verhört andere ohne triftigen Grund. Er scheint ständig nach irgendeinem Vorwand zu suchen, in das normale Leben der Menschen einzugreifen. Er ist kein Beschützer und verdient keinerlei Respekt und Kooperation. Ein nicht-autoritärer Beschützer wäre hingegen nicht mehr und nicht weniger als einfach nur ein Mensch, der die gleichen Rechte wie alle anderen hat. Er ist höchstens etwas besser bewaffnet und auf körperliche Auseinandersetzungen besser vorbereitet als die meisten anderen. Er wäre wie ein Nachbar, den man holen kann, wenn es Ärger gibt und nicht wie ein Handlanger einer Verbrecherbande, die in erster Linie dazu da ist, den Machthabern zu dienen. Und der Job eines Sicherheitsbeauftragten ohne „Autorität", besondere Macht oder besonderen Status würde hauptsächlich jene anziehen, die tatsächlich unschuldige Menschen beschützen und nicht jene, die einfach nur Macht ausüben und andere herumkommandieren wollen. Letzteres entspricht der heutigen „Strafverfolgung".

Das bedeutet nicht, dass private Sicherheitsbeauftragte fehlerfrei wären. Sie wären immer noch menschlich, treffen möglicherweise falsche Entscheidungen, sind nachlässig oder manchmal sogar böswillig, so wie das in der Durchschnittsbevölkerung einfach vorkommt. Aber sie hätten keinerlei

„gesetzliche" Erlaubnis, Falsches zu tun und sie hätten kein „System", kein „Gesetz", keine „Autorität", auf die sie die Verantwortung für ihre Handlungen schieben können oder hinter denen sie sich vor der Vergeltung ihrer Opfer in Sicherheit bringen können. Wenn sie Unschuldige angreifen sollten, müssten sie mit unmittelbarer Vergeltung rechnen. In einer Bevölkerung, die sich vom religiösen Glauben an die „Autorität" befreit hat, würde man keine „Autorität" anrufen, um eine Verbrecherbande aus Erpressern, Schlägern und Tyrannen abzuwählen oder auf die Anklagebank zu setzen. Man würde auf sie schießen. Das Einzige, was dazu führt, dass sich eine bewaffnete Bevölkerung flächendeckend über einen längeren Zeitraum erpressen lässt, ist der religiöse Glaube an die „Autorität" durch die Opfer der Unterdrückung. Ohne diesen Glauben ist das unmöglich.

Abschreckungen und Anreize

Einige glauben, dass wenn es keinen „Staat" gäbe, Verbrecher ihren Verbrechen freien Lauf lassen können. Das illustriert erneut ein tiefgehendes falsches Verständnis von der menschlichen Natur und von dem, was ein „Staat" ist. In Wirklichkeit macht es keinen Unterschied für die Effektivität eines Verteidigungs- und Sicherheitssystems, ob ein religiöser Glaube an die „Autorität" vorhanden ist oder nicht.

Menschen, die Gewalt gegen andere anwenden, zum Beispiel durch Raubüberfälle, Diebstähle und Morde, werden offensichtlich nicht durch ihre eigene Moral oder durch den Respekt vor dem Selbsteigentum ihrer Opfer davon abgehalten. Trotzdem werden sie möglicherweise davon abgehalten, wenn für sie ein Risiko besteht, sich selbst zu schaden. Das nennt man eine „Abschreckung". Jeder negative Anreiz hängt per Definition nicht vom Gewissen des Angreifers ab, sondern von seinem Instinkt zur Selbsterhaltung. Die Botschaft, die bei Verbrechern funktioniert, ist nicht „lass das sein, weil es falsch ist", sondern „lass das sein, weil du dir sonst wehtun wirst". Die vermeintliche moralische Rechtschaffenheit oder „Autorität" der Bedrohung gegen den potenziellen Angreifer ist in Hinblick auf die Effektivität der Abschreckung irrelevant. Egal, ob es sich um einen „Polizeibeamten", einen Hund, einen verärgerten Hauseigentümer oder um einen Dieb handelt - das Einzige, was für den Angreifer zählt ist, ob er Schmerzen erleiden oder sogar sterben wird, wenn er versucht, jemand anderen auszurauben oder ihn anzugreifen.

Abschreckungen gegen andere Arten von schlechtem Verhalten, die nicht so schlimm und offensichtlich sind wie Diebstahl oder Überfälle, benötigen ebenfalls keine „Autorität". Manche befürchten, dass die Unternehmen nur gefährlichen Schrott produzieren, wenn sie nicht vom „Staat" beaufsichtigt und reguliert werden. Aber diese Behauptung gründet erneut auf einem tiefen Unverständnis von der Natur des Menschen und von der Wirtschaft. Unabhängig davon wie gierig und selbstsüchtig ein Geschäftsmann auch sein mag, er kann langfristig nicht erfolgreich sein, wenn er Produkte verkauft, die seine Kunden nicht haben wollen. Wenn jemand vorsätzlich kaputte Geräte oder verdorbene Lebensmittel verkauft, wird er nur wenige Kunden haben, wenn überhaupt noch welche. Die vielen extrem teuren „Rückrufe", die viele Unternehmen auch bei kleineren Defekten freiwillig durchführen, sind Beweis genug dafür. Anders als aktuell in einer Welt, in der der „Staat" dazu benutzt wird, unverantwortliche und zerstörerische Unternehmen zu fördern und zu schützen, würden informierte Kunden auf einem wirklich freien Markt mit einem echten Wettbewerb weder für Korruption noch für Verbrechen bezahlen und unverantwortliche Unternehmen hätten keine Möglichkeit, sich vor den Konsequenzen ihres Versagens oder

vorsätzlich angerichteten Schadens zu verstecken.

Die Inspektoren und Aufseher des „Staates" sind dadurch getrieben, dass sie Strafen auferlegen und „Gesetze" und „Regulierungen" durchsetzen. Ob sie wirklich sinnvoll sind, spielt keine Rolle. Im Gegensatz dazu würde ein System aus privaten Inspektoren ausreichen, die nur dann in Aktion treten, wenn die Menschen wissen wollen, ob ein Produkt sicher ist. Abgesehen davon hätten sie keine Vollstreckungsmacht und keinen Anreiz, sich in die Geschäfte anderer einzumischen oder irgendwelche angeblichen Verfehlungen zu beanstanden. Die Unternehmen könnten freiwillig private Beurteilungen ihrer Produkte oder Dienstleistungen vornehmen lassen, genauso wie es bereits heute durch die Underwriters Laboratories („UL") oder durch die Konsumentenbewertungen, Testberichte und anderes geschieht, um die Öffentlichkeit ungeschminkt darüber zu informieren, wie zuverlässig und sicher ihre Produkte sind. Viele Unternehmen machen das schon heute zusätzlich zu den vielen Hürden, die ihnen der „Staat" ohnehin schon in den Weg stellt.

Viele andere Angelegenheiten könnten auf die gleiche nicht-autoritäre Art und Weise geregelt werden. Private Gebäudeinspektoren, die bereits heute von vielen Unternehmen engagiert werden, hätten die Aufgabe, für potenzielle Immobilienkäufer zu beurteilen, wie sicher und stabil ein Gebäude ist. Zusätzlich zu privaten Inspektoren könnten Restaurants einfach potenzielle Kunden dazu einladen, ihre Küchen in Augenschein zu nehmen. Das alles wäre freiwillig. Ein Unternehmen könnte sich dafür entscheiden, niemanden hinter die Kulissen blicken zu lassen und potenzielle Kunden können sich dafür entscheiden, das Unternehmen zu unterstützen oder nicht.

Dass von so vielen Dingen angenommen wird, dass sie Probleme seien, für die die „Autorität" zuständig sei, ist ein Zeichen für intellektuelle Faulheit. Kunden wollen qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen und Geschäftsleute, die erfolgreich sein wollen, müssen eine hohe Qualität bieten. Es liegt deshalb im Interesse beider Seiten, die Qualität transparent zu machen. Im Gegensatz zum Klischee des bösen, gierigen und profitbesessenen Geschäftsmann besteht der Weg zu Reichtum in einer freien Gesellschaft darin, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die den Kunden tatsächlich einen Nutzen bringen. Nahezu alle unlauteren Geschäftsmodelle, die langfristig profitabel sind, profitieren vom Zwang des „Staates". Beispiele sind der Betrug durch das „Mindestreservesystem" der Banken, der „legale" Falschgeldbetrug namens „Geldpolitik", das „Rechtssystem" usw.

Auch ohne „Staat" gäbe es ab und zu ernste Konflikte. Angenommen eine Fabrik schüttet giftige Abfälle in einen Fluss und alle Fische stromabwärts sterben. Das wäre eine Form von Hausfriedensbruch und Zerstörung des Grundeigentums. Die Abwesenheit einer „Autorität" würde die Opfer nicht daran hindern, etwas dagegen zu tun. Tatsächlich macht sie es einfacher für sie, dass sie etwas dagegen tun. Anstatt die Täter vor einem „staatlichen Gericht" zu verklagen, wo der Richter bestochen werden kann, um das millionenschwere Geschäft der Fabrik zu schützen, wäre die Lösung möglicherweise etwas so Einfaches wie dem Fabrikbesitzer zu sagen, dass wenn er den Dreck weiterhin in den Fluss kippt, die Opfer einfach seine Fabrik zerstören werden.

Natürlich gäbe es auch freundlichere und friedlichere Lösungsmöglichkeiten, wie einen Boykott oder die Taten öffentlich zu machen. Die Menschen könnten jedenfalls effektive Abschreckungsmaßnahmen gegen unangemessenes Verhalten treffen, vor allem wenn es keinen

„Staat" gibt, der darin verwickelt ist und der für bestimmte Entscheidungen bezahlt und korrumpiert werden kann. Viele Wahlkampfspenden haben einzig und allein zum Ziel, dass die Regulierer der „Regierung" etwas mehr „in die andere Richtung schauen". Ebenso leicht können „staatliche" Gerichte so ziemlich jeden Strafantrag nach Gutdünken ablehnen, was es den wohlhabenden Kriminellen ermöglicht (also den Kriminellen mit wirklichen Opfern), zu florieren.

Das Klischee des gierigen, böswilligen Geschäftsmannes verschleiert häufig die Tatsache, dass Großverbrechen normalerweise in Zusammenarbeit mit „Regierungsvertretern" durchgeführt werden. Ohne den Schutz durch die „Regierung" hätte selbst der gierigste, herzloseste Geschäftsmann einen sehr großen Anreiz dazu, seine Kunden nicht bis zu dem Punkt zu verärgern, an dem sie aufhören, seine Produkte zu kaufen oder bis zu dem Punkt, an dem sie gewalttätig gegen ihn vorgehen.

Die meisten Menschen wenden normalerweise nur ungern Gewalt an, weil sie wissen, dass sie allein dafür verantwortlich sind und das Risiko für die Konsequenzen tragen müssen. Es gäbe einen sehr großen Anreiz, Meinungsverschiedenheiten friedlich und durch gegenseitige Vereinbarungen beizulegen. Wenn allerdings der religiöse Glaube an die „Autorität" im Spiel ist, gibt es keinen Anreiz, Konflikte friedlich beizulegen. Für diejenigen, die Gewalt mittels „Staat" befürworten, besteht bei einer „politische Auseinandersetzung" keinerlei Risiko. Ohne eine Herrscherklasse, die man darum anwinseln kann, dass sie allen per „Gesetz" einen zentralen Plan überstülpt, wären die Menschen dazu gezwungen, miteinander wie erwachsene Menschen umzugehen, anstatt wie weinerliche Kinder ohne jede Verantwortung. Die Menschen wären sehr viel geschickter darin, zu kooperieren und friedliche Kompromisse auszuhandeln, als darum zu kämpfen, gegen wen das Schwert der „Regierung" erhoben werden soll. Wenn Schikane und Aggressionen nicht mehr länger als rechtmäßige Form der zwischenmenschlichen Interaktion gesehen werden, werden die Menschen allein schon aus reiner Notwendigkeit heraus lernen, sich anständig zu verhalten.

Gelebte Anarchie

Viele Menschen haben Angst vor der „Anarchie". Dabei lebt und erlebt jeder von uns täglich, was „Anarchie" eigentlich ist. Wenn die Leute Lebensmittel einkaufen oder ins Shopping Center gehen, sehen sie die Ergebnisse nicht-autoritärer gegenseitiger Kooperation. Niemand ist dazu gezwungen, eines der dort angebotenen Produkte zu produzieren oder zu verkaufen und niemand ist dazu gezwungen, etwas zu kaufen. Jeder Einzelne handelt nach eigenem Interesse und jeder Beteiligte - ob Produzent, Verkäufer oder Käufer - profitiert davon. Jeder Einzelne zieht seinen Nutzen und die gesamte Gesellschaft profitiert ohne dass irgendwelche Machthaber im Spiel sind. Es gibt unzählige Beispiele für freiwillige, kooperative, friedliche, effiziente und nützliche Vorgänge und Organisationen, die ohne den „Staat" klarkommen. Obwohl „anarchistische" zwischenmenschliche Interaktion sehr viel effizienter, besser organisiert und produktiver ist, als so ziemlich alles, was der „Staat" macht, denken viele Leute immer noch, dass wenn Menschen unter Gleichen miteinander zu tun haben, es ständig zu Chaos und Zerstörung kommt.

Wenn Autos an einer Kreuzung aufeinandertreffen, ohne dass Unfälle passieren oder wenn die Menschen auf dem Bürgersteig aneinander vorbeigehen, ohne sich gegenseitig anzurempeln, dann ist das gelebte „Anarchie". Die Leute weichen aus, machen Platz für andere usw. und das alles ohne irgendeine „Autorität", die sie dazu anweist. Manchmal passen die Leute nicht auf, aber

selbst dann ist das Schlimmste, was passiert, vielleicht mal eine unhöfliche Geste oder ein böses Wort. Konflikte, angefangen bei Kleinigkeiten, bis hin zu ernsteren Sachen, entstehen täglich abermillionenfach und sie werden friedlich und ohne jede „Autorität" beigelegt. Sogar bei ernsteren Problemen finden die Menschen Wege, sich zu einigen. Organisierte nicht-staatliche Methoden der Konfliktlösung können auch größere Konflikte beilegen. Bei den meisten Interessenkonflikten kommt es nicht einmal dazu, dass große Konflikte gelöst werden müssen. Die meisten Menschen gehen potenziellen Auseinandersetzungen aus dem Weg oder schaffen sie schnell aus der Welt.

Einige sehen das als Zeichen für das Gute im Menschen, aber meist gibt es weitere Einflussfaktoren. Die meisten Menschen haben einfach keine Lust auf den Stress und auf den Aufwand, den Konfrontationen nach sich ziehen. Sie haben vor allem keine Lust auf die möglichen Folgen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Die meisten Leute lassen sich recht viel gefallen. Nicht weil sie liebenswert und geduldig sind, sondern weil sie es vermeiden wollen, sich mit nervigen und zeitaufwändigen Streitereien zu beschäftigen. Viele „lassen es gut sein", wenn irgendjemand etwas tut, was sie unmöglich finden, weil sie wichtigere Dinge zu tun haben. Die meisten Menschen kommen miteinander klar, auch wenn jeder nur an sich denkt. Und wenn es keine „Autorität" geben würde, also keine Mama und keinen Papa, vor denen man in Tränen ausbrechen kann, würden die Leute ihre Angelegenheiten sehr viel öfter wie erwachsene Menschen regeln. Das bedeutet nicht, dass jede Meinungsverschiedenheit ohne eine „Autorität" friedlich und fair gelöst wird, aber allein die Existenz eines riesigen „Staatsapparats" führt zu einer ständigen Versuchung für alle, die wütend auf andere sind oder irgendwem Schaden zufügen wollen oder vom Streit anderer profitieren möchten. Wenn kein „Staat" existieren würde, würde es sehr viel weniger Menschen geben, die Meinungsverschiedenheiten oder Konflikte eskalieren lassen oder eine Einigung hinauszögern würden. Die meisten, auch jene, die sich berechtigterweise über andere beschweren, würden Fünfe gerade sein lassen und ihr Leben in Ruhe weiterleben. Das geschieht aus Gutmütigkeit oder aus Feigheit oder einfach nur wegen des Wunsches, sich die Kopfschmerzen zu ersparen, die ein längerer Konflikt mit sich bringt.

Selbst ohne diese vielen Beispiele ist es vollkommen irrational zu behaupten, dass die Menschen nicht ohne den „Staat" miteinander zurechtkommen würden. Schließlich ist alles, was der „Staat" tut, Gewalt und Androhung von Gewalt dazu einzusetzen, die Leute ständig herumzuschubsen. Das ist das genaue Gegenteil von „miteinander zurechtkommen". Die Vorstellung, dass friedliche Koexistenz gewaltsam herbeigeführt werden muss, ist vollkommen unlogisch. Das Einzige, wozu die „Autorität" in problematischen Situationen führen wird, ist, dass es keine friedliche Lösung des Problems geben wird. Wenn jemand seine Wunschvorstellung von einer Gesellschaft beschreiben soll, dann wird er immer eine gewaltfreie Gesellschaft beschreiben, in der sich die Menschen gegenseitig unterstützen oder zumindest tolerieren. Zusammengefasst wird er genau das beschreiben, was die Antithese der Gewalt und Unterdrückung durch die „Autorität" darstellt. Trotzdem wird die „Autorität" für einen lebenswichtigen und positiven Teil der Gesellschaft gehalten. Frieden soll durch Krieg erreicht werden, Kooperation durch Zwang, Toleranz durch Intoleranz und Menschlichkeit durch Brutalität. Dieser absurde Wahnsinn ist die direkte Folge, wenn den Menschen beigebracht wird, die „Autorität" zu respektieren und ihr zu gehorchen.

Nicht-autoritäre Kindererziehung

Bei der Kindererziehung sind autoritäre Methoden so weit verbreitet, dass sich viele eine nicht-autoritäre Erziehung nicht einmal vorstellen können. Es ist wichtig, zu erkennen, was eine Kindererziehung ohne religiösen Glauben an die „Autorität" ausmacht. Es würde nicht bedeuten, Kindern keinerlei Grenzen mehr zu setzen. Es bedeutet auch nicht, dass die Eltern in vielen Situationen einfach das Sagen haben. Aber es würde die Denkweise, sowohl der Eltern als auch der Kinder, sehr stark verändern.

Heutzutage denken die meisten, dass kindlicher Gehorsam das gleiche sei wie eine gesunde Unterscheidungsfähigkeit zwischen richtig und falsch. Wenn das so wäre, könnten die Eltern ihre Kinder ebenso einfach dazu bringen, etwas Falsches zu tun, wie sie sie dazu bringen können, etwas Richtiges zu tun. Im Gegensatz zum Paradigma der autoritären Erziehung bedeutet eine Anweisung durch die Eltern nicht automatisch, dass diese Anweisung richtig und gut ist und auch nicht, dass das Kind moralisch dazu verpflichtet ist, dieser Anweisung Folge zu leisten. Wenn die Eltern beispielsweise das Kind dazu anweisen, Ladendiebstahl zu begehen, dann hätte das Kind keinerlei moralische Verpflichtung, das auch zu tun, sondern Ungehorsam wäre vollkommen gerechtfertigt (obwohl für das Kind potenziell gefährlich). Selbstverständlich erkennt das Kind möglicherweise nicht, dass Diebstahl falsch ist, wenn es die Anweisung dazu von seinen Eltern erhält.

Auf der anderen Seite können die Eltern dem Kind eine notwendige Grenze setzen, die das Kind nicht gut findet und bei der das Kind denkt, sie sei nicht gerechtfertigt. Das Kind ist nur dazu verpflichtet, das zu tun, was es als richtig einschätzt. Die Alternative würde lauten, dass es eine moralische Verpflichtung dazu hätte, etwas zu tun, was es als falsch einschätzt, was eine Unmöglichkeit darstellt.

Und hier liegt der Unterschied: Die autoritären Eltern bringen dem Kind bei, dass Gehorsam für sich gesehen ein moralischer Imperativ sei, unabhängig davon, worum es inhaltlich bei der Anordnung geht (zum Beispiel: „Weil ich dein Vater bin und das so sage!"). Nicht-autoritäre Eltern setzen dem Kind zwar ebenfalls Grenzen, aber sie verlangen nicht von ihm, dass es diese Grenzen gut findet und sie behaupten auch nicht, dass solche Grenzen richtig sind, nur weil sie von den Eltern stammen. Die nicht-autoritären Eltern sehen die Notwendigkeit, Grenzen zu setzen, weil das Kind noch nicht die Erfahrung und das Wissen hat, um kompetent genug zu sein, in allen Bereichen eigene Entscheidungen zu treffen und so zwingen sie ihm bestimmte Dinge auf, wie die Zeit, ins Bett zu gehen, sich nicht zu einseitig zu ernähren usw. Aber sie behaupten nicht, dass das Kind moralisch dazu verpflichtet sei, bedingungslos zu gehorchen.

Je früher dem Kind der Grund für bestimmte Regeln vermittelt wird, desto früher kann es verstehen, warum es davon profitiert, wenn es das tut, was ihm die Eltern sagen. Das ist natürlich nicht immer möglich, vor allem, wenn die Kinder noch sehr jung sind. Eltern, die ihr Kind daran hindern, eine ganze Schachtel Bonbons zu essen, tragen zum Wohl des Kindes bei. Dieses hat noch kein ausreichendes Verständnis oder eine ausreichende Selbstbeherrschung entwickelt, um zu seinem eigenen Wohle zu handeln. Aber dem Kind beizubringen, dass es sich moralisch dazu verpflichtet fühlen soll, Regeln zu befolgen, die ihm als unfair, unnötig, nutzlos, dumm oder sogar schmerzhaft vorkommen, nur weil die „Autorität" sie angeordnet hat, ist gleichbedeutend damit, dem Kind die gefährlichste Lektion zu erteilen, die es geben kann: Dass es moralisch dazu verpflichtet sei, unfaire, unnötige, nutzlose, dumme, schmerzhafte Dinge zu akzeptieren, wenn sie durch die „Autorität" veranlasst wurden.

Um zu verhindern, dass das Kind dem Glauben an die „Autorität" verfällt, sollten Eltern niemals Dinge sagen wie: „Du musst das tun, weil ich das so gesagt habe." Die Eltern sollten vielmehr sagen, dass es dafür vernünftige Gründe für die Regeln gibt, auch wenn das Kind noch nicht dazu in der Lage ist, diese zu verstehen. Die Rechtfertigung für Grenzen und Regeln ist nicht, dass die Eltern das Recht dazu haben, ihren Kindern vollkommen willkürlich irgendwelche Regeln aufzuzwingen, aber dass die Eltern (hoffentlich) mehr Wissen und Verständnis haben als die Kinder und deswegen so lange die Entscheidungen für die Kinder treffen müssen, bis diese kompetent genug dazu sind, sie selbständig zu treffen.

Wichtiger noch ist, wie die Eltern das Verhalten der Kinder gegenüber anderen handhaben. Es ist extrem wichtig, einem Kind beizubringen, dass es für sich gesehen falsch ist, einem anderen Schaden zuzufügen (außer wenn das nötig ist, um sich selbst oder einen Unschuldigen gegen einen grundlosen Angriff zu verteidigen). Wenn die Eltern aber stattdessen ihrem Kind beigebracht haben, ihnen zu gehorchen und ihnen anschließend befehlen, andere nicht zu schlagen, dann haben sie ihrem Kind Gehorsam beigebracht und nicht moralisches Handeln. Wenn das Kind es unterlässt, andere zu schlagen, aber nicht deswegen, weil es verstanden hat, dass das moralisch falsch ist, sondern nur deswegen, weil ihm jemand die Anweisung dazu gegeben hat, dann funktioniert es auf die gleiche Weise wie ein amoralischer Roboter und hat nichts darüber gelernt, ein menschliches Wesen zu sein. Das kurzfristige Ergebnis mag zwar oberflächlich betrachtet genauso aussehen wie gewünscht - zum Beispiel wenn das Kind andere nicht schlägt -, aber was es in diesem Zusammenhang gelernt hat, ist etwas vollkommen anderes. Wenn dem Kind nur beigebracht wurde, Erwachsenen zu gehorchen und irgendeine andere „Autorität" weist es dazu an, anderen Schaden zuzufügen, dann wird es das mit hoher Wahrscheinlichkeit auch tun, weil es dazu trainiert wurde, das zu tun, was es von Erwachsenen gesagt bekommt. Wenn das Kind andererseits gelernt hat, die Rechte anderer zu respektieren und weiß, was das Prinzip des Selbsteigentums und das Nichtangriffsprinzip sind, dann wird es diese Prinzipien nicht leichtfertig aufgeben, nur weil ihm das irgendwer, der behauptet, die „Autorität" zu sein, so gesagt hat.

Kinder lernen durch Nachmachen. Wenn ein Kind sieht, dass sich seine Eltern ständig wie Untertanen von Machthabern verhalten, wird das Kind lernen, ein Sklave zu sein. Wenn die Eltern stattdessen in ihrem täglichen Leben zeigen, wie sie ihr eigenes Herz und ihren eigenen Verstand benutzen, wird das Kind das ebenfalls tun. Das Kind muss verstehen, dass es wichtig ist, nicht einfach nur Regeln zu befolgen, die einen guten Menschen ausmachen, sondern dass es für sich selbst herausfinden muss, welche Regeln es einhalten sollte, um ein guter Mensch zu sein. Die Normen, nach denen ein „Selbsteigentümer" lebt, werden möglicherweise als „Regeln" bezeichnet, aber der Wert dieser „Regeln" hängt nicht davon ab, ob sie von einer „Autorität" stammen. Ihr Wert bemisst sich daran, ob der Einzelne glaubt, dass diese Regeln zu moralischem Verhalten führen.

Obwohl es in den meisten Bereichen große Übereinstimmungen über die grundlegenden Prinzipien geben dürfte, bedeutet das nicht, dass jeder die gleichen Moralvorstellungen hat. Aber auch wenn sich jeder Einzelne von seinen manchmal nicht ganz perfekten oder unvollständigen Verständnis von richtig und falsch leiten lässt, wären die Ergebnisse erheblich besser als bei einer autoritären Alternative, wenn Menschen, die im Grunde gut sind, Dinge tun, von denen sie wissen, dass sie falsch sind, weil sie sich dazu verpflichtet fühlen, ohne zu widersprechen das zu tun, was ihnen die „Autorität" sagt. Das wurde ausführlich in den Milgram-Experimenten gezeigt.

Viele Menschen nehmen irrtümlicherweise an, dass eine Gesellschaft ohne eine zentral festgelegte Regeln einer „Autorität" bedeutet, dass jeder auf sich alleine gestellt ist. Die benötigt Kooperation einer Gruppe von Menschen und ihre Vereinbarungen benötigt aber keine „Autorität". Kinder, die ihre Jahre der größten Lernfähigkeit damit verbracht haben, mit unterschiedlichen Leuten aus allen Altersklassen auf einer gemeinsamen freiwilligen Basis klarzukommen, sind weitaus besser auf soziale Beziehungen, Vereinbarungen, Kompromisse und Kooperationen vorbereitet. Solche freiwilligen Interaktionen können sich zwischen zwei Menschen abspielen oder zwischen zwei Millionen. Trotz der begrenzten Freiheiten, die die Amerikaner inzwischen haben, hat sich gezeigt, dass sogar extrem komplexe Industrien entstehen können, wenn die Beteiligten freiwillig kooperieren.

Die Geschichte hat ebenfalls gezeigt, dass die Produktivität zusammenbricht und Armut und Versklavung entstehen, sobald es eine zentralisierte Organisation gibt, in der bestimmte Verhaltensweisen erzwungen werden. Die sogenannten „Planwirtschaften" sind das beste Beispiel dafür. Trotzdem werden Kinder immer noch häufig in autoritären Umgebungen großgezogen, von denen behauptet wird, dass sie sie am besten auf das Leben in der wirklichen Welt vorbereiten. Tatsächlich bereiten sie die Kinder nur auf die Rolle eines lebenslang versklavten Menschen vor.

Die Hälfte des Weges

Überall dort, wo es keinen religiösen Glauben an die „Autorität" gibt, ist die Häufigkeit und Intensität aggressiver Handlungen unter den Menschen sehr viel geringer als überall dort, wo die Menschen ständig durch „Wählen" und andere „politische" Handlungen Gewalttaten befürworten oder selbst begehen. Ob es eine kleine Gruppe von Freunden ist oder eine Stadt oder ein ganzer Kontinent - die Größe der Gruppe spielt dabei keine Rolle. Die einzelnen Mitglieder solcher Gruppen, die sich geistig vom Autoritätsglauben befreit haben, haben zwar untereinander nichts zu befürchten, müssen aber mit Angriffen von außerhalb ihrer Gruppe rechnen, wo der religiöse Glaube an die „Autorität" nach wie vor verbreitet ist. Geistig frei zu sein bedeutet nicht, körperlich frei zu sein. Dennoch wirkt sich allein die geistige Freiheit enorm positiv aus, weil sie viel kreative Energie freisetzt, die dazu genutzt werden kann, mit autoritären Unterwerfungsversuchen richtig umzugehen, ihnen geschickt auszuweichen, sie zu verhindern oder sich sogar effektiv gegen sie zu wehren.

Der Einzelne, der stolz darauf ist, ein „gesetzestreuer Bürger" zu sein, kennt nur eine einzige vollkommen ineffektive Strategie, wie er Freiheit erreichen kann: seine Herren darum zu bitten, die „Gesetze" zu ändern. Wer im Gegensatz dazu verstanden hat, dass er sich selbst gehört, ist keinem angeblichen Machthaber Rechenschaft schuldig. Er ist nicht auf eine „gesetzliche Erlaubnis" angewiesen, die ihm Freiheit gibt, sondern er hat viele andere Optionen. Je mehr Menschen den religiösen Glauben an die „Autorität" ablegen, desto leichter wird es, Unterwerfungsversuchen aus dem Weg zu gehen oder sich gegen sie zu verteidigen. Um die überbordende Regulierung und die systematische Erpressung durch den „Staat" zu umgehen, reicht beispielsweise eine kleine Gruppe von „Selbsteigentümern", die miteinander Geschäfte außerhalb der „staatlichen" Kontrolle betreiben.

Ironischerweise wird diese rechtmäßige und moralische Form des freiwilligen Austausches meistens als „Schwarzmarkt" oder als „Geschäft unter dem Ladentisch" bezeichnet, während gleichzeitig das

übliche System aus Aggression, Zwang und Erpressung von den Staatsgläubigen als legitim und anständig angesehen wird. In Wirklichkeit hängt die Rechtmäßigkeit jedes

Geschäfts und jedes anderen zwischenmenschlichen Austauschs nicht davon ab, ob die Interaktion unter der Aufsicht und Kontrolle der „Autorität" geschieht. Es kommt einzig und allein darauf an, ob die Interaktion freiwillig in gegenseitigem Einvernehmen stattfindet. Alle, die das verstanden haben, können viele Wege finden, um die Kontroll- und Ausbeutungsversuche der „Autorität" zu umgehen.

Viele aggressive Handlungen im Namen des „Gesetzes" können auch in kleineren Gruppen recht einfach verhindert oder abgestellt werden, wenn die Gruppenmitglieder keine automatische moralische Verpflichtung dazu empfinden, das zu tun, was ihnen gesagt wird. Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen. Wenn die Verbrecherbande namens „Regierung" irgendwas richtig gut kann, dann ist es, rohe Gewalt anzuwenden. Entweder außerhalb des eigenen Landes durch militärische Maßnahmen oder innerhalb durch die „Vollstreckung von Gesetzen". Trotzdem entsteht die Macht der „Regierung" nicht aus ihren Schusswaffen, Panzern und Bomben, sondern fast ausschließlich aus der Wahrnehmung ihrer Opfer. Wenn 99 Prozent einer Bevölkerung den Machthabern gehorcht, weil sie das Gefühl haben, dazu verpflichtet zu sein, können die verbleibenden 1 Prozent (unter Zustimmung der 99 Prozent) durch rohe Gewalt unterdrückt werden. Aber wenn ein signifikant höherer Teil der Bevölkerung keine Verpflichtung zum Gehorsam empfindet, erreicht die rohe Gewalt, die dazu nötig ist, sie unter Kontrolle zu halten, enorme Ausmaße. Viele der Einwohner der USA verlieren heute rund die Hälfte ihres Einkommens durch verschiedene „Steuern" und die meisten fühlen sich dazu verpflichtet, diese Anteile abzugeben. Aber dass eine fremde Macht, die es schafft, irgendwie in das Land einzudringen und es zu erobern eine „Steuer" von 50 Prozent erhebt, wäre vollkommen unmöglich. Die Menschen würden keine moralische, gesetzliche oder patriotische Verpflichtung dazu empfinden, zu gehorchen. 200 Millionen Arbeiter würden 200 Millionen verschiedene Möglichkeiten finden, um die „Steuern" zu „hinterziehen", die „Autorität" zu „betrügen", ihre Geschäfte im Verborgenen zu machen oder direkt Gewalt anwenden, um solche Versklavungsversuche durch die fremden Verbrecher zu verhindern oder sich gegen sie zu verteidigen.

Heute gibt es nur eine einzige Verbrecherbande, der es gelingt, die amerikanischen Bürger in diesem Ausmaß zu unterdrücken - die amerikanische „Regierung". Die Ursache ist, dass die meisten Menschen glauben, dass die „Regierung" das Recht dazu hat, die amerikanischen Bürger zu unterwerfen und herumzukommandieren, also „zu regulieren" und sie auszurauben und zu erpressen, also zu „besteuern". Eine weitverbreitete Befürchtung der Staatsgläubigen ist, dass ohne einen starken „Staat" ein anderer „Staat" das Land erobern und übernehmen würde. Hier wird aber übersehen, welche wichtige Rolle die Wahrnehmung der Opfer bei einer Unterwerfung spielt.

Ein Land in der Größe wie die USA mit 100 Millionen Waffenbesitzern und zusätzlichen 200 Millionen anderen Menschen, die sofort zu Waffenbesitzern werden würden, wenn es zu einem Angriff kommt, macht es unmöglich, dieses Land allein durch rohe Gewalt zu besetzen und zu beherrschen. Es gibt viele Beispiele in der Geschichte, wie sogar technisch enorm gut ausgerüstete stehende Armeen durch eine relativ kleine Anzahl an bewaffneten „Aufständischen" zur schieren Verzweiflung getrieben werden (Warschauer Ghetto im Zweiten Weltkrieg, Vietnamkrieg, die Zeit

nach dem Irak-Krieg usw.). Und ein Land, das von „Selbsteigentümern" bewohnt wird, hätte einen weiteren enormen Vorteil: Es wird niemals kollektiv aufgeben. Wenn es keine „Regierung" gibt, die angeblich die Bevölkerung repräsentiert und wenn es niemanden gibt, der im Namen der gesamten Bevölkerung spricht, ist es buchstäblich nicht möglich, dass das „Land" aufgibt, ohne dass jeder Einzelne aufgibt.

Eine gute Möglichkeit, um das zu beschreiben ist es, die Perspektive des Anführers eines angreifenden „Staates" einzunehmen. Wo könnte dieser auch nur damit anfangen, in ein Gebiet einzudringen und dieses permanent zu besetzen, in dem sich viele Millionen von Bewohnern befinden, die sich irgendwo verstecken könnten und alles innerhalb eines Umkreises von 100 Metern töten könnten, so wie es jeder Jäger tun kann? Ein ambitionierter Tyrann hätte wesentlich bessere Chancen, genau das gleiche zu erreichen, wenn er für ein Amt kandidiert und dadurch in der Wahrnehmung seiner Opfer das angebliche Recht dazu erzeugt, sie zu beherrschen.

Unterdrückung in großem Ausmaß hängt vor allem seit der Erfindung und Verbreitung der Feuerwaffen sehr viel stärker von der Macht über den Geist ab als von der Macht über den Körper. Machtbesessene erhalten mehr Macht, wenn sie ihre Opfer davon überzeugen, dass es falsch sei, ihren Befehlen nicht zu gehorchen. Sehr viel mehr als wenn sie ihren Opfern nur versichern, dass es für sie gefährlich (aber nicht unmoralisch) sei, ihnen nicht zu folgen. Unabhängig davon, wie sehr sich die Menschen beschweren und wie sehr sie protestieren, haben die Tyrannen nur wenig zu befürchten. Solange deren Versuche, sie zu kontrollieren und zu erpressen als „legale" Handlungen der „Autorität" wahrgenommen werden und solange sich die Opfer an die „Gesetze", also an die Befehle der Politiker und solange sie sich dazu verpflichtet fühlen, zu gehorchen bis die Machthaber ihre „Gesetze" ändern, werden die Menschen körperlich versklavt bleiben, weil sie geistig versklavt sind.

Seltsamerweise glauben viele Leute immer noch, dass ein starker „Staat" das Einzige sei, das die gesamte Bevölkerung beschützen kann, während gleichzeitig der religiöse Glaube an den „Staat" das Einzige ist, was dazu in der Lage ist, die gesamte Bevölkerung zu unterdrücken. Mit roher Gewalt ist es unmöglich, das in größerem Maßstab und auf längere Sicht zu schaffen. Auch eine Verbrecherbande mit Panzern, Flugzeugen, Bomben und beliebigen anderen Waffen wird daran scheitern, eine bewaffnete Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen, so lange es ihr nicht gelingt, sie in den Glauben zu versetzen, dass sie das „Recht" dazu hätte, sie unter Kontrolle zu halten. Nur eine Verbrecherbande, bei der die Illusion besteht, dass sie eine „Autorität" sei, würde mit einer langfristigen Erpressung und Versklavung davonkommen. Der „Staat" und der Glaube an ihn sind also keine notwendige Voraussetzung dafür, die individuellen Rechte zu schützen, sondern sie sind die notwendige Voraussetzung dafür, die individuellen Rechte langfristig und flächendeckend zu verletzen.

Ironischerweise bestehen auch diejenigen darauf, dass der „Staat" irgendwie zum Schutz notwendig sei, die diesen bereits als größte Bedrohung für die Freiheit erkannt haben. Der religiöse Glaube an die „Autorität" ist so mächtig, dass er Menschen, die normalerweise vernünftig und logisch denken können, davon überzeugen kann, dass Raub, Zwang und gewaltsame Angriffe dazu nötig seien, um die Menschen vor Raub, Zwang und gewaltsamen Angriffen zu schützen. Trotz der Tatsache, dass der „Staat" im Lauf der Geschichte immer die Rolle des Aggressors hatte und niemals die des reinen Beschützers, können sie nicht von ihrem wahnhaften Glauben an die

magischen Zauberkräfte und übernatürlichen Fähigkeiten dieses Wesens namens „Autorität" ablassen.

Der Weg zur Gerechtigkeit

Viele große Ungerechtigkeiten der Geschichte wären schnell verschwunden, wenn es keine „Autorität" gegeben hätte. Zu den meisten wäre es gar nicht erst gekommen. Für die Sklaverei werden beispielsweise ständig Rassismus und Gier verantwortlich gemacht, aber die „Autorität" spielte eine sehr große Rolle dabei, dass sich die Sklaverei wirtschaftlich lohnte. Wie lange wäre die Sklaverei gutgegangen, wenn es keine riesige Organisation aus „Gesetzeshütern" gegeben hätte, die geflohene Sklaven und deren Fluchthelfer eingefangen und eingesperrt hätte? Wenn die Befreiung von Sklaven nicht „illegal" gewesen wäre und dementsprechend als unmoralisch durch die Autoritätsgläubigen hingestellt worden wäre, um wieviel größer wäre die Underground Railroad-Bewegung zur geheimen Befreiung von Sklaven gewesen? Wahrscheinlich hätte es diese und andere Bewegungen gar nicht gebraucht, wenn die Befreiung nicht für „illegal" erklärt worden wäre.

Die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei bestand aus Menschen, die der Meinung waren, dass Sklaverei unmoralisch ist und sie wollten, dass die „Gesetze" so geändert wurden, dass Sklaverei offiziell für unmoralisch und „illegal" erklärt wird. Wenn sie anstelle zu versuchen, die „Gesetze" zu ändern, die Sklaven einfach befreit hätten, wäre der Sklavenhandel höchstwahrscheinlich einige Jahrzehnte früher zusammengebrochen. Wenn es überhaupt zu einem Sklavenhandel gekommen wäre. Sklaven mit Schiffen um den halben Erdball zu transportieren, wäre ein sehr risikoreiches Vorhaben, wenn ständig befürchtet werden müsste, dass die „Fracht" gewaltsam befreit wird.

Das Problem besteht darin, dass die meisten Leute glauben, dass auch unmoralische, ungerechte „Gesetze" befolgt werden müssen, bis sie geändert werden. Das bedeutet, dass ihre Loyalität gegenüber dem religiösen Glauben an die „Autorität" stärker ist als die Verpflichtung gegenüber ihrer eigener Moral. Den Anweisungen der Machthaber Folge zu leisten, ist für sie wichtiger als das zu tun, von dem sie wissen, dass es richtig ist. Die Menschheit hat deswegen großes Leid erfahren.

Die Fähigkeit der Menschen, Widerstand gegen eine Tyrannei zu leisten, hängt sehr stark davon ab, wie sehr sie dem religiösen Glauben an die „Autorität" verfallen sind. Menschen die zwar die Ungerechtigkeiten, die durch die „Regierung" verursacht werden, klar sehen, aber trotzdem glauben, dass sie sich an die „Gesetze" halten und mit den „Mitteln des Systems" arbeiten müssen, werden niemals Gerechtigkeit schaffen. Auf der anderen Seite stehen jene, die keinerlei Verpflichtung dazu verspüren, sich an ein unmoralisches „Gesetz" zu halten. Sie würden kein Bedürfnis empfinden, eine Bande von Verbrechern und Dieben, also die Parasitenklasse, als unanfechtbar, respektabel und ehrenvoll anzusehen und deswegen eine weitaus größere Chance haben, sich gegen die „gesetzliche" Tyrannei zur Wehr zu setzen. (Und meistens wurden die Menschen in der Geschichte „gesetzlich" tyrannisiert und unterdrückt.)

Für Leute, die dazu bereit sind „illegal" Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Tyrannei zu leisten, gibt es viele Wege, von passivem Widerstand über gewaltfreie Sabotage bis hin zu Mordanschlägen und anderen gewaltsamen Formen des Widerstands. Wofür sich der Widerständler letztendlich entscheidet, hängt vom Ausmaß der Unterdrückung ab, von den individuellen persönlichen Werten,

vom Gewissen, von den persönlichen Einschätzungen und ab welcher Schwelle (wenn überhaupt) Gewalt als geeignetes Mittel erscheint. Manche werden versuchen einfach „unterhalb des Radars" zu bleiben, indem sie so leben, dass sie den Vollstreckern der „Autorität" nicht auffallen. Manche entscheiden sich für zivilen Ungehorsam, indem sie zum Beispiel zu Hunderten vor einem Polizeirevier Marihuana rauchen. Manche bevorzugen eine aktivere, aber nicht gegen Menschen gewalttätige Methode, wie das Aufschlitzen der Reifen von Polizeifahrzeugen oder die Zerstörung anderer Dinge, die dafür verwendet werden, autoritäre Gewalt auszuüben. Andere wiederum entscheiden sich für einen offen gewaltsamen Widerstand, so wie es in der Amerikanischen Revolution geschehen ist.

Analog dazu kann das Opfer eines Überfalls (der nicht-staatlichen Version eines Überfalls) versuchen, dem Räuber zu entgehen, ihn zu überlisten oder sogar zu töten, wenn es dazu kommt - was auch immer dazu nötig ist, um zu verhindern, ihm zum Opfer zu fallen. Menschen, die erkennen, dass „gesetzliches" Unrecht immer noch Unrecht ist und dass Widerstand daraufhin gerechtfertigt ist, würden keine Zeit mit Wahlen und Lobbyismus verschwenden, um eine Änderung der „Gesetzeslage" zu erreichen. Sie würden einfach nur alles, was in ihrer Macht steht, tun, um sich und unter Umständen auch andere davor schützen, solchen „legalen" Aggressionen zum Opfer zu fallen. Wenn ein gewisser Punkt erreicht ist, wird immer weniger Gewalt dazu nötig sein, sich zu verteidigen.

Angenommen in einem lokalen Polizeirevier arbeiten ein Dutzend „Drogenfahnder", also Leute, deren Hauptaufgabe es ist, andere anzugreifen, obwohl diese weder irgendwem etwas körperlich angetan, noch sie irgendwen betrogen haben. Und angenommen es gibt 100 Zivilisten, die davon überzeugt sind, das Recht zu haben, was auch immer zu tun, einschließlich der Anwendung tödlicher Gewalt, um Entführungsversuche, Überfälle im eigenen Zuhause oder ähnliche aggressive Taten, die durch die „Drogenfahndung" üblicherweise begangen werden, würden die Angreifer, also die Polizisten einfach aufgeben, wenn sie keine Übermacht darstellen, weil sie nicht ausgerottet werden wollen. Die Abschreckung, die bei privaten Kriminellen wirkt, wirkt auch bei „staatlichen" Kriminellen.

In Indien leisteten Mahatma Ghandi und seine Mitstreiter durch passiven Ungehorsam effektiven Widerstand gegen die britischen Besatzer. Die Prohibition in den Vereinigten Staaten ist ein weiteres Beispiel für ein unmoralisches „Gesetz", das durch schlichten Ungehorsam verschwunden ist. „Gesetze" werden nicht vollstreckbar, wenn es zu flächendeckendem Ungehorsam kommt, wenn die meisten Richter der „gesetzlichen" Aggression ihren Segen verweigern und wenn gelegentlich gewaltsamer Widerstand geleistet wird (zum Beispiel indem die „Geldeintreiber" geteert und gefedert werden). Die Gesetzgeber rudern schließlich zurück, um ihr Gesicht zu wahren, weil ein nicht vollstreckbares Gesetz den Anschein der Rechtmäßigkeit, den die Machthaber in den Augen ihrer Opfer haben, untergräbt. Immer dann, wenn Menschen keine moralische Verpflichtung empfinden, den Befehlen der „Autorität" zu gehorchen, können die „gesetzlichen" aggressiven Handlungen ignoriert werden, bis sie verschwunden sind. Wenn die Anzahl der Selbsteigentümer geringer ist, ist eventuell Gewalt dazu nötig, die „gesetzlichen" aggressiven Übergriffe zu verhindern. Wenn es nur einzelne Menschen sind, die sich gewaltsam gegen unrechtmäßige „gesetzliche" Unterdrückung wehren, kann das nach hinten losgehen.

Wo Unterdrückung ist, ist Gewalt. Diese wird gewöhnlich mehrheitlich, oft vollständig und einseitig durch die Handlanger der „Autorität" ausgeübt. Jeder, der passiv kooperiert und gleichzeitig behauptet, gegen Gewalt zu sein, honoriert faktisch die Gewalt durch den „Staat". Die einzige Frage ist, ob der aggressiven Gewalt freie Hand gelassen wird oder ob verteidigende Gewalt gegen sie eingesetzt wird. Egal, wie man es dreht, es wird zu Gewalt kommen.

Selbstverständlich werden die Diebe, Räuber und Mörder, die ihre Verbrechen als „legal" bezeichnen jeden, der Widerstand leistet, als Kriminellen und Terroristen hinstellen. Keinerlei Scham dabei zu empfinden, wenn man als „Krimineller" bezeichnet wird und zu erkennen, dass dieses vorwiegend dazu benutzt wird, Schlechtes als Gutes umzudefinieren, ist die Voraussetzung dafür, Freiheit zu erreichen. Es erscheint erneut etwas paradox, aber je mehr Menschen verstehen, was Selbsteigentum bedeutet und wie der religiöse Glaube an die „Autorität" funktioniert und je mehr sie dazu bereit sind, für das, was richtig und gut ist und gegen das, was „legal" aber falsch ist, zu kämpfen, desto weniger gewaltsam wird der Weg zur Zivilisation im Sinne von friedlicher Koexistenz sein.

Nebenwirkungen des religiösen Glaubens

Im Rückblick auf die Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele dafür, wie unmenschlich sich Menschen gegenüber anderen Menschen verhalten. Es sind Beispiele für Unterdrückung und Leid, für Gewalt und Hass und Ereignisse und Situationen, die allgemein kein gutes Licht auf die Menschheit werfen. Das meiste offensichtliche Unrecht wie Krieg, offene Unterdrückung und viele andere Ungerechtigkeiten, die gewöhnlich nicht mit „staatlichem" Handeln in Verbindung gebracht werden, waren eine direkte Folge des religiösen Glaubens an die „Autorität" und wären ohne diesen niemals zustande gekommen.

Ebenso wie die Frage, ob die Sklaverei ohne „gesetzliche" Mithilfe jemals zustande gekommen wäre, könnte man sich die gleiche Frage beim Umgang mit den amerikanischen Indianern stellen. Wäre es ohne die autoritären „staatlichen" Dekrete und die „staatlichen" Söldner, die sie gewaltsam durchgesetzt haben, ebenso zu solch einem groß angelegten konzertierten Versuch gekommen, die indigene Bevölkerung auszurotten oder gewaltsam von dem Land, das sie über Generationen hinweg bewohnten, zu vertreiben? Es besteht kein Zweifel daran, dass es kleinere Konflikte wegen des Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen und wegen konkurrierender Nutzungsansprüche des Landes für die Landwirtschaft oder die Jagd gegeben hätte. Aber hätte das den Einzelnen dazu veranlasst, sich aus persönlichem Interesse an so einer großen gewaltsamen Auseinandersetzung zu beteiligen?

Nachdem die offene Sklaverei in den Vereinigten Staaten beendet wurde (das war in etwa zur gleichen Zeit, als die „legale" Sklaverei mit der „Einkommensteuer" zum ersten Mal aufgetaucht ist), kam es weiterhin zu Rassenspannungen und gewaltsamen Konflikten. Viele glauben, dass daraufhin die „Regierung" für Ruhe gesorgt hätte. Tatsächlich wurden gewaltsame Konflikte zwischen den Rassen durch die „Autorität" zusätzlich angeheizt. Über viele Jahre hinweg war die Rassentrennung „gesetzlich" aufgezwungen. Die Rassenspannungen verschärften sich später durch die durch die Integrationsmaßnahmen der „Regierung", durch die Menschen verschiedener Rassen und Kulturen in Gemeinschaften hineingezwungen wurden, ob sie wollten oder nicht. Das Ergebnis war erneut ausufernde Gewalt.

Hätten die Geschäfte und Schulen einfach frei entscheiden können, ob sie den Weg der Segregation oder der Integration gehen, hätten sich die einen für das eine entschieden und die anderen für das andere. Wenn die „Regierung" die „offizielle Regelung" den Eltern nicht aufgezwungen hätte, hätten sie einfach selbst entschieden, ob sie ihre Kinder auf eine Schule mit oder ohne Rassentrennung schicken. Die Konsumenten hätten selbst entschieden, ob sie rassistische oder nicht-rassistische Geschäfte mit ihren Einkäufen unterstützen. Die Gewalt gegen Schwarze ging nicht nur von der offiziellen „Staatsgewalt", also der „Polizei" aus, sondern es kam auch auf privater Ebene häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, weil die Leute durch die „Regierung" dazu gezwungen wurden, mit der jeweils anderen Kultur zurechtzukommen.

Es ist idiotisch zu denken, dass die Menschen glücklicher, freundlicher, offener und toleranter werden, wenn man sie dazu zwingt, zusammen zu sein oder nicht zusammen zu sein. In keinem dieser beiden Fälle kann Frieden und Sicherheit durch eine autoritäre Intervention herbeigeführt werden. Niemand kann sagen, wie lange die Segregation angehalten hätte und wie umfassend sie gewesen wäre, wenn es keine Einmischung durch den „Staat" gegeben hätte. Sicher ist jedenfalls, dass wenn die Menschen aller Rassen und Religionen die Freiheit dazu haben, selbst zu entscheiden, mit wem sie sich abgeben und mit wem nicht, es zumindest möglich ist, dass sehr verschiedene Kulturen friedlich koexistieren. Aber immer, wenn der „Staat" im Spiel ist und sich die Diskussion darauf verlagert, ob die Rassen dazu gezwungen werden, sich voneinander fernzuhalten oder ob sie zusammenleben müssen, wird es immer Menschen geben, die, vollkommen zu Recht, aggressiv darauf reagieren.

Das bedeutet nicht, dass jede Weltanschauung gleich richtig ist. Das bedeutet nur, dass auch Menschen mit sehr unterschiedlichen Weltanschauungen, egal wie weise oder dumm, offen oder engstirnig, aufgeklärt oder ignorant sie auch sein mögen, normalerweise ohne „staatlichen" Einfluss friedlich miteinander klarkommen, auch wenn sie sich in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander befinden. Es mag Leute geben, die sich gegenseitig nicht mögen, die mit den Ansichten und Lebensweisen anderer nicht einverstanden sind und die andere Kulturen hart kritisieren und verurteilen. Aber das bedeutet nicht, dass diese nicht friedlich nebeneinander existieren können, wenn beide Seiten von gewaltsamen Angriffen Abstand nehmen. Immer dann, wenn der „Staat" beteiligt ist, wird allerdings die den „Gesetzen" innewohnende Gewalt mit Sicherheit dazu führen, dass die Menschen nicht problemlos miteinander zurechtkommen.

Ein weiteres Beispiel für den indirekt zerstörerischen Einfluss des „staatlichen" Handelns ist die Tatsache, dass Gewalt in Verbindung mit der Produktion und der Verteilung „illegaler" Substanzen („Drogenhandel"), nur wegen der „Drogengesetze" entsteht. Die Politiker erschaffen Schwarzmärkte, indem sie bestimmte Substanzen für „illegal" erklären.

Auf dem Schwarzmarkt werden nicht nur hohe Profite gemacht, da das Angebot sehr begrenzt ist, sondern es entsteht auch eine Situation, in der die Kunden und Verkäufer keinerlei „gesetzlichen" Schutz haben. Wenn beispielsweise ein Drogendealer von einem Polizisten oder irgendeiner anderen Person überfallen und ausgeraubt wird, dann wird er mit Sicherheit keinen „Gesetzeshüter" darum bitten, ihm zu helfen. Etwas Freiwilliges für illegal zu erklären, ob das nun Prostitution, Glückspiel oder Drogenkonsum ist, ist eine Garantie dafür, dass diejenige Verbrecherbande das Ruder übernimmt, die am gewalttätigsten ist oder diejenige, die die meisten Polizisten und Beamten korrumpiert. Erneut ist es die Alkoholprohibition in den Vereinigten

Staaten, die dafür das beste Beispiel aus der Geschichte ist. Als Alkohol für „illegal" erklärt wurde, wurde der Handel sofort von der organisierten Kriminalität übernommen. Diese war nicht nur für ihre Gewalttätigkeit bekannt, sondern auch für ihre umfassende Bestechung der „Staatsbeamten" und anderer Offizieller. Als der Alkohol schließlich wieder legalisiert wurde, war es mit der Gewalt, die durch das Verbot erzeugt wurde, so gut wie schlagartig vorbei.

Trotz dieses glasklaren Beispiels für die furchtbaren Konsequenzen, die „Gesetze" nach sich ziehen, die „Laster" verbieten, unterstützen die meisten „Gesetze" gegen Verhaltensweisen und Gewohnheiten, die sie nicht mögen. Entsprechend kommt es zu und bleibt es bei Gewalt. Anstatt zu erkennen, dass es der „Staat" und seine „Gesetze" sind, die die Probleme verursachen, muss es einen „Staat" geben, der das Problem bekämpft. Das Ganze gilt analog für die Gewalt durch Kredithaie, „illegales" Glückspiel und die Gewalt der Zuhälter in Gebieten, in denen Prostitution „gesetzlich" verboten ist. In diesen Fällen ist ein nebeneinanderstellender Vergleich sogar besser als ein Vorher-Nachher-Vergleich.

Führt Glücksspiel in Atlantic City, wo es „legal" ist, zu mehr Gewalt oder an Orten, wo es „illegal" ist? Bringt Prostitution alle, die daran beteiligt sind, in Amsterdam, wo sie „legal" ist, in größere Gefahr als in Gebieten, wo sie „gesetzlich" verboten ist oder umgekehrt? Das soll nicht bedeuten, dass Prostitution, Glückspiel und Drogen (einschließlich Alkohol) gute Dinge sind. Wenn die „Staatsgewalt" mit im Spiel ist, verschwinden diese Dinge, egal, ob gut oder schlecht, nicht automatisch. Vielmehr werden sie für alle Beteiligten dann zu einer sehr viel größeren Gefahr und manchmal sogar für Leute, die nicht daran beteiligt sind.

Selbst wenn man annimmt, dass solche „Gesetze" gegen Laster aus guten Absichten erlassen wurden, sind sich die Politiker im Klaren darüber, das Glückspiel, Prostitution und „illegaler" Drogenkonsum selbst in „staatlichen" Gefängnissen üblich ist. Nicht einmal in Gefängnissen, also in vollständig überwachten und fest verschlossenen Käfigen, die willkürlich durchsucht werden und nicht einmal durch harte Strafen kann er unterbunden werden. Den Politikern sollte demnach klar sein, dass das auch nicht durch „Gesetze" in einem ganzen Land gelingen wird. Aber sie können auf dieser Grundlage ihre Tyrannei und den ständig weiteren Ausbau ihrer Macht begründen. Genau deshalb erlässt der „Staat" auch Gesetze gegen irgendwelche Laster: Um Verbrechen zu erschaffen, wo es zuvor gar keine gab, mit dem Ziel, autoritäre Macht und Unterdrückung zu rechtfertigen.

In einer Welt ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" würde es (einschließlich des Autors) viele Menschen geben, die Drogenkonsum, Prostitution und andere „Laster" strikt ablehnen. Aber sie würden höchstwahrscheinlich nichts unterstützen, was dazu führt, sie gewaltsam zu unterdrücken. Wenn sie sich nicht auf eine „Autorität" beziehen könnten, würden sie Gewalt gegen die Menschen, die diesen Lastern verfallen sind, als falsch empfinden. Sie würden sich weigern, Milliarden von Dollars dafür abzugeben, dass gewaltsam und mit ungeheurem Aufwand gegen diese Menschen vorgegangen wird. Sogar der konservativste aller Menschen hätte einen hohen wirtschaftlichen und moralischen Anreiz, andere in Ruhe zu lassen, ebenso wie er befürchten müsste, dass er die Gewalt, die er gegen andere anwendet oder anwenden lässt, heimgezahlt bekommt.

Selbstverständlich sind offene Kritik an den Lebens- und Verhaltensweisen anderer und Versuche, sie davon zu überzeugen, sie zu ändern, innerhalb der Gesellschaft einwandfrei akzeptabel. Wenn die Menschen in erster Linie auf vernünftige, rationale und verbale Überzeugungsversuche angewiesen wären, um andere für bestimmte Ideen gewinnen zu können, anstatt die rohe Gewalt des „Staates" zu benutzen, würden ihnen die Adressaten auch eher zuhören. Und das letzte, was sie tun würden, wäre, anderen ihre schlechten Gewohnheiten durch Blutvergießen und Brutalität auszutreiben, so wie es heute dadurch geschieht, dass moralisches Verhalten „gesetzlich" aufgezwungen wird.

Die Kehrseite der Vorstellung von „Was illegal ist, ist schlecht" ist „Was legal ist, ist gut". Vielleicht das beste Beispiel dafür ist, dass die US-„Regierung" 1913 durch die „Einkommensteuer" die Sklaverei „legalisiert" hat, indem sie sich das Recht gab, anderen direkt und gewaltsam Teile der Erträge ihrer Arbeit zu konfiszieren. Aber nicht nur das. Durch den Federal Reserve Act hat sie sich zur Geldfälschung und zum Bankenbetrug in unfassbarem Ausmaß ermächtigt. Die Politiker gaben den Banken die „gesetzliche" Erlaubnis, Geld aus dem Nichts entstehen zu lassen und dieses Falschgeld gegen Zinsen an andere zu verleihen, einschließlich an „Staaten". Obwohl die meisten Menschen die Einzelheiten solcher groß angelegter Betrugsfälle durch „Fiatgeld" und das „Mindestreservesystem" nicht kennen und nachvollziehen können, wissen sie instinktiv, dass „die Banken" etwas äußerst Betrügerisches und Korruptes tun. Woran sie auf jeden Fall scheitern ist, zu erkennen, dass es der „Staat" war, der den Banken die Erlaubnis erteilte, die Menschen um Billionen von Dollars zu betrügen.

Ein weiteres besonders kontroverses Beispiel dafür, wie eine Diskussion über „Gesetze" die Diskussion über Fakten und Moral ersticken kann, ist das Thema Abtreibung. Die eine Seite will die „Autorität" dazu bringen, sie zu „legalisieren" und sie anschließend deshalb verteidigen, weil sie für „legal" erklärt wurde. Die andere Seite will sie für „illegal" erklären lassen, damit sie durch die „Autorität" gewaltsam verhindert wird. Aus der Perspektive der Logik ist die einzige relevante Frage eine religiöse, biologische bzw. philosophische und keine nach der „Gesetzmäßigkeit": Ab wann zählt ein Fötus als ein Mensch? Die Antwort darauf entscheidet darüber, ob Abtreibung Mord ist oder etwas Ähnliches wie sich eine Niere entfernen zu lassen. Obwohl diese schwer zu beantwortende Frage im Mittelpunkt jeder Diskussion über die Abtreibung stehen sollte, wird unaufhörlich darüber gestritten, welche der beiden Seiten die „Autorität" einnehmen sollte.

Und noch ein Beispiel für „legale" Ungerechtigkeit: Nahezu jedermann ist sich im Klaren darüber, wie unfair und irrational „Gerichtsverfahren" mittlerweile geworden sind. Zum Beispiel, wenn Einbrecher sich selbst verletzen und daraufhin die Einbruchsopfer erfolgreich verklagen. Trotzdem erkennen die meisten nicht, dass solche Urteile von „Richtern" gefällt werden, die vom „Staat" ernannt werden. Zusätzlich zum „Recht", andere selbst auszurauben, erteilt der „Staat" auch anderen auf diesem Weg das „Recht", andere „gesetzeskonform" auszurauben.

„Gesetze" zum Schutz der Umwelt werden auch dazu verwendet, um auf unmoralische Art und Weise nach der Macht zu greifen und sie in verschiedenen Richtungen einzusetzen. Wenn ein Unternehmen, das tatsächlich große Umweltschäden verursacht und dadurch das Recht auf Eigentum anderer Menschen verletzt, genug Geld hat, so kann es durch „Wahlkampfspenden" dafür sorgen, dass es eine „gesetzliche" Umweltverschmutzungserlaubnis erhält. Gleichzeitig können sie die „Umweltgesetze" dazu verwenden, den Wettbewerb zu zerstören, indem sie ein

undurchschaubares Dickicht an „Regularien" erschaffen, von denen die meisten unnötig oder kontraproduktiv, ja sogar vollkommen idiotisch sind, um kleinere Unternehmen vom Markt zu drängen. Zusätzlich können die Politiker irgendwelche diffusen Umweltgefahren dazu benutzen, um private Industrieunternehmen und das Verhalten von Millionen von Menschen unter ihre Kontrolle zu bringen und Geld von ihnen für ihre eigenen Zwecke zu erpressen.

In vielen Wirtschaftsbereichen hängt der Erfolg heute nicht mehr davon ab, ein gutes Produkt oder eine gute Dienstleistung zu einem guten Preis anzubieten, sondern davon, inwieweit besondere „staatliche" Begünstigungen erzielt werden können. Das geschieht durch direkte Zahlungen (durch Prämien oder Subventionen), durch politische Entscheidungen (durch garantierte „staatliche" Aufträge), durch die Erhebung von Schutzzöllen, Regulierungen, besondere Vorzüge und viele andere Maßnahmen. Das Ergebnis ist stets das gleiche. Höhere Preise, schlechtere Produkte und Dienstleistungen, weniger Auswahl usw. Das Ganze wird dann als Versagen der privaten Unternehmen bezeichnet, anstatt als das, was es ist: Als negative Konsequenz der autoritären Kontrolle menschlicher Interaktionen.

Größere Wirtschaftszusammenbrüche sind ausnahmslos das Ergebnis von „Regierungen", die am Wirtschaftssystem, Kreditwesen und an den Währungen herumdoktern. Abgesehen von totaler physikalischer Zerstörung besteht die einzige Möglichkeit, eine ganze Volkswirtschaft zu zerstören darin, am Tauschmittel, dem „Geld" herumzupfuschen. Durch „legale" Geldfälschung mittels fingierter Kredite und der Ausgabe von Geld, hinter dem keine realen Werte stecken. Die meisten haben keine Ahnung von Wirtschaft, nicht einmal von den grundlegendsten Gesetzmäßigkeiten. Für sie sind Inflation und andere wirtschaftliche Probleme natürliche, unschöne aber unvermeidbare Phänomene. In Wirklichkeit sind sie Symptome eines riesigen flächendeckenden „legalen" Betrugs und Diebstahls.

Die „Einwanderungsgesetze" sind ein weiteres Beispiel für indirekte Schäden und Folgeprobleme, die durch den „Staat" hervorgerufen werden. Solche „Gesetze" führen zusätzlich zur direkten Gewalt, die sie verursachen, zu weiteren Problemen, die es normalerweise nicht geben würde, einschließlich:

Zum lukrativen, oft richtig üblen Geschäft der Schlepper, die „illegale" Einwanderer ins Land bringen.

Zum Status des „illegalen" Einwanderers, der die Betroffenen zu Opfern von Menschenhändlern und anderen Formen der Ausbeutung macht, weil sie durch ihren „illegalen" Status nichts öffentlich dagegen tun oder Hilfe suchen können.

Zur Gefangenschaft in tyrannischen Regimes, da sie nicht fliehen können.

„Illegale" werden pauschal als „Kriminelle" klassifiziert und sie gelten oft als „Unerwünschte", nur weil sie sich im Land aufhalten. Sie werden deswegen von der einheimischen Bevölkerung weder respektiert noch in Schutz genommen. Das wiederum schafft keinerlei Anreize für sie, sich an die üblichen Regeln zu halten, sondern im Gegenteil.

Es gibt zahlreiche Probleme, die zwar nicht-staatlich erscheinen, aber trotzdem ausschließlich wegen irgendwelcher „Gesetze" bestehen. Selbstverständlich gibt es Betrügereien und Diebstähle,

die von Einzelnen begangen werden, die auf eigene Rechnung handeln. Es wird sie auch in Zukunft geben. Aber den meisten Menschen ist nicht bewusst, wie viele scheinbar private Betrügereien, Erpressungen und sonstige kriminelle Strukturen es gibt, die nicht nur durch die „Autorität" zugelassen, sondern von ihr und ihren „Gesetzen" absichtlich oder unabsichtlich regelrecht provoziert und sogar belohnt werden. Da es keinen freien Markt gibt, der diese Fälle angemessen bewertet und sanktioniert, glauben die meisten, dass die „staatliche" Unterdrückung weiterhin notwendig sei, obwohl sie die Produktivität und den Fortschritt am meisten behindert.

Was hätte sein können

Es ist unmöglich, sich auch nur im Ansatz vorzustellen, wie sehr sich der Verlauf der Geschichte von dem unterschieden hätte, worauf wir heute zurückblicken, wenn der religiöse Glaube an die „Autorität" schon vor langer Zeit in sich zusammengebrochen wäre. Es wäre niemals zu den Gräueltaten in Nazi-Deutschland, Stalins Russland, Maos China, Pol Pots Kambodscha usw. gekommen. Auch wenn es die ein oder anderen kulturell oder religiös motivierten regionalen Auseinandersetzungen gegeben hätte, wäre es niemals zu den großen Kriegen gekommen. Kriege können nicht entstehen, wenn es keine Soldaten gibt, die einer angeblichen „Autorität" blind gehorchen. Wenn die gigantischen Ressourcen, die Energie und der Einfallsreichtum, die in die Massenzerstörungen durch Kriege geflossen sind, für etwas Produktives verwendet worden wären, wo wären wir heute?

Die Menschen haben viele Jahre dafür aufgewendet, zu beeinflussen, wer als Nächster an den Hebeln der Macht sitzt. Wenn sie diese Jahre in etwas Nützliches und Produktives investiert hätten, wie würde die Welt heute aussehen? Was wäre, wenn jeder Einzelne die Freiheit gehabt hätte, nur das zu unterstützen, was er für richtig hält, anstatt es mit einer „Regierung" zu tun zu haben, die alle ausraubt und dann endlose Streitereien darüber auslöst, wer diese „öffentlichen Gelder" bekommen sollte? Was wäre, wenn die Leute einfach nur ihr eigenes Leben gelebt und ihre persönlichen Träume realisiert hätten, anstatt ständig wegen eines zentralen autoritären Plans zu streiten, der allen gewaltsam übergestülpt wird? Wer kann sich überhaupt vorstellen, wie weit die gesamte Menschheit heute aussehen würde?

Das soll nicht heißen, dass es ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" keinerlei persönlichen Konflikte mehr geben würde. Es würde sie geben und sie würden manchmal auch gewaltsam ausgetragen werden. Der Unterschied ist, dass sie in Gegenwart des religiösen Glaubens an die „Autorität" immer gewaltsam ausgetragen werden, weil Gewalt das Wesen des „Staates" ist. Dort, wo die Menschen auch bei sehr unterschiedlichen Standpunkten und Wertvorstellungen normalerweise Wege der friedlichen Koexistenz finden, führt alles, woran die „Autorität" beteiligt ist, am Ende zu einer „Lösung" mittels Gewalt.

Nehmen wir zum Beispiel das Thema der „gleichgeschlechtlichen Ehe". Was wäre, wenn anstelle eines unendlichen Streits darüber, welche Sichtweisen und Wertungen allen aufgezwungen werden, jeder kirchliche Priester, jeder Arbeitgeber und jedes andere Individuum für sich frei entscheiden könnte, wie er lebt und was er als „Ehe" bezeichnen möchte?

Zum Thema des Betens in der Schule: Was wäre, wenn jeder, egal ob Christ, Moslem, Jude usw. die Freiheit hätte, selbst frei entscheiden, ob und auf welche Schule er gehen will, anstatt zu

akzeptieren, dass sich der „Staat" einmischt und ein feindschaftliches Umfeld erzeugt, in dem alle dazu erpresst werden, ein einziges einheitliches Schulsystem zu bezahlen? Das bedeutet noch lange nicht, dass sich Menschen mit unterschiedlichen Ansichten mögen werden oder an die gleichen Dinge glauben werden. Es bedeutet lediglich, dass sie in Frieden leben können, ohne an die gleichen Dinge glauben zu müssen - eine Situation, die vom „Staat" nicht zugelassen wird.

Was wäre, wenn die Menschen selbst frei entscheiden könnten, welche Medikamente und medizinische Behandlungen sie in Anspruch nehmen, anstatt darauf angewiesen zu sein, dass „staatliche" Institutionen ihnen und ihren Ärzten erst die Erlaubnis dazu erteilen? (In diesem Szenario wäre es ein ausgezeichnetes Geschäft, die Menschen mit neutralen Informationen über verschiedene Produkte und Dienstleistungen zu versorgen.)

„Staatliche" Lösungen bestehen ausschließlich aus politischen Entscheidungen, wie in verschiedenen Situationen verfahren werden soll und diese Entscheidungen werden allen anderen aufgezwungen. Aber es ist weder moralisch noch in praktischer Hinsicht effektiv, wenn Politiker für alle anderen Entscheidungen treffen. Das gilt für alle Bereiche der Gesellschaft. Wie würde die Welt heute aussehen, wenn die Menschen in den zurückliegenden hundert Jahren ihre Zeit und Energie in das Ausprobieren neuer Ideen und neuer Problemlösungen gesteckt hätte? Wenn jeder die Freiheit gehabt hätte, seine Zeit, seine Energie und sein Geld in genau das zu investieren, was er für richtig gehalten hätte, anstatt darüber zu streiten, wie die Möglichkeiten der Menschen gewaltsam begrenzt werden, so wie es in jeder Diskussion um „Gesetze" geschieht?

Was wäre, wenn die Menschen frei hätten entscheiden können, wie sie jenen, die Hilfe benötigen, helfen, anstatt ein riesiges zentralisiertes System der gewaltsamen Wohlstandsumverteilung zu errichten? Anstelle eines Systems, das Faulheit und Unehrlichkeit honoriert und Abhängigkeiten erzeugt, hätten wir ein System, das den Menschen wirklich hilft. Was wäre, wenn die Menschen frei ihre eigenen Entscheidungen treffen, neue Ideen und Erfindungen entwickeln und ihre eigenen Prioritäten setzen könnten, wenn es um ihre eigene Sicherheit geht, anstatt dass Politiker Unternehmen durch ihre Bürokraten dazu zwingen zu lassen, ihre Produkte und Dienstleistungen so zu gestalten, dass sie durch die Politiker als „sicher" eingeschätzt werden? Was wäre, wenn die Menschen selbst frei entscheiden könnten, mit wem sie zusammenarbeiten, Geschäfte machen usw., anstatt diese Entscheidung einer zentralisieren Unterdrückungsmaschinerie zu überlassen, die die Menschen dazu zwingt, „fair" zu sein?

Jegliche „staatliche" Finanzierung erzeugt Konflikte. Jedes „öffentliche" Projekt - von „Zuwendungen" der „Nationalen Stiftung für die Künste" bis hin zu „Zuwendungen" für bestimmte Studien, Unternehmen, Schulen, Parks und andere „öffentliche" Einrichtungen - läuft darauf hinaus, Millionen von Menschen zu berauben, um das geraubte Geld ein paar anderen Leuten zu übergeben. Wie kann es sein, dass irgendwer ernsthaft glaubt, dass alle Einwohner eines ganzen Landes, oder auch nur hundert Leute, geschlossen damit einverstanden sind, wofür ihr Geld ausgegeben wird? Was wäre, wenn die Billionen von Dollars, die jedes Jahr erpresst werden, um die Pläne der Politiker und ihrer Bürokratien zu bezahlen, in die Dinge fließen, die die Menschen, die dieses Geld erwirtschaftet haben, wichtig finden und sie deswegen unterstützen? Was wäre, wenn sich die Menschen in den letzten tausend Jahren um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert und nicht versucht hätten, den „Staat" dazu zu benutzen, ihre Ideen und Prioritäten allen anderen aufzuzwingen? Was wäre, wenn verschiedene Menschen und verschiedene Gruppen ausgehend

von ihren eigenen Vorstellungen und Werten neue Ideen ausprobiert hätten und eigene Problemlösungen gefunden hätten, die zu einer besseren Welt beitragen, anstatt ein gigantisches zentralisiertes Monster zu erschaffen, das gewaltsam Wahlmöglichkeiten einschränkt, die Kreativität und den Ideenreichtum unterdrückt, Konformität und Gleichschaltung erzeugt und alle produktive kreative Menschen aussaugt?

Es ist traurig, dass diese Idee viele Menschen in Angst und Schrecken versetzt, die immer noch glauben, dass eine Welt, die mit Gewalt durch Politiker beherrscht wird, sicherer und zivilisierter sein soll als eine Welt, die von freien Menschen bewohnt wird, die freie Entscheidungen nach ihrem eigenen Ermessen treffen. Die Menschen, die der „Regierung" darin vertrauen, dass sie die Dinge am Laufen hält, sind bei weitem in der Mehrheit und obwohl sie es vielleicht gut meinen, sind sie das Problem. Sie sind durch den religiösen Glauben an die „Autorität" indoktriniert und als Konsequenz glauben sie weiterhin an die vollkommen verrückte Idee, dass der einzige Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Zivilisation darin besteht, andauernden flächendeckenden Zwang auszuüben und alle gewaltsam „staatlich" zu beherrschen, unendliche Unterdrückung und Versklavung im Namen des „Gesetzes" zu verbreiten und den freien Willen und die Moral auf dem Altar der Herrschaft und des blinden Gehorsams zu opfern. So hart das auch klingen mag, das ist die Grundlage jedes Glaubens an den „Staat".

Die Realität anerkennen

Die Staatsgläubigen sagen oft: „Zeige mir ein Beispiel für eine Gesellschaft ohne Staat (Anarchie), die jemals funktioniert hat." Sie sprechen über Gesellschaften, die nahezu vollständig aus sorgfältig indoktrinierten Autoritätsgläubigen bestehen. In diesen wurde eine Gesellschaft ohne eine Herrscherklasse noch nie in Betracht gezogen und erst recht nicht ausprobiert. Die Staatsgläubigen kennen wahre Freiheit nicht, weil dieses Konzept in ihrem Denken nicht existieren kann. Und diese Tatsache verwenden sie als Beweis dafür, dass eine staatsfreie Gesellschaft „nicht funktionieren würde".

Das wäre so, als wenn eine Gruppe mittelalterlicher Ärzte, die alle Blutegel benutzen, um Kopfschmerzen zu heilen, sagen würden: „Zeige uns ein Beispiel, in dem ein Arzt Kopfschmerzen ohne Blutegel geheilt hat." Klar, wenn keiner von ihnen jemals andere Heilmethoden außer der mit Blutegeln in Betracht gezogen hat, dann gibt es keine Beispiele für funktionierende Alternativen. Aber das wäre nur ein Beweis für die Ignoranz der Ärzte und keinerlei Hinweis auf die Wirksamkeit von Behandlungsmethoden, die nie ausprobiert wurden.

Aber der wichtigste Punkt ist, dass „Anarchie" das ist, was bereits existiert. Zu sagen, dass die Gesellschaft nicht ohne „Staat" existieren kann, ist genau so vernünftig, wie zu sagen, dass Weihnachten ohne den Weihnachtsmann nicht existieren kann. Die Gesellschaft existiert bereits heute ohne „Staat" und sie hat von Anfang an ohne „Staat" existiert. Es waren die Menschen, die sich vorstellten, dass es ein Wesen gäbe, das das Recht zu herrschen hat. Sie halluzinierten etwas herbei, was „Autorität" genannt wird und die Menschheitsgeschichte zu etwas gemacht hat, was hauptsächlich aus Unterdrückung, Gewalt, Leid, Zerstörung und Mord besteht. Es ist paradox, dass die Staatsgläubigen oft auf das Leid und den Tod verweisen, wenn zwei oder mehr Gruppen darum kämpfen, an die „staatliche" Macht zu kommen, dieses als „Anarchie" bezeichnen und es als Beweis dafür anführen, dass es ohne „Staat" Chaos und Tote gibt. Aber dieses Blutvergießen und

diese Unterdrückung ist eine direkte offensichtliche Folge des religiösen Glaubens an die „Autorität" und nicht die Folge von dessen Abwesenheit.

Es stimmt, dass das Leben in einem Land, in dem die Menschen ständig in Rebellionen, Bürgerkriegen, Angriffskriegen usw. darum kämpfen, wer die neue „Autorität" darstellen soll, im Vergleich zum Leben unter einem fest etablierten autoritären Regime sehr viel gefährlicher und unvorhersehbarer ist. Menschen, die in Kriegsgebieten wohnen, wünschen sich allein schon deswegen, dass endlich eine der Konfliktparteien gewinnt und zur neuen „Regierung" wird. Diesen Menschen mag ein stabiler „Staat" relativ friedlich und sicher erscheinen, aber die Grundlage der Unterdrückung, die durch stabile Regimes und des Blutvergießens im Zuge der Machtkämpfe ist nach wie vor der religiöse Glaube an die „Autorität". Wenn niemand daran glauben würde, dass es eine rechtmäßige Herrscherklasse geben kann, würde niemand darum kämpfen, wer als nächstes die Macht erhalten soll. Wenn es keinen Thron gibt, gäbe es niemanden, der darum kämpfen würde, darauf Platz nehmen zu dürfen. Alle Bürgerkriege und alle Revolutionen gründeten auf der Annahme, dass es jemanden geben müsse, der die Macht hat. Ohne den religiösen Glauben an die „Autorität" gäbe es keinen Anlass dafür, dass so etwas überhaupt passieren kann.

Der „Staat" kann aufgrund seines Wesens nichts Gutes in einer Gesellschaft bewirken. Er schafft keinen Wohlstand und macht niemanden anständiger. Er führt nur zu unmoralischer Gewalt und zur Illusion, dass diese Gewalt rechtmäßig sei. Einigen wenigen Menschen zu gestatten, alle anderen gewaltsam zu unterdrücken - das ist alles, was ein „Staat" darstellt -, trägt nicht im geringsten zu den Fähigkeiten, zur Produktivität, zu den Ressourcen, zum Einfallsreichtum, zur Kreativität, zum Wissen, zum Mitgefühl oder zu beliebigen anderen menschlichen Qualitäten bei, die für eine Gesellschaft wichtig sind. Stattdessen behindert und beschneidet es das alles ständig durch unterdrückerische „Gesetze".

Es ist zerstörerisch und geisteskrank, zu akzeptieren, dass die Voraussetzungen für Zivilisation die gewaltsame Einschränkung der Möglichkeiten und des menschlichen Geistes sein sollen. Dass die Kraft und die Rechtschaffenheit jedes Einzelnen durch eine Bande aus Verbrechern und Ausbeutern gewaltsam gebrochen und unterdrückt werden muss. Dass dem Durchschnittsmenschen nicht anvertraut werden kann, sich um sich selbst zu kümmern und dass stattdessen Politikern vertraut werden kann, alle anderen zu beherrschen. Dass der einzige Weg zu einer moralischen und anständigen Menschheit darin besteht, den freien Willen und die Selbstbestimmung von Millionen von Menschen zu zertrümmern und sie zu einer Masse willenloser blind gehorsamer Marionetten einer Herrscherklasse und zur Quelle der Macht für Tyrannen und Größenwahnsinnige zu machen. Dass der Weg zur Zivilisation in der Zerstörung des freien Willens des Individuums, dessen Wertvorstellungen und Selbstbestimmung besteht.

Das ist das Fundament, das Herz und die Seele des religiösen Glaubens an die „Autorität". Wenn die Menschen dazu bereit sind, diese bösartige Lüge als das zu erkennen, was sie ist und die persönliche Verantwortung für ihre Handlungen und den Zustand der Gesellschaft zu übernehmen, dann kann wahre Menschlichkeit entstehen. Die Menschen können sich so lange „Frieden auf Erden" wünschen, bis sie schwarz werden, aber sie werden ihn nicht bekommen, solange sie nicht dazu bereit sind, den Preis dafür zu bezahlen und von ihrem alten überkommenen Glauben abzulassen.

Die Lösung für die meisten Probleme dieser Gesellschaft sind Sie, lieber Leser. Sie sind an der Reihe, den religiösen Glauben an die „Autorität" als solchen zu erkennen, ihn vollständig aufzugeben und anschließend alles dafür zu tun, alle Menschen, die Sie kennen, zu aufzuwecken und aufzuklären. Die Menschen, die sich als Folge ihrer Indoktrination in der Sekte der Autoritätsgläubigen befinden und die gewalttätige, menschenverachtende, zerstörerische und bösartige Aggressions- und Unterdrückungsmaschine namens „Staat" unterstützen oder sich an ihr beteiligen, obwohl sie anständige und rechtschaffene Absichten verfolgen.

Noch einmal auf den Punkt gebracht

Im Gegensatz zu dem, was fast jeder verinnerlicht hat, ist der „Staat" keine Voraussetzung für eine zivilisierte Gesellschaft. Er ist nicht förderlich für die Zivilisation. Er ist die Antithese der Zivilisation. Er steht nicht für Kooperation, Zusammenarbeit, freiwillige Interaktion oder friedliches Zusammenleben. Der „Staat" ist Zwang. Er ist Macht. Er ist Gewalt.

Er ist animalische Aggression, verschleiert durch pseudoreligiöse, sektenhafte Rituale, die dazu da sind, ihn legitim und rechtmäßig erscheinen zu lassen. Er ist brutale Rücksichtslosigkeit, die als Konsens und Organisation erscheint. Er ist die Versklavung der Menschheit, die Unterwerfung des freien Willens und die Zerstörung der Moral, getarnt als „Zivilisation" und „Gesellschaft".

Das Problem ist nicht nur, dass die „Autorität" dazu missbraucht werden kann, bösartige Dinge zu tun. Das Problem ist, dass sie das Böse ist. Bei allem, was sie tut, unterdrückt sie den freien Willen des Menschen, um ihn durch Zwang und Angst zu beherrschen. Sie zerstört Moral und Gewissen und ersetzt beides durch blinden Gehorsam. Sie kann nicht für Gutes eingesetzt werden. Ebenso wenig wie eine Bombe dazu verwendet werden kann, um einen Körper zu heilen. Die „Autorität" ist immer Aggression, immer der Feind jedes Friedens und immer der Feind der Gerechtigkeit.

Sobald der „Staat" damit aufhört, ein gewaltsamer Angreifer zu sein, hört er auf, ein „Staat" zu sein. Sein Wesen ist das eines Mörder und ein Diebes, eines Feindes und eines tödlichen Giftes für die Menschheit. In seiner Eigenschaft als Unterdrücker und Herrscher kann er nichts anderes sein.

Das angebliche Recht zu herrschen, egal in welcher Form und in welchem Ausmaß, ist das Gegenteil der Menschlichkeit. Die Initiierung von Gewalt ist das Gegenteil einer harmonischen Koexistenz. Daran ändert sich auch nichts, wenn diese Tatsache hinter noch so vielen Schichten aus komplexen Ritualen und in sich widersprüchlichen Erklärungsversuchen versteckt wird und die brutalen Verbrechen unter dem Deckmantel der Rechtschaffenheit und des Mitgefühls begangen werden.

Zu behaupten, edle Ziele zu verfolgen, zu sagen, dass Gewalt der „Wille des Volkes" sei oder dass sie zum „Wohle der Allgemeinheit" oder „für die Kinder" angewendet wird, kann Falsches nicht in Richtiges verwandeln. Auch wenn Falsches „legalisiert" wird, wird daraus nichts Richtiges. Unabhängig von der Art und Weise, wie das umschrieben oder durchgeführt wird - ein Mensch, der einen anderen unterdrückt, ist unzivilisiert und unmoralisch. Die Zerstörung, die verursacht wird, die Ungerechtigkeit, die erzeugt wird und der Schaden, der jeder Seele zugefügt wird, mit der die „Autorität" in Berührung kommt - bei Tätern, Opfern und unbeteiligten Dritten gleichermaßen - das alles kann nicht dadurch ungeschehen gemacht werden, indem es „Gesetz" genannt wird oder

indem behauptet wird, dass es „notwendig" gewesen sei. Was falsch ist, ist falsch.

Die entscheidende Botschaft ist sehr einfach. Die gesamte Geschichte schreit sie regelrecht hinaus, doch bis heute haben es sich nur wenige erlaubt, sie auch zu hören. Diese Botschaft ist folgende:

Wenn Sie Tod und Zerstörung, Unterdrückung und Leid, Ungerechtigkeit und Gewalt, Unterdrückung und Folter, Hilflosigkeit und Verzweiflung, ständigen Konflikt und Blutvergießen lieben, dann bringen Sie Ihren Kindern bei, die „Autorität" zu respektieren und dass nur ein Mensch, der blind gehorcht, ein anständiger Mensch ist.

Wenn Sie andererseits friedliche Koexistenz möchten, Mitgefühl und Kooperation, Freiheit und Gerechtigkeit, dann vermitteln Sie Ihren Kindern die Prinzipien des Selbsteigentums. Bringen Sie ihm bei, die Rechte eines jeden Menschen zu respektieren und den religiösen Glauben an die „Autorität" als solchen zu erkennen und zurückzuweisen. Den religiösen Glauben an die „Autorität", der nichts anderes ist als die irrationalste, in sich widersprüchlichste, menschenverachtendste, bösartigste, zerstörerischste und gefährlichste Religion, die die Welt je gesehen hat.

ÜBER DEN AUTOR

Larken Rose beschreibt sich selbst als „Staatsfeind". Er lebt mit seiner Frau und seiner Tochter im Osten von Pennsylvania. Er ist Autor weiterer Bücher, darunter The Iron Web und How to Be a Successful Tyrant (The Megalomaniac Manifesto). Larken Rose ist ein im englischen Sprachraum [inzwischen auch international, Anm. d. Übers.] bekannter vehementer Verfechter der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung und einer freiwilligen Gesellschaft.

Weitere Informationen finden Sie unter www.larkenrose.com.

Eine Anmerkung zum Urheberrecht ...

Ein „Urheberrecht" ist normalerweise eine Drohung („Vervielfältigen Sie das nicht, oder...!"). Ich hoffe, dass jeder, dem dieses Buch gefällt, zusätzliche Exemplare davon kauft. Wenn jemand dieses Buch ohne meine Erlaubnis vervielfältigt, dann würde mir das nicht das Gefühl geben, dass es gerechtfertigt sei, gewaltsam gegen diese Person vorzugehen, weder ich persönlich, noch meine „Regierung". Ich beanspruche das Urheberrecht auf dieses Buch vor allem aus dem Grund, dass kein anderer das Urheberrecht beanspruchen und dadurch die Staatsgewalt dazu benutzen kann, mich von der Verbreitung dieses Buches abzuhalten.